ZARNOW

DIE GEBURT DER WELTKRIEGE

GOTTFRIED ZARNOW

die Geburt der Welt-kriege

R. KÄMMERER · VERLAG FÜR POLITISCHE BILDUNG · DÜSSELDORF

GOTTFRIED ZARNOW

die Geburt der Weltkriege

Der Verfasser dieses Buches ist in der politischen Literatur kein Unbekannter. Seiner Zeit ebenso angegriffen wie wegen seines Mutes geachtet, stieg er nach dem Zusammenbruch, in der Zeit von Deutschlands tiefster staatlicher und nationaler Not, wieder in die literarische Kampfarena. Zwei nach dem Zusammenbruch geschriebene Bücher liegen seit einem Jahrzehnt als Manuskripte in der reichsten Bibliothek der Welt, in der Kongreß-Bibliothek in Washington: „Die Kollektiv-Lüge" und „Das Potsdamer Abkommen — die Oder-Neisse-Linie". Es ist bisher nicht gelungen, die Manuskripte dem Besitzer wieder zu beschaffen.
In diesem neuen Buch befaßt sich Zarnow mit dem heikelsten Problem der neueren deutschen Geschichtsschreibung: Bismarck. Er fällt dabei gänzlich aus der Reihe der traditionellen Bismarckbetrachtungen. Seine Darstellung über „Die Geburt der Weltkriege" erscheint materiell aber so gut fundiert, daß es den berufsmäßigen Bismarckforschern schwer fallen wird, den Laien unter ihnen zu widerlegen.
Der Verfasser bricht so radikal mit der Bismarck-Historie, daß der Verlag es sich lange überlegt hat, ob er das Werk überhaupt übernehmen soll. Er hat sich schließlich zur Herausgabe entschlossen, da der Autor wenig bekannte Geschehnisse zwischen 1864 und 1879 behandelt, die zu der Erkenntnis zwingen, daß sie zusammen zum ersten (und auch zum zweiten) Weltkrieg führten. Man lese besonders die Kapitel: „Der andere Bismarck" — „Die Einigungskriege" — „Ist Krieg in Sicht"? (1875) — „Der Berliner Kongreß" (1878) — „Der Zweibund Deutschland und Österreich-Ungarn". Das letzte Kapitel behandelt die schicksalsschwerste Tragödie in der Geschichte nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas — wenn nicht der ganzen Menschheit — nämlich den dramatischen Machtkampf im Jahre 1879 zwischen dem alten Kaiser und seinem widerspenstigen Kanzler Bismarck: Die Loslösung von Rußland und das Bündnis mit Österreich-Ungarn.

Robert Kämmerer
VERLAG FÜR POLITISCHE BILDUNG
Düsseldorf

ZARNOW

DIE GEBURT DER WELTKRIEGE

GOTTFRIED
ZARNOW

die Geburt der Welt-kriege



ZARNOW

die Geburt der Welt-kriege



GOTTFRIED
ZARNOW

die Geburt der Welt-kriege

R. KÄMMERER · VERLAG FÜR POLITISCHE BILDUNG · DÜSSELDORF

VERLAG FÜR POLITISCHE BILDUNG
Düsseldorf

Gesamtherstellung: Aller-Druckerei H. Söhl, Verden
Schutzumschlag: Mankopf, Düsseldorf

INHALTSVERZEICHNIS

PROLOG

„Ich wundere mich", sagte der Engel, „Dich schreibend zu finden. Dies ist nicht die Zeit, zu schreiben." „Ich weiß", erwiderte Giovanni, „aber was soll ich tun? Jeder bereitet sich auf seine Weise für den Untergang vor."
„Du verkennst die Nähe des Gerichts?" fragte der Engel mild, doch nicht ohne einen Anflug von Tadel.
„Nein", entgegnete Giovanni, „ich verkenne nicht. In meinem Alter, nach meinen Erfahrungen, verkennt man nicht mehr. Es gibt kein Geschlecht, das illusionsloser wäre als das meine. Der feurige Atem des Gerichts liegt auf meinem Gesicht, auf meiner Haut. Lasse mich schreiben. Es soll noch einmal alles Süße und alle Qual der Erkenntnisse destilliert werden. Ich will es zum letzten Mal durchkosten — das ist fast eine Sucht, aber ich hoffe, daß diese vor dem Herrn nicht so schwer wie andere Süchte wiegt."
Der Engel, kleiner werdend, trat zurück und schwang sich aufs Fensterbrett. Wie eine silberne Taube hing er in einem der kleinen spitzbogigen Fenster von Giovannis Zelle. Giovanni hörte seine Stimme auf einmal von weit her: „Schreibe! Aber vergesse nicht, daß Gott jedes Wort, jede einzelne Erkenntnis wägen wird. Gott wird diese Blätter rücksichtsloser prüfen als Deine Person. Deine Person verschwindet im Abgrund Seiner Barmherzigkeit, aber ich weiß nicht, wie weit Geschriebenes Bestand hat."
„Schon gut", murmelte Giovanni und schaute zum Fenster, in dessen leerem Rahmen sich Tannenzweige und ein meergrüner Morgenhimmel mit großer Klarheit abzeichneten, „schon gut" — und schrieb weiter.

GESETZ NR. 46 DES KONTROLLRATS

DIE AUFLÖSUNG DES STAATES PREUSSEN

Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

Artikel I

Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.

Artikel II

Die Gebiete, die ein Teil des Staates Preußen waren und die gegenwärtig der Oberhoheit des Kontrollrats unterstehen, sollen die Rechtsstellung von Ländern erhalten oder Ländern einverleibt werden.
Die Bestimmungen dieses Artikels unterliegen jeder Abänderung und anderen Anordnungen, die die Alliierte Kontrollbehörde verfügen oder die zukünftige Verfassung Deutschlands festsetzen sollte.

Artikel III

Staats- und Verwaltungsfunktionen sowie Vermögen und Verbindlichkeiten des früheren Staates Preußen sollen auf die beteiligten Länder übertragen werden, vorbehaltlich etwaiger Abkommen, die sich als notwendig herausstellen sollten und von der Alliierten Kontrollbehörde getroffen werden.

Artikel IV

Dieses Gesetz tritt mit dem Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, am 25. Februar 1947.

P. Koenig, General der Armee
V. Sokolowsky, Marschall der Sowjetunion
Lucius D. Clay, Generalleutnant
B. H. Robertson, Generalleutnant.

Anmerkung: Dieses Dokument ist „in den drei offiziellen Sprachen abgefaßt" worden, d. h. nicht einmal in deutscher Sprache. Der „dankbare" Senat der Reichshauptstadt Berlin hat zu Ehren des U.S.-Generals die frühere „Kronprinzen-Allee" in Zehlendorf in „Clay-Allee" umbenannt.

ZUR EINFÜHRUNG

AUF DIE GESCHICHTSCHREIBER DIESER ZEIT

„Wer vormahls seiner Zeit Geschichten wolte schreiben
Und eines Thuns Verlauff in Bücher einverleiben,
Der war damit vergnügt, wenn er nicht möchte lügen:
Wer itzt genug lügen kan, der hat schon sein Vergnügen.
Der saget Nein, der Ja; der wieder Ja, der Nein:
Wem glaubt das arme Volk, das kurtz nach uns wird sein?"

Johann Peter Titz (Schulrektor in Danzig, 1619—1689)

Am Webstuhl der Geschichtsschreibung sitzt die Legende. Mehr als die Hälfte alles dessen, was wir Geschichte nennen, was wir als feststehende, geschichtliche Tatsachen anerkennen, verwerten und als Grundlage eigener geschichtlicher Arbeiten verwenden, ist nicht wahr. Nach dem Geschmack der politischen Hauptströmung einer Zeit wird eine Lüge abgetan, um durch eine andere ersetzt zu werden. Das traurige Schicksal der Geschichte ist es, daß sie eine der „wissenschaftlichen" Grundlagen der Politik abgeben muß und daß sie in der Regel schon so geschrieben wird, wie es die politische Richtung dem Geschichtsschreiber vorschreibt. Das ist nur eine der vielen Ursachen, warum so viel Lüge in aller Geschichtsschreibung sich befindet.

Dieses Buch ist das Werk eines politischen Schriftstellers, der nicht mehr und nicht weniger sein will. Hinter ihm aber stand Schiller mit seiner Frage: „Was hat der Mensch dem Menschen Größeres zu geben, als Wahrheit? Das Mißtrauen erwacht bei dem älteren historischen Denkmal und es verläßt uns nicht einmal bei einer Chronik des heutigen Tages."

Kein Deutscher, er sei Kaiser, König, Fürst, Staatsmann, Diplomat, Politiker oder Mensch gewesen, hat den Beruf der Geschichte schreibenden Professoren so einträglich gemacht wie Bismarck. Mit „Bismarck" war immer Geld zu verdienen.

Der Reichstagsabgeordnete Ludwig Bamberger erklärte im Drei-Kaiser-Jahr (1888): „In der Professorenwelt gibt es Träger der Wissenschaft, die, als Bismarck seine großen machtpolitischen Erfolge hatte, den Satz aufstellten: ‚Wenn der Kanzler einen von

uns bisher bestrittenen Lehrsatz in der Jurisprudenz oder in der Medizin aufstellt, so werden wir denselben künftig für Wahrheit erklären.' "
Noch im Jahre 1943, als deutsche Soldaten vor Stalingrad lagen, verteidigte ein führender Bismarck-Forscher, Professor Gerhard Ritter, das Recht der Staatsmacht, „zu allen Waffen zu greifen, guten und bösen", da „vor dem Willen zum Erfolg die moralischen Grundsätze fallen".

So dachte und handelte Bismarck, als er das Deutsche Reich schmiedete.

Die zünftigen Geschichtsschreiber krönten nach 1933 zwei Gründer des Deutschen Reiches und zwar Bismarck und Hitler, wobei jener die kleine, dieser die große Krone erhielt. Zur Erinnerung an Bismarcks Berufung vor damals achtzig Jahren, schrieb ein begeisterter Historiker des „Dritten Reiches" im September 1942, der zweite Weltkrieg galt bereits als verloren, folgende Hymne auf Hitler:[1]) „Bismarck kämpfte inmitten eines uns heute kaum noch verständlichen wüsten Treibens seinen vielfachen Riesenkampf als ein ‚wahrer Ritter ohne Furcht und Tadel', eingedenk nur seines Leitsatzes: „Patriae inserviendo consumor", bis zuletzt des Reiches Schmied und sein Bewahrer.
In seiner schönen Rede vom 14. Februar 1939 beim Stapellauf des Schlachtschiffes „Bismarck" knüpfte der Führer an die Hervorhebung von Bismarcks Heldenkampf die Worte: Bismarck sei der „Schöpfer eines deutschen Reiches" gewesen, „dessen Wiederaufrichtung aus bitterster Not und dessen wunderbare Vergrößerung uns die Vorsehung nunmehr gestattet". Das war nach dem ewig denkwürdigen Anschluß der Ostmark und nach der Wiedervereinigung der Sudetendeutschen mit dem Reich. Großdeutschland war Wirklichkeit geworden, der tausendjährige Traum der Deutschen erfüllt.
In dem Glück jener Tage feierten wir den Mann, der den Grundstein zu unserem Großdeutschen Reiche gelegt hatte, der am Anfang der Entwicklung steht, die zu uns hinführt: Bismarck! Er dachte nicht gesamtdeutsch, auch nicht 1879 beim Abschluß des deutsch-österreichischen Defensivbündnisses gegen Rußland, er sah die politische Welt staatlich, nicht völkisch, auch bei allem Staatssozialismus, der ihm bitter ernst war, nicht sozialistisch, wenn auch straff national. *In dieser Hinsicht ist der Reichsgründer Adolf Hitler über ihn hinausgeschritten.* Aber er konnte es nur, weil er die kleindeutsche Einheit vorfand. Sie aber ist Bismarcks Werk. Zu ihm bekennen wir uns in diesem Weltkrieg erneut."

---

[1]) Professor Dr. Frauendienst „Berliner Monatshefte", September 1942, S. 411.

Es wird versucht, die entscheidenden politischen Ereignisse: „die Emser Depesche“ (1870), die „Krieg-in-Sicht-Affäre“ (1875), den „Berliner Kongreß“ (1878) und die „Briefohrfeige“ (den Zarenbrief vom 15. August 1879), so darzustellen, daß jeder politisch und geschichtlich denkende Laie die Entwicklung bis zum ersten Weltkrieg kontrollieren kann.
Jedes der behandelten Ereignisse ist zu einer Wende in der Weltpolitik zum schließlichen Nachteil Deutschlands geworden und alle zusammen bilden die geschlossene Kette nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung. Jedes Ereignis wartet auf den Schiller unserer Zeit, der es für die Bühne gestaltet.

„Der Berliner Kongreß“ hatte, zumal in den russischen Militärkreisen, die Reste der bei uns noch gepflegten Waffenbrüderschaft beseitigt und einen durch den Verkehr mit dem französischen Offizierskorps geschürten Haß gegen alles Preußisch-Deutsche erzeugt, der von den Franzosen zu dem Wunsche nach Rache durch die Waffen gesteigert wurde. Das war der Boden, auf dem später der Weltkriegsgedanke unserer Gegner Nahrung finden konnte: „Revanche pour Sedan“ vereint mit „Revanche pour San Stefano.“[1])
Der Ausgang des „Berliner Kongresses“ leitete die weltgeschichtliche Wende ein, deren Folgen wir jetzt und nach uns noch Generationen erleben. Die Vorgeschichte dieses Kongresses beginnt in Spanien, sie erhellt den Hintergrund der Verhältnisse, die Bismarcks Staatskunst zu meistern versucht hat.

Die Entstehungsursachen weltgeschichtlicher Katastrophen sind die interessantesten, aber auch die schwierigsten aller Fragen, die die Menschheit beschäftigen. Nach dem altgriechischen Staatsdenker Plato hat der geistige Mensch die Macht zu ergreifen, oder: das Machthabertum hat sich für eine geistige Haltung zu entscheiden, andernfalls gibt es in Äonen kein Heil für Einzelwesen und ganze Völker. Kant verlangte von der Politik, daß sie vor der Moral das Knie beuge, Friedrich Meinecke hat sich als Historiker bis an den Rand der geistigen Verzweiflung mit diesen Gedanken beschäftigt.

Bismarck regierte von 1862 bis 1890, mithin 28 Jahre. In derselben Zeit kamen und gingen in England folgende Premierminister: Palmerston (bis 1865), John Russel (bis 1866), Derby (bis 1868), Disraeli (bis 1880), Gladstone (bis 1885) und Salisbury (bis 1892). Diese mußten sich vor dem Volk bewähren, das brauchte Bismarck nicht.

Bismarcks Politik enthält alle Keime für den politisch-moralischen Zusammenbruch nach dem ersten Weltkrieg. Die bewegenden und neuformenden Kräfte der Völker hat er gründlich verachtet.

---

[1]) Wilhelm II. „Ereignisse und Gestalten“ S. 15.

Bismarck war deutscher Reichskanzler, aber er war nicht Deutschland, er stellte die deutsche Militärmacht in seine Rechnung, aber er repräsentierte nicht das deutsche Volk. Seine Gegner waren die Kaiserin, der Kronprinz und die Kronprinzessin, der Reichstag, das Preußische Abgeordnetenhaus, die bürgerliche Intelligenz, das Militär, das Beamtentum und die öffentliche Meinung.
Er kannte die Grundlage und die Grenzen seiner Macht, denn er sagte kurz vor seinem Sturz zu dem jungen Kaiser: „Ja, Majestät, so lange Sie dieses Offizierskorps haben, können Sie sich alles erlauben. Sollte das nicht mehr der Fall sein, dann ist alles ganz anders."

Bismark hat damit sein eigenes Urteil gesprochen, denn als er über Reich und Kaiser seine Diktatur ausübte, war er kein Anbeter des von ihm selbst geschaffenen Regimes, kein Verehrer der Fürstenmacht, sondern der bitterste Kritiker seines Königshauses. Die Generationen, die zwei Weltkriege überstehen mußten, und die Folgen zuletzt der „Potsdamer Beschlüsse" zu tragen haben, kennen keinen Heroenkult mehr. Die Menschen, die heute leben, sind politisch nüchtern geworden, sie fragen: begann Preußens Niedergang mit Bismarcks Aufstieg? Diese Menschen dürfen auch eine Antwort auf die Frage verlangen: zerbrach an der persönlichen Feindschaft Bismarcks zu Gortschakow die von Kaiser Wilhelm I. und dem Zaren Alexander II. gepflegte preußisch-russische Freundschaft? Wurde auf dem „Berliner Kongreß" die russisch-französische Allianz geboren, die Einkreisung Deutschlands vorbereitet?

Sir Winston Churchill, nach 1945 noch der Sieger des zweiten Weltkrieges und als der größte Staatsmann der Gegenwart überall gefeiert, er ist der Vater der Teilung Deutschlands („Oder-Neiße-Linie"), wird bereits als „Totengräber Englands" registriert. Während der turbulenten Ereignisse des zweiten Weltkrieges auf dem europäischen und nordafrikanischen Kriegsschauplatz fanden die Vorgänge in Asien kaum die Beachtung, die ihnen zukam. Viel später erst begriff man den 12. Dezember 1941 als Markstein in der Geschichte der ganzen Welt. Es war der Tag, an dem die beiden englischen Schlachtschiffe „Repulse" und „Prince of Wales" von der japanischen Luftwaffe versenkt wurden und damit auch Singapore, der englische Hauptstützpunkt im Fernen Osten, verloren war. Dieser Tag bezeichnet das Ende einer Epoche — der Epoche der Vormachtstellung Englands auf dem Weltmeer.
Die englische Niederlage bei Singapore wurde zwar durch den amerikanischen Sieg in der Seeschlacht am 4. Juni 1942 bei Midway wettgemacht, aber die Vorherrschaft zur See ging von da ab an die Amerikaner über. Und wer ein Freund von wunder-

lichen Formulierungen ist, kann behaupten: am Grabe der englischen Kolonialmacht steht — Hitler. England hat Deutschland in Versailles 1919 die Kolonien, hat uns Westpreußen, Posen und Oberschlesien genommen, und nach dem zweiten Weltkrieg verliert England eine Kolonie nach der anderen.

In den Sommertagen des Jahres 1945 saßen „die Großen Drei" in Potsdam und beschlossen eine Neuordnung der Welt — in der die Zukunft des besiegten deutschen Volkes für ewige Zeiten festgelegt und besiegelt werden sollte.

In Potsdam wurde 1945 geerntet, was „die Großen Vier" ein Vierteljahrhundert vorher in Versailles gesät hatten, als sie das besiegte Deutschland aufteilten, das deutsche Volk demütigten und Hitler den Weg bereiteten.

Seit dem zweiten Weltkrieg erleben die Völker Asiens und Afrikas einen Wendepunkt in ihrem Staatsleben. In den ungeheuren Räumen des asiatischen und afrikanischen Kontinents geht ein großer Prozeß des Zerfalls der Kolonialsysteme und der Wiedergeburt von Völkern vor sich. Von der kolonialen und halbkolonialen Abhängigkeit haben sich bereits mehr als eine Milliarde zweihundert Millionen Menschen — fast die Hälfte der Bevölkerung der Erde — befreit.

Gewaltige Veränderungen sind in den letzten Jahren im Nahen Osten vor sich gegangen. Ägypten, Syrien, der Libanon, Jordanien, Libyen und der Sudan, die früher Kolonien europäischer Mächte waren, haben ihre Unabhängigkeit erlangt.

Ich habe einige wenig bekannte Blätter in dem Buch der deutschen Geschichte beschrieben. Es wird der Eigenart der selbst gestellten Aufgabe gerecht, wenn ich die beteiligten Personen möglichst selbst sprechen lasse oder die Quellen in vollem Wortlaut zitiere.

Wir haben die Erfahrungen von zwei verlorenen Weltkriegen und von drei Staatsumwälzungen, Regierungen sind gekommen und gegangen, die Namen der Minister und Parlamentarier sind untergegangen — ewig bleibt das deutsche Volk.

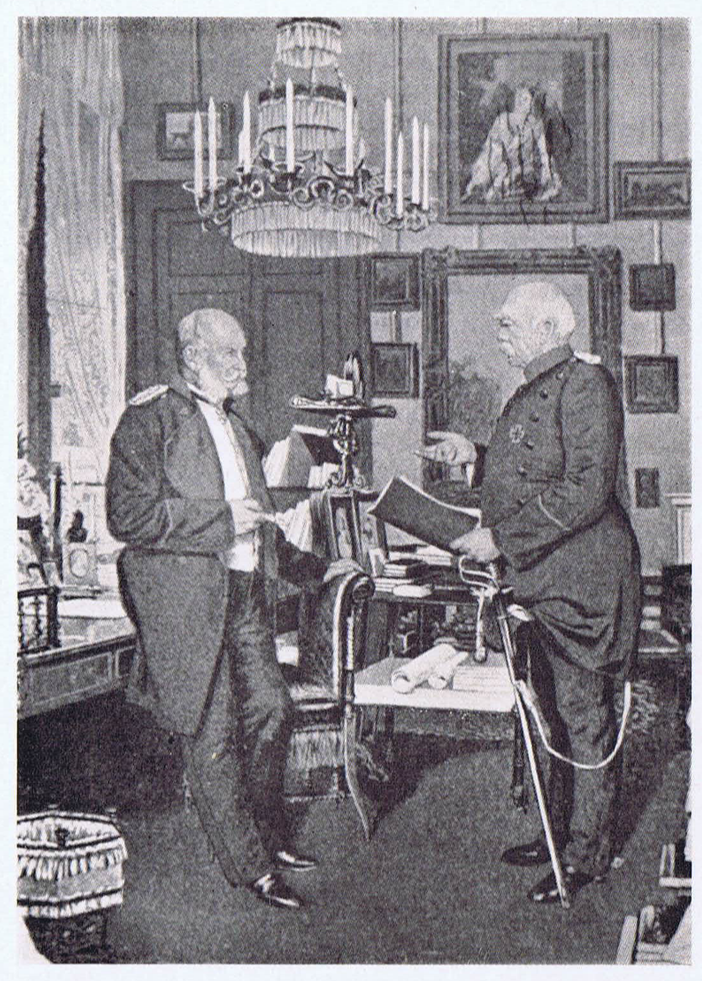
Berlin, Neujahr 1957. Gottfried Zarnow.

Patriae inserviendo consumor.[1)]

Berlin. December 1881. v Bismarck

[1)] „Im Dienste des Vaterlandes verzehre ich mich."





Zum Gedenktag der Reichsgründung am 18. Januar
Die Gründer des geeinten Deutschlands, Kaiser Wilhelm I.
und sein Kanzler Fürst Otto von Bismarck.

Nach einem Gemälde von F. Siemenroth.



DER ANDERE BISMARCK

Am 1. April 1815, an dem Tage, an dem Napoleon an seinen Schwiegervater nach Wien schrieb, um das Ende des europäischen Krieges zu verkünden und ewigen Frieden zu geloben, an diesem Tage wurde Bismarck geboren. Wenige Monate später sicherten preußische Truppen unter Marschall Blücher auf Belgiens Ebene die Sicherheit Englands vor seinem gefährlichsten Feind — Napoleon. Das englische Weltreich stand wieder auf einem sicheren Grund. Das englische Pfund hatte gesiegt. Die Gebrüder Rothschild zahlten aus.

Bismarcks Vorfahren waren Gutsbesitzer im Magdeburgischen und zugleich in Pommern, sein Geschlecht hatte bisher keine Offiziere, Diplomaten oder Staatsmänner gestellt. Im Revolutionsjahr 1848 war er für Waffengewalt gegen die Bürger von Berlin eingetreten und als Abgeordneter hatte er die deutsche Einheit abgelehnt, sich für Österreich als führende Macht in Deutschland und für das Verbleiben Schleswig-Holsteins bei Dänemark eingesetzt.

Am 6. September 1849 wurde ein Verfassungsantrag der Regierung beraten. An diesem Tage erklärte Bismarck im Vereinigten Landtag zur Frage eines deutschen Bundes:

„Die preußische Armee hegt keine dreifarbigen Begeisterungen, in ihr werden Sie ebensowenig wie in dem übrigen preußischen Volke das Bedürfnis nach einer nationalen Wiedergeburt finden. Sie ist zufrieden mit dem Namen Preußen und stolz auf den Namen Preußen. Diese Scharen, sie folgen dem schwarz-weißen Banner, nicht dem dreifarbigen, unter dem schwarz-weißen Banner sterben sie mit Freuden für ihr Vaterland. Das dreifarbige haben sie seit dem 18. März als Feldzeichen ihrer Gegner kennen gelernt. Unter ihnen sind die Töne des Preußenliedes, des Dessauer- und des Hohenfriedberger Marsches wohl gekannt und geliebt, aber ich habe noch keinen preußischen Soldaten singen hören: „Was ist des Deutschen Vaterland!?"

(Ein einzelnes Bravo auf der Rechten. Zeichen des Mißfallens.)

„Das Volk, aus dem diese Armee hervorgegangen ist, dessen wahr-

ster Repräsentant diese Armee ist, hat kein Bedürfnis, sein preußisches Königtum verschwimmen zu sehen in der fauligen Gärung süddeutscher Zuchtlosigkeit. Seine Treue haftet nicht an einem papiernen Reichsvorstand, nicht an einem Sechstel-Fürstenrat, sie haftet an dem lebendigen und freien Könige von Preußen, dem Erben seiner Väter. Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben."

Am folgenden Tage erwiderte ihm der Abgeordnete von Beckerath, seine längere Rede abschließend:

„Wer keinen Sinn dafür hat, daß unser Volk, welches alle höheren Güter der Kultur, Sprache, Kunst und Wissenschaft gemeinsam hat, welches nun gemeinsam zu der ihm vorbehaltenen Höhe der Weltstellung hinansteigen kann, daß dieses Volk sich endlich politisch einige, wer es nicht anerkennt, daß eine solche politische Einigung ein unerläßliches Bedürfnis ist für ein Volk, dessen Bildungsgang eine durch keine ausländische Beimischung getrübte, von der Urquelle ununterbrochen heruntergehende Strömung war, wer dafür keinen Sinn hat, dem, meine Herren, habe ich nichts zu sagen."

Bismarck erwiderte in einer persönlichen Bemerkung, in der er auf die Sache selbst nicht mehr einging.

Bismarcks stockpreußische Haltung gegen die deutschen Einheitsbestrebungen muß als Lösung der Aufgabe, die ihm die Hofkamarilla unter Führung des Generals Leopold von Gerlach gestellt hatte, gelten. Diese, den König umgebende Kamarilla, wollte Bismarck in den diplomatischen Dienst bringen, seine Rede mußte dem König gefallen, denn sie sagte, nur mit anderen Worten, das, was der König am 13. Dezember 1848 an seinen Freund und Londoner Gesandten von Bunsen, nach Ablehnung der ihm angebotenen Kaiserkrone, geschrieben hatte:

„... Die Krone, die die Ottonen, die Hohenstaufen, die Habsburger getragen, kann natürlich ein Hohenzoller tragen, sie ehrt ihn überschwänglich mit tausendjährigem Glanze. Die aber, die Sie — leider meinen, verunehrt überschwänglich mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der albernsten, dümmsten, schlechtesten, — wenn auch Gottlob nicht bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Reif aus Dreck und Letten gebacken, soll ein legitimer König von Preußen sich geben lassen, der den Segen hat, wenn auch nicht die älteste, doch die edelste Krone, die niemand gestohlen worden ist, zu tragen?

... Ich sage es Ihnen rundheraus: Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben werden, und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt!" ...

Wenige Monate nach seiner Rede im Parlament, am 3. Dezember 1850, wiederholte Bismarck als Abgeordneter seine Sympathie für Österreich:

„Es ist eine seltsame Bescheidenheit, daß man sich nicht entschließen kann, Österreich für eine deutsche Macht zu halten. Ich erkenne in Österreich den Repräsentanten und Erben einer alten deutschen Macht an, die oft und glorreich das deutsche Schwert geführt hat . . .“

Das war eine Woche nach „Olmütz“: Am 27. November 1850 hatte sich der damalige Ministerpräsident Frhr. von Manteuffel auf Befehl des Zaren Nikolaus I von Rußland nach dem böhmischen Olmütz zu begeben, um dort der von seinem Vorgänger von Radowitz verfolgten, unabhängigen preußischen Politik abzuschwören und sich mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen, Fürsten von Schwarzenberg, darüber zu „verständigen“, daß Preußen kein deutsches Reich ohne Österreich herstellen könne, und ob der Bundestag in seiner bisherigen Aufgabe verbleibe! Preußen verzichtete auf die Führung in Deutschland und erklärte sich, dazu gezwungen, bereit, sich im Bundestag vertreten zu lassen. Fürst Schwarzenbergs Politik gegenüber Preußen gipfelte in dem historisch gewordenen Ausspruch: „Il faut avilir la Prusse et puis le demolir.“

Der Abgeordnete von Bismarck dachte anders als die Regierung Preußens. Nachdem der Abgeordnete Beckerath, plebejischen Ursprungs, der sich gerühmt hatte, daß seine Wiege am Webstuhl seines Vaters gestanden habe, die aristokratische Bundestagsanstalt in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. März 1851 angegriffen hatte, erwiderte ihm Herr von Bismarck folgendes:

„Ich fordere den Herrn Abgeordneten Beckerath auf, mir seit den Jahren der Hohenstaufen irgend eine Periode in der deutschen Geschichte nachzuweisen, wo sich Deutschland größeren Ansehens im Auslande, eines höheren Grades politischer Einheit und größerer Autorität in der Diplomatie erfreut hatte, als während der Zeit, wo der Bundestag die auswärtigen Beziehungen Deutschlands geleitet hat.“

Bismarck verteidigte damals die „Büßerfahrt Preußens nach Olmütz“.

Der Bundestag wurde im Juni 1851 feierlich eröffnet und Bismarck im folgenden Monat unter Ernennung zum Legationsrat zum Gesandten in Frankfurt a. M. bestellt. Von diesem Zeitpunkt an läßt sich Bismarcks Stärke, die Diplomatie als politisches Intrigenspiel zu betreiben, nachweisen. Er ignorierte sofort den Ministerpräsidenten von Manteuffel, indem er dienstlich vertrauliche

Beziehungen mit dem General Leopold von Gerlach, dem Intimus des Königs und dadurch mit diesem selbst unterhielt. Und nur mit der Moral eines Diplomaten läßt sich entschuldigen, wie die beiden Freunde über den Kopf Manteuffels hinweg manövrierten. Zu Anfang des Jahres 1852 fühlte sich Bismarck in seinem dienstlichen Gewissen, „über Geschäftssachen a l'insu hoher Vorgesetzter zu korrespondieren", noch schwer bedrückt. Doch bald hatte er solche Bedenken überwunden. Interne Berichte des Ministers, die allein für den Gesandten bestimmt waren, schickte Bismarck im Original oder in einer Abschrift an den alten General, um diesen aufs genaueste über den Stand des politischen Barometers zu orientieren. Selbst Dinge, über die Manteuffel ausdrücklich Stillschweigen geboten hatte, wurden des Königs Vertrauten zur Kenntnis gebracht.

Am 25. August 1855 war der Gesandte von Bismarck Gast des französischen Kaiserpaares in Paris, als auch die junge englische Königin Viktoria nebst Prinzgemahl Albert dort weilten. Bei einem Hofball in Versailles wurde Bismarck dem englischen Besuch vorgestellt:[1])

„Der Prinz in seiner schwarzen Uniform, schön und kühl, sprach höflich mit mir, aber in seiner Haltung lag eine gewisse übelwollende Neugier, aus der ich annahm, daß ihm meine antiwestmächtliche Einwirkung auf den König nicht unbekannt war.

In den Augen des Prinzen war ich, was ich natürlich nicht dem momentanen Eindruck bei meiner Vorstellung, sondern anderweitiger Sach- und Aktenkunde entnahm, ein reaktionärer Parteimann, der sich auf die Seite Rußlands stellte, um eine absolutistische und Junker-Politik zu fördern.

Die Königin Viktoria sprach auf jenem Ball mit mir deutsch. Ich hatte von ihr den Eindruck, daß sie in mir eine merkwürdige, aber unsympathische Persönlichkeit sah, doch war ihre Tonart ohne den Anflug von ironischer Überlegenheit, den ich bei dem Prinzen Albert durchzufühlen glaubte. Sie blieb freundlich und höflich wie jemand, der einen wunderlichen Kauz nicht unfreundlich behandeln will . . ."

Im Jahre 1857 war der König durch Krankheit regierungsunfähig geworden, sein jüngerer Bruder Wilhelm übernahm die Regentschaft, er entließ das Ministerium von Manteuffel und ersetzte diesen durch den Freiherrn von Schleinitz, der auch Minister des Auswärtigen wurde. Da Manteuffel bei seiner Amtsübernahme diejenigen Beamten, die Anhänger seines gestürzten Vorgängers von Radowitz waren, entlassen hatte, bestand die Gefahr, daß

---

[1]) „Gedanken und Erinnerungen" II, 149 flgd.

auch Bismarck ihnen folgen müsse. Er rechnete selbst mit der unfreiwilligen Verabschiedung, auch seine auf den Gütern in Pommern lebende Frau rechnete damit, deshalb eilte sie über Berlin nach Frankfurt a. M. Am 12. November 1858 schrieb Bismarck an seine Schwester:

„Johanna ist heute früh hier eingetroffen, sie ist niedergedrückt von all den politischen Ängsten, die man ihr in Berlin eingeflößt hat, und ich bemühe mich vergebens, ihr die gebührende Heiterkeit einzuflößen. Sie kam mit dem Glauben hier an, daß ich den Abschied sofort nehmen würde.
Ich weiß nicht, ob man ihn mir nicht unaufgefordert gibt oder mich versetzt, daß ich ihn anstandshalber nehmen muß. Bevor ich es jedoch freiwillig tue, will ich doch erst abwarten, bis das Ministerium Farbe bekennt."

Bismarck durfte bleiben.

Im Frühjahr 1859 brach der italienische Krieg zwischen Österreich und Frankreich aus. Es war dies für Preußen eine überaus günstige Gelegenheit zu einem Kriege, da es die Wahl hatte zwischen einem Krieg gemeinsam mit Österreich gegen Frankreich, und umgekehrt, den Krieg gemeinsam mit Frankreich gegen Österreich. Sowohl in dem einen wie in dem andern Falle war Preußen sicher, durch seinen Beistand den Sieg herbeizuführen.

Der Prinzregent Wilhelm und der neue Außenminister von Schleinitz wollten Österreich beistehen, wenn der Vertrag von „Olmütz", der Preußen die Führung in Deutschland genommen hatte, revidiert wurde, andernfalls wollte es „Gewehr bei Fuß" bleiben. Bismarck hatte inzwischen mit französischen Diplomaten, unter ihnen mit dem späteren Botschafter in Berlin, dem Grafen Benedetti, konspiriert, um ein Bündnis zwischen Preußen und Frankreich gegen Österreich zustande zu bringen. Dieses eigenmächtige Verhalten Bismarcks hätte, als er später selbst die preußische Politik leitete, unbotsmäßigen Diplomaten eine Anklage wegen Landesverrats, und die Entlassung aus dem diplomatischen Dienst eingetragen.

Der Außenminister von Schleinitz tat jedoch nichts dergleichen, sondern schickte Bismarck als Gesandten nach Petersburg. Hier setzte dieser seine gegen Österreich gerichtete Privatpolitik fort. Als im Frühjahr 1860 die orientalische Krise die russisch-österreichischen Beziehungen belastete, versuchte die Petersburger Regierung (Gortschakow), den Gesandten von Bismarck zum Minister für Auswärtiges in Berlin zu empfehlen. Bismarck erhielt von seinem Minister Urlaub, ohne zu ahnen, daß der Gesandte auf den Sturz des Vorgesetzten hinarbeitete. Nachdem sein Urlaub abgelaufen und er seinen Zweck trotz aller Intrigen nicht erreicht

hatte, begab er sich persönlich zu seinem Vorgesetzten und bat denselben mündlich um Verlängerung seines bereits abgelaufenen Urlaubs.

Von Schleinitz, in Gegenwart des Unterstaatssekretärs von Gruner, zu Bismarck:

„Ich weiß, daß Sie Ihren hier verbrachten Urlaub benutzt haben, um mich zu stürzen. Es ist Ihnen dies nicht gelungen, was ich weit mehr bedaure als Sie selber. Um Ihren Zweck zu erreichen, verlangen Sie von mir eine Verlängerung Ihres abgelaufenen Urlaubs. Ich bewillige Ihnen denselben mit dem aufrichtigen Wunsche, daß Ihre Bestrebungen mit Erfolg gekrönt werden mögen."

Bismarck kehrte zwar unangefochten nach Petersburg zurück, aber er wurde im März 1862 nach Paris versetzt, wo er bis zu seiner endgültigen Berufung als Ministerpräsident am 21. September 1862 verblieb.

Der damalige Kronprinz Friedrich-Wilhelm und spätere Kaiser Friedrich, schrieb in sein Tagebuch: „Arme Mama, wie bitter wird gerade dieses ihres Todfeindes Ernennung sie schmerzen."

In dem persönlich-politischen Prozeß um die damalige Königin, der späteren Kaiserin Augusta und um Bismarck, hat die Geschichte noch kein Urteil gefällt. Sie wird einer Frau Gerechtigkeit gewähren müssen, die 1800 in Weimar geboren und noch unter Goethes Leitung erzogen, jenen liberalen Ideen zugeneigt gewesen war, die sich nach dem ersten Weltkrieg 1918 gewaltsam durchsetzten. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck, der „große Hasser", dem größten Haß seines Lebens ein unsterbliches Denkmal gesetzt, rückwärts gerichtete Keulenschläge gegen eine wehrlose Frau, gegen die Frau des Mannes, mit dessen Wohl- oder Übelwollen er stand oder fiel.

Bismarck empfing 1868, damals 53 Jahre alt und seit 6 Jahren des Königs erster Berater, den 1848er Karl Schurz, der nach der gescheiterten Revolution geflüchtet und in Nordamerika Senator und später Innenminister geworden war:[1])

„In unserem Gespräch nannte Bismarck den König fortwährend ‚der alte Herr'. Einen Augenblick sprach er vom alten Herrn mit fast zärtlicher Liebe und dann wieder in einem vertraulichen, ja ungenierten Tone, der wenig Achtung und Ehrfurcht verriet. Er erzählte mir Anekdoten vom König, die mich in höchstes Erstaunen versetzten, besonders bei dem Gedanken, daß ich den Premierminister des Königs vor mir hatte, dem ich ein vollkommen Fremder war, und der nichts von meiner Diskretion und meinem Gefühl von Ver-

[1]) Karl Schurz „Denkwürdigkeiten" II, 490.

antwortlichkeit wußte. Als wenn wir unser Leben lang vertraute Freunde gewesen wären, enthüllte er mir, anscheinend ganz rückhaltlos und mit übersprudelnder Lebhaftigkeit, Bilder von Vorgängen, die sich hinter den Kulissen während der berühmten Konfliktsperiode zwischen der Krone und dem preußischen Abgeordnetenhause abgespielt hatten. Ich erlaubte mir die Anfrage, ob die Drohung seinerseits, ein Entlassungsgesuch einzureichen, wenn er seinen Willen nicht durchsetzte, den König weniger zart gegen seine unfähigen Freunde in hohen Stellungen stimmen könnte. ‚O', lachte Bismarck, ‚das habe ich oft versucht, vielleicht zu oft! Das wirkt nicht mehr. Was meinen Sie wohl, was geschieht, wenn ich damit drohe, mein Amt niederzulegen? Der alte Herr fängt an zu schluchzen und zu weinen. Tatsächlich vergießt er Tränen und sagt: ‚Nun wollen Sie mich auch verlassen?' Und wenn ich ihn Tränen vergießen sehe, was in aller Welt soll ich dann tun?' So erzählte Bismarck weiter; eine treffende Schilderung jagte die andere, eine lustige Anekdote die andere. Mein Erstaunen wuchs von Minute zu Minute über die anscheinend rücksichtslose Offenheit Bismarcks einem ihm Unbekannten gegenüber. Ich hätte mich weniger gewundert, wenn mir, was ich später erfuhr, damals schon bekannt gewesen wäre, daß diese Art der Unterhaltung bei Bismarck gar nicht ungewöhnlich war, und daß der alte König, wenn er davon hörte, nur ruhig lächelte."

Den gleichen Monolog sprach Bismarck zehn Jahre später, 1878, vor dem englischen Premierminister Lord Beaconsfield, der als erster Berater seiner Königin, der Mutter der deutschen Kronpinzessin Viktoria, sein Reich auf dem „Berliner Kongreß" vertrat. Nach seinem Abgang erklärte Bismarck einmal scherzend in Gegenwart seiner Frau: „Meine Frau müßte ewig leben, um all die Gefängnisstrafen abzusitzen, die sie eigentlich für Majestätsbeleidigungen verdient hätte."

Der russische Botschafter in London, Graf Peter Schuwalow, reiste im Frühjahr 1875 von Petersburg über Berlin nach London, er berichtete dem englischen Außenminister Lord Derby über seine Eindrücke in Berlin: „Der Nervenzustand Bismarcks ist eine Gefahr für Europa. Er spricht einmal von der Notwendigkeit, sich schleunigst ins Privatleben zurückzuziehen, und im nächsten Augenblick von den Plänen, die er in einigen Monaten als Minister ausführen will. Auch verfolgt ihn die Furcht vor einem Attentat. Augusta habe ihm (Schuwalow) über die zunehmende Schwäche des Kaisers geklagt, der jetzt völlig in Bismarcks Händen sei."

Als Herr von Varzin und Friedrichsruh war Bismarck einer der größten deutschen Grundbesitzer geworden. Das entsprach durch-

aus seinen Neigungen. Er war ständig bestrebt, seinen Besitz weiter auszudehnen.

Ende April 1885, damals noch einer der Getreuesten des Hauses Bismarck, schrieb der Geheimrat von Holstein an seine Kusine, Ida von Stülpnagel . . .

„Nicht notiert habe ich, weil es mir peinlich war, daß, um die Hypothek von 350 000 Mark auf Schönhausen zu tilgen, Mendelssohn 200 000, Bleichröder 100 000 und Schwabach 50 000 Mark geschenkt haben. Ja, der Mann hat große Charakterfehler, aber doch — was fangen wir an, wenn er mal weg ist? Es wird eine ganz gräßliche Wirtschaft."

Ein Jahr später berichtete von Holstein an dieselbe Kusine:

„Der Kanzler hat bei Friedrichsruh nach und nach 4 300 Morgen für 2 Millionen Mark zugekauft. Wer die Dinge aus der Nähe sieht, hat den Eindruck, daß er weder für seine Pächter noch für seine Nachbarn ein angenehmer Gutsherr ist. Lord Odo Russell, englischer Botschafter in Berlin, berichtete an seinen Minister, Bismarck sei in Varzin damit beschäftigt, seine Pächter, die ihm den Zins nicht pünktlich bezahlten, zu exmittieren."

Im Oktober 1887 traf der damalige italienische Ministerpräsident Crispi auf Einladung Bismarcks in Friedrichsruh ein:[1])

„Eure Durchlaucht hat immer den Wald geliebt?"
„Immer; ich liebe die großen Bäume, das sind Ahnen . . ."
„Ihr Besitztum ist sehr groß . . ."
„Ja, es ist groß . . . Dreißigtausend Morgen Hochwald, das heißt ungefähr viertausend Hektar. Ich lege darauf größeren Wert als auf den Fürstentitel, den mir Seine Majestät gnädig verliehen hat."
„Das eine paßt gut zum andern."
„Und ich bin für beides Seiner Majestät sehr dankbar . . ."

Der Bundeskanzler empfing den Titel Fürst und Reichskanzler am Morgen desselben Tages (21. März 1871), an dem zum erstenmal ein deutsches Parlament sich um den Thron des deutschen Kaisers vereinigte.

Bismarck ist der erste Staatsmann in der Geschichte der neuen Staatsführung, der eine literarische Schutztruppe („Presseflottille") in seinen Sonderdienst gestellt und teils aus Reichsmitteln, teils aus dem „Welfenfonds" bezahlt hat. Zu den Führern dieser Schutztruppe zählten der Professor Aegidi, Geheimrat Abeken, Dr. Lothar Bucher, Dr. Horst Kohl, Dr. Moritz Busch, Dr. Rössler und Dr. Robolsky, zur „Presseflottille" gehörten die „Norddeutsche

---

[1]) „Crispi bei Bismarck: Aus dem Reise-Tagebuch eines Vertrauten des italienischen Ministerpräsidenten" Berlin 1894 S. 62.

Allgemeine Zeitung", die „Kölnische Zeitung", die „Post", der „Hannoversche Kurier", die „Hamburger Nachrichten" und die in Leipzig erscheinende Wochenschrift „Grenzboten".

Das Urteil der Historiker über Bismarck schwankt zwischen „größten Staatenbildner aller Zeiten" (Karl Alexander von Müller) und „skrupellosesten Politiker, der je Deutschland regiert hat" (Max Lehmann). Er hat, solange er regierte, schärfste und oft diffamierende Urteile gefällt: über seinen alten Kaiser, über die Kaiserin Augusta, über den Kronprinzen und die Kronprinzessin, vor allen Dingen jedoch über seine Ministerkollegen, nur er selbst duldete in keiner Sache Widerspruch, bestimmt keine Kritik und die Geschichtsforscher und -schreiber haben sich danach gerichtet.

An der Spitze der mit tödlicher Feindschaft bis zum letzten Augenblick Gehaßten stand aber die Kaiserin Augusta. Bis auf die letzten Seiten seiner „Gedanken und Erinnerungen" kann dieser Grimm nicht zur Ruhe kommen. Die Größe und die Ausdauer dieses Kampfes läßt die Größe der verstorbenen Kaiserin in einer von der Außenwelt nie geahnten Dimension erscheinen. So tief war nur noch seine Feindschaft gegenüber Gladstone und Gortschakow.

Bismarck kannte in der Politik keine Moral, er ist auf diesem Gebiet das Vorbild für Hitler geworden; sein Leben, seine Taten und Meinungen sind von Historikern, Diplomaten und Staatsmännern historisch und politisch erforscht und dargestellt, aber die Beschäftigung mit Bismarck als Mensch — die fehlt bis auf den heutigen Tag.

Bismarck nahm den Kulturkampf auf gegen das katholische Priestertum, um gegen die Infabilität (Unfehlbarkeit), die dem Papst zugestanden worden war, die Machtmittel des Staates einzusetzen, ohne daran zu denken, daß er für sich in der Staatsführung das beanspruchte, was er dem Papst in der Kirchenführung verweigerte.

Es sind die regierungstreuen Parteien des Reichstages gewesen (Konservative und Nationalliberale), die sich Jahr um Jahr über die Mißhandlung des Parlaments durch Bismarck beklagt haben. Das ist soweit gegangen, daß sich politisch und wirtschaftlich unabhängige Männer geweigert haben, überhaupt ein Mandat anzunehmen; andere legten das Mandat nieder, enttäuscht über die Machtlosigkeit des Reichstages gegenüber dem Reichskanzler. Dieser hat das, solange er regierte, als Sicherung der Rechte der Krone betrachtet. Und erst nach seinem Sturz (er stürzte als Minister des Königs und nicht des Parlaments) wollte er dem Reichstag gegeben wissen, was er ihm versagt hatte: Aufrecht-

erhaltung des verfassungsmäßigen Gleichgewichts zwischen Krone und Parlament . . .

„Die Art, wie unter Bismarck die Wahlen gemacht wurden, begünstigte in hohem Grade die Bändigung der Regierungsparteien. Die Landräte waren willenlose politische Instrumente der Regierung, also Bismarcks. Sie mußten vor der Wahl nach Berlin über die einzelnen Kandidaten berichten, die in ihrem Kreise aufgestellt waren. Auf Grund dieser Berichte entschied der Minister, welcher Kandidat als Regierungskandidat anzusehen und demgemäß mit dem ganzen Regierungsapparat zu unterstützen sei."[1])

Es war wohl die Auffassung im alten Beamtentum Preußen-Deutschlands, die der Vertreter von Mecklenburg-Schwerin im Bundesrat der Nachwelt hinterlassen hat:[2])

„Daß mir die Schranzen und Rädelsführer des Fürsten, die heute für Holzzoll schwärmen und morgen das Gegenteil, wenn es verlangt wird, predigen, in tiefster Seele verhaßt geworden sind, das brauche ich wohl nicht zu versichern. Leider fehlen diese Schranzen nicht, und ich muß mit Bedauern konstatieren, daß mit der Herrschaft dieses Jupiters die Selbständigkeit der Persönlichkeiten immer mehr verschwindet. Von Tag zu Tag treten in die höchsten Ämter Personen, deren Tüchtigkeit nicht bezweifelt wird, von denen aber niemand ein selbständiges Auftreten, eine eigene Meinung erwartet, die vielmehr nur zu dem großen, untertänigst gehorchenden Heeresgefolge des Fürsten gehören.

Das ist aber für die Zukunft des Deutschen Reiches, die auch vor allen Dingen Männer erfordert, eine traurige Aussicht. . . . Sein Stern ist im Untergehen, ja, ich fürchte, daß der jetzt im Ausland und Inland allmächtige Mann noch einmal an derjenigen Macht scheitern wird, welche ihn so hoch emporgehoben hat, das ist die Volksgunst . . .

Der Reichskanzler demoralisiert nicht allein die Regierungen, sofern sie ihm blind zustimmen und jeden Nachteil, welchen er einem Einzelstaate zufügen will, durch ihr Votum gutheißen: er untergräbt auch die Zuverlässigkeit und Ehrenhaftigkeit der Beamten des Reichs."

Unter Wilhelm I gab es nur einen Willen — den des Kanzlers. Der Kronprinz scherzte einmal: „Wenn Bismarck meinem Vater eine Allianz mit Garibaldi vorschlüge — nun, der ist ja wenigstens General, das wäre nicht das Ärgste; aber wenn er ihm die Allianz mit Mazzini (dem Führer der revolutionären Republikaner

---

[1]) Helmut von Gerlach, „Erinnerungen eines Junkers" Bln. o. J., S. 78.
[2]) Karl Oldenburg „Aus Bismarcks Bundesrat", Berlin 1929 S. 10 und 28.

in Italien) proponierte — so würde mein Vater anfangs verzweifelt im Zimmer umhergehen und ausrufen: „Bismarck, Bismarck, was machen Sie aus mir?" Dann bliebe er mitten im Zimmer stehen und spräche: „Wenn Sie jedoch glauben, daß das im Interesse des Staates unerläßlich nötig ist, so läßt sich am Ende nichts dagegen sagen."

Kein Minister, kein anderer leitender Beamter wurde gegen seinen Willen ernannt, keiner blieb, den er nicht wollte. Nichts Entscheidendes geschah gegen seinen Willen, und jeden Widerstand schwächte im Keim der Gedanke: „Er setzt ja doch alles durch". Das Kaiserreich Wilhelms I war nach der geschriebenen Verfassung eine konstitutionelle Monarchie. Tatsächlich waren die Jahre von 1871 bis 1890 eine Bismarcksche Diktatur.

Wer unter Bismarck Minister wurde, der steckte, so meinte Treitschke, seinen Kopf in die Schlinge und die es waren, die, so meinte Camphausen, waren alle vor dem Fürsten auf der Flucht. Die Minister Bismarcks waren seine Handlanger — nichts weiter. Auf sie zielte der Spottvers Ludwig Bambergers:

„In Deutschland ist man, ehe man Exzellenz geworden, überhaupt kein Staatsmann — von da an ist man es aber unbedingt."

Am 18. September 1877 waren Bismarck und Graf Andrassy in Salzburg zu vertraulich-politischen Gesprächen zusammengetroffen:

„Ohne hierzu aufgefordert worden zu sein, versprach er von selbst strengste Diskretion. ‚Ich werde' — sagte er — ‚mit niemand davon reden, besonders mit meinem Kaiser nicht, denn das ist der indiskreteste Mensch der Welt' . . . Bei dieser Gelegenheit erzählte Bismarck dem Grafen Andrassy, er gehe jetzt nach Berlin mit der Absicht, einige Leute, vielleicht auch Minister, mit deren Ansichten er nicht übereinstimme, aus ihren Stellungen zu entfernen. Er besorge nur, deswegen mit dem Kaiser Unannehmlichkeiten zu haben, der stets solche ‚Opfer' in Schutz zu nehmen pflege. ‚Der Kaiser', erwähnte Bismarck, ‚fragt mich immer: ‚Ja, sagen Sie mir doch, Fürst, was haben Sie gegen den Mann? Er hat Ihnen doch nichts getan.' ‚Ich habe nichts gegen ihn', antwortete ich Sr. Majestät eines Tages, ‚als daß er dumm ist.' ‚Ah bah', entgegnete der Kaiser, ‚vor Ihnen ist gleich jeder dumm, ich weiß sehr gut, daß Sie mich für dumm halten, aber ich bleibe doch auf meinem Posten.'"[1])

Mit Bismarcks Aufstieg begann Preußen-Deutschlands Niedergang, gemeint ist das Preußen Friedrich d. G., und Kants sowie das

[1]) Ed. von Wertheimer „Graf Andrassy" II S. 310.

Deutschland Goethes, Schillers und Beethovens, denn mit der Lockerung der überlieferten russo-preußischen Beziehungen siegte der am 4. Dezember 1642 gestorbene französische Cardinal-Herzog Richelieu im Jahre 1918 über den Fürst-Reichskanzler Bismarck.

Achtzehn Jahre, bis zu seinem Tode, regierte er Frankreich mit einer Machtvollkommenheit, wie kein Minister und König vor, und nur Ludwig XIV nach ihm. Alle Feinde sanken vor ihm zu Boden, und ein großer Teil der Welt folgte dem Wink seines Willens.

Achtundzwanzig Jahre regierte souverän, wie jener Frankreich, Bismarck Preußen-Deutschland.

Jener hat für Jahrhunderte Frankreichs Stellung in der Welt gesichert, das von Bismarck geschaffene Deutschland endete weniger als fünfzig Jahre nach seiner Gründung.

Die Geschichte, nicht nur die Deutschlands, sondern die der Menschheit überhaupt, bietet nichts Ergreifenderes, als den Kampf in den Spätsommerwochen des Jahres 1879 zwischen dem 82jährigen Kaiser, der die Ehre nicht verlieren wollte und dem 64jährigen deutschen „Major Domus".

Der alte König hat dem Volk geben wollen, was ihm gebührte, Bismarck hat die natürlichen Entwicklungskräfte eines Volkes nie verstanden, zumindest nie beachtet und er ist daran gescheitert. Bismarck hat Memoiren hinterlassen, seine „Gedanken und Erinnerungen". Über sie äußerte sich sein Zeitgenosse, Professor Gustav Schmoller:

„Bismarcks Buch besitzt große dramatische Kraft, aber mitunter ist Bismarck doch geradezu naiv. Sein Urteil entsteht mitten im Kampf, sowohl über Sachen, wie über Freund und Feind. Er hat niemand geschont, um sich selbst zu erheben. Er sagt mit kurzen Worten in seinem langen Buch:

‚Alles in allem bin ich alles gewesen.' "

„BLUT UND EISEN“

DER KABINETTSKRIEG GEGEN DÄNEMARK

Bismarck sprach:

„So kamen wir, ohne daß uns das Kriegsgewölk auch nur ein Jahr den Horizont freigelassen hätte, bis in die sechziger Jahre hinein. Das Jahr 1864 brachte nach dem Tode des Königs von Dänemark neue dringlichste Kriegsgefahr. Von dem Augenblick an, wo unsere Truppen die Eider überschritten,[1] *bin ich in jeder Woche auf die Einmischung des europäischen Seniorenkonvents (in diese dänische Angelegenheit) gefaßt gewesen und Sie werden mir zugeben, daß das im höchsten Grade wahrscheinlich war. Schon damals aber haben wir wahrnehmen können, daß Österreich und Preußen, wenn sie geeinigt sind, obschon der ihnen zur Seite stehende deutsche Bund damals bei weitem nicht die militärische Bedeutung hatte wie dieselben Länder heute, doch nicht so leicht von Europa angegriffen werden konnten. Das hat sich schon damals gezeigt; die Kriegsgefahr blieb aber dieselbe.“*[2]

(Bismarck am 6. Februar 1888 im Reichstag zur Begründung der neuen Heeresvorlage der Reichsregierung.)

---

[1] Am 1. Februar 1864.

[2] Amtliche Stenographische Berichte vom 6. Februar 1888.

1864

„Ohne mich hätte es drei große Kriege nicht gegeben, wären 80 000 Menschen nicht umgekommen und Eltern, Brüder, Schwestern und Witwen trauerten nicht."

Bismarck

Am 16. November 1863 war der dänische König Friedrich VII. ohne Leibeserben gestorben. „Der Tod des dänischen Königs ist ein gefundener und unerhörter Glücksfall für Preußen", schrieb Fürst Anton von Hohenzollern an Max Dunker, dem preußischen Politiker und Berater des Kronprinzen.

Vor seinem Tode hatte König Friedrich VII. dem Herzogtum Holstein eine neue Verwaltungsreform gewährt und das Herzogtum Schleswig widerrechtlich Dänemarck angegliedert. Der Neffe des Königs, Christian IX., kam auf den Thron; er wurde durch das eiderdänische Ministerium gezwungen, die Gesamtverfassung anzuerkennen. Die Tochter des neuen Königs heiratete im gleichen Jahr den Prinzen von Wales, den späteren König Eduard VII. von England.

In einer damals oft angeführten Urkunde aus dem Jahre 1460 hatte König Christian I. versprochen, die Lande Schleswig und Holstein sollten „up ewig ungedeelt" (auf ewig ungeteilt) bleiben.

„‚Die up ewig Ungedeelten' müssen einmal Preußen werden. Das ist das Ziel, nach dem ich steuere; ob ich es erreiche, steht in Gottes Hand. Aber ich könnte nicht verantworten, preußisches Blut vergießen zu lassen, um einen neuen Mittelstaat zu schaffen, der im Bunde mit den anderen immer gegen uns stimmen würde," hatte Bismarck in der Neujahrsnacht 1863 auf 1864 erklärt und „die gütige Hausfrau hatte mit einer ihr eigenen Anmut den Sylvesterpunsch nahe dem Kamin auf einen kleinen Tisch, an welchem neben Bismarck und seinem Schwager (Arnim) auch ich einen Platz erhielt, gestellt. Es war dies das erste und letzte Mal, daß ich den Minister im Familienkreise ausführlich über die auswärtige Politik habe sprechen hören. Gewöhnlich suchte er im Salon die Tagesfragen zu vergessen und sich durch Unterhaltung über andere Dinge zu erfrischen. An jenem Sylvesterabend aber schien es ihm Vergnügen zu bereiten, seinen Zuhörern, deren

begeisterter Zustimmung er gewiß sein konnte, das Endziel seiner augenblicklichen Aktion zu enthüllen."[1])
Bismarck forderte in einem Ultimatum vom 16. Januar 1864 den neuen König auf, Schleswig innerhalb 24 Stunden zu räumen. Da der König das ablehnte, marschierten preußische und österreichische Truppen in Schleswig und am 21. Januar in Holstein ein. Die Volksvertretung goß viel Wasser in den Wein Bismarcks. Zunächst fand in Gegenwart des Königs und des Kronprinzen eine Sitzung des Staatsministeriums statt, in welcher Bismarck die Annexion der Elbherzogtümer als das wünschenswerte Ziel der einzuleitenden Unternehmungen hinstellte. Irgendeine zustimmende Äußerung fiel aber nicht.
„Das Geheimnis dieser amtlichen Erklärung wurde nicht völlig gewahrt. Auf einem Balle im königlichen Schloß erzählte mir eine gefeierte Dame, ein früherer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten habe ihr soeben gesagt: ‚An die Möglichkeit der Annexion von Schleswig-Holstein werden Sie doch nicht glauben! das ist ja barer Unsinn.' Baron Schleinitz galt als ein Gegner Bismarcks. Aber auch ein als begeisterter Verehrer Bismarcks bekannter hoher Beamter sagte zu mir unter vier Augen: ‚So etwas ist ja in unserer Zeit nicht ausführbar; es bekümmert mich, daß der Ministerpräsident daran denkt.'"[2])
Das Haus der Abgeordneten richtete eine Adresse an den König, in der es erklärte, die Ehre und das Interesse Deutschlands erfordern die Anerkennung und Unterstützung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein. Es lehnte Bismarcks Vorhaben mit großer Mehrheit ab und verweigerte die für den preußischen Anteil an den Kosten der Bundesexekution sowie für den Krieg gegen Dänemark geforderten Anleihen.
In der Sitzung des Hauses am 21. Januar erklärte der Berichterstatter der Kommission, Aßmann, es sei rühmlicher für Preußen, nichts zu tun, als ein Verbrechen zu begehen . . . Ohnmacht sei dem Selbstmord vorzuziehen. Virchow meinte, Bismarck habe vielleicht, als er das Ministerium übernahm, beabsichtigt, eine von der „Kreuzzeitungspartei" unabhängige Politik zu machen, dann aber sich von Tag zu Tag mehr jener Richtung genähert. Jetzt sei er „dem Bösen verfallen und werde nicht mehr von ihm loskommen . . . Die Mittel des Landes dürften nicht nutzlos im Interesse der Tyrannei vergeudet werden."
An den beiden Tagen der Beratung hielt Bismarck vier Reden, deren letzte schloß er mit dem Hinweis auf einen Ausdruck Friedrich Wilhelm I.: „Meine Herren! Der rocher de bronze steht noch heute fest; er bildet das Fundament der preußischen Geschichte,

---

1) Keudell a. a. O. S. 143.
2) Keudell „Fürst und Fürstin Bismarck", Berlin 1901, S. 142 flgd.

des preußischen Ruhms, der preußischen Großmacht und des verfassungsmäßigen Königtums. Diesen ehernen Felsen werden Sie nicht zu erschüttern vermögen durch Ihren Nationalverein, durch Ihre Resolution und durch Ihr liberum Veto!"

Die von der Regierung verlangte Anleihe wurde mit 275 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

Das vom Kriegsminister vorgelegte Wehrdienstgesetz zogen die Abgeordneten gar nicht in Beratung und strichen, ebenso wie das frühere Haus im Jahre 1862, die durch die Heeresreform verursachten Kosten im Etat. Infolgedessen wurde das Etatsgesetz vom Herrenhause wieder verworfen und der Landtag am 25. Januar geschlossen.

Die Dänen wurden besiegt und baten um Frieden. In diesem am 30. Oktober 1864 in Wien abgeschlossenen Vertrag verzichtete der König von Dänemark, Christian IX., auf die Herzogtümer Schleswig-Holstein und Lauenburg zu Gunsten des Königs von Preußen und des Kaisers von Österreich. Die Verwaltungshäkeleien in Schleswig-Holstein zwischen den Elementen einer Regierung, welche eine sein sollte und es doch nicht war, bestimmten nun Preußen besonders, neue Verhandlungen mit Österreich anzuknüpfen. Die Souveräne beider Reiche trafen sich schließlich persönlich und es kam am 14. August 1865 zum Vertrag von Gastein, dessen Punkt 9 folgenden Wortlaut hatte: „Das Herzogtum Lauenburg überläßt der Kaiser von Österreich in vollen Rechten, wie sie im Vertrag von Wien erworben, an den König von Preußen, welcher dafür $2^1/_2$ Millionen Dänische Taler in preußischem Silbergeld vier Wochen nach der Ratifikation des Vertrages bezahlt."[1])

Die Ratifikation durch die beiden Monarchen sollte am 20. August in Anwesenheit des Grafen Bismarck und des k. u. k. Außenministers, Grafen Mensdorff-Poully, in Salzburg stattfinden.

„Für den Eingeweihten mußte es ein sonderbarer Anblick gewesen sein, als Kaiser Franz Joseph den mit einem Vierspänner aus Gastein ankommenden König von Preußen am Wagenschlag empfing, beide Herrscher sich zweimal küßten und umarmten und dann Arm in Arm die Treppe zum Hotel „Erzherzog Karl" hinaufstiegen, wie die besten Freunde und nicht wie Herrscher, die noch

---

[1]) „Das Herzogtum Lauenburg fiel nicht an Preußen, sondern an den König von Preußen, der darüber verfügen konnte. An den Kaiser von Österreich mußten dafür $2^1/_2$ Millionen dänische Taler gezahlt werden. Diese Summe wurde dem Herzogtum als Schuld aufgebürdet. Dafür behielt es die Domänen und Forsten, die allerdings um ihren wertvollsten Bestandteil vermindert wurden, als Fürst Bismarck den wundervollen Sachsenwald nach dem Sieg über Frankreich als Dotation erhielt." (Die Dotation, die der König Bismarck 1864 bewilligte, betrug 400 000 Taler.)

kurz vorher der drohende Krieg fast zu Gegnern gemacht hätte. In Salzburg bildete die Gestaltung des Provisoriums noch einmal den einzigen Gegenstand der Besprechungen, während alle weiteren Fragen und die definitive Lösung der Herzogtümerfrage der Zukunft vorbehalten blieben."[1])

Wie unverfälscht und durch keine Kritik getrübt Bismarck sich an diesen politischen Erfolg erinnerte, beweist die Darstellung, die er drei Jahrzehnte später (am 15. Juli 1892) in Rede und Gegenrede seinem Besucher gab:[2])

„Der König war gegen jede Annexion, ebenso der Kronprinz. Man wollte dem Herzog Friedrich die Herzogtümer geben. Ich brachte in einem Conseil zum ersten Mal meinen Plan zur Sprache, wobei alle sehr ungeduldig waren, auf den Stühlen hin- und herrückten; der Kronprinz schlug sich wiederholt an den Kopf (dabei deutete Bismarck mit dem Zeigefinger wiederholt nach der Stirn, wie man zu tun pflegt, wenn einer verrücktes Zeug redet). Der König hat geglaubt, daß ich sehr stark gefrühstückt hätte. Als wir (1864) in Gastein waren, war er sehr verstimmt gegen mich, so daß er tagelang nicht mit mir sprach. Bei unserem Besuch in Wien hatten wir eine Konferenz in Schönbrunn, an der Kaiser Franz Joseph, der König, Rechberg und ich teilnahmen. Der Kaiser fragte den König: „Ja, willlst Du denn diese Lande haben?" worauf ich, da der König nicht gleich antwortete, sagte: „Es ist mir sehr angenehm, daß Eure Majestät diese Frage in Gegenwart meines Allerhöchsten Herrn stellen. Wir müssen uns die Küste sichern, wenn wir überhaupt an die Entwicklung unserer Marine denken wollen. Gesetzt, es handelt sich um ein von uns gemeinschaftlich occupiertes Gebiet am Adriatischen Meere, bei Triest, das uns sehr ferne läge, so würden wir, da es gar kein Interesse für uns hätte, gerne darauf verzichten." Darauf fragte der Kaiser den König: „Willst Du die Lande?" worauf Letzterer nach einer Pause erwiderte: „Nein, ich will sie nicht!"

Das Volk wurde nicht gefragt, es blieb eine Figur auf dem Schachbrett der Diplomatie. Das Recht eines kleinen Ländchens galt im Kalkül Bismarcks nichts.

Das Abgeordnetenhaus lehnte auch oder erst recht nach den Erfolgen der preußischen Truppen im Krieg gegen Dänemark und nach dem Frieden von Wien vom 30. Oktober 1864 Bismarcks auswärtige Politik ab. Bismarck wurde zum Minister von Lauenburg ernannt und ihm die Grafenwürde verliehen. „Er hatte",

---

[1]) von Wertheimer „Bismarck im politischen Kampf" S. 182.

[2]) John Booth „Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck" 1899 S. 79. J. B. hatte als großer Besitzer von Baumkulturen in Klein-Flottbek bei Hamburg die Wälder Bismarcks in Friedrichsruh ehrenhalber kultiviert.

schreibt Keudell, „so wenig wie seine soeben aus Homburg eingetroffene Gemahlin, Freude an diesem Gnadenbeweise. Beide legten einen gewissen Wert darauf, Geschlechtern des altmärkischen und pommerschen „Uradels“ anzugehören, den Zwang aber, dem alten Namen ein neues Prädikat beizufügen, bezeichneten beide vertraulich als eine nicht leicht zu überwindende Unannehmlichkeit.“[1])

Bismarck stellt die Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Wien und Berlin so dar:

„Die mise en demeure durch den Kaiser hatte die Folge, daß der König zögert und in einer gewissen Verlegenheit sagte: er habe ja gar kein Recht auf die Herzogtümer und könne deshalb keinen Anspruch darauf machen. Durch diese Äußerung, aus welcher ich die Einwirkung der königlichen Verwandten und der hofliberalen Einflüsse heraushörte, war ich natürlich dem Kaiser gegenüber außer Gefecht gesetzt. Ich trat demnächst noch für das Festhalten der Einigkeit beider deutschen Großmächte ein, und es wurde eine dieser Richtung entsprechende kurze Redaktion, in der die Zukunft Schleswig-Holsteins unentschieden blieb, von Rechberg und mir entworfen und von den beiden hohen Herren genehmigt.“

Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Grabow, hielt am 15. Januar 1866, als das Abgeordnetenhaus seine Beratungen wieder aufnahm, eine Anklagerede gegen die Regierung.

Auf Anregung Virchows empfahl eine Kommission zu erklären, daß die Vereinigung des Herzogtums Lauenburg mit der Krone Preußens rechtsungültig sei, so lange nicht die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtags erfolgt wäre.

Bismarck wies (am 4. Februar) in längeren Ausführungen nach, daß der Ankauf von Lauenburg aus Privatmitteln Seiner Majestät des Königs dem Lande keinerlei Lasten auferlegt habe, und daß ein deutsches Ländchen von dem Umfange Lauenburgs nicht als ein „fremdes Reich“ bezeichnet werden könne, ohne sich an der deutschen Sprache und Nationalität zu versündigen.

Die folgende weitgehende Verteidigung der Politik Seiner Majestät des Königs blieb ohne Erfolg. Der Antrag Virchows wurde mit 251 gegen 44 Stimmen angenommen.

Bismarck erkannte den Beschluß des Hauses nicht an: am 22. Februar wurde der Landtag geschlossen.

Am 16. März stellte Graf Karoly amtlich an Bismarck die Frage, ob Preußen beabsichtige, die Gasteiner Konvention zu brechen und den Bundesfrieden zu stören. Bismarck antwortete:

„Nein! Wir wünschen im Gegenteil, daß Österreich die Verträge von Wien und Gastein genauer beobachte.“

---

[1]) Keudell a. a. O. S. 224, 244, 251.

DER BRUDERKRIEG

Bismarck sprach:

„1865 wechselte die Kriegsgefahr die Front, und es fing schon damals die Vorbereitung zu dem Kriege von 1866 an. Ich erinnere nur an eine Konseilsitzung preußischer Minister, wie sie zur Beschaffung von Geldern im Jahre 1865 in Regensburg stattfand, die durch den „G a s t e i n e r V e r t r a g" nachher erledigt wurde. Aber anno 1866 kam ja der Krieg in vollem zum Ausbruch, und es war die große Gefahr vorhanden, welche wir nur durch vorsichtige Benutzung der Umstände hintangehalten haben, daß aus diesem Duell zwischen Preußen und Österreich nicht ein großer europäischer Koalitionskrieg wiederum entbrannte, bei dem es sich um die Existenzfrage, um Kopf und Kragen handelte."

(Bismarck am 6. Februar 1888 im Reichstag.)

„Der Krieg von 1866 ist nicht aus der Notwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht hervorgerufen durch die öffentliche Meinung und durch die Stimme des Volkes; es war ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf nicht für Ländererwerb, Gebietserweiterung und materiellen Gewinn, sondern für ein ideelles Gut — für Machtstellung."

(Generalfeldmarschall Graf Hellmuth von Moltke: „Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten", Berlin 1891, Band 3, S. 426/7.)

Auch hier sagte Bismarck nicht die Wahrheit, denn nicht die Kriegsgefahr wechselte 1865 die Front. Er selbst wechselte die Front, jetzt — gegen Österreich. Einer seiner ihm unbedingt ergebenen Geschichtsschreiber stellt diesen Frontwechsel so und zwar historisch richtig dar:[1])

„So hatte Bismarck sein schleswig-holsteinisches Programm vollführt. Doch fehlte noch der Schlußakt. Noch immer gab es eine gemeinsame österreichisch-preußische Regierung in den Herzogtümern, der Bismarck ein Ende bereiten wollte. Die von ihm im Friedensschlusse von 1864, wie es scheint, absichtlich unerledigt gelassene Stellung der Herzogtümer hatte eine Reibungsfläche geschaffen, an der sich im Ringen um den alleinigen Besitz von Schleswig-Holstein der große Entscheidungskampf über die Frage entzünden sollte, wem die Vorherrschaft in Deutschland zukomme: Österreich oder Preußen. Denn Bismarck war entschlossen, den Streit über die österreichisch-preußische Rivalität durch die Waffen auszutragen, weil er, seiner Ansicht nach, in anderer Weise nicht lösbar war. Für kurze Zeit allerdings wurde der Ausbruch des Entscheidungskampfes noch durch den G a s t e i n e r V e r t r a g (14. August 1865) verhindert. Er war vorteilhaft für Preußen. Es erhielt jetzt gegen Bezahlung von 2½ Millionen Taler Lauenburg, das bisherige gemeinschaftliche Regiment in den Herzogtümern wurde aufgelöst, Holstein in den Bereich der österreichischen, Schleswig dagegen in den der preußischen Verwaltung einbezogen. Aber der Vertrag war bloß eine „Verklebung der Risse im Bau".

Die Pläne und Absichten Bismarcks liegen in Urkunden vor. Bereits am 2. Oktober 1865 hatte der damalige Oberst von Stosch an seinen Berliner Freund von Holtzendorff geschrieben:[2])

„In Merseburg kam der Kronprinz mit Bismarck ins Gespräch, fragte nach den Aussichten in Schleswig-Holstein: „Wollen Sie denn annektieren?" — „Womöglich ja, aber einen europäischen Krieg fange ich deshalb nicht an". — „Wenn dieser aber droht?" — „Nun, dann beschränke ich mich auf die Februarforderungen". — „Wenn man diese aber nicht einräumt"? — „Für diese braucht Preußen keinen Krieg zu fürchten; die Februarforderungen sind

---

[1]) Eduard von Wertheimer „Friedenskongresse und -schlüsse", Berlin 1917, S. 106/107.

[2]) Albrecht von Stosch, General und Admiral, „Denkwürdigkeiten", Stuttgart 1904, S. 64.

ein Ultimatum". — „Und wie steht es mit dem Herzog Friedrich"? — „Wie gerade die Karten liegen". Schließlich nahm das Gespräch einen sehr leidenschaftlichen Charakter an . . ."

Der Krieg gegen Österreich hat keinen Namen in der Geschichte — er war Verrat: Napoleon III. hatte bereits im Jahre 1858 in Berlin wissen lassen, daß er für eine Kriegserklärung Preußens gegen Österreich wäre, denn Österreich sei doch Vergangenheit, und Preußen als Land der Zukunft habe eine hohe Mission in Deutschland.

Schon im Jahre 1859 war in Bismarck der Gedanke gereift, Österreich mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln aus Deutschland zu verdrängen. Den Bund wollte er ausgerottet wissen „ferro et igni", wie er am 12. Mai 1859 an v. Schleinitz schrieb. Im Jahre 1860 erwiderte Bismarck dem General von Gerlach: „Österreich bleibt mir Ausland. Ich fühle keine Verantwortung für auswärtige Zustände in mir. Ich weiß, daß Sie mir darauf antworten, es sei das nicht auseinanderzuhalten, und wohlverstandene preußische Politik erfordere auch aus Zweckmäßigkeitsgründen Keuschheit in auswärtigen Beziehungen. Vom Standpunkt der politischen Nützlichkeit läßt sich darüber diskutieren." König Leopold von Belgien meinte damals, jeder Deutsche, der Abreißungen vom Vaterlande anstrebe, sollte als Verräter erklärt werden: „Leider könnte ich Deutsche zitieren, die dergleichen vorgeschlagen haben u. a. Herrn von Bismarck-Schönhausen". Der italienische Staatsmann Graf Nigra bestätigt, daß Bismarck nicht abgeneigt gewesen war, Gebiete zwischen Mosel und Rhein, ausgenommen Koblenz, an Napoleon III. abzutreten, falls dieser ihm die militärische Hilfe zusagte; der König sei freilich dagegen gewesen, habe sich aber bereit erklärt, im Falle einer Niederlage in einem Kriege mit Österreich, dem zuzustimmen. Bernhardi berichtet im Jahre 1862:[1]) „Die Politik, die Bismarck im Sinne hat, ist bekannt: ein russisch-preußisch-französisches Bündnis — Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich, Vernichtung Österreichs — Vergrößerung Preußens im inneren Deutschland."

Man kann Länder und Völker erobern und unterwerfen, nicht aber — kaufen und das hatten Preußen und Österreich 1864 getan: die Empörung in London, Paris, Florenz und Petersburg war groß. Das mußte Bismarck erfahren, als er den Krieg gegen Österreich vorbereitete und Bundesgenossen, zumindest Rückendeckung, suchte.

Schärfer als der Kaiser Napoleon verurteilte dessen Außenminister Drouyn de l'Huys die „Gasteiner Konvention". „Auf welchem

---

[1]) Theodor von Bernhardi, „Tagebuchblätter" IV, 32.

Prinzip beruht eigentlich diese"? fragte er. „Wir bedauern", lautete sein Urteil — „daß keine andere Grundlage als die Gewalt zu finden ist, keine andere Rechtfertigung, als die gegenseitige Konvenienz der beiden Teilnehmer. Das ist eine Praxis, die für das heutige Europa ungewohnt ist und deren Vorbilder man in den verhängnisvollen Zeitaltern der Geschichte suchen muß. Die Gewalttätigkeit und Eroberung verderben die Kenntnis des Rechts und das Gewissen der Völker."

Der englische Außenminister, Lord John Russel, erklärte in seinem Rundschreiben vom 14. September an die Vertreter Englands an den Höfen Europas, nach Rücksprache mit Paris: „Die Autorität der Gewalt ist die einzige Macht, die man zu Rat gezogen und anerkannt hat. Gewalttat und Eroberung, das sind die einzigen Grundsätze, auf welche die in den Besitz sich teilenden Mächte die Übereinkunft gegründet haben." Damit war auch die englische Königin einverstanden, die Bismarck die Zurücksetzung des von ihr und dem preußischen Kronprinzenpaar begünstigten Thron-Anwärters, Herzog Friedrich von Augustenburg, sehr übel nahm.
Während die Regierungen in Berlin und Wien über die Beute in Streit gerieten, sorgte sich der Kronprinz Friedrich Wilhelm unter dem Einfluß seiner Frau um die Zukunft Preußens. Von Stosch berichtete am 6. Februar 1866 an von Holtzendorff über sein Gespräch mit dem Thronfolger: „Der Kronprinz hält die jetzigen Verhältnisse für unhaltbar und wünscht nur, daß sein Vater nicht noch den Zusammenbruch des ganzen Gebäudes erlebte . . . Das Verhältnis mit Österreich", fährt von Stosch fort, „ist ganz gespannt; man will gern den Krieg, aber man kann den König nur dann dazu bewegen, wenn die Österreicher ihn positiv auf die Füße treten und das tun sie eben nicht."

Mitte März zeigte das politische Barometer eher gutes als schlechtes Wetter an. Stosch schrieb am 13. März an Holtzendorff: „Unsere kriegerischen Bestrebungen sind gehemmt worden durch Graf Goltz, dessen neueste Mitteilungen aus Paris keine Gewißheit bringen betreffs Napoleon. Andererseits hat man die Überzeugung gewonnen, daß Österreich auf das einfache Säbelrasseln nicht nachgibt. Man ist aber immer nicht sicher, wie weit Bismarcks Neigung, va banque zu spielen, imstande ist, die Friedensliebe des Königs zu überwinden. In einem wie im anderen Fall scheint Bismarck am Ende seiner Laufbahn angelangt zu sein; ob dann der König nicht auch wieder an Abdankung denkt, das ist die große Frage, die schon die Geister beschäftigt."
„Als am 23. März gegenüber den österreichischen Rüstungen unsererseits noch nichts geschehen war, erkrankte er, gesundete

aber, sobald am 27. die erwähnten ersten Rüstungsbefehle ergingen. Ebenso kränkelte er um Mitte April, während über die beiderseitige Abrüstung viel geschrieben werden mußte, erholte sich aber bald nach Eingang der Meldung von der Mobilmachung der österreichischen Südarmee."[1])

Aus einer ganz anderen Welt kam, was die Kronprinzessin am 4. April an ihre Mutter nach London schrieb:[2])

„Wir stehen noch mitten zwischen Frieden und Krieg, kein Tag vergeht ohne einen kleinen Zwischenfall, der die Situation günstig beeinflussen könnte, und keiner verstreicht, ohne daß der böse Mann mit der größten Geschicklichkeit seinen Gegenzug tut, alles Gute verdirbt und die Situation zum Kriege treibt, indem er alles dreht und wendet, bis es seinen Absichten entspricht.

So oft wir eine Hoffnung schöpfen und Mittel sehen, aus den Schwierigkeiten herauszukommen, hören wir kurz darauf, daß diese unbrauchbar gemacht worden sind. Es werden so viele Unwahrheiten in die Welt gesetzt, daß man völlig perplex ist, wenn man sie hört; aber das Netz ist kunstvoll geknüpft, und der König von Preußen gerät trotz aller seiner Klugheit mehr und mehr in seine Maschen . . ."

Die Entwicklung zum Kriege machte im April rasende Fortschritte: Am 6. gab Bismarck dem österreichischen Minister des Auswärtigen noch die feierliche Erklärung ab, daß „den Absichten Seiner Majestät des Königs nichts ferner liege, als ein Angriffskrieg gegen Österreich."

Am 7. unterzeichnete der König die Vollmacht zum Abschluß des Offensiv- und Devensivbündnisses mit Italien gegen Österreich und am 7. wandte sich der Kaiser Franz Joseph an den Zaren Alexander II. mit seiner Beschwerde über Bismarcks Intrigen.[3])

„Bismarcks Antwort auf die Frage meines Gesandten, ob sich die preußische Regierung mit Gewalt von den Gasteiner Abmachungen losreißen wolle, war von einer so verletzenden Ironie und von so wenig beruhigenden Erklärungen begleitet, daß sie nur meine ernste Besorgnis vermehren mußte. In Anbetracht dieser Vorfälle gebot mir die einfache Klugheit, einige Vorsichtsmaßnahmen gegen eine plötzliche Entscheidung zu treffen, wie man sie nach den Worten und dem sehr bekannten Charakter des ersten Ratgebers des Königs Wilhelm erwarten mußte . . .

Niemals habe ich daran gedacht und werde nie daran denken, einen Monarchen anzugreifen, an den mich so viele Bande der Hochschätzung und Liebe knüpfen. Ich bedaure tief, daß hinter-

---

[1]) von Keudell a. a. O. S. 260.
[2]) Ponsonby a. a. O. S. 62.
[3]) von Wertheimer „Bismarck im politischen Kampf" S. 189.

hältige Vorstellungen den König Wilhelm über meine wahren Gefühle für ihn irreführen konnten."

Bismarck machte im Laufe der weiteren Verhandlungen mit dem italienischen General Gavone wiederholt geltend, „daß es lediglich von Italiens Entscheidung abhänge, ob es zum Kriege komme oder nicht, da der Weg zu einer Verständigung (mit Österreich) immer noch offen sei. Nachdem auch Napoleon dem italienischen Minister dringend geraten hatte, den Vertrag abzuschließen, kam es endlich zum Bündnis auf drei Monate, während welcher Italien in den Krieg eintreten sollte, falls in dieser Frist Preußen eine Kriegserklärung gegen Österreich verkündet."

Im Juli spätestens also mußte Kaiser Franz Joseph mit dem Angriff auf sein Land von Norden und von Süden her rechnen.

„Die heiße Ungeduld der Italiener, in den Besitz des Festungsvierecks (Venetien) und der Lagunenstadt (Venedig) zu kommen, ließ sie rüsten. Man geht wohl nicht fehl in der Vermutung, daß diese Ungeduld durch Bismarck angefeuert worden ist, der sich seinerseits nach dem ersten Schuß sehnte. Hat er doch eben damals die Italiener gefragt, ob es denn nicht möglich sei, ein kroatisches Regiment der österreichischen Südarmee durch Bestechung zum Bruch des Friedens zu bewegen . . ."[1])

Im April wurde der preußische Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments fast überall mit Mißtrauen und Hohn begrüßt.

„An der Pariser Börse gab es Panik und starke Verluste einflußreicher Leute. Allgemein wurde nicht Österreich, welches die Rüstungen begonnen hatte, sondern Preußen, welches den status quo verändern wollte, als der Störenfried angeklagt, und wohl mit Grund . . .

Während im Kabinett des Ministers rastlos für den Krieg gearbeitet wurde, herrschte am Kaminfeuer des großen Wohnzimmers die friedliche und heitere Stimmung der früheren Jahre."[2])

Der König sträubte sich gegen den Krieg und so wurde der Kriegsrat einberufen.

„Von dem großen Kriegsrat", schreibt Stosch an seine Frau, „willst Du hören? Zunächst sollst Du wissen, daß der Krieg seit gestern ganz unwahrscheinlich geworden ist, denn der König will durchaus sich nur angreifen lassen, so sehr Bismarck vorwärts drängt. Als ein Ausdruck dieser Negation diene Dir, daß er dem Kronprinzen verboten hat, sein Hauptquartier jetzt schon nach Schlesien zu verlegen; das könne als Demonstration aufgefaßt

---

[1]) Max Lehmann „Bismarck, eine Charakteristik" S. 151.

[2]) von Keudell a. a. O. S. 257 und 259.

werden, und die wolle er vermeiden. Wir bleiben also vorläufig hier.

Zu Anfang entwickelte der König in einem halbstündigen, sehr klar und fließend vorgetragenen Exposé höchst lichtvoll die ganze politische Situation sowie die Stufenfolge der von ihm getroffenen militärischen Dispositionen und wiederholte immer wieder von neuem seine Bemühungen, den Krieg zu vermeiden. Die wesentliche Frage sei nicht: ,Wie führen wir den Krieg?' sondern: ,Wie erhalten wir den Frieden?'

. . . Bismarck erschien Sachsen als Operationsbasis notwendig, auch dürfte es politisch wichtig sein, im Falle des Erfolges an Sachsen einen berechtigten Gegenstand der Eroberung zu haben. Dabei gab er Andeutungen, wie der Krieg entschieden die Arrondierung Preußens herbeiführen müsse. Das veranlaßte den Kronprinzen zu der Frage, ob die Absicht zu Annektierungen vorliege, das habe er nicht erwartet. Der König antwortete sehr zornig, daß überhaupt noch gar nicht von Krieg die Rede sei, noch viel weniger von Absetzung deutscher Fürsten; er wolle den Frieden. Friedrich Karl sprach zur Taktik der Kavallerie; Moltke deutete wiederholt darauf hin, daß ein rascher Beginn des Krieges den Erfolg sichere. Bismarck war entschieden der Klarste und Schärfste. Ich hatte die Überzeugung, er habe die ganze Staatsaktion veranlaßt, nur um den König kriegerischer zu stimmen.

Drei Stunden dauerte die Sitzung; als wir herauskamen, sagte der Kronprinz: ,Man ist gerade so klug wie vorher; der König will nicht, aber Bismarck will.'"

So weit Stosch im Brief an seine Frau.

Am 2. Juni verabschiedete sich der italienische Unterhändler, General Gavone, nach beendeter Mission in Berlin. Bismarck erklärte ihm: „Ich bin viel weniger Deutscher als Preuße und würde keine Bedenken tragen, die Abtretung des ganzen Landes zwischen Rhein und Mosel an Frankreich zu unterschreiben, bayrische Pfalz, Birkenfeld, einen Teil des preußischen Gebietes."

Die Ereignisse überstürzten sich. Dokumentarisch ist nur ein Brief des Königs an Napoleon, kurz vor Kriegsausbruch, in dem der Wunsch ausgesprochen wurde, der Kaiser möchte neutral bleiben; tags zuvor hatte Bismarck zu Benedetti sich geäußert, daß er es nicht für unmöglich halte, seinen König zur Abtretung des oberen Moselufers zu bewegen.

Am 8. Juni stellte König Wilhelm im Schreiben an den Kaiser Franz Joseph ehrenwörtlich und darum ohne Zweifel gutgläubig jede Art von Bündnis mit Italien in Abrede. Bismarck hatte es am 19. April abgeschlossen.

„Am Morgen des 14. Juni hatte Bismarck Momente schweren Zweifels über den Ausgang des von ihm ersehnten Entscheidungskampfes. Er schlug die Bibel auf; sein erster Blick fiel auf die Worte des 9. Psalm (Vers. 3—5): ‚Ich freue mich und bin fröhlich in dir, und lobe deinen Namen, du Allerhöchster, daß du meine Feinde hinter sich getrieben hast; sie sind gefallen und umgekommen vor dir. Denn du führest mein Recht und Sache aus; du sitzest auf dem Stuhl, ein rechter Richter.'
Er fühlte sich dadurch getröstet und mit neuer Hoffnung erfüllt. So erzählte mir die Gräfin."

„Am Abend des 14. gegen 10 Uhr schickte der Minister mich zum General von Moltke. Ich wurde beauftragt, anzufragen, ob es nach der Stellung unserer Truppen möglich wäre, die Einmärsche schon am 16. früh, statt am 17., beginnen zu lassen.
Der General hatte frühe Gewohnheiten und war schon fast entkleidet als ich kam, er empfing mich aber sofort, bejahte die gestellte Frage, legte schnell Uniform an und fuhr mit mir zum Minister, um das Nähere zu besprechen. Sogleich fand Vortrag beim König statt und noch in der Nacht gingen die entsprechend modifizierten Weisungen ab, sowohl an die Gesandten, wie an die Generale."[1])
„Der Würfel ist gefallen", teilte Bismarck am 15. Juni dem italienischen Gesandten mit, „haben wir gute Zuversicht, aber vergessen wir nicht, daß der Allmächtige Gott launenhaft ist."

Am 18. Juni erschien das Kriegsmanifest; der König klagte, man wolle Preußen schwächen, vernichten, entehren; Preußen gegenüber gelten keine Verträge mehr: „Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, deren Kampfgeschrei ist: ‚Erniedrigung Preußens'. Nicht nur das preußische Volk, sondern auch Gott, der die Herzen prüfe, könne bezeugen, daß er alles getan habe, um Preußen die Leiden und Opfer eines Krieges zu ersparen; die Schuld liege wahrscheinlich nicht an ihm, aber es sei ihm keine Wahl übrig geblieben, Preußen müsse um seine Existenz kämpfen."

In Moltkes „Geschichte des deutsch-französischen Krieges" heißt es anders: „Der Krieg von 1866 ist keineswegs aus Notwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht durch die öffentliche Meinung und die Stimme des Volkes verursacht, sondern er ist ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Krieg gewesen."

„Während der letzten Wochen des Juni versammelten sich in den frühen Abendstunden im Auswärtigen Amte häufig die Generale

---

[1]) von Keudell a. a. O. S. 276.

Roon, Moltke, Gustav Alvensleben und Treskow, mitunter auch die Minister. Nie hat so vollkommene Harmonie zwischen Bismarck und seinen Kollegen, sowie mit den Generalen geherrscht, als in den Tagen der Siegeshoffnungen."[1])

Auf den böhmischen Schlachtfeldern wurde nicht mehr allein um Schleswig-Holstein gekämpft, sondern in erster Linie darum, wer Herr in Deutschland sein sollte: Preußen oder Österreich.

Am 3. Juli wurde die Entscheidungsschlacht bei Königgrätz geschlagen, zwei Tage später bot Napoleon auf Bitten des Kaisers Franz Joseph seine Vermittlung für Waffenstillstand und Frieden an, die König Wilhelm annahm.

„Bismarck erkannte die Absicht Napoleons, die österreichische Südarmee für die Verteidigung von Wien verfügbar zu machen. Er äußerte zu Abeken und mir in ernstem Tone: „Nach einigen Jahren wird Louis voraussichtlich diese Parteinahme gegen uns bedauern; sie kann ihn teuer zu stehen kommen."[2])

König Wilhelm verlegte sein Hauptquartier am 17. Juli abends nach Nikolsburg. Er wohnte in dem alten Schlosse des Fürsten Dietrichstein und schlief in demselben Zimmer, in dem Napoleon I. nach der Schlacht von Austerlitz und vor seinem Einzug in Wien am 9. Dezember 1805 gewohnt hatte.

Am 22. Juli war die Waffenruhe eingetreten und waren als Beauftragte des österreichischen Kaisers der Graf Alois Károlyi, früher Gesandter in Berlin und der Freiherr von Brenner-Felsbach, früher bei der Bundesgesandtschaft in Frankreich, in Nikolsburg erschienen. Beide und Bismarck unterzeichneten am 26. Juli den Vorfrieden. Über den endgültigen Frieden wurde in Prag verhandelt und dieser am 23. August geschlossen.

Der Frieden von Prag ist eine Folge des russischen und des französischen Eingreifens gewesen; bevor Napoleon durch den Grafen Benedetti den Bismarck-Wechsel präsentieren konnte, war der Krieg beendet. Freiherr von Brenner schrieb am 23. August an den Außenminister, Grafen Mensdorff:[3]) „Graf Bismarck, lange ein falscher Freund, ist bis zuletzt ein unnachgiebiger, unversöhnlicher Gegner geblieben, jede Phase der peinlichen Unterhaltung, welche heute ihren Abschluß gefunden, gibt Zeugnis hiervon. Weder bei dieser Verhandlung, noch bei den zahlreichen Anliegen, welche, aus der augenblicklichen Lage entspringend, zu einer Entscheidung gebracht wurden, trat das Bestreben zutage, die künftigen Verhältnisse zu Österreich freundlich zu gestalten oder das Unglück, welches er über unser Vaterland gebracht, zu mildern.

---

[1]) von Keudell a. a. O. S. 276/7.
[2]) von Keudell S. 294.
[3]) von Wertheimer „Bismarck im politischen Kampf" S. 195 flgd.

Indem ich heute meinen Namen unter einen Vertrag setze, welcher dem Siege der unredlichsten Politik völkerrechtliche Weihe verleiht, endet für mich eine der schmerzlichsten Episoden meines Lebens und nur die Hoffnung hält mich aufrecht, daß der allgerechte Gott unseren allergnädigsten Herrn und Kaiser unserem teuren Vaterlande in einer langen Reihe von glücklichen Jahren Ersatz für die Erinnerungen dieses Jahres schenken möge."

Der Vertrag enthält zwei wesentliche Punkte:
Der Kaiser von Österreich erkennt die Auflösung des Bundes an, er tritt seine Rechte an Schleswig und Holstein an den König von Preußen ab,

von den 40 Millionen Taler Kriegskosten werden 15 Millionen als „Äquivalent für die abgetretenen österreichischen Rechte an Schleswig-Holstein" verrechnet.

Sieger und Besiegter hatten Gott, jeder für seine Sache, in Anspruch genommen. Bismarck, der die Österreicher düpiert hatte, konnte sich auf die Stunde berufen, in der er den 9. Psalm gelesen hatte.

An dem Krieg gegen Österreich hatten auf dessen Seite Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt sowie Hannover, Kur-Hessen und Hessen-Nassau teilgenommen. Bereits am 17. August legte Bismarck dem seit dem 5. August versammelten Landtag das Gesetz über die Annektierung des Königreiches Hannover, das Kurfürstentum Hessen und das Herzogtum Hessen-Nassau sowie der Stadt Frankfurt a. M. vor.

Das Abgeordnetenhaus nahm das Gesetz mit 273 von kaum 300 Stimmen an, dieselben Abgeordneten, die sich 1864 und 1865 so sehr für das legitime Recht des „Augustenburgers" eingesetzt hatten.

Mit den Südstaaten, die auch am Krieg gegen Preußen teilgenommen hatten, schloß Bismarck Frieden.

Die Einwohnerzahl Preußens war von 19 Millionen vor, auf 25 Millionen nach dem Kriege gestiegen.

Bismarck zerquetschte Staaten, entthronte Könige, Herzöge und Fürsten und enteignete sie mit einer Unbekümmertheit um Recht und „Gottesgnadentum", die nach ihm erst wieder Hitler erreicht hat.

Der abgesetzte blinde König Georg von Hannover pochte Preußen gegenüber auf sein „Gottesgnadentum" und auf angestammte Rechte, die deutsche Öffentlichkeit nahm zwar für ihn Partei, aber Bismarck entschied: „In einem Kampf, in dem es sich um die Existenz, um die heiligsten Interessen Preußens handelt, kenne ich

kein Recht. Wenn es sich um die Existenz Preußens handelt, alliiere ich mich mit der Revolution, und wo ich sonst Hilfe finde."

Im Preußischen Landtag erklärte er: „Ob ein Rechtsanspruch des Königs Georg überhaupt vorliegt, diese Frage — ich muß aufrichtig gestehen, es ist vielleicht ein großes Unrecht von mir — habe ich mir nie gestellt. Ich habe mich bloß daran gehalten, welche politischen Vorteile gehen aus dem Abkommen hervor für die Gesamtlage der Politik?"

Bismarck bildete aus dem beschlagnahmten Vermögen des abgesetzten Königs den später so berüchtigt gewordenen „Welfenfond", der jährlich eine Million Zinsen brachte. Das Geld wurde nicht der Staatsbank (Seehandlung), sondern Bismarcks Hausbankier Bleichröder, der fünfzig Zeitungen beeinflußte, übergeben. Mit Hilfe dieses Fonds unterstützte Bismarck seine Presse, kaufte sich Journalisten, gründete Blätter — die Ausgaben wurden nicht kontrolliert. Aus demselben Fond empfing König Ludwig II. von Bayern im Januar 1871 300 000 M, damit er seine Einwilligung zur Kaiserproklamation der Hohenzollern gebe — derselbe Ludwig, der 1866 der Bundesgenosse des vertriebenen Königs von Hannover war.

Am 30. Januar 1869 erklärte Bismarck vor der 2. Kammer (Preußischer Landtag), um die Beschlagnahme des Vermögens des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Hessen-Nassau zu begründen: „Überall, wo Fäulnis ist, stellt sich ein Leben ein, welches man nicht mit reinen Glacéhandschuhen anfassen kann. Dieser Tatsache gegenüber sprechen Sie doch nicht von Spionierwesen! Ich bin meiner ganzen Natur nach nicht zum Spion geboren; aber ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in höhere Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben."

„Bismarck erzählte mir dann von den großen Schwierigkeiten, die er überwinden mußte, um den Konflikt mit Österreich zustande zu bringen. Eine der größten dieser Schwierigkeiten war die peinliche Gewissenhaftigkeit und das Zaudern des alten Königs Wilhelm, der nie in etwas einwilligen wollte, was im geringsten verfassungswidrig zu sein schien oder was nicht ganz und gar mit den strengsten Ansichten von Rechtschaffenheit und Treu und Glauben übereinstimmte. — — —

Nun kam Bismarck auf den Krieg gegen Österreich zurück und enthüllte mir mancherlei von den diplomatischen Kniffen, durch welche er herbeigeführt wurde. Mit offenbarem Vergnügen erzählte er mir eine Geschichte nach der anderen, aus welchen hervorging, daß seine diplomatischen Gegner wie Marionetten in seiner Hand gewesen seien, und wie geschickt er die deutschen

Fürsten behandelt hätte, je nachdem sie sich auf die eine oder die andere Seite gestellt hätten . . ."[1])

„Putbus, 8. November 1866[1])

„. . . Bismarck diktiert:

„Braß gibt im Leitartikel vom 6. (Nr. 260) ziemlich unumwunden zu, daß die Erwerbung von Hannover, Kurhessen und Hessen-Nassau nicht rechtlich und nicht moralisch sei. Dies ist sehr töricht. Eroberung in einem gerechten Kriege ist ein ebenso gerechter als moralischer Erwerbstitel. Wodurch sind denn die bestehenden Staaten entstanden? Doch nicht durch Erbschaft, Schenkung oder Kauf? Wie ist Hannover selbst zu Verden, Hildesheim, Osnabrück, Ostfriesland, Goslar und anderen Landesteilen gekommen, als durch die Gewalt oder das Ansehen der Waffen. Die ganze Souveränität der deutschen Fürsten ist weder rechtlich noch moralisch, sondern durch Eroberung gegen Kaiser und Reich entstanden. Dem klaren Rechte der ehrlichen Eroberung in einem uns aufgedrungenen Kriege schadet die „Norddeutsche" durch solche unklare Spitzfindigkeiten, wie der Artikel vom 6. bringt . . .

Dies Diktat geschah beim Lesen der „Norddeutschen", über deren Verfasser Bismarck sich stets ärgert, nicht zum krankwerden, aber immer zu passagerer Verstimmung, weil Braß zu taktlos ist und bleibt, bei aller Klugheit. — Dann, nachdem er sein Herz durch diese gelinde Schimpfung erleichtert, ist er nach dem Jagdschloß gefahren." . . .

Nach dem Kriege erhielt er vom König 400 000 Taler „Dotation" (Geschenk); er kaufte das Gurt Varzin (Kreis Schlawe i. Pommern) und vergrößerte seinen Landbesitz durch den Ankauf von acht Bauerndörfer auf 40 000 Morgen.

---

[1]) Karl Schurz (1868) „Denkwürdigkeiten", Band 2, S. 490.

[1]) Gräfin von Bismarck an von Keudell. Braß war der Chefredakteur der offiziösen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Bismarck weilte seit Anfang Oktober bis Ende November 1866 mit Familie als Gast des Fürsten Putbus in Putbus auf Rügen. Fürst P. wurde sechs Jahre später in einen großen Finanzskandal verwickelt und kaltgestellt (von Keudell a. a. O. S. 330).

DER GETÄUSCHTE KÖNIG

> „Man wird doch Alles Mir und Meinen Wünschen zuschreiben."
>
> Wilhelm

> „Der Staatsmann kann nie selber etwas schaffen, er kann nur abwarten und lauschen, bis er den Schritt Gottes durch die Ereignisse hallen hört; dann vorzuspringen und den Zipfel seines Mantels zu fassen. Das ist alles."
>
> Bismarck

MADRID — SIGMARINGEN — BERLIN

Hat Bismarck die spanische Revolution im Herbst 1868 mit dem Geld des früheren Königs von Hannover („Welfenfonds") finanziert?
Hat Bismarck seine Beziehungen zu den spanischen Revolutionären König Wilhelm verschwiegen?

„Auf dem Bahnhof in Biarritz erschienen am 30. September 1868 Napoleon und Eugenie, um fürstliche Flüchtlinge zu empfangen; der Kaiser war ernst, Eugenie nicht ohne Bewegung über das Schicksal der Landesherrin ihrer Mutter. Die Badegäste aber musterten mit kritischen Augen die fragwürdigste Gesellschaft, die je einem Hofzug entstiegen war. Hinter den Fleischmassen der Königin und der dürftigen Gestalt des Königgemahls sowie des kleinen Infanten Alphonso, tauchten die jedem Madrider bekannten Gestalten der spanischen Hofkomödie auf: Isabellas letzter Günstling, der Palastintendant Carlos Marfori, ihr Beichtvater Pater Claret und der Mignon des Königs, Meneses.
Von jedem wußte die Fama mit hundert Zungen zu erzählen. Marfori soll ursprünglich Droschkenkutscher gewesen sein. Andere wollten wissen, daß er Chorist am Teatro Oriente war. Wieder andere sehen die Ursache seines Aufstieges darin, daß er ein Verwandter der Maitresse des verstorbenen Marschallministers Narvacs gewesen sei.
Pater „Clarinette", wie die Madrider den Beichtvater nannten, hatte eine noch bewegtere Vergangenheit hinter sich. Während der eine ihn als Unteroffizier mit der Kasse seines Regimentes

durchgehen ließ, erzählte ein anderer, daß er seine Laufbahn als Schmuggler und unter den Karlistenbanden begonnen habe. Die Narbe in seinem Spitzbubengesicht verdanke er angeblich Negern, die er auf Kuba durch seine seelsorgerische Tätigkeit gereizt hätte.

Von Meneses stand fest, daß er in Sevilla Straßenmusikant gewesen war und, von einer Pariserin ausgehalten, in höhere Schichten emporgestiegen war. Neben jenen Spaniern vertrat er mehr das internationale Gaunertum. Die Ermordung einer reichen Russin, die er auf einer Reise nach Italien begleitet hatte, wird ihm zur Last gelegt. Noch neugieriger aber suchten die Augen der Zuschauer nach der vielgenannten stigmatisierten Nonne Patrocinio, der von der Regierung mehrfach wegen Schwindels zur Verantwortung gezogenen Heiligen dieses Hofes, die einen klassisch gebildeten Journalisten an die Worte Ovids erinnerte: „Causa patrocinio non bona pejor erit."[1])

Schon nach einem Monat brachte die europäische Presse Bismarck mit den Vorgängen in Spanien in Verbindung: „. . . Der ‚International' will es ganz genau wissen, daß es wieder Graf Bismarck gewesen sei, der durch seinen Einfluß den König Don Fernando in Lissabon bewogen habe, die Kandidatur abzulehnen; denn Bismarck wolle angeblich durchaus den Erbprinzen von Hohenzollern zum katholischen König und Spanien zu einem zweiten Rumänien machen . . ."[2])

„Die große Demonstration zu Gunsten der Monarchie am 15. November hat die Kandidatenfrage wieder in den Vordergrund gerückt. Als Novität figuriert hier in erster Linie die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern, Bruders des Rumänenfürsten. In unterrichteten Kreisen gilt es als ausgemachte Sache, daß diese Kandidatur zwischen Berlin und Madrid der Gegenstand eines lebhaften Schriftwechsels ist. Die Sache wird sehr geheim und zart betrieben, es wird nichts Greifbares geboten, so daß man zu jeder Zeit mit einem vollständigen Dementi dreinzufahren vermag. Darum könnte aber doch eines schönen Morgens der Prinz etwa in Segovia auftreten, wie Karl I. von Rumänien es seinerzeit in Krajevo getan, ob mit demselben Erfolg, muß man der Verwicklung der Ereignisse und der Eigenart des spanischen Temperaments vorläufig noch überlassen."[3])

---

[1]) Diese Darstellung ist dem Buch Festers „Neue Beiträge" (S. 59) entnommen, der für ihre Aufnahme in seine streng-wissenschaftliche Untersuchung folgende Begründung angibt: „Auch der Historiker darf an solchen Stimmungsbildern nicht vorübergehen, so schwer, ja unmöglich es immer sein wird, Wahrheit und Klatsch auseinanderzuhalten."
[2]) „Kreuzzeitung" vom 8. November 1868 (aus Madrid).
[3]) „Neue Freie Presse" vom 24. November 1868 (aus Madrid).

Die gleiche Zeitung in Wien beschloß das erste spanische Revolutionsjahr mit der Mitteilung, daß eine preußische Mission in Madrid eingetroffen ist.[1]) „Seit acht Tagen hat Madrid einen hohen Besuch aus Preußen, den Fürsten von Putbus, Herrn auf Rügen, in Begleitung des dem Generalstabe angehörigen Generals v. Stranz. Der Fürst wurde von den Spitzen der Regierung mehrfach empfangen, während er übrigens jedes Aufsehen vermied, es hieß, er befinde sich auf einer Zerstreuungsreise — jawohl, um die Hindernisse zu zerstreuen, welche der Kandidatur des Prinzen Leopold entgegenstehen, was jedoch bisher noch keineswegs gelungen sein soll."

Der Vater des Prinzen Leopold, Fürst Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, wußte, daß die Kandidatur seines Sohnes als zukünftiger König von Spanien Krieg mit Frankreich bedeuten würde. Er schrieb am 9. Dezember 1868 an seinen Sohn Karl, den Fürsten von Rumänien:

„. . . Die spanische Thronkandidatur spukt bis jetzt nur in den Zeitungen, wir wissen kein Sterbenswörtchen davon, auch würde ich, wenn dieser Gedanke an uns herantreten sollte, niemals zur Annahme dieser zweifelhaften, in reinem Flittergold schimmernden Stellung raten können. Außerdem würde Frankreich wegen unserer Beziehungen zu Preußen niemals die Festsetzung der Hohenzollern jenseits der Pyrenäen gestatten können. Ist es ja schon vor Eifersucht geschwollen, daß ein Mitglied der Hohenzollern die untere Donau beherrscht!"

„Im Frühjahr 1869 hatte Napoleon mit dem Grafen Benedetti über die Kandidatur Leopolds konferiert und ihm als Standpunkt Frankreichs angegeben: „Die Kandidatur Montpensier (aus dem Hause Orleans) ist nur antidynastisch und berührt nur mich, ich kann mich mit ihr abfinden. Die des Hohenzollernprinzen dagegen ist antinational, das Land (Frankreich) wird sie nicht ertragen, und man muß ihr vorbeugen." Dementsprechend hatte er Benedetti beauftragt, mit größter Vorsicht und Vermeidung des Anscheins, als wolle man einen Konfliktsfall herbeiführen, Bismarck zu sondieren.

Bismarck empfing Benedetti am 11. Mai, es war der erste Versuch des französischen Kaisers, sich über die Gerüchte Klarheit zu verschaffen, die von Madrid aus verbreitet wurden. Bismarck beruhigte den französischen Botschafter:

Die Stellung Leopolds in Spanien wird sehr unsicher und gefährlich sein. Der Vater hat schon sowieso Sorgen genug um seinen Sohn Karl, der seit 1866 als Fürst von Rumänien regiert. Also wird, wenn ein Angebot kommen sollte, gewiß eine Ablehnung erfol-

---

[1]) „Neue Freie Presse" vom 9. Dezember 1868 (aus Madrid).

gen. Das ist, wie er weiß, auch die Meinung sowohl König Wilhelms als Karl Antons. Benedetti wiederholte aber trotzdem nochmals, daß die Entwicklung der Dinge in Spanien für Frankreich bei aller Zurückhaltung, die es übe, ein Interesse ersten Ranges behalte.[1])

Dadurch und seit Mai 1869 wußte Bismarck, daß die Thronkandidatur Leopolds, in Frankreich als Kriegsgrund angesehen wurde. Die dem Vertreter Frankreichs erteilte Auskunft war damals vielleicht diplomatisch zuverlässig, richtig aber war sie nicht.

Die spanischen Königssucher verhandelten mit Rücksicht auf den Widerstand Napoleons auch noch mit anderen Prinzen und kehrten, überall abgewiesen, im September zu ihrem preußischen Kandidaten zurück; sie reisten nach Sigmaringen, um mit dem Vater des Erbprinzen zu verhandeln. Der Fürst war preußischer General, und mit der Prinzessin Maria Antoniette, einer Nichte Murats, des früheren Königs von Neapel, verheiratet. Die Spanier lernten in Sigmaringen den Fürsten Karl von Rumänien, den zweiten Sohn des Fürsten Karl Anton kennen; sie kehrten mit guten Hoffnungen, einen König gefunden zu haben, nach Madrid zurück, so daß ihr Führer, das Cortesmitglied Don Salazar, eine umfassende Denkschrift über die Vorzüge der preußischen Kandidatur für Spanien veröffentlichen und mit der Persönlichkeit des Prinzen und mit der außenpolitischen Zukunft Spaniens begründen konnte:[2])

„Der Prinz Leopold ist katholisch, wie seine ganze Familie, sehr gebildet, von klarem Verstand, und hat wie viele Deutsche eine besondere Vorliebe für die spanische Literatur. Er ist der ältere Bruder des Herrschers von Rumänien, der Schwager der Könige Pedro und Luis, ein Verwandter des Königs der Belgier, insofern seine Schwester, Prinzessin Marie, mit dem Grafen von Flandern, dem Bruder Leopolds II., vermählt ist: verwandt ebenfalls mit dem Kaiser Napoleon, weil seine Mutter der Familie Beauharnais angehört, und er steht in entfernter Verbindung mit der königlichen Familie von Preußen, obwohl er nicht von dem erstgeborenen Zweige, dem protestantischen, abstammt.

Sein Vermögen gehört zu den beträchtlichsten in Europa, und wenn ich nicht irre, so hat er durch den Tod seines Vetters, des Fürsten von Hechingen, Anwartschaft auf die Besitztümer, welche derselbe in Spanien hinterlassen hat, sowie auf einen anderen hochberühmten Titel von Castilien (die Grafschaft Villalba). Was ich aber gelesen habe, ist, daß er alle Würden und Güter in Deutschland erbt.

---

[1]) Hesselbarth a. a. O. S. 3.

[2]) Fester „Briefe . . ." S. 47.

Leopolds Erbfolge ist durch drei Söhne gesichert. Die deutschen Prinzen werden uns einen weiteren Horizont eröffnen, als den der Pyrenäen. Sie gehören jener germanischen Nation an, die sich auf die Höhe der ersten Völker der Welt in Kunst, Wissenschaft und selbst im Gewerbefleiße erhebt, wie sie es in der letzten Weltausstellung (1867 in Paris) bewiesen hat. Und wenn es sähe, daß wir einen seiner Söhne begünstigen, würde Deutschland seine Verbindungen zu uns enger knüpfen und uns vielleicht einen Teil jener schönen Bevölkerung zusenden, die heute das Kapital, den Fleiß, die Klugheit, deren wir so sehr bedürfen, den Vereinigten Staaten zubringt.

Der neuen Dynastie kommt zugute, daß sie für das seit dem September 1868 vergossene Blut nicht verantwortlich ist. Sie hat in offener Konkurrenz den Vorzug erhalten vor andern, die sonst später für Spanien eine Gefahr oder eine Hoffnung bedeuten könnten."

Der Erbprinz selbst spürte nicht die ihm zugeschriebenen Eigenschaften in sich, er war weder ein Freund der Arbeit noch der Bewegung und sein Interesse für Kunst und Kultur war nicht groß. So verging das 1869 und das Jahr 1870 begann. Im Februar dieses Jahres schrieb Fürst Karl Anton an König Wilhelm „tiefehrbietigst und tiefbewegtesten Herzens, mit jenem unerschütterlichen Vertrauen, welches die Wichtigkeit der Situation erheischt":[1]) „. . . Wenn man die Weltgeschichte im großen und ganzen beurteilen will, kann die Rücksicht der persönlichen Unbequemlichkeit für eine Familie niemals die einzig entscheidende sein, aber es fragt sich dabei doch immer, ob das Besteigen eines durch Revolutionssturm ledig gewordenen Thrones sich mit den Prinzipien jener ritterlichen Ehre vereinigen lassen kann, welche zu den heiligsten und kostbarsten Traditionen unseres Hauses gehört.

Vertragen die Interessen der preußischen Macht eine Lösung der Frage im Sinne der Annahme, so wollen es E. M. mir zu erkennen geben lassen — vertragen sie es nicht, so ist unsere Entscheidung schon getroffen: sie lautet auf Ablehnung. Sollten E. M. eine Allerhöchste Entscheidung sofort nicht zu treffen belieben, so wollen Allerhöchstdieselbe gewähren, mich nach Berlin berufen zu lassen, wohin abzugehen ich jeden Moment zu Befehl stehe. Hiermit hätte ich mein Inneres in das Herz und in den Geist meines erhabenen Königs ausgeschüttet . . .!"

Am gleichen Tag (25.) schrieb der Fürst auch an Bismarck, um dessen „hochbewährten Rat" unter Darlegung seiner Eindrücke in

---

[1]) Fester „Briefe . . ." S. 56.

dieser hochwichtigen Entscheidung zu erbitten:[1]) „Herz und Gefühl sagen mir, daß die Annahme dieser Krone ein gewagtes Spiel ist. Es gehört zur Durchführung einer solchen Aufgabe ein durch vielseitige Erfahrungen gestählter Charakter, eine große Selbstbeherrschung und ein durchgebildetes politisches Verständnis. Diese Eigenschaften zu erproben hat mein Sohn noch niemals Gelegenheit gehabt.
In der Annahme dieser Krone liegt aber einerseits ein welthistorischer Moment, andererseits das Zeugnis eines ungemein starken politischen Kraftbewußtseins der preußischen Macht. — — Eine Dynastie, welche das Schwergewicht Zentraleuropas repräsentiert und deren Zweige am Schwarzen Meere und jenseits der Pyrenäen blühen können, der eine über ein werdendes Kulturvolk, der andere über ein gewesenes regierend — eine solche Dynastie hat seit Karl V. die Geschichte nicht wieder gesehen — es ruht demnach auf einer solchen Dynastie eine von der Vorsehung gewollte hohe Mission und der Beruf der Regierungsfähigkeit über die heterogensten Elemente."

Salazar, der die beiden Briefe aus Sigmaringen nach Berlin brachte, übergab am gleichen Tage (26.) auch Schreiben Prims an König Wilhelm und an Bismarck. Damit wurde die Thronkandidatur zu einem Staatsakt zwischen Spanien und Preußen und alles, was in der Folgezeit auf deutscher Seite geschieht, endet immer wieder und zuletzt in der Frage: Hat Bismarck als Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen die Verhandlungen geleitet und seinen König beraten, oder als dessen privater Ratgeber in einer Familienangelegenheit der Hohenzollern?

König Wilhelm schickte das an ihn gerichtete Schreiben an Bismarck und schrieb dazu:[2]) „Die Einlage fällt mir wie ein Blitz aus heiterer Luft auf den Leib! wieder ein Hohenzollernscher Kroncandidat und zwar für Spanien. Ich ahndete kein Wort und spaßte neulich mit dem Erbprinzen über die frühere Nennung seines Namens und Beide verwarfen die Idee unter gleichem Spaß. Da Sie vom Fürsten Details erhalten haben, so müssen wir konferieren, obgleich ich von Haus gegen die Sache bin."

Dazu berichtete Keudell:[3]) „Bei seiner dritten Reise nach Deutschland kam Salazar vor Ende Februar 1870 nach Berlin und übergab dem Kanzler ein vertrauliches Schreiben des damaligen Leiters der spanischen Politik, Marschall Prim. An demselben Tage ließ ich mich zufällig zum Vortrag melden. Als ich geendet hatte, sagte der Kanzler: ‚Bitte, bestellen Sie draußen, daß jetzt Nie-

[1]) Fester „Briefe . . ." S. 58.
[2]) Fester „Briefe . . ." S. 59.
[3]) von Keudell a. a. O. S. 430 (Auszug).

mand mehr hineingelassen wird. Ich habe eben einen Brief vom Marschall Prim wegen der spanischen Königswahl bekommen.. Ich muß etwas Ruhe haben, um die ganze Sache durchzudenken.'"
Keudell fährt fort:
„Am nächsten Tage diktierte er (Bismarck) mir folgende Sätze für seinen Bericht an den König über die Vorteile der Annahme der spanischen Königskrone durch den Erbprinzen von Hohenzollern für Preußen und Deutschland: ‚Die Sympathie zwischen zwei Nationen, deren Interessen an keinem Punkte im Widerstreit stehen und deren freundschaftliche Beziehungen einer bedeutenden Entwicklung fähig sind, würde wesentlich gestärkt werden. In den Spaniern könnte sich ein Gefühl der Dankbarkeit gegen Deutschland regen, wenn man sie aus den anarchistischen Zuständen reißt, denen sie entgegenzugehen fürchten.
Für die Beziehungen zu Frankreich würde es von Nutzen sein, jenseits Frankreich ein Land zu haben, auf dessen Sympathien wir rechnen könnten und mit dessen Empfindungen Frankreich zu rechnen genötigt wäre. Wenn in einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich in Spanien Verhältnisse bestehen wie unter Isabella der Katholischen und wenn auf der andern Seite dort ein mit Deutschland sympathisierendes Regiment existiert, so wird der Unterschied zwischen diesen beiden Situationen sich für uns auf ein bis zwei Armeecorps beziffern ... Die Friedensliebe Frankreichs gegen Deutschland wird immer im Verhältnis zu den Gefahren des Krieges wachsen oder abnehmen. Wir haben dort nicht dauernd auf Wohlwollen, sondern mehr auf Abwägung der für den Ausgang des Krieges wichtigen Tatsachen zu rechnen."

Bismarck schilderte dann kurz die günstigen Aussichten für den deutschen Handel, „der bekanntlich durch die politische Haltung Preußens gegenüber verschiedenen spanischen Vorgängen gelitten hat", er rühmt „das Ansehen der Dynastie Hohenzollern in Preußen und in Deutschland, die sich in einer europäischen Position befindet, die nur in den habsburgischen Verhältnissen eine Analogie hat" und malt dann die Folgen einer Ablehnung der Thronkandidatur in dunklen Farben:
„Es würde in Spanien im hohen Grade verletzen, daß man eine Krone, die in der Geschichte mit Recht einen hohen Rang einnimmt, und eine Nation, wie die spanische, die um Rettung aus der Anarchie bittet, in die sie sich versinken fühlt, zurückstößt und ihr den König versagt, der ihr der geeignetste scheint (ganz außerhalb der spanischen Parteikämpfe stehend), und es würde als eine Härte erscheinen, einer Nation von 16 Millionen Einwohnern, die sich in dieser Not befindet, die Rettung durch Ablehnung aus persönlichen Gründen zu versagen. Die Chancen der Republik in Spanien würden dann erheblich steigen, was auch

auf Frankreich zurückwirken könnte. Ob die für Frankreich vermehrten Gefahren der Republik Frankreich zum Friedensbruch drängen würden, ist eine Frage, die nicht mit Bestimmtheit verneint werden kann.

Für alle Verstimmungen in Spanien, für alle Gefahren von seiten Frankreichs würde die öffentliche Meinung in Deutschland diejenigen verantwortlich machen, von denen die Ablehnung ausgegangen wäre.

Ein Wiedererscheinen der Königin Isabella auf den Thron schiene mir für die monarchischen Interessen in Europa sehr nachteilig. Eine Lebensweise wie die dieser Fürstin würde man in England nicht ein Jahr ertragen haben. Es spricht für den monarchischen Charakter der Spanier, daß sie nach allen Erschütterungen seit 1808 und nach allen Mißregierungen seit hundert Jahren die Herrschaft der Königinnen Christine und Isabella 36 Jahre lang ertragen haben. Auf diesen monarchischen Sinn kann der künftige König zählen."

König Wilhelm blieb nüchtern und ließ die Denkschrift zunächst unbeachtet. Bismarck veranlaßte daraufhin den Fürsten Karl Anton nach Berlin zu kommen und empfing ihn am 5. März am Bahnhof. Am gleichen Tage schrieb Dr. Moritz Busch, seit einem Monat Bismarcks Presseagent, in sein Tagebuch:[1]) „Nachmittags kommt Bucher vom Chef herunter und bittet mich, das spanische Blatt „Imparcial" für uns zu bestellen. (Von einiger Wichtigkeit, insofern, als es wohl ein Anzeichen dafür war, daß wir schon damals bei der Wiederbesetzung des spanischen Thrones die Hand im Spiele hatten.) In der Folge brachte Bucher mehrmals Übersetzungen von Artikeln des genannten Journals, die gegen Rivalen gingen, durch mich in nicht offiziöse deutsche Zeitungen."

Die Anwesenheit des Fürsten Karl Anton in Berlin und seine Besprechungen mit Bismarck sowie dessen Verbindung mit dem spanischen Regierungschef, Marschall Prim, konnten nicht geheim bleiben. Die Zeitungen orakelten fortlaufend und die Kronprinzessin Viktoria schrieb am 14. März an ihre Mutter nach London:[2]) „General Prim hat einen Spanier mit verschiedenen handschriftlichen Briefen von ihm selbst an Leopold von Hohenzollern geschickt, er bittet ihn dringend, die spanische Krone anzunehmen und sagt, daß er mit zwei Drittel Mehrheit der Stimmen der Cortes gewählt werden würde. Sie wollen nicht, daß man es in Frankreich erfährt. Aber Fritz möchte Deine persönliche Ansicht darüber privatim erfahren . . .

---

[1]) Moritz Busch „Tagebuchblätter" I, 15, Leipzig 1902.

[2]) Ponsonby a. a. O. S. 75.

Weder der König noch der Prinz Hohenzollern, noch Antoinette (Prinzessin Leopold), noch Leopold, noch Fritz stehen der Idee günstig gegenüber, da sie der Ansicht sind, daß es peinlich und unangenehm ist, eine Stellung anzunehmen, für die es rechtmäßige Anwärter gibt. Hier weiß noch niemand etwas davon. Willst Du mir bitte eine Antwort senden, die ich den Erwähnten zeigen kann? Vielleicht bis Du so gut und schreibst an Fritz deutsch, da es für mich außerordentlich unangenehm ist, in so wichtigen und ernsthaften Dingen vermitteln zu müssen. Es scheint, daß die Spanier entschlossen sind, keine Agnaten der Bourbonenfamilie zu wählen."

Die Königin lehnte jede Einmischung in die inneren Verhältnisse eines fremden Landes, also auch in Spanien, ab. Desto rühriger arbeitete Bismarck und was folgt, schlägt die Phantasie eines jeden Kriminalromanschreibers.

Man schrieb den 15. März 1870. Das war vier Monate vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges.

An diesem 15. März bestellte der König seine vertrautesten Ratgeber „zu einem kleinen Herren-Diner beim Fürsten Hohenzollern" mit der Begründung: „Um nach demselben die aufgetretene Frage der Annahme der spanischen Krone durch den Erbprinzen von Hohenzollern zu besprechen. Da Fürst und Erbprinz große Abneigung zeigen, diese Krone annehmen, der Ministerpräsident aber in einem Memoir sich für Annahme ausgesprochen hat, ich jedoch bei meiner Abneigung auch gegen die Annahme mich aussprach, so will ich nicht in einer so wichtigen Frage entscheiden, ehe ich nicht die Ansicht der zum Diner eingeladenen Staatsmäner gehört habe."[1])

Über den Verlauf des Kronrates, denn um einen solchen handelte es sich, berichtet kurz, aber zuverlässig, von Keudell:[2])

„Am 15. März 1870 fand unter dem Vorsitz des Königs eine Beratung statt, an welcher außer dem Kronprinzen, dem Fürsten Karl Anton und dem Erbprinzen von Hohenzollern auch noch teilnahmen: Bismarck, Roon, Moltke, Thile, Delbrück und Schweinitz. Im Laufe der Besprechung äußerte der Fürst Karl Anton, es scheine ratsam, sich die Zustimmung des Kaisers Napoleon zu versichern; dagegen aber wurde geltend gemacht, daß der Marschall Prim den höchsten Wert auf Geheimhaltung der ganzen Unterhandlung lege. Der einstimmige Beschluß der Ratgeber lautete auf Annahme des Anerbietens, da dieselbe als „eine patriotische Pflichterfüllung" erscheine. Der Erbprinz vermochte jedoch nicht, sich über manche

---

[1]) Fester „Briefe" . . ." S. 62/63.

[2]) von Keudell a. a. O. S. 434/435.

Bedenken, namentlich nicht über die Rücksicht auf die Ansprüche von Mitgliedern der entthronten Königsfamilien, hinwegzusetzen und lehnte Anfang April definitiv ab.
Da schickte Bismarck Lothar Bucher und den Major von Versen nach Spanien, um die dortige Lage und die Aussichten der Königswahl zu studieren."

Delbrück teilte später seinem Neffen, dem Historiker Hans Delbrück mit, daß er Bismarcks Politik, als Frankreich provozierend, angesehen habe und daß die Teilnahme des Generalstabschefs und des Kriegsministers die Angelegenheit nicht mehr als eine solche nur der Familie Hohenzollern erscheinen lasse.
Lothar Bucher war Bismarcks „bestes Pferd im Stall", weniger für den diplomatischen Dienst, als für die Erledigung von geheimen Aufträgen, die sein Minister für ihn hatte. Major von Versen reiste im Auftrag des Kronprinzen Friedrich Wilhelm mit, „um den Zustand der wegen der ständigen Revolution in Mißkredit geratenen spanischen Armee zu erforschen".
Bismarck ging davon aus, daß die Wahl des Erbprinzen zum König gesichert sei und daß sich Frankreich mit einer überraschend erfolgten Wahl wohl oder übel abfinden würde. Aber er wußte seit Jahresfrist, daß schon die Wahlansage in Paris böses Blut gemacht hatte. Dadurch und seither war die Taktik Bismarcks zumindest ein Wagnis. „Die von ihm befolgte Taktik setzte einen Fall voraus, der auch ohne unvorhergesehene widrige Umstände überhaupt nicht eintreten konnte." Die Thronkandidatur Leopolds war öffentliches Geheimnis und jede Nachricht über Verhandlungen zwischen Madrid und Berlin wirkte alarmierend in Paris.

GEHEIMTELEGRAMME AUS DEM PREUSSISCHEN GESANDTSCHAFTSARCHIV — MADRID —[1])

Bismarck an Salazar am 15. März: „Die beteiligten Bankiers werden sich heute Abend vereinigen, um in meiner Gegenwart

---

[1]) Diese Telegramme setzten ein, nachdem Don Salazar aus Berlin nach Madrid zurückgekehrt war. Absender und Empfänger werden hier entziffert wiedergegeben. Die Entzifferung der Geheimtelegramme ist nur noch zum Teil möglich. Wenn in ihnen von Bankiers, Anleihen, Maschinen und Röhren gesprochen wird, so sind damit die „Teilnehmer" am Kronrat, mit „Anleihen" die Thronkandidatur, mit „Maschinen" und „Röhren" die Thronkandidaten Leopold und Friedrich gemeint. Der „Reisende" in dem Telegramm vom 21. und 23. März ist Leopold, der „junge Mann" (4. Mai) der Prinz Friedrich, der Ingenieur (4. Juni) Prim, der „Doktor" (5. Juni) Bucher, ebenso als „Dr. Braun".
Die bei Hesselbarth „Drei psychologische Fragen zur spanischen Thronkandidatur für Leopold von Hohenzollern" wiedergegebenen Texte werden hier und folgende in Kursivschrift in den Gang der Haltung eingereiht.

die Anleihe zu beraten. Ich werde Sie von dem Ergebnis unterrichten."

Salazar an Bismarck am 17. März: „Der Stadtrat der Stadt und alle an ihrem Kredit beteiligten Kreise werden mit großer Freude die unmittelbare Verwirklichung der Anleihe sehen."

Canitz an Bismarck am 17. März: „Machen Sie die Anleihe nicht. In Spanien braucht man einheimisches Geld und nicht ausländisches."

Canitz an Bismarck am 18. März: „Falls die Anleihe gemacht wird, ist der Bürgerkrieg früher oder später unausbleiblich."

Bismarck an Salazar am 18. März: „Bei der Besprechung der Bankiers haben die beiden großen Häuser ihren Widerstand beibehalten und behauptet, sie sind geneigt, der Anleihe zuzustimmen, wenn ihr Reisender die Summe übernimmt, für welche er veranschlagt ist."

Bismarck an Canitz am 20. März: „Ich teile Ihre Meinung nicht und bin in mehreren Punkten andrer Ansicht. Ein gut und rechtmäßig gewählter Herr ist mindestens so stark als die Herren, welche sich jetzt dort behaupten trotz der Opposition, die man ihnen von allen Seiten macht."

Die Spanier hofften durch einige Telegramme eine Dynastie gründen zu können und in Berlin wollte man den Gang der Weltgeschichte spüren. So schrieb der Fürst-Vater an den Fürsten-Sohn Karl von Rumänien am 20. März:[1])

„Ich bin seit 14 Tagen in höchst wichtigen Familienangelegenheiten hier: es handelt sich um nichts Geringeres, als um die Annahme oder Ablehnung der spanischen Krone für Leopold, welche, allerdings unter dem Siegel eines europäischen Staatsgeheimnisses, von der spanischen Regierung offiziell angeboten worden ist. Diese Frage beschäftigt uns hier sehr. Bismarck wünscht die Annahme aus dynastischen und *politischen Gründen*, der König aber nur dann, wenn Leopold dem Ruf gern folgt. Am 15. war hier eine sehr interessante und wichtige Beratung unter Vorsitz des Königs, bei welcher der Kronprinz, wir beide, Bismarck, Roon, Moltke, Schleinitz, Thile und Delbrück zugegen waren. Der einstimmige Beschluß der Ratgeber lautet auf Annahme, weil dieselbe eine preußische, patriotische Pflichterfüllung sei. Aus vielen Gründen, nach schweren Kämpfen, hat Leopold abgelehnt.

Deiner lieben Mutter wird es einen ungeheuren Kampf kosten, allein sie wird schließlich nicht in den Gang der Weltgeschichte

---

[1]) Fester „Briefe . . ." S. 65.

eingreifen wollen. Auch dieses sind ja unbegreifliche Fügungen der Vorsehung. Ohne die sichere Gelegenheit, von der ich heute erst erfahren habe, hätte ich es Dir nicht schreiben können.
Don Salazar, den Du auf der Weinburg gesehen hast, war mit Schreiben von Prim nach Berlin gekommen; er ist wieder zurückgereist, weil es sonst hätte bekannt werden können, daß ein spanischer Abgeordneter hier ist, der viel mit Bismarck verkehrt. Auch für Deine politische Stellung (in Rumänien) ist die Lösung der spanischen Frage nicht gleichgültig . . ."

Als das „europäische Staatsgeheimnis" und die Tagung des Kronrats (15. März) in Paris bekannt wurden, erhielt Benedetti wieder den Auftrag, Bismarck aufzusuchen, um über die Gerüchte genaue amtliche Angaben zu erbitten: Wäre die Kandidatur damals nur die Familienangelegenheit einer Dynastie gewesen, hätte Bismarck den französischen Botschafter nicht zu empfangen brauchen, aber es handelte sich um eine europäische Kriegsgefahr. Deshalb war Benedettis Weg in das Auswärtige Amt allein zulässig.

„Auf seine Frage, ob die Sache schon in Erwägung gezogen worden sei, gab Bismarck sofort zu, daß er sie mit dem König und mit dem Fürsten Anton besprochen habe. Prinz Leopold würde wohl das Anerbieten nicht annehmen. „Ohne erst die Einwilligung des Königs einzuholen"? meinte Benedetti. Bismarck scheint diese Vermutung nicht bestritten zu haben, er vermied jedoch eine direkte Antwort und wiederholte seine ersten Äußerungen. Benedetti betonte nochmals, daß die Entwicklung der spanischen Angelegenheiten für Frankreich von höchster Wichtigkeit sei. Bismarck gab wieder eine ausweichende Antwort, und Benedetti fühlte, daß er nicht weitergehen könne, ohne neue Instruktionen aus Paris einzuholen. Tatsache ist, daß Bismarck keine Versprechungen für die Zukunft machen wollte. Während Thile uns auf Ehrenwort versicherte, daß keine heimlichen Anstrengungen gemacht würden, um einen deutschen Thronkandidaten vorzuschieben, ließ der Kanzler durchblicken, daß nichts geschehen werde, um in den Lauf der Ereignisse einzugreifen."[1])

Neben Bucher in Madrid arbeitete ein besonders begabter Agent im Dienste Bismarcks zwischen Florenz, Paris und Madrid: Theodor von Bernhardi. Er hatte den Auftrag, alles zu begünstigen, was Frankreich mißfallen könne, denn es unterliege keinem Zweifel, daß die antimonarchischen Parteien alles daran setzen werden, um aus Spanien eine Republik zu machen. Wörtlich heißt es in der Instruktion weiter: „Alles, was Spanien von französischem Einfluß befreien hilft, wird der preußischen Regierung recht und

---

[1]) Graf Fleury „Memoiren der Kaiserin Eugenie" II, 190.

angenehm sein. Welche Regierungsform Spanien auch endgültig annehmen mag, uns liegt vor allem daran, daß es so gründlich wie möglich mit Frankreich bricht. Das ist unser einziger Wunsch."

Salazar an Bismarck am 21. März: „Man wünscht eilig zu wissen, welchen Tag etwa Herr Gamma eine Begegnung mit dem Reisenden haben kann."

Salazar an Bismarck am 23. März: „Völlig einverstanden mit Basis der Anleihe. Eilige Bitte heute freimütig antworten: 1. Was man denken soll von dem Reisenden vom Freitag, 2. ob die Anleihe angenommen oder abgelehnt ist, 3. ob mündliche Erläuterungen nützlich sein können"?

Bismarck an Salazar am 24. März: „Es scheint, daß ich in 4 oder 5 Tagen Auskunft geben kann im Sinn der zweiten Möglichkeit des Programms. Bismarck."

Canitz an Bismarck am 26. März: „Die ganze Sache scheint mir so gewagt wie nur möglich."

So arbeitete der Draht zwischen Berlin und Madrid und umgekehrt, Bismarck hatte den Erbprinzen Leopold nach Berlin kommen lassen, um ihn umzustimmen. Dieser schreibt darüber Ende März an seinen Bruder nach Bukarest: „Bismarck hat die Annahme der spanischen Krone durch einen der Prinzen von Hohenzollern wiederholt und mit größter Entschiedenheit für eine politische Notwendigkeit erklärt."[1])
Die Frage, weshalb Bismarck den langjährigen Gesandten Preußens in Madrid, den Grafen von Canitz, als Verbindungsmann zu Prim ausgeschaltet hat, ist berechtigt, aber peinlich: der preußische Diplomat hat das Haus des Marschalls Prim nie betreten; dieser galt in der diplomatischen Welt als ein „ruinierter Spieler", „durch klingende Argumente" zu gewinnen.[2])

Fürst Karl Anton war über die weltpolitische Situation, die seinem Hause zugefallen war, begeistert, er hatte im Jahre 1848 auf die Souveränität seines kleinen Fürstentums zu Gunsten Preußens verzichtet, war dann, ein Vorgänger Bismarcks, vorübergehend preußischer Ministerpräsident gewesen und jetzt — Gründer einer neuen Dynastie? Am 30. März schrieb er an die Gräfin Marie von Flandern:[3]) „. . . Unser Haus steht vor dem Wendepunkt eines welthistorischen Ereignisses. . . . Nach genauen Nachrichten, die

---

[1]) Fester „Briefe . . ." S. 67.
[2]) Karl Schurz „Lebenserinnerungen" I, 224 bis 231, rühmt zwar den Zauber seiner Persönlichkeit, aber er erwähnt auch seine zerrütteten Finanzen. Prim fiel im Dezember 1870 durch den Dolch eines Mörders.
[3]) Fester „Briefe . . ." S. 68: Gräfin Marie, Tochter des Fürsten, Schwägerin des Königs von Belgien.

weder durch die Presse, noch durch Parteistandpunkt gefärbt sind, bieten die spanischen Zustände große Garantien der persönlichen Sicherheit. Man darf nicht vergessen, daß die Spanier die stolzeste Nation der Welt sind; den König ihrer Wahl werden sie immer hochhalten. Kommt die Republik in Spanien zustande, und bringt diese Republik dem übrigen monarchistischen Europa große Gefahren, so wird die Verantwortlichkeit jenen Kleinmut treffen, der einer großen Idee und einem welthistorischen Faktum keine Rechnung zu tragen gewußt hat.
Die Frage der Legitimität kann keine Skrupel hervorbringen. England, Rußland, Belgien, Frankreich und Griechenland haben sich in ähnlichen Lagen befunden. Überall in diesen Ländern sind neue Throne auf den Trümmern der ältesten Geschlechter basiert worden. Keine menschliche Macht zweifelt oder darf zweifeln an deren heutiger staats- und völkerrechtlichen Stellung. Auf diese Weise wird Geschichte gemacht. Ich werde Gott danken, wenn dieser Kelch glücklich an uns vorübergegangen sein wird, aber ich will nicht, daß die spätere Geschichtsschreibung mich und die Meinigen des Mangels an Patriotismus und Hingabe für große Interessen zeiht, welche Eigenschaft, so Gott will, mit meinem Geist unzertrennlich verbunden bleiben möge.

In solchen Fällen, wo die Vorsehung so sichtbar winkt, gibt es keine Rücksichten persönlicher Schonung. Das Schicksal klopft mächtig an unsere Türe . . ."

Bismarck wurde ungeduldig, denn weder Bucher noch Canitz noch Salazar meldeten sich aus Madrid und der Erbprinz weigerte sich weiterhin, das gesicherte, ruhige Leben auf seinen Gütern in Deutschland mit dem Aufenthalt im Königspalast am Manzanares zu vertauschen. Aber er hatte noch einen jüngeren Bruder Friedrich (Fritz), Rittmeister im 1. Garde-Dragoner-Regiment; der aber war auf Reisen in Italien; er wurde nach Berlin zurückgerufen und zum Thron-Kandidaten bestimmt. Der Prinz fühlte sich jedoch als Rittmeister an der Spree wohler, denn als Träger der Krone des heiligen Fernando in Madrid, worüber der tiefbekümmerte Vater an den politisch erfolgreichen Sohn, an den Fürsten von Rumänien, schrieb:[1] „. . . Dein Bruder hat so wenig Ehrgeiz daß ich nicht mehr an den Erfolg der Thronkandidatur glaube; doch ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der König will nicht befehlen, Fritz aber will ohne Befehl sich nicht dazu entschließen.
Deine Mutter ist seit vier Tagen hier, um dem Schauplatz der Entscheidung näher zu sein; sie ist gottlob so ruhig wie möglich und wägt die Chancen pro und contra ohne jede Aufregung ab.

[1]) Fester „Briefe" . . . S. 69.

Dazu schrieb ihm der König am nächsten Tage: „Bezüglich der spanischen Thronkandidatur für Deinen Sohn Friedrich kann ich auch in diesem Falle, wie in dem Deines ältesten Sohnes, weder einen Befehl noch eine Willensmeinung zur Annahme der Krone nach meiner Gewissensüberzeugung geben, wenn ich nicht bei dem Betreffenden eine innere Stimme wahrnehme, die ihm jene Annahme als eine höhere Vokation darstellt."

Durch die plötzliche Erkrankung Bismarcks an Gelbsucht und seine Abreise nach Varzin kam es zu neuen Stockungen:

Thile an Salazar am 20. April: „Chef Bismarck krank in Varzin. Der vierte Artikel der Anleihe kann leider nicht angenommen werden. Über den jetzigen wird man heute beraten. Alles wird geschehen, um eine endgültige Entscheidung zu beschleunigen."

Thile an Salazar am 22. April: „Ich beeile mich Ihnen mitzuteilen, daß nach Beseitigung des vierten Artikels der Anleihe sich unübersteigliche Hindernisse auch dem sechsten entgegenstellen; leider wird so die ganze Anleihe unmöglich. Wir bedauern aufs allerlebhafteste diesen Ausgang einer langen Verhandlung. Sagen Sie Bucher, daß er zurückkehrt nach hier."

Als Thile erstmals nach Madrid telegrafierte, wurde auch der Fürst Karl Anton zum König nach Berlin befohlen, um dessen Entscheidung zu hören: er, der König, wird in der spanischen Frage *nicht* befehlen, die Kandidatur anzunehmen! Enttäuscht schreibt der Vater nach Bukarest: „Die Entscheidung stand nahe, denn aus Madrid drängte man; da erklärt Dein Bruder auf das entschiedenste, daß er die Aufgabe nicht übernehmen könne! Man muß die Sache also fallen lassen, ein großer historischer Moment für das Haus Hohenzollern ist verloren gegangen, ein Moment, wie er noch niemals dagewesen, wohl niemals mehr wiederkehren wird! . . . Hätte der König in der letzten Stunde befohlen, so würde Fritz gehorcht haben; da er ihm aber freie Entschließung anheimgestellt hat, so lautet seine Entscheidung auf Nichtannehmen!

Hiermit wäre diese Sache abgetan, und die äußerst interessanten Verhandlungen können bei den Akten ruhig schlafen, bis in ferner Zukunft einmal ein Historiker die Geschichte unseres Hauses schreiben wird. — . . .

Das Geheimnis von Spanien ist wunderbar gewahrt worden. . . . Serrano[1]) und Prim waren es allein, die die Sache in der Hand hielten."

---

[1]) Serrano war Staatschef.

Am 6. Mai kehrten Bucher und von Versen enttäuscht über das Scheitern ihrer spanischen Mission nach Berlin zurück und hielten dem König Vortrag. „Erst heute" (12. Mai) schreibt der König an den Fürsten, „bin ich dazu gekommen, mir durch Major von Versen das Memoire vorlesen zu lassen, welches er infolge seiner Reise nach Spanien niedergeschrieben hat. Es ist interessant, aber etwas sehr couleur de rose für einen einstigen König von Spanien, wenngleich er die großen Schattenseiten auch gehörig aufgezählt. Somit ist meine Orientierung vollkommen, ändert aber in meiner Auffassung der ganzen Sache nichts. Daß Dein jüngster Sohn abgesagt hat, wird nun in Madrid bekannt sein. Ich denke, niemand von uns wird je diese Absage bereuen."

Bismarck in Varzin und Prim in Madrid gaben die Partie auch jetzt noch nicht auf.

Salazar an Bismarck am 12. Mai: „Herr Prim empfing Telegramm mit Bedauern. Man wünscht zu wissen, ob Gesundheitszustand Bismarcks ihm erlauben wird, in 10 oder 15 Tagen auf letzten Brief zu antworten."

Auch Versen, ein „Sprudel- und Hitzkopf", wie der Kronprinz ihn scherzend kennzeichnete, wollte versuchen, den Karren wieder auf festen Boden zu bringen. Er hoffte auf Bismarck, denn also schrieb er in sein Tagebuch: „Es hängt jetzt alles von der baldigen Genesung des Grafen Bismarck ab, und daß ich ihm bald selbst Bericht erstatten darf, da dieser seine Anschauung nur noch bestärken wird. . . ."

Ende Mai drängte Bismarck in einem Schreiben an den Fürsten Karl Anton darauf, „daß die spanische Frage wieder aufgenommen werde und rät, ungesäumt auf den Erbprinzen einzuwirken, daß dieser sich aller Bedenken entschlage und *im Interesse Deutschlands* sich für die Annahme der spanischen Krone entscheide."

Bismarck versuchte jetzt die weitere Behandlung der Angelegenheit offiziell auf die Familienebene zu leiten und ihr den Charakter als solche des Staates zu nehmen. Er ließ Prim mitteilen, sich unmittelbar an das Haus Sigmaringen zu wenden, damit öffentlich erklärt werden könne, der König wisse nichts davon, so daß, wenn die Thron-Kandidatur scheitere, der König und sein erster Ratgeber das nicht als diplomatische Niederlage empfinden müßten.

Der k. u. k. Minister des Auswärtigen, Graf von Beust, witterte Rache für 1866, er schrieb am 28. Mai an seinen Botschafter in Paris, an den Fürsten Metternich:[1]) „In einem Konflikt, der wegen

---

[1]) Fester „Briefe . . . " S. 85.

der Hohenzollernschen Thronkandidatur zwischen Frankreich und Preußen ausbrechen würde, könne die Haltung Österreichs für Frankreich eine kalte schon aus dem Grunde nicht sein, weil in dieser Frage das unbefangene Urteil nur gegen Preußen ausfallen könne. Eine Begünstigung der Hohenzollernschen Kandidatur durch Preußen könne nur zweierlei Deutung erfahren: entweder als Mißachtung des französischen Nationalgefühls oder als Versuch, sich für einen möglichen Krieg einen Bundesgenossen in Frankreichs Rücken zu verschaffen. Übrigens sei es unzweifelhaft, daß diese Frage als eine deutsche nicht betrachtet werden könne: Verzicht auf Thron-Kandidatur Leopolds oder Krieg mit Frankreich!"

So lautete die Frage der Zukunft. Das wußte, immer wieder muß darauf hingewiesen werden, auch Bismarck, auch, daß Österreich damals versuchte, in ein Militärbündnis mit Frankreich zu kommen.

Das fordernde Drängen Bismarcks und die rosigen Schilderungen, die der Major von Versen in Sigmaringen von den Verhältnissen in Spanien gegeben hatte, führten zu dem Einschwenken des Erbprinzen in die Front Bismarcks. Vater und Sohn teilten das dem Kronprinzen und dieser Bismarck mit, nachdem er dem König Vortrag gehalten hatte: „S. M. war betroffen, eine als abgetan betrachtete Sache so unmittelbar wieder angeregt zu sehen. Ganz von der Hand wollte der König besagte Angelegenheit nicht weisen, aber auf meinen Vorschlag, den Erbprinzen nach dem Neuen Palais ganz in der Stille kommen zu lassen, nicht eher eingehen, als bis er mit Ihnen Rücksprache genommen hätte.

Ich meine nun, man sollte den Erbprinzen sobald als möglich zu uns kommen und unterm Vorwand einer mündlichen Message aus Brüssel, wo er eben zum Besuche weilte, so verborgen wie möglich, weilen lassen, um sich definitiv zu äußern. Mir scheint es, als ob Vater und Sohn jetzt die Annahme wünschen und die erbprinzliche Initiative sich meiner Vermittelung bedienen soll, um die Majorats-Angelegenheit erledigungsfähig zu machen."

Vom 1. bis 4. Juni weilten der König und Bismarck zum Besuch des russischen Zaren Alexanders II. in Bad Ems. Währenddessen spielte wieder der Draht nach und von Madrid.

Prim an Bucher am 2. Juni: „Ingenieur würde die beiden Maschinen am bewußten Tage zusammen montieren können, wenn gute Aussicht ist, in Hannover Röhren von dem Durchmesser zu schmieden."

Salazar an Bismarck am 3. Juni: „Form Nr. 6 existiert nicht mehr. Die Anfertigung der Röhren Nr. 4 würde beschleunigt werden durch persönliche Leitung des Monteurs Braun."

S a l a z a r an Bismarck am 4. Juni: „Nach reiflicher Erwägung ist es unumgänglich, daß der Doktor sogleich hierher kommt, den Zustand unsrer Maschinen mit Maß der Röhren zu vergleichen. Diese Auskunft würde Aufgabe Ingenieur unendlich erleichtern."

B i s m a r c k an Salazar am 5. Juni: „Der Doktor kommt."

„Der Doktor" war Lothar Bucher (Braun), der am 4. Juni von Berlin nach Madrid abgereist war, im Besitz einer Instruktion, deren Inhalt und Ziel deshalb bedeutsam sind, weil sie die Frage klar beantwortet: war die Thronkandidatur eine Angelegenheit, die Bismarck als Minister der Auswärtigen Angelegenheit betrieb oder eine solche nur der Dynastie Hohenzollern, mit ihm als privaten Berater seines Königs?

Krieg oder Frieden! Damit ist die Wiedergabe des vollen Wortlautes der Instruktion, die Bismarck seinem politischen Agenten Dr. Bucher mitgegeben hat, gerechtfertigt:[1])

„Es ist möglich, daß wir eine vorübergehende Gärung in Frankreich sehen, und ohne Zweifel muß alles vermieden werden, was dazu dienen könnte, sie hervorzurufen oder zu steigern. Wenn es eintreten sollte, wäre es dann angezeigt, meinen Namen in Beziehung zu diesen Verhandlungen zu bringen? Ich glaube nicht; im Gegenteil müßte man meine Person vollständig aus dem Spiele lassen. In Wahrheit bin ich nicht offiziell beteiligt. Es handelt sich um einen Willensakt einerseits der spanischen Nation, andererseits des Prinzen, der großjährig, Herr seiner Entschlüsse und Privatmann ist. Ob er Gründe gehabt hat oder nicht, seines Vaters und des Familienhauptes Zustimmung einzuholen, ist eine Frage privater Natur, nicht eine Staatssache. Über solche Dinge den König zu beraten, ist Sache des Hausministers. Aber ich habe ihn mit meinen Ratschlägen unterstützt, nicht in meiner Eigenschaft als Ministerpräsident, noch als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, sondern als Vertrauensmann, wie auch die anderen Staatsdiener, welche im Geheimnis waren. Ich glaube, die spanische Regierung wird am besten tun, nur den Brief des Generals Prim vom 17. Februar zu veröffentlichen und die Antwort jenes. So werden wir eine unangreifbare Stellung vor dem europäischen

---

[1]) Die Berufung Bismarcks auf „dynastische Angelegenheit des Hauses Hohenzollern" war nicht zutreffend, denn dieses „Haus" hatte sich schon um das Jahr 1200 in zwei Hälften gespalten, in die fränkische (Nürnberg, später Berlin) und in die schwäbische (Sigmaringen) Linie. Die preußische Linie war protestantisch, die schwäbische katholisch; eine Verwandtschaft zwischen beiden Linien bestand mithin nicht. Gemeinsam war ihnen nur der Name. Fürst Karl Anton hatte unter dem Eindruck der März-Revolution am 6. Juli 1848 die Souveränität seines Ländchens an die damals noch in Frankfurt a. M. eingesetzte deutsche Zentralgewalt abgetreten.

Publikum gewinnen. Wenn man in Frankreich Lärm schlägt, werden wir einfach fragen: Was wollen Sie? Wollen Sie die Entscheidungen der spanischen Nation und eines deutschen Privatmanns vorschreiben? Dann wird Gelegenheit sein, Ihre Vorschläge, Herr Doktor, zu benutzen. Ohne Zweifel wird man über Ränke schreien und sich wütend über mich stürzen, ohne doch den Angriffspunkt zu finden.
Was meine Antwort betrifft, so handelt es sich nur um einen Höflichkeitsakt gegen den General; ich habe auf seinen Brief geantwortet. Ich hoffe, er wird weder an meiner Hochachtung seiner Person noch an meinem Interesse an den Plan zweifeln, dessen Verwirklichung nur noch von ihm und den Cortes abhängt. Ich habe die Verhandlung zu dem Stande, in welchem sie sich befindet, nur mit erheblichen Mißhelligkeiten befördert, welche sich Herr Gamma mit seiner Kenntnis des Terrains vorstellen und dem General erläutern kann."

Das war die Marschroute, die Bucher dem spanischen Regierungschef, Marschall Prim, zu überbringen hatte: dieser, Salazar und Bucher, sollten in Zukunft mit dem Erbprinzen allein verhandeln.

Am 6. Juni war der Major von Versen Bismarcks Tischgast gewesen.[1]) „Nach Tisch gingen wir in den Park. Er erzählte mir den Fortgang der spanischen Angelegenheit. Der König sei gegen ihn ungehalten gewesen, weil er hinter seinem Rücken mit dem Kronprinzen korrespondiert habe; er habe aber gesagt, daß es in diesem Stadium, wie er die Sache vorgefunden, doch natürlich sei, mit dem Kronprinzen zusammengegangen zu sein, wo er diesmal eine Ansicht mit ihm gehabt habe. Der Fürst von Hohenzollern habe nun zugestanden, daß der Sohn akzeptieren würde, wenn die Angelegenheit in Spanien im Herbst noch so stände wie jetzt. — Ich fragte, was der zukünftige König von Spanien von Preußen zu hoffen habe, denn der Erbprinz hatte gesagt, er wolle nicht wie ein Abenteurer nach Spanien gehen und müsse auch auf seine Gemahlin, eine Königliche Prinzessin, Rücksicht nehmen. Bismarck meinte, er hat von Preußen gar nichts zu hoffen, er wird ein Deutscher in Spanien sein, er sitzt nur auf einem preußischen Linienschiff."

Inzwischen, zwischen dem 6. und 10. Juni, hatte Dr. Bucher mit Prim und Salazar auf der Grundlage der Instruktion Bismarcks verhandelt, aber die Berichte nach Berlin waren mager.

Thile an Salazar für Bucher am 12. Juni: „Der Chef beauftragt Sie, Alfonso Salazar folgendes zu sagen: Der einzige Weg, die Sache zu machen, ist, daß sich jemand unmittelbar zu dem Herrn

---

[1]) Fester „Briefe . . ." S. 90.

nach Reichenhall begibt, um mit ihm zu machen, was zu machen ist. Der Herr ist großjährig und bereit zu verhandeln. Die Einwände seitens seiner Familie sind beseitigt. Die preußische Regierung hat ihm keine Befehle zu geben, aber der Chef hat Privatbriefe gelesen, die beweisen, daß der Herr begierig ist, anzunehmen. Der Doktor soll dies als Ansicht des Chefs sagen. Versen reist morgen nach Reichenhall."

Salazar an Bismarck am 13. Juni: „Doktor und ich reisen morgen nach Reichenhall."

Dorthin reisten Bucher und Salazar in Begleitung eines spanischen „Lehnsmannes" (Leibwächter?) über Paris und Stuttgart:[1]) „Wir trafen aber nur die Prinzessin, die uns sagte, ihr Gemahl sei jetzt bei seinem Vater in Sigmaringen", berichtete Bucher später an Busch, und fuhr fort: „Also aufgepackt und sofort dahin; da trafen wir sie denn auch, und sie willigten ein."
Für den König war die Sache erledigt gewesen, aber ohne ihn war nicht „zu machen, was zu machen ist." Also mußte Leopold selbst an den König schreiben und diesen bitten, seiner Kandidatur zuzustimmen:[2])
„Ew. K. M. nähere ich mich in tiefster Untertänigkeit mit schwerbewegtem Herzen. Es ist die Frage wegen Annahme der spanischen Krone in jüngster Zeit abermals dringend an mich herangetreten, so daß eine Entschließung zu fassen nunmehr eine Pflichterfüllung gegen E. M. und mein Haus geworden ist. Nach einem schweren inneren Kampf bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß die dem Hause Hohenzollern zufallende große historische Mission, welche die Thronannahme in sich schließt, unwiderlegbar ist und mein Vater sowohl als auch ich eine Zurückweisung des von der Geschichte Dargebotenen nicht mehr verantworten möchten.
Aus diesen Rücksichten bitte E. M. ich alleruntertänigst mich autorisieren zu wollen, dem Andringen der spanischen Regierung keinen ferneren Widerstand mehr entgegenzusetzen und meine Geneigtheit aussprechen zu dürfen.

Mit ungewöhnlicher Gemütserschütterung tue ich diesen verhängnisvollen Schritt zu E. M., aber fest entschlossen, den großen Schritt zu wagen zur Verherrlichung des deutschen Namens und mit hingebender Dienstbarkeit für die vaterländischen Interessen."

Busch berichtet weiter: „Wir können nichts bestimmen ohne die Einwilligung des Königs, der damals in Ems war. So reisten wir denn wieder dorthin und wurden von dem alten Herrn empfangen,

---

[1]) Busch a. a. O. III S. 167.

[2]) Fester „Briefe . . ." S. 105.

der gegen mich sehr gnädig war und auf meinen Vortrag einging. Dann fuhr ich nach Varzin zum Chef, um ihm Bericht zu erstatten."

Was hatten diese pathetischen Zusicherungen des Erbprinzen noch mit den dynastischen Interessen seines Hauses zu tun? Solche und ähnliche Fragen wird jeder venünftige Mensch stellen müssen und sie bleiben für die Geschichtsschreibung offen. „Mögen die deutschen Historiker und ihre französischen Nachbeter auf diese Frage antworten. Mögen sie uns bestimmt sagen, welchen großen Dienst in diesem Augenblick ein Hohenzoller seinem Vaterlande leisten konnte, außer Frankreich zu dem Angriff zu nötigen, welchen der innere Zustand Deutschlands verlangte:"[1])

Der Vater übermittelte dem König den Brief seines Sohnes mit der Bitte, durch ein Allerhöchst gnädiges Telegramm „Einverstanden" oder „Nicht einverstanden" Ihre Willensmeinung kundzugeben.

„Mit tiefernstem Herzen und mit vollem Bewußtsein des großen, einer historischen Angelegenheit zu bringenden Opfers, ersterbe ich. . . ."

Am gleichen Tage, an dem die Briefe an den König geschrieben wurden, telegrafierte Salazar an Prim:

„Der Erbprinz hat vorbehaltlich der Genehmigung des Königs angenommen." Und an den Cortespräsidenten Zorrilla: „Ich treffe am 26. Juni in Madrid ein."

Bismarck wußte seit längerer Zeit, daß der König ihm mißtraute, und als Thile ihn, Bismarck, auch noch warnte, gab er an Abeken folgenden Auftrag:[2]) „Thile meldet mir, daß ich „hinter dem Rücken" S. M. durch Bucher Unterhandlungen in Spanien führte. Dergleichen liegt nicht vor, und ich bitte Sie, S. M. darüber Folgendes zu melden: Ich habe niemals internationale Verhandlungen ohne Wissen und Einverständnis S. M. geführt und werde es nicht. Bucher verhandelte nicht in Spanien, sondern überbrachte *mündlich* eine Antwort, die ich dem Marschall Prim auf einen Privatbrief und ein Telegramm schuldig war, deren Inhalt S. M. bekannt ist, und die ich schriftlich nicht geben wollte, damit sie nicht etwa im spanischen Parlament vorgelegt und analysiert würde, und damit sie nach Möglichkeit so gestaltet wird, daß unsere Zurückhaltung in Spanien keine Verstimmung hinterläßt. Das Alles läßt sich mündlich leicht, schriftlich schwer einrichten, und Bucher gehört zu den Wenigen, die mit den Verhältnissen und Personen jenseits und diesseits der Pyrenäen bekannt sind.

---

[1]) Hesselbarth a. a. O. S. 13.
[2]) Fester „Briefe . . ." S. 104.

Die Antwort bestand lediglich darin, daß die Regierung des Königs auf die Entscheidung der Frage dem Erbprinzen gegenüber weder einen aufmunternden noch einen abmahnenden Einfluß nehmen könne, sondern den Spaniern überlassen müsse, sich mit dem Prinzen, auf dessen persönliche Entschließungen und Neigungen es vor allem ankomme, in Verbindung zu setzen, ohne der preußischen Regierung und namentlich S. M. dem Könige eine Entscheidung über oder eine Verantwortlichkeit für die Entschließungen des Erbprinzen zuzumuten."

Es genügt allein schon der Vergleich des Wortlautes in der Geheiminstruktion und in dem zitierten Brief, um den Unterschied zwischen bürgerlicher Moral und der Moral des Diplomaten, die mit Krieg und Frieden, wie mit der Wahrheit und mit der Lüge spielen, festzustellen. Ein Historiker verteidigt die diplomatische Lüge (bevor es einen ersten Weltkrieg als Quittung auf sie gab) mit folgender Begründung:[1]) „Damit Prim nicht lau wurde und der stets unentschiedene Leopold angetrieben würde, mußte der Minister seinen Herrn täuschen. Er mußte Prim ermutigend schreiben, während er, auf dessen Bitte einzugreifen, in einem offiziellen Telegramm ablehnend antwortete. Er mußte seinen Sekretär Lothar Bucher mit geheimen Weisungen nach Madrid senden, welche den Absichten des Königs widersprachen. Und dank diesen Vorgängen, welche sich über den 8. Juni hinaus in Bismarcks Sommerurlaub hinzogen, besitzen wir entscheidende Dokumente; die Sendung seines Sekretärs, dann seine eigene Abwesenheit vom Hofe zwangen den Minister, einen intimen Schriftwechsel zu führen.
Bismarck setzt seinem Sekretär auseinander, warum er darauf dringen soll, daß die spanische Regierung bei der Erklärung der Kandidatur ihn nicht nenne und nur die unumgänglichen Dokumente, das Angebot der Krone durch Prim und die Annahme durch den Erbprinzen, veröffentliche."

Am 20. Juni traf König Wilhelm, begleitet von Geheimrat Abeken, in Ems ein. Hier glaubte er Ruhe zu finden und die leidige spanische Thronfolgefrage erledigt; hier sah er den wolkenlosen Himmel, und ahnte nicht, daß Bismarck von Varzin aus die politische Leitung und Entwicklung in der Hand behalten hatte.
Am 21. Juni, 10 Uhr vormittags, war Bucher zum Vortrag beim König bestellt gewesen, bevor Bismarcks Instruktion ihn erreicht hatte. Nach Bucher, um 12½ Uhr, war Geheimrat Abeken, das Sprachrohr Bismarcks beim König. 3 Uhr nachmittags reiste Bucher nach Varzin ab: er hatte sich nicht „verplaudert". Nach seinem und Abekens Vortrag gab der König „sein Einverständnis,

---

[1]) Hesselbarth S. 14, 15, 50, 51.

wenngleich mit schwerem, sehr schwerem Herzen" und er fügte hinzu: „Die Zukunft allein kann uns belehren, ob wir Gottes Willen getan haben. Möge das der Fall sein, dann werden wir dereinst, vielleicht lange, nachdem ich nicht mehr bin, die dann an meiner jetzigen Stelle stehen werden, die Stunde segnen, die den gewagten Entschluß reifen ließ. Wenn das Ergebnis in Madrid ein günstiges wird, dann ziehe mit Gott, wohin Dein Schicksal Dich zu ziehen scheint. Meine Gebete werden Dich und die Deinigen begleiten."
Königstreue!? Abeken berichtete am 22. Juni nach Varzin: „... Den telegrafischen Auftrag, das Schreiben vorher Bucher zu zeigen, erhielt ich leider erst nach dessen Abreise; aber was er S. M. vorgetragen, war so vollständig in Harmonie damit, daß ich das kaum bedauern kann. S. M. hat mit mir gestern nach Herrn Buchers Abreise und nachdem Er Sein Telegramm: Einverstanden — nach Sigmaringen abschickte, noch einmal eingehend gesprochen und dabei eigentlich keine Spur von Verstimmung mehr gezeigt — höchstens etwas gegen die Hohenzollernschen Fürstlichkeiten wegen ihres Schwankens und ihrer jetzigen Lust zur Sache, was Er wohl auch in den heut durch einen Post-Expressen nach Sigmaringen abgesandten Briefen an die Fürsten von Hohenzollern wird ausgesprochen haben."
„Das Wort „Einverstanden" hatte zur Folge", schrieb der Fürst an den König, „daß mein Sohn an den Marschall Prim den in Abschrift ehrerbietigst beigelegten Brief schreiben und heute durch Don Salazar nach Madrid abgehen lassen konnte. In demselben ist aus politischer Rücksicht das Einverständnis E. M. nirgends erwähnt, weil dasselbe als ein Familieninternum vorausgesetzt werden muß. Mit diesem Schreiben nunmehr ist das ganze Ereignis in die Welt getreten, und ich schließe mit väterlich tiefbewegtem Herzen mich den Worten E. M. an, daß Gott zu diesem großen Unternehmen seinen Segen geben möge."

Salazar, der in Sigmaringen die Entscheidung des Königs abgewartet hatte, reiste am 23. Juni nach Madrid ab, um dort wie gedrahtet, am 26. Juni einzutreffen.
Abeken, der Bucher in Varzin wußte, glaubte mit seinem letzten Bericht (24. Juni) den Meister zufrieden zu stellen:[1])
„Von Ew. E. Worten habe ich natürlich auch wörtlichen Gebrauch gemacht, und S. M. der König nahmen dieselben, wie ich vorausgesehen, auf das Beste auf. Er bemerkte, daß Er selber an Ew. E. schreiben werde, da Er nicht wisse, wie bald Er dazu komme, so möge ich Ihnen vorläufig Folgendes sagen:

[1]) Fester „Briefe . . ." S. 105.
[2]) Fester „Briefe . . ." S. 111/12.

In der Sache selbst bleibe Er bei Seiner Ansicht, wie Er dieselbe Ihnen und dem Fürsten von Hohenzollern immer ausgesprochen; hätte Er Ihre Ansicht teilen können, so würde Er selbst zur Annahme raten, ja die Probe befehlen müssen, was Er aber nicht gekonnt. Da es nun so gekommen, habe Er auch Seine Einwilligung nicht versagen können. Er spreche Ew. E. vollkommen davon frei, hinter Seinem Rücken verhandelt zu haben; auch Ihr Schreiben an Prim, welches Sie Ihm nach dem Abzug gezeigt, sei vollkommen korrekt gewesen, und Er habe nie gezweifelt, daß Bucher auch keinen anderen mündlichen Auftrag erhalten habe. Er würdige auch Ihre Gründe für eine solche persönliche Sendung. Aber wenn Ew. E. Ihm vorher davon gesprochen hätten, würde Er Sich gegen die Wahl Buchers erklärt haben, weil dieser — was Er ihm durchaus nicht verdenke — für die Sache selbst persönlich so eingenommen gewesen. Er bemerkte scherzend, Bucher und Versen seien beide ganz „benebelt" aus Spanien zurückgekommen. Als ich bemerkte, daß es Ew. E. gerade nach S. M. Intentionen gelungen sei, Allerhöchst denselben von jeder Verantwortlichkeit eines Einflusses auf den Entschluß des Erbprinzen vollständig zu degagieren und nur die Frage an Ihn herantreten zu lassen, ob Er die Sache verbieten wolle? so bemerkte Er: Ja, wenn man nur weiß, wie Alles gekommen, und welche Stellung Ich von Anfang dazu genommen! Aber man wird doch Alles Mir und Meinen Wünschen zuschreiben.

Eine leise Verstimmung ließ sich nur gegen die Hohenzollernschen Fürstlichkeiten merken über ihr Schwanken, ihre unklare Haltung in der ganzen Sache. S. M. erzählten mir eingehend die ganze Besprechung mit Ew. E. in Ems und mit dem Fürsten und bemerkten wiederholt: „Es sei für Ihn nur noch eine Lücke darin, wie Ew. E. denn gewußt, daß der Fürst und der Erbprinz doch wieder Lust hätten, da Sie doch die Briefe an den Kronprinzen, wie dieser Ihm gesagt, damals noch nicht gekannt?"

Die Erklärung für die von Bismarck erreichte Beruhigung des Königs gibt Hesselbarth:[1]) „Bismarck hatte (dem König) ein gefälschtes Konzept eines ermutigenden Briefes an Prim vorgelegt." Dann fährt er fort: „Das andere bislang unbemerkte, aber entscheidendste Dokument steht in den Tagebuchnotizen des Legationsrats Abeken, der in Abwesenheit des Kanzlers beim König den Vortrag hatte. Nichts Interessanteres, als bei ihm zu lesen, wie der Monarch argwöhnt, daß der Kanzler und der Kronprinz ihn täuschen und die Kandidatur begünstigen, wie beide lügen, um sich von dem Verdacht zu reinigen. . . ."

---

[1]) Hesselbarth a. a. O. S. 116.

Bucher, mit seiner tiefen Kenntnis fremder Nationen, mag damals wirklich, anders als Bismarck, den Sturm vorausgesehen haben, den die Thronkandidatur bei ihrem Bekanntwerden in Paris entfesseln sollte.

„Machen Sie die Anleihe (d. i. Thronkandidatur) nicht. In Spanien braucht man einheimisches Geld (d. i. König) und nicht ausländisches. — Falls (aber) die Anleihe gemacht wird, ist der Bürgerkrieg früher oder später unausbleiblich", hatte der offizielle Vertreter Preußens und des Norddeutschen Bundes, Graf von Canitz, an Bismarck telegrafiert.

Davon wußte der König nichts.

Das Telegramm, das der Cortespräsident Zorilla von Salazar aus Sigmaringen erhalten hatte, hatte als Tag der Rückkehr nicht den 26. Juni, sondern den 9. Juli angegeben. Diese verstümmelte Wiedergabe des Telegramms, niemals aufgeklärt, entschied vielleicht auch — für den Krieg, denn Prims Absicht war, sobald er aus Sigmaringen den Brief des Erbprinzen in Händen hatte, durch eine sofortige Königswahl Frankreich vor eine vollendete Tatsache zu stellen, mit der es sich, so rechnete auch Bismarck, wohl oder übel abfinden würde. Diese Rechnung sollte nicht aufgehen, das war die Folge der verstümmelten Zeitangabe, denn bis zum 9. Juli waren die Cortes wegen der fürchterlichen Hitze nicht in Madrid zu halten: am 24. Juni vertagte Zorilla die Cortes bis zum 31. Oktober 1870.

Am 26. Juni traf Salazar, mit dem Schreiben des Erbprinzen an Marschall Prim in der Tasche, in Madrid ein und fand weder den Cortespräsidenten noch den Regierungschef mehr vor; dieser war zur Jagd in die Berge von Toledo, jener in die Sommerfrische gefahren.
Es gelang, Prim nach Madrid zurückzurufen. Am Bahnhof empfingen ihn seine Freunde, um ihm ihre Befriedigung darüber auszusprechen, daß Spanien einen König bekommen würde. — Der General war starr vor Erstaunen und fragte uns aus. Wir sagten ihm darauf, was schon die ganze politische Welt in Madrid wußte, den Namen des Kandidaten und seine Annahme. Prim zog die Augenbrauen zusammen und, indem er einen Handschuh, den er in der Hand hielt, verknüllte, rief er aus:
„Trabajo perdido; condidatura perdida.! Y Dios quiera que sea esto solo!"[1])
(„Verlorene Mühe, verlorene Kandidatur, und gebe Gott, daß es nur das ist!")

---

[1]) Fester „Briefe . . ." S. 115 Anmerkung.

Das war zwei Wochen vor der französischen Kriegserklärung an Deutschland.

Sind die zu Anfang dieses Kapitels gestellten zwei Fragen berechtigt?
Zweifellos, aber direkte Beweise für die Finanzierung der spanischen Revolution durch Bismarck hat es vielleicht einmal gegeben, sein Vertrauensmann in Madrid, Marschall Prim, war ein Spieler und finanziell ruiniert.
Die zweite Frage ist dahin zu beantworten: König Wilhelm hat die Beziehungen Bismarcks zu Prim nicht gekannt, er hat nicht geahnt, daß Bismarck Antreiber war und daß er, der König, für ihn nur Werkzeug gewesen ist — in der Abrechnung mit Napoleon für 1866.
Und so sah Bismarck dieselbe Sache:[1])
„Politisch stand ich der ganzen Frage ziemlich gleichgültig gegenüber. Mehr als ich war Fürst Anton geneigt, sie friedlich zu dem erstrebten Ziele zu führen. Die Memoiren Seiner Majestät des Königs von Rumänien sind über Einzelheiten der ministeriellen Mitwirkung in der Frage nicht genau unterrichtet. Das dort erwähnte Minister-Conseil im Schlosse hat nicht stattgefunden. Fürst Anton wohnte als Gast des Königs im Schlosse und hatte dort diesen Herrn und einige der Minister zum Diner eingeladen; ich glaube kaum, daß im Tischgespräch die spanische Frage verhandelt wurde."
Wer war Marschall Prim, der Agent Bismarcks in Madrid, vorgesehen von ihm, dem Erbprinzen von Hohenzollern, dem zukünftigen „König von Gottes Gnaden", die spanische Königskrone anzubieten? Karl Schurz, damals nordamerikanischer Gesandter in Madrid, gibt von dem Mittelsmann Bismarcks folgendes Charakterbild:[2])

„Don Juan Prim, Conde de Reus und Marquis de Los Castillejos, war eine der malerischsten Figuren seiner Zeit. Bei Ausbruch des Karlistenkrieges im Jahre 1833 trat er in die Armee der Königin Christina ein und zeichnete sich in solchem Grade durch Gewandtheit und Tapferkeit aus, daß er in wenigen Jahren zum Range eines Generals avancierte. Im Jahre 1843 trug sein energisches Auftreten viel dazu bei, einen Aufstand in Catalonien zu unterdrücken, wofür er mit dem Titel eines Grafen von Reus belohnt wurde. Er wechselte seine politische Einstellung mehrmals und wurde 1844 angeklagt, sich an einer Verschwörung beteiligt zu haben, welche die Ermordung der Generale Narvaez und Concha und anderer Spitzen der Moderadopartei zum Zweck hatte. In-

[1]) Ged. u. Erinnerungen II, 81/82.
[2]) Karl Schurz a. a. O. II, 224 flg.

folgedessen wurde er zu sechs Jahren Gefängnis in einer Festung der Kolonien verurteilt, doch zu Anfang des Jahres 1845 hatte die Königin ihn wieder begnadigt und ihn zum Generalgouverneur von Porto Rico gemacht. Er kehrte 1844 nach Spanien zurück, erlangte einen Sitz in den Cortes und da er bald wieder unbequem wurde, schickte man ihn 1853 in einer diplomatischen Mission nach Paris. Das war jedoch nicht nach seinem Geschmack und er zog es vor, nach Konstantinopel zu gehen, wo er in dem Stabe von Omar Pascha an mehreren Gefechten mit den Russen teilnahm. Inzwischen hatte sich die politische Lage in Spanien geändert, und im Herbst 1854 wurde er zurückberufen, wieder in politische Verschwörungen verwickelt und nochmals zu fünf Jahren Festungsstrafe verurteilt. Wieder begnadigte ihn die Königin und machte ihn zum Inspektor des Ingenieurkorps.
Solche Laufbahn, mit ihren Heldentaten und politischen Verschwörungen, ihren Verdiensten und ihrer Widersetzlichkeit, ihren Ehren und ihrer Schande, ihrem plötzlichen Wechsel vom Palast zum Gefängnis, vom Gefängnis wieder zum Palast, wäre in keinem anderen Lande als Spanien denkbar gewesen. Nur hier war es möglich, wo die Monarchie durch die aufeinander folgende Herrschaft zweier ausschweifender Frauen entwürdigt worden war; wo die Offiziere tätige Parteianhänger und in politischer Intrige geübt waren; wo die Revolution zur Gewohnheit des Volkes geworden und kaum ein Jahr ohne aufständische Bewegung verging. . . ."

Schurz schreibt an anderer Stelle weiter:
„Prim lebte in fürstlichem Stile, sein Aufwand war verschwenderisch und die Verwaltung seiner privaten Angelegenheiten bis zum äußersten nachlässig. Er hatte eine sehr reiche mexikanische Erbin geheiratet, ihre verfügbaren Mittel in unglaublich kurzer Zeit durchgebracht und sich dann leichtsinnig in Schulden gestürzt. Es war bekannt, daß er von finanziellen Verbindlichkeiten bedrückt war und Schwierigkeit hatte, seine laufenden Bedürfnisse zu bestreiten. . . . Prim war in Geldverlegenheit und dadurch sehr beunruhigt: Es müsse etwas für ihn getan werden, sonst würde er versucht sein, etwas für sich selbst zu tun. Er würde sich eines Tages an die Spitze der ihm ergebenen Regimenter stellen, eine Proklamation erlassen, worin er das Volk unter irgendeinem Vorwand zu den Waffen rief, das Ministerium und vielleicht sogar die Dynastie stürzen, um für sich selbst Raum zu schaffen. Prim war fähig, ein solches Wagnis zu unternehen, und bei seiner großen Beliebtheit bei der Armee und dem Volke konnte er sehr gefährlich werden. Man übertrug ihm die Führung einer Expedition nach Mexiko, um einen so unbequemen Mann loszuwerden. Man entfernte ihn auf diese Weise aus dem Lande und gab ihm

gleichzeitig Gelegenheit, seine leeren Taschen zu füllen, und damit hörte er auf, gefährlich zu sein.

Prim kehrte 1865 nach Spanien zurück, stellte sich an die Spitze einer antidynastischen Opposition, hatte jedoch 1866 mit einem Aufstandsversuch keinen Erfolg, entfloh nach Portugal und von da nach London und Brüssel, war sehr tätig bei der Organisation eines neuen Aufstandes, der 1868 stattfand und den Fall und die Verbannung der Königin Isabella zur Folge hatte. Unter der Regentschaft von Serrano wurde Prim Kriegsminister und dann Präsident des Rats und Marschall."

Hat Bismarck die Verschwörertätigkeit Prims, dessen Hochverrat gekannt und dabei seine finanzielle Notlage in Rechnung gestellt? Steht nicht Bismarck, sondern Prim am Anfang einer weltgeschichtlichen Wende?

Diese Fragen kann jeder Leser sich selbst beantworten.

Bismarcks Auffassung von Geld und Geldeswert war, wie der letzte deutsche Kaiser es bezeichnete, „mehr die Art eines Großvesiers, als die eines preußischen Ministerpräsidenten. Der Fürst schien andere Überlieferungen als Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große zu pflegen oder zu schaffen. Er verfügte über bedeutende Geldmittel frei. Ihm war der 1866 beschlagnahmte Welfenfond zur Verwaltung übertragen worden. Er konnte mit seinen Geldern nach Gutdünken walten und schalten. Ihm stand das ausdrückliche Recht zu, dies ohne jede Kontrolle und ohne jeden Rechenschaftsbericht tun zu dürfen. Politische Zwecke waren ein dehnbarer Begriff. Jedenfalls schuf der Kanzler Abhängigkeiten, die in Preußen neu waren."

„Den vom späteren Kaiser Wilhelm (1888) neu ernannten „Chef des Zivilkabinetts von Lucanus, der sich als solcher bei dem Reichskanzler meldete, hatte der Fürst sehr freundlich begrüßt:

„Lieber Lucanus, ich freue mich über Ihre neue Stelle! Aber Sie werden sich natürlich darin neu einrichten müssen — erlauben Sie, daß ich Ihnen das dazu zur Verfügung stelle!"

Auf dem Tische hatte ein großer Beutel mit Geld gestanden. Der Fürst hatte ihn bereitgehalten, nahm ihn jetzt, wie man einen Beutel mit Zechinen nimmt, und hielt ihn dem vollkommen verblüfften und befremdeten Kabinettschef hin.

„Euer Durchlaucht wollen verzeihen: ich brauche kein Geld" — In der Tat hatte der Chef des Zivilkabinetts, ganz abgesehen von der inneren Bedeutung eines solchen Angebots, Zuwendungen nicht nötig. Er lebte in Unabhängigkeit und Ordnung. Aber der Reichskanzler wollte das Thema nicht aufgeben.

„Aber lieber Freund", nahm er es mit Wohlwollen nochmals auf, „das ist doch keine Sache" — —

Der Chef des Zivilkabinetts blieb halsstarrig:

„Euer Durchlaucht — ich brauche kein Geld und ich nehme kein Geld" — —

Da platzte der Fürst mit ehrlicher Überraschung heraus:

„Sie sind der erste, der mir das sagt, und der erste, der nichts nimmt! Meine Minister haben alle genommen!"

Der neue Kabinettschef hatte sich verbeugt und war gegangen. In Wahrheit hatte der Reichskanzler versucht, seine Stimme und seinen Einfluß zu erkaufen. Er war die Vorsicht selbst, wenn er von diesem Tage an den Chef des Zivilkabinetts sprach."[1])

„Können Ew. Majestät die Richtigkeit von Nowaks Darstellung bestätigen?"

Der Ex-Kaiser: „Nowaks Darstellung von Bismarcks Entlassung entspricht in jeder Einzelheit den Tatsachen. Der von Nowak geschilderte Auftritt zwischen Bismarck und Ex. von Lucanus stimmt Wort für Wort überein mit dem mir von meinem ehemaligen Kabinettschef erstatteten Bericht. Der Vorschlag, den mir Bismarck für die Bewältigung einer Revolte machte, ist in seinem genauen Wortlaut angeführt."[2])

Lockhart war am 14./15. Dezember 1929 vom ehem. deutschen Kaiser in Doorn empfangen worden, um eine Reihe von Fragen (9) zu beantworten.

SEINE MAJESTÄT DER ZUFALL

Hätte die spanische Königin Isabella II. nicht einen so liederlichen Lebenswandel geführt, daß sie am 30. September 1868 nach Frankreich hätte flüchten müssen, wäre es nie zu einem Eingreifen Bismarcks zu Gunsten eines Hohenzollernprinzen als Thronanwärter gekommen.

Hätte der König ohne Land und vorgesehener Thronanwärter, Don Fernando von Portugal, nicht auf Zureden des päpstlichen Nuntius in Lissabon am 10. Juni 1869 die deutsche Tänzerin Else Heusler als Gräfin Edla geheiratet und hätten die spanischen Granden dem König garantiert, daß der Gräfin Edla „in gesellschaftlicher Beziehung die ihr als seiner zweiten Gemahlin zustehenden königlichen Ehren gebührten", dann würden er und niemals sein Schwiegersohn, eben der preußische Prinz

[1]) Karl Friedrich Nowak a. a. O. S. 200/201.

[2]) Lockhardt: „Als Diplomat, Bankmann und Journalist im Nachkriegseuropa", Berlin 1935.

Leopold, auf die Wahl zum spanischen König haben rechnen können.

Hätten die spanischen Königswähler aber den unmündigen Prinzen Alphonso von Asturien, unehelichen Sohn der Königin Isabella mit dem Pionierleutnant Pygmolto, als ihren zukünftigen König anerkannt, wie die Kaiserin Eugenie es wollte, dann wäre Napoleon einverstanden gewesen.

Hätte Napoleon III. in der Thronkandidatur Leopolds (Gefährdung der Pyrenäengrenze) nicht einen Schachzug Bismarcks gefürchtet, würde er niemals seinen Botschafter in Berlin, den Grafen Benedetti, nach Ems zum König Wilhelm geschickt haben.

Hätte Bismarck nicht die sogenannte „Emser Depesche" gefälscht und diese Fälschung nicht an alle fremden Höfe mit Ausnahme Frankreichs geschickt, um die französische Kriegserklärung herauszufordern, dann wäre der Krieg 1870/71 ausgefallen.

Hätte Bismarck nicht einen privaten Haß wider den russischen Staatskanzler Fürsten Gortschakow zum Hauptbestandteil der deutschen Außenpolitik gemacht („Berliner Kongreß" 1878), wäre es nie zum Zweibund zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn (1879) und zwischen Frankreich und Rußland (1892) gekommen.

DER KRIEG GEGEN FRANKREICH

„Gott hat uns in eine Situation gesetzt, in welcher wir durch unsere Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit oder Versumpfung zu geraten. Er hat uns die kriegerischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die Seite gesetzt, und er hat in Rußland kriegerische Neigungen groß werden lassen, die in früheren Jahrhunderten nicht in dem Maße vorhanden waren. So bekommen wir gewissermaßen von beiden Seiten die Sporen und werden zu einer Anstrengung gezwungen, die wir vielleicht sonst nicht machen würden. Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns Karpfen zu werden, indem sie uns ihre Stacheln in unseren beiden Flanken fühlen lassen; sie zwingen uns zu einer Anstrengung, die wir freiwillig vielleicht nicht leisten würden, sie zwingen uns auch zu einem Zusammenhalten unter uns Deutschen, das unserer innersten Natur widerstrebt; sonst streben wir lieber auseinander."

(Bismarck am 6. Februar 1888 im Reichstag.)

„8. Das Unrecht, das Frankreich 1871 in Beziehung auf Elsaß-Lothringen durch Preußen angetan wurde und das den Weltfrieden nahezu 50 Jahre in Frage stellte, muß wieder gut gemacht werden."

(Wilson am 8. Januar 1918 vor dem Kongreß: „14 Punkte-Programm".)

„Die Emser Depesche war der Krieg, aber dieser war berechtigt, denn Frankreichs Forderung um eine Entschuldigung war eine Beleidigung Deutschlands, und weiteres Zurückweichen hätte den Krieg doch nicht vermieden. D i e E m s e r D e p e s c h e i s t B i s m a r c k s g r ö ß t e T a t."

Prof. der alten Geschichte
Dr. Adolf Schulten-Erlangen
(Rede gehalten am 18. Januar 1928).

1870/71

Napoleon und die Kaiserin Eugenie weilten im Sommer 1865 in Biarritz. Wo der französische Hof war, da hielten sich auch die in Paris beglaubigten fremden Diplomaten auf, so auch der preußische Gesandte in Paris, Graf Robert von der Goltz. Es war eine diplomatische Krankheit, die den preußischen Ministerpräsidenten von Bismarck nach Biarritz geführt hatte, er war damals 50 Jahre alt und seit 3 Jahren der erste Berater des Königs von Preußen. „Zwischen ihm und seinem Gesandten kam es während des gemeinsamen Aufenthalts zu so scharfen Auseinandersetzungen, daß wir ganz darauf vorbereitet waren, es werde diesmal doch mit dem Bruch endigen. Ich bin Zeuge einiger dieser Gespräche gewesen, bei denen es Bismarck darauf angelegt zu haben schien, Goltz zu reizen und gleichzeitig ihn die Überlegenheit fühlen zu lassen, die er als der leitende politische Faktor, der aber von seiner weiteren Absicht nichts ihm anzuvertrauen wünschte, haben mußte. Auf Goltz's Drängen nach mehr Aufklärung über die Ziele der Politik gegen Österreich, hatte er nur eine hochmütige Abweisung und fingierte, mit dem gegenwärtigen Resultate zufrieden zu sein, den Nachdruck jetzt auf konservatives Regiment in Preußen legen zu wollen. Dabei schärfste Ausfälle gegen den liberalisierenden Kronprinzen, Drohungen gegen die Hohenzollern, wenn sie die alte Basis des preußischen Staatslebens verlassen wollten, Staatsstreich, neues Wahlgesetz, nach außen hin gemeinsame Politik mit jedem, der nützen könne. Dem Kronprinzen, meinte Bismarck, werde er überhaupt nicht dienen nach des Königs Tod, er halte nichts mehr von der Zukunft der Hohenzollerndynastie; das Land werde sich andere Formen der Regierung suchen, wenn die gegenwärtige nicht tauglich bliebe. Kurz, wie es Goltz resümierte: „Nach innen Bismarckismus, nach außen Pakt mit der Revolution, ápres nous le deluge."[1])

So glänzend die äußere Fassade Frankreichs zu Anfang der 60er Jahre war, so moralisch zerrüttet war der Staatsapparat im Innern. Das mexikanische Abenteuer, im Jahre 1861 den Jesuiten und der Pariser Finanzwelt zuliebe eingeleitet, mit der ungeheuerlichen Verschwendung an Geld, Gut und Menschen, endete nach sechs

[1]) Eduard von Wertheimer „Graf Andrassy" I., S. 81.

Jahren auf nordamerikanischen Druck mit dem schimpflichen Abzug der französischen Truppen aus Mexiko und mit der Erschießung des von Napoleon auf den Thron gesetzten, dann aber in Stich gelassenen Kaiser Maximilian, eines früheren österreichischen Erzherzogs, durch die siegreichen mexikanischen Rebellen.
Daheim geriet das Regime durch Bankenkrachs, Korruption, Schiebertum und Justizwillkür im Volk in Mißkredit. Die zahlreichen Kolonial-Expeditionen in China und Indochina interessierten, trotz ihrer Erfolge, die Öffentlichkeit nicht mehr, forderten aber große Opfer an Geld und Menschen und führten zu einem lästigen Anwachsen der Steuern.
Nebenher ging eine unglückliche Politik gegenüber Bismarck: die ungehinderte und durch nichts kompensierte Vereinigung Norddeutschlands unter der Führung Preußens, die Zerstörung des durch die Wiener Verträge garantierten Deutschen Bundes und der Ausschluß Österreichs aus dem deutschen System. Vergeblich veranstaltete Napoleon im Jahre 1867 die Weltausstellung in Paris, vergeblich erhöhten die Besuche des Zaren von Rußland, des Königs von Preußen und anderer Fürstlichkeiten den Glanz des französischen Kaiserhauses, es nützte alles nichts, denn die öffentliche Demoralisation wurde je länger um so größer.
Die spanische Revolution 1868 erschütterte auch den Thron Napoleon III. Frankreich entglitt seiner Staatsführung. Das wußte Bismarck.
Die kaiserlich-französische Diplomatie hatte Bankrott gemacht, weder England noch Rußland würden damals bereit gewesen sein, Napoleon zu unterstützen, wenn er in außenpolitische Konflikte geriet. Auch damit und daß Italien mit sich selbst beschäftigt war und Österreich immer bereit war, mehr zu versprechen als zu halten — auch damit konnte Bismarck rechnen.
Die traditionelle Politik Frankreichs forderte, in Spanien keine fremde und erst recht keine starke Macht zuzulassen, und seit den Zeiten des deutschen Kaisers und gleichzeitigen spanischen Königs Karl V., der im 16. Jahrhundert die halbe Welt beherrscht hatte, hatte Frankreich zahllose Kriege führen müssen. Daß ein Hohenzollernprinz in Spanien den Thron bestieg, mußte der französischen Regierung bedeuten, daß der König von Preußen durch Bismarck Spaniens Politik beeinflussen würde.
Napoleon war seit 1865 körperlich einem fortschreitenden Siechtum verfallen, er und die Kaiserin waren zweifellos nicht deutschfreundlich, aber durch die Not friedensfreundlich, beide bauten auf den preußischen Gesandten Graf Robert von Goltz, in dem Bismarck übrigens seinen Nachfolger witterte. Goltz war ein erklärter Gegner der Politik Bismarcks, dem er „mangelnden Willen zur Aufrichtigkeit" nachsagte.

Frankreich stand Ende der 60er Jahre in Europa isoliert da, und die recht bescheidenen Militärreformen standen zu einem bedeutenden Teil auch nur auf dem Papier. Sie stießen auf den entschiedenen Widerstand der Gesetzgebenden Kammer, in der die meisten Deputierten entweder aus pazifistischer Gesinnung eine Abrüstung forderten und dabei hofften, daß auch andere Mächte diesem Beispiel folgen würden oder aus Egoismus keine neuen militärischen und finanziellen Lasten auf sich nehmen wollten, noch, was am wichtigsten war, Vertrauen zu dem bonapartischen Regime mehr besaßen.
Vom April bis Juni 1870 herrschte in Frankreich eine außergewöhnliche Trockenheit, das französische Kriegsministerium sah sich gezwungen, Militärpferde zu verkaufen. Am 30. Juni hatte der Ministerpräsident Ollivier das Rekrutenkontingent von 100 000 auf 90 000 Mann herabsetzen lassen und in der Kammer erklärt: „Der Friede Europas ist niemals so gesichert gewesen wie jetzt, keine schwebende Frage bedroht ihn."

Bismarcks Agenten arbeiteten zu gleicher Zeit in Madrid und in Sigmaringen, seine Taktik stellte die Wahl des Hohenzollernprinzen zum spanischen König fest in Rechnung, davon ging er aus; in jedem anderen Fall wurde und blieb sein Unternehmen ein Wagnis und es wurde mehr, als er mit dem bewaffneten Widerstand Frankreichs rechnen mußte. Das aber wußte er seit dem ersten Besuch des Grafen Benedetti im Mai 1869. Bis zum 29. Juni 1870, vierzehn Tage vor der französischen Kriegserklärung, verfolgte er seine Politik. Hinter dem neuen König Leopold hätte das ganze spanische Volk gestanden, hinter dem Kandidaten Leopold aber nur eine kleine, sogar unsichere Mehrheit.

Als das verstümmelte Telegramm Salazars aus Sigmaringen die Königswahl um mehrere Monate hinausschob, mußte Bismarck den Erbprinzen Leopold fallen lassen.[1])
„In Sigmaringen gab Fürst Karl Anton die Sache so gut wie verloren, weil er sich mit Recht sagte, daß die augenblickliche Majorität der Cortes für seinen Sohn, wenn sie den europäischen Intrigen preisgegeben werde, sich bis zum Herbst nicht zusammenhalten lasse.
„Der damalige deutsche Konsul in Paris, Dr. Felix Bamberg, ein auf der Pariser Universität ausgebildeter Mann, der sich durch verschiedene historische Arbeiten bekannt gemacht hatte, äußerte im März 1871, man sei in Frankreich seit mehr als 100 Jahren gewöhnt gewesen, den spanischen Thron gleichsam als eine französische Sekundogenitur (Recht der Zweitgeborenen) zu betrachten, und würde nie ertragen haben, daß ein deutscher Fürst den-

[1]) Fester „Genesis . . ." S. 14/15.



Bismarck im Jahre 1870 vor der Kriegserklärung

Aus der V. v. Bismarckschen Sammlung
mit Genehmigung des Eigentümers entnommen



selben einnehme; der Kanzler habe daher die Kandidatur des Erbprinzen von Hohenzollern wahrscheinlich in kriegerischer Absicht befürwortet."[1])

Die französische Öffentlichkeit war davon überzeugt, daß hinter der Thronkandidatur des Erbprinzen Leopold, Bismarck, das war praktisch Preußen, stand und nicht der König von Preußen, von dessen Friedenspolitik Kaiser Napoleon überzeugt war. In Paris unterschied man scharf zwischen der Thronkandidatur, die man an sich nicht wichtig nahm und der Königswahl, die dagegen Krieg bedeutete, denn sie wäre die politische und militärische Einkreisung Frankreichs gewesen.

Die Presse entfaltete eine heftige Agitation gegen die preußischen Absichten, und selbst die Führer der Opposition, der Orleanist Thiers und der Republikaner Gambetta, forderten, die Kandidatur fallenzulassen.

Bismarck ließ daraufhin mit einem Pressesturm gegen die fremde Einmischung in die Angelegenheiten des preußischen Königs antworten, aber die auswärtigen Regierungen waren anderer Ansicht, sie rieten, nicht Bismarck, sondern der preußischen Regierung, die französische nationale Empfindlichkeit und die Notwendigkeit der militärischen Sicherung an der Pyrenäengrenze zu achten.

„Die Kandidatur macht üblen Eindruck, wird nicht gern gesehen", telegrafierte der Gesandte von Werther aus Paris am 4. Juli an den König nach einer langen Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Ollivier und dem Außenminister, Herzog Gramont, zu letzt Botschafter in Wien und mit dem k. u. k. Ministerpräsidenten Grafen von Beust befreundet. Er hatte eine glänzende Karriere gemacht, war erfüllt von patriotischen Gedanken und diplomatischen Traditionen, wo es galt, die Überlegenheit Frankreichs in den auswärtigen Angelegenheiten des europäischen Kontinents aufrechtzuerhalten. Natürlich beruhten seine Ansichten auf dem, was er nach Königgrätz in Wien erlebt hatte, und sie beeinflußten sein Urteil in allem, was Preußen anging. Die beiden französischen Staatsmänner baten den preußischen Gesandten, nach Ems zu reisen und den König Wilhelm über den Ernst der Lage zu berichten.

Werther teilte dem König am folgenden Tage mit, daß er „mit dem allerbedenklichsten Eindruck zur Berichterstattung nach Ems komme." Der Telegrafendraht spielte an diesem 5. Juli zwischen Ems, Varzin und Paris:

Bismarck an Abeken: Der Eindruck, daß wir uns durch Werthers Reise einschüchtern lassen, darf nicht aufkommen!

---

[1]) von Keudell a. a. O. S. 440 (Fußnote).

Bismarck an den König: Ich bitte, sich eine möglichst kühle Auffassung der Lage zu wahren!

Abeken an Werther in Paris: Reisen Sie nicht ab![1])

Am gleichen Tage schrieb der König an die Königin Augusta in Koblenz: „. . . Die spanische Bombe ist also mit Einmal geplatzt, aber auf eine ganz andre Art als gesagt ward. Vom Vetter haben wir keine Silbe hierüber. In Berlin hat der französische Charge d'affaires, Thile bereits zur Rede gestellt, der natürlich sagte, daß die Regierung der Sache ganz fremd sei . . . Marie Hohenzollern schreibt an Anton, daß man auch dort die Köpfe zusammenstecke über diese Frage, es sei ein zweites Sadowa, Frankreich dürfe sich das nicht gefallen lassen, der Krieg wäre unausbleiblich usw. Werther sollte morgen hier sein, ich muß abwarten, ob er doch kommt . . ."

Der Herzog von Gramont bemühte sich, andere Mächte zu bewegen, ihm in seinem Bestreben beizustehen, diese Hohenzollernkandidatur zu verhindern. Am 5. Juli erklärte er dem englischen Gesandten Lord Lyons: „Ich habe die feste Überzeugung, daß der Prinz das Anerbieten angenommen hat. Das widerspricht unseren Interessen und ist überdies ein Schlag gegen unsere Nationalehre. Wir können unmöglich einen Vorschlag gutheißen, der uns im Fall eines Krieges mit Preußen nötigen würde, eine starke Truppenmacht an der spanischen Grenze festzulegen. Wir rechnen bei dieser Krisis auf die Unterstützung der englischen Regierung."

Am 6. Juli vormittags 9 Uhr traf Werther in Ems ein, zur gleichen Zeit, nur eine Stunde später, tagte in St. Cloud unter Napoleons Vorsitz der französische Ministerrat, um die Erklärung zu beraten, die am folgenden Tage in der Kammer abgegeben werden sollte.

Diese Erklärung existiert in einer unverstümmelten und in einer verstümmelten Fassung; beide stehen hier nebeneinander:

„Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten einer benachbarten Nation uns zwingt zu gestatten, daß eine fremde Macht das Gleichgewicht der europäischen Staaten stört und die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährdet, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt. Wir hoffen bestimmt, daß ein solches Ereignis nicht eintreten wird, und rechnen auf die Weisheit Deutschlands und die Freundschaft Spaniens, daß es verhindert wird.	„Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze . . . Dieser Fall wird nicht eintreten, dessen sind wir ganz gewiß . . .

[1]) von Werther war inzwischen abgereist.

Sollten wir uns aber hierin täuschen, so werden wir, da wir der Unterstützung des Gesetzgebenden Körpers und der Nation gewiß sind, ohne Zaudern und Schwächlichkeit unsere Pflicht tun."[1])

Sollte es anders kommen, so würden wir . . . unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen."[2])

Die französische Erklärung war zwar in der Form scharf, in der Sache jedoch zutreffend, was Bismarck gelten lassen wollte, entstellte die Wahrheit, sie war eine glatte Fälschung, aber nur an sie konnte er die Behauptung knüpfen: „Diese Äußerung (Gambettas) war eine amtliche internationale Bedrohung mit der Hand am Degengriff." (Der Fall wiederholte sich bei der „Emser Depesche", zehn Tage später.)

In den Augen der deutschen Kronprinzessin war es eine „vertrackte Affäre" geworden; über sie schrieb sie am 6. Juli an ihre Mutter nach London:
„Nachdem die spanische Krone endgültig von den Hohenzollern und vom König abgelehnt worden war, ist der Prinz noch einmal gebeten worden und scheint, da man inzwischen seine Meinungen geändert hat, geneigt zu sein, sie anzunehmen — zum großen Mißfallen des Königs und der Königin, die sich in kluger Weise von der ganzen Sache fernhalten und nichts damit zu tun haben wollen, da sie, wie wir auch, fürchten, daß für Preußen Komplikationen entstehen können; es ist allzu leicht, die Hohenzollern mehr oder weniger mit uns und mit unserer Regierung zu identifizieren. Ich fürchte, daß die Hohenzollern einen schlimmen Fehler begehen."
Der König war durch den Bericht des Freiherrn von Werther veranlaßt worden, dem Fürsten Karl Anton durch Abeken mitteilen zu lassen, „daß die französischen Minister erklärt hätten, Frankreich könne einen Hohenzoller in Spanien nicht herrschen lassen und werde alle Mittel in Bewegung setzen, ihn zu stürzen, wenn er gewählt werden sollte, was zugleich mit persönlichen Gefahren für den Prinzen verbunden sein könnte; der Kaiser selbst habe zwar seinen gewohnten calme gewahrt, aber sich mit großer Entschiedenheit im Sinne seiner Minister ausgesprochen. Der Freiherr von Werther hatte sich auf keine Diskussion eingelassen, sondern sich auf seine tatsächliche völlige Unwissenheit zurückgezogen."[3])
An diesem Tage hatte der Herzog von Gramont die scharfe Erklärung in der Gesetzgebenden Körperschaft abgegeben und Graf

---

[1]) Graf Fleurig a. a. O. S. II 214.
[2]) „Gedanken und Erinnerungen" II, 84.
[3]) Fester „Briefe . . ." S. 140.

Beust eine drohende Erklärung nach Berlin mit dem Auftrag an den k. u. k. Botschafter geschickt: „Den Staatsmännern Preußens einerseits nicht zu verhehlen, daß wir mit der Kandidatur des Prinzen Leopold die Gefahr ernster Störungen für verbunden halten, andererseits aber zugleich in unserem Namen das feste Vertrauen auszudrücken, die Friedensliebe und hohe Einsicht S. M. des Königs werde verhüten, daß in die europäische Politik ein neues und so mächtig wirkendes Element des Unfriedens eintrete. Vertraulich können E. H. die vorstehenden Bemerkungen Herrn v. Thile lesen lassen, und falls er einen schriftlichen Nachweis unserer Auffassung in Händen zu haben wünschte, würden Sie ermächtigt sein, ihm eine Abschrift der gegenwärtigen Depesche zu überlassen."

„Die Minister in Paris haben sehr vernünftig gesprochen und die Billigung erreicht", schrieb König Wilhelm am 7. Juli an die Königin, und er setzte hinzu: „Wenn sie von der Ehre Frankreichs sprechen, die sie mit Entschiedenheit und Kraft verteidigen würden, so wird dagegen Niemand etwas einwenden. Aber es fragt sich nur, worin die Ehre Frankreichs gekränkt wird, um einen Krieg führen zu müssen, wenn Spanien sich einen andern König wählt, als Frankreich wollte? An Preußen kann es doch keinen Krieg machen mit R e c h t, weil aus einer fürstlichen Nebenlinie des Preußischen Königshauses Spanien sich einen König aussucht, — es könnte also doch nur den bekriegen, der gegen Frankreichs Wunsch diese Auswahl traf, also gegen Spanien."

Bismarck wich in der Behandlung der spanischen Frage gegenüber dem König von allen Regeln aristokratischer, gegenüber Frankreich von allen Regeln bürgerlicher Moral ab. Er hatte den König, den Kronprinzen, Thile, Bucher, Busch und „die Sigmaringer", Vater und Söhne, darauf festgelegt, die spanische Angelegenheit nur als eine solche des Hauses Hohenzollern zu betrachten. Damit stimmte seine Geheiminstruktion überein, die er am 5. Juni dem tagszuvor nach Madrid abgereisten Lothar Bucher zur Übergabe an Marschall Prim nachschickte. . . . „man müßte meine Person ganz aus dem Spiel lassen, in Wahrheit bin ich nicht offiziell beteiligt. . . . Wenn man in Frankreich Lärm schlägt, werden wir einfach sagen: Was wollen Sie? Wollen Sie die Entscheidungen der spanischen Nation und eines deutschen Privatmannes vorschreiben?"

Die französische Regierung handelte also korrekt, als sie ihren Botschafter Benedetti beauftragte, das Oberhaupt des Hauses Hohenzollern in Ems, und nicht Bismarck in Varzin oder Thile in Berlin, aufzusuchen, um die Wünsche und Bedenken des Kaisers

Napoleon vortragen zu lassen. Am 7. Juli kreuzten sich zwei Wege. An diesem Tage gab Bismarck durch Bucher seine erste Anweisung an die Presse heraus: „Die offiziösen Blätter sollen andeuten, daß eine Erörterung der spanischen Thronfolgefrage gegenwärtig, wo die Cortes sich in dieser von ihnen allein zu entscheidenden Angelegenheit noch nicht geäußert, noch nicht an der Zeit zu sein scheine. Von den deutschen Regierungen sei die spanische Unabhängigkeit in derartigen Dingen allezeit gewahrt worden, und das werde auch ferner geschehen, da letztere keinerlei Beruf und Befugnis hätten, sich einzumischen und den Spaniern Vorschriften zu machen. In der nichtoffiziösen Presse dagegen soll starke Verwunderung über die Anmaßung Frankreichs ausgesprochen werden, die sich in den Kammerverhandlungen in Betreff der Frage breit gemacht und geredet habe, als ob man hier berechtigt sei, über den spanischen Thron zu verfügen, und als ob man nicht bedacht habe, daß eine solches Vorgehen ebenso verletzend für den spanischen Nationalstolz als förderlich für republikanische Tendenzen sei. Man werde nicht irren, wenn man darin einen neuen Beweis erblicke, auf welche Abwege man mit dem persönlichen Regiment gerate. Es scheint, als ob die Kaiserin, die das angeregt habe, einen neuen spanischen Erbfolgekrieg entbrennen zu sehen wünscht."

Damit begann der Feldzug der norddeutschen Presse, die Bearbeitung der öffentlichen Meinung, ein Kapitel für sich und hier nicht weiter zu verfolgen. Am gleichen Tage, als der Pressesturm gegen Frankreich begann, beauftragte Bismarcks Kollege in Paris, der Herzog von Gramont, Benedetti, den König in Ems aufzusuchen und sich „von ihm die Zusage zu erschaffen, daß er Prinz Leopold zur Zurückziehung seiner Thronkandidatur veranlassen werde." Seine Instruktionen waren natürlich mit größter Vorsicht abgefaßt worden. Der Kaiser prüfte den Wortlaut der Depesche selbst, und die Kaiserin hat sie mehr als einmal durchgelesen. Alle fühlten, daß dies ein überaus gefährlicher und heikler Schritt war. Der Schwerpunkt dieser Depesche des Herzogs von Gramont lag in nachstehenden Sätzen: „Wir können die ausweichende Antwort des Herrn von Thile nicht akzeptieren. Es ist unbedingt nötig, daß Sie eine kategorische Antwort erhalten." Der Zweck war also nicht nur, das Aufgeben der Kandidatur zu sichern, sondern auch die besondere Billigung seitens des Königs hierfür zu erlangen.

„Am 8. Juli steht Bismarck unter dem Eindrucke des Wortlautes der Kammererklärung vom 6. Nach einer schlaflosen Nacht telegrafierte er am Morgen des 9. nach Ems, er bitte den König, „sich mit Benedetti auf nichts einzulassen, und, wenn dieser dringend

würde, zu erwidern, mein Minister des Auswärtigen ist in Varzin." . . .[1])

Bismarck hatte danach bereits am 8. Juli alle Brücken zu einer friedlichen Verständigung abgebrochen.

Albedyll, ein treuer Reflex der Stimmung seines Herrn, spricht nicht nur eigene Empfindungen aus, wenn er um die Zeit der Audienz am 9. an seine Gemahlin schreibt: „Es war doch eine richtige Ahnung, daß aus der Sendung des tollen Versen nur Unheil entstehen würde. Wäre Bismarck zur Stelle, so würde der staatsmännische Gedanke a corsaire corsaire et demi vielleicht das Feld behaupten. Da er im Augenblicke nur durch Telegramme und Abekens Vortrag wirken kann, trägt der Appell Augustas an das Gewissen und an die Ritterlichkeit ihres Gemahls den Sieg davon. Wenn das kaiserliche Frankreich den Krieg will, so will der König sich wenigstens nichts vorzuwerfen haben."

Benedetti wurde am 9. Juli nachmittags drei Uhr vom König Wilhelm empfangen, er hat über diese erste Unterredung berichtet: „Zu Anfang unseres Gesprächs schien S. M. sehr höflich und liebenswürdig. Das war man indessen bei ihm gewohnt. Ich entwarf ihm ein getreues Bild von der Erregung, die durch die Hohenzollernkandidatur in Frankreich hervorgerufen worden war, und unterbreitete ihm dann auch den Eindruck, den alles dies auf Europa gemacht hatte. Ich bemühte mich, so überzeugend wie möglich zu sprechen, und versicherte dem König, daß die Regierung des Kaisers nichts anderes bezwecke, als auf eine für beide Parteien gleich ehrenvolle Weise eine Beendigung dieses Zwischenfalles herbeiführen. Ich bat den König, alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen und vermöge seines mächtigen Einflusses den Prinzen Leopold zur Ablehnung der spanischen Krone zu bewegen. Wenn Ew. Majestät das tun wollten, sagte ich in sehr ehrerbietigem Tone, so würde das auf die Stimmung von ganz Europa sehr beruhigend einwirken und überall Dankbarkeit und Befriedigung erwecken.

Der König, der mich offenbar fühlen lassen wollte, daß er ganz aufrichtig spräche, erwiderte: ‚Ich wußte von den Unterhandlungen, die in Madrid geführt wurden. Aber ich habe mich nicht daran beteiligt. Ich wollte den Prinzen nicht daran hindern, selbst zu einem endgültigen Entschluß zu kommen. Ich billige den vorgeschlagenen Plan nicht, habe ihn aber auch nicht untersagt. In dieser Sache habe ich mehr als Chef meiner Familie, wie als Monarch gehandelt. Ich sehe sie als Privatangelegenheit an. Ich finde nicht, daß die preußische Regierung mehr mit derselben zu tun hat, als irgend eine andere europäische Regierung.'

---

[1]) Fester „Genesis . . ." S. 71, 72.

Ich erwiderte, ich müsse befürchten, die öffentliche Meinung werde keine so feinen Unterschiede machen. Seine Majestät umging dann die wirklich vorliegende Frage und verbreitete sich über die Rechte der spanischen Nation zur Wahl eines Königs: ,Die Regierung des Regenten ist eine durchaus regelrechte', fuhr er fort, ,und es steht nicht zu erwarten, daß sie sich in ihren Entschlüssen von Außenstehenden beeinflussen lassen wird. Überdies werden die Cortes am 20. zusammentreten, um die Sache endgültig zum Abschluß zu bringen'. Ich gab zur Antwort, daß wir die Rechte Spaniens anerkennen, setzte jedoch hinzu, daß die von Marschall Prim aufgestellte Kombination meiner Überzeugung nach eine Quelle des Unheils für die iberische Halbinsel sein werde. Darauf fuhr ich folgendermaßen fort:

,Wenn diese Kandidatur zurückgenommen werden könnte, würde sich eine andere Lösung der schwierigen Frage finden lassen, die für die spanische Nation durchaus annehmbar wäre. Davon bin ich fest überzeugt. In diesem Augenblick aber würden wir die Regentschaft nur in noch größere Verlegenheit bringen, wenn wir sie bäten, ein Veto einzulegen. Darum geben wir Ew. Majestät den stärksten Beweis unserer Gesinnung und wenden uns unmittelbar an Sie mit der Bitte um Intervention in dieser Sache, die uns so nahe angeht und die die Ehre der preußischen Monarchie in keiner Weise berührt.' Nun beschwerte sich der König über den herausfordernden Ton des Herzogs von Gramont. Ich erwiderte, dies sei dem Druck der öffentlichen Meinung von Frankreich zuzuschreiben.

Seine Majestät erklärte darauf nochmals, daß er seine Autorität nicht geltend zu machen wünsche, um den Prinzen von der Annahme der Krone abzuhalten. ,Sie dürfen indessen überzeugt sein, daß, wenn er sich entschließen sollte, die Sache aufzugeben, ich gewiß nichts gegen diese Wendung der Dinge einzuwenden hätte. Ich stehe jetzt mit dem Fürsten Anton in Korrespondenz darüber. Ich habe ihn gebeten, mich über seine und seines Sohnes Absichten zu informieren, und ihm mitgeteilt, wie man die Sache in Frankreich auffaßt. Sobald die erwartete Antwort aus Sigmaringen eintrifft, können wir unser Gespräch fortsetzen.' Damit hatte die Unterredung ein Ende, doch behielt mich der König zu Tisch da."

Am 11. Juli hatte Graf Benedetti die zweite Unterredung mit dem König, der sich noch nicht entschieden hatte und dem Botschafter sagte:

„Ich muß die Antwort aus Sigmaringen abwarten".

Benedetti machte die entgegengesetzte Ansicht geltend, worauf der König weniger liebenswürdig wurde und ausrief: „Ihre Be-

harrlichkeit könnte einen fast zu dem Glauben verleiten, Sie wollten einen Konflikt herbeiführen. Ich weiß sehr wohl von den Vorbereitungen, die in Paris im Gange sind, und daß wir ebenfalls Maßregeln ergriffen haben, um zu verhüten, daß wir überrascht werden. Der Friede wird nicht gestört werden, wenn Paris sich geduldet und mir Zeit läßt, eine gewisse Anzahl notwendiger Schritte zu tun. Mittlerweile können Sie jedoch in meinem Namen nach Paris telegraphieren, daß ich heute abend oder morgen früh eine Nachricht von dem Prinzen erwarte, da er inzwischen bei seinem Vater eingetroffen sein muß; und dann werde ich Ihnen sofort eine endgültige Antwort zukommen lassen."

Der König war zweifellos zu einer friedlichen Lösung der Differenz bereit, aber ohne selbst tätigen Anteil daran zu nehmen. Er war bereit, eine vollendete Tatsache anzuerkennen —, weiter nichts. Er wollte die Rolle eines Familienoberhauptes, das die Handlungsweise der entfernten Verwandten gutheißt, spielen.

Die französische Regierung erfuhr durch ihren Gesandten in Stuttgart, den Grafen Saint Vallier, daß Königin Olga ihm erzählt hätte, König Wilhelm habe dem Fürsten Anton dringend geraten, seinen Sohn zum Rücktritt zu bewegen. Der König hätte im selben Sinne an die Königin Augusta geschrieben. Alle diese mannigfachen Mitteilungen erweckten in Frankreich neue Zuversicht. Und man hoffte, denn am Morgen des 12. Juli hatte Fürst Anton an Marschall Prim telegraphiert, daß sein Sohn sich angesichts der aus seiner Annahme entspringenden Komplikationen entschlossen habe, das Feld zu räumen.

Diese Nachricht bezeichnete der Herzog von Gramont als unbefriedigend, er erklärte: „Wie die Sachen jetzt liegen, können wir eines schönen Tages die Nachricht erhalten: Prinz Leopold hat sich insgeheim nach Spanien begeben und ist von den Cortes als König proklamiert worden, wie es damals in Rumänien mit seinem Bruder der Fall war. Diese spanisch-sigmaringensche Ankündigung ist also durchaus keine Gewähr gegen irgend eine zukünftige listige Unternehmung. Der Prinz hat ja nicht einmal selbst ein Versprechen abgegeben, geschweige denn der König von Preußen. Ich erkenne darin die Hand des ränkevollen Bismarck. Ich machte Werther darauf aufmerksam und fragte ihn, ob Prinz Leopold auf den Rat des Königs zurückgetreten sei, worauf er mir umgehend und mit großer Bestimmtheit erwiderte, daß der König Wilhelm nicht das geringste damit zu tun habe."

Der preußische Gesandte in Paris, Baron von Werther, versuchte den französischen Kaiser zu beruhigen: „Die Empfindungen, die

Seine Majestät für Ew. Majestäten und für Frankreich hegt, sind überaus freundlicher Natur. Er hat den dringenden Wunsch, jegliche Komplikationen zu vermeiden. Als er seine Einwilligung zu der Thronkandidatur gab, kam es ihm nicht im entferntesten in den Sinn, daß sie Frankreich und dem Kaiser mißfallen könnte."

Diese Worte enthielten alle Elemente einer friedlichen Lösung der Differenzen, „aber der Kaiser hatte das Gefühl", schreibt Graf Fleury dazu, „daß man sie in eine Form kleiden müßte, die geeignet wäre, die öffentliche Meinung zu befriedigen und uns eine Garantie gegen weitere Bismarcksche Ränke zu bieten. Man kann sich heutzutage keinen Begriff davon machen, welchen unheilvollen Einfluß die Persönlichkeit des Kanzlers in jenem Augenblick ausübte. Ich will nicht entscheiden, ob sein Verhalten bis zu diesem Zeitpunkt eine solche Beschuldigung verdiente, ich stelle nur fest, wie man damals in den offiziellen Kreisen und im großen Publikum von Paris über ihn dachte. Wäre Bismarck nicht gewesen, so glaube ich, daß die Schwierigkeiten hier ihren Abschluß gefunden hätten und ich weiß, daß auch der Kaiser davon überzeugt gewesen ist."

„Am 12. Juli fand in Saint Cloud eine Sitzung des Staatsrats statt, bei der der Kaiser Gelegenheit nahm, seine Friedensbestrebungen darzulegen. Über die Maßregeln, die zu ergreifen waren, gingen die Meinungen sehr auseinander. Einige von den Ministern waren der Ansicht, daß man von Preußen Garantien für die Zukunft verlangen müsse, während andere fanden, daß man sich mit dem bereits Erreichten begnügen könne.

Lord Lyons kam im Auftrag der Regierung der Königin, um zu sagen, daß man sich der Hoffnung hingäbe, Frankreich würde sich mit diesem Zugeständnis begnügen und das Feld des Konfliktes nicht erweitern. Daraufhin schrieb Emile Ollivier nachstehenden Brief: „Das französische Kabinett hat seinen Gesandten allerdings angewiesen, einen letzten Versuch beim König zu machen, ist jedoch einstimmig der Ansicht, daß man sich ohne Rücksicht auf das Ergebnis dieser letzten Bitte mit dem Erreichten begnügen und die Sache fallen lassen muß."

Am gleichen Tage, am 12. Juli, verließ Bismarck sein Gut Varzin in Pommern, um, wie er zwanzig und mehr Jahre später schreibt, „nach Ems aufzubrechen und um bei Sr. Majestät die Einberufung des Reichstages und die Mobilmachung zu befürworten. Als ich durch Wussow fuhr, stand mein Freund, der alte Prediger Mulert, vor der Tür des Pfarrhofes und grüßte mich freundlich; meine

Antwort im offenen Wagen war ein Lufthieb in Quart und Terz, und er verstand, daß ich glaubte, in den Krieg zu gehn."[1])

Das war die Antwort Bismarcks inmitten des seit Monaten entfachten Kriegslärms auf den fragenden Blick des Dieners Gottes.

Er traf nach zehnstündiger Fahrt in Berlin ein und schon erreichten ihn neue Depeschen aus Ems, aus denen hervorging, schreibt Bismarck, „daß der König nach den französischen Bedrohungen und Beleidigungen im Parlament und in der Presse, mit Benedetti zu verhandeln fortfuhr, ohne ihn in kühler Zurückhaltung an seine Minister zu verweisen. Während der Essens, an dem Moltke und Roon teilnahmen, traf von der Botschaft in Paris die Meldung ein, daß der Prinz von Hohenzollern der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedroht. Mein erster Gedanke war, aus dem Dienst zu scheiden, weil ich nach allen beleidigenden Provokationen, die vorhergegangen waren, in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht amtlich verantworten wollte. Dieser Eindruck der Verletzung des nationalen Ehrgefühls durch den aufgezwungenen Rückzug war in mir so vorherrschend, daß ich schon entschlossen war, meinen Rücktritt aus dem Dienste nach Ems zu melden.

Ich war sehr niedergeschlagen, denn ich sah kein Mittel, den fressenden Schaden, den ich von einer schüchternen Politik für unsere nationale Stellung befürchtete, wieder gut zu machen, ohne Händel ungeschickt vom Zaune brechen und künstlich zu suchen. Den Krieg sah ich schon damals als eine Notwendigkeit an, der wir mit Ehren nicht mehr ausweichen konnten. . . . Da ich aber die Haltung nicht vertreten wollte, durch welche dieser Friede erkauft gewesen wäre, so gab ich die Reise nach Ems auf und bat Graf Eulenburg, dorthin zu reisen und Sr. Majestät meine Auffassung vorzutragen. In gleichem Sinne sprach ich auch mit dem

---

[1]) Bismarck zu Dr. M. Busch, Bd. 1, S. 546: „Übrigens besinne ich mich — fuhr er fort — wie ich in Varzin die Nachricht bekam. Ich war gerade ausgefahren, und wie ich zurückkam, fand ich das erste Telegramm. Wie ich dann abreiste, mußte ich bei unserem Pastor vorbei — in Wussow. Der stand gerade vor seinem Torwege und grüßte. Ich sagte gar nichts zu ihm und machte es bloß so (Bewegung eines Kreuzhiebes) — einhauen. Er verstand mich und ich fuhr weiter."
Busch a. a. O. Band II, S. 485: „Ich war damals in Varzin, und als ich auf dem Wege nach Berlin durch Wussow fuhr, stand der Pastor vor seinem Hause und grüßte. Ich tat einen Schwadronenhieb in die Luft zum Zeichen, daß es jetzt losginge."
„Eine Kirche ist in Varzin nicht vorhanden. Wer die Predigt hören will, muß nach dem etwa dreiviertelstunde Wegs entfernten Wussow gehen. Der Fürst nimmt, obwohl er ein gottesfürchtiger Mann ist, der seine Kraft in der Religion sucht, seine Pflichten auf sie gründet, am öffentlichen Gottesdienst wenig teil — vielleicht aus Gesundheitsrücksichten" (Busch II, 495/96).

Kriegsminister von Roon: wir hätten die französische Ohrfeige weg.

Meine Stellung sei jetzt unhaltbar und das eigentlich schon dadurch geworden, daß der König den französischen Botschafter unter dem Drucke von Drohungen während seiner Badekur vier Tage hintereinander in Audienz empfangen und seine monarchische Person der unverschämten Bearbeitung durch diesen französischen Agenten ohne geschäftlichen Beistand exponiert habe. Durch diese Neigung, die Staatsgeschäfte persönlich und allein auf sich zu nehmen, war der König in eine Lage gedrängt worden, die ich nicht vertreten konnte.

Daß der König sich nicht mit ihm in so großem Maße eigenen Gefühle seiner hoheitsvollen Würde der Aufdringlichkeit Benedettis von Hause aus entzogen hatte, davon lag die Schuld zum großen Teile in dem Einflusse, den die Königin von dem benachbarten Koblenz her auf ihn ausübte. Er war 73 Jahre alt, friedliebend und abgeneigt, die Lorbeeren von 1866 in einem neuen Kampfe auf das Spiel zu setzen; aber wenn er vom weiblichen Einflusse frei war, so blieb das Ehrgefühl des Erben Friedrich des Großen und des preußischen Offiziers in ihm stets leitend. Gegen die Konkurrenz, welche seine Gemahlin mit ihrer weiblich berechtigten Furchtsamkeit und ihrem Mangel an Nationalgefühl machte, wurde die Widerstandsfähigkeit des Königs abgeschwächt durch sein ritterliches Gefühl der Frau und durch sein monarchisches Gefühl einer Königin und besonders der seinigen gegenüber. Man hat mir erzählt, daß die Königin Augusta ihren Gemahl vor seiner Abreise von Ems nach Berlin in Tränen beschworen hatte, den Krieg zu verhüten im Andenken an Jena und Tilsit. Ich halte die Angabe für glaubwürdig bis auf die Tränen."

„Am Morgen des 13. Juli erhielt er zwar nicht aus Ems, aber von der russischen Botschaft in Berlin die Nachricht, daß man in Paris immer noch nicht befriedigt sei. Erlösung! Nun darf er vor dem englischen Botschafter den Grollenden spielen: „Wenn Paris weitere Forderungen erhebt, so wird die Welt sehen, daß die wahre Absicht der Revanchekrieg ist. Wir sind entschlossen, keinen Schimpf zu dulden, sondern die dargereichte Herausforderung anzunehmen. . . . Wir können nicht zusehen, wie Frankreich uns mit seinen Rüstungen zuvorkommt. . . . Wir brauchen Sicherungen, Garantien gegen die Gefahr eines plötzlichen Überfalls! Widerruft man nicht Gramonts drohende Rede, so muß Preußen Genugtuung fordern."[1])

Die Kronprinzessin schrieb am 13. Juli an ihre Mutter:
„Gottseidank scheint jetzt in der Politik eine gute Wendung ein-

---

[1]) Emil Ludwig „Bismarck" S. 378.

getreten zu sein, da wir gehört haben, daß Leopold Hohenzollern aus eigenem Antriebe auf die Krone verzichtet hat — natürlich das beste, was er unter den gegebenen Umständen tun konnte. Hier predigt jeder den Frieden und wünscht ihn auch; ich habe keine einzige unkluge Äußerung als Antwort auf die beleidigende Sprache Frankreichs gehört, bei der einem wirklich die Geduld reißen kann . . .
Ich bin sicher, daß sie ihre Kühnheit noch weiter treiben und den Rhein für sich beanspruchen werden —, nur England kann dies verhindern . . .
Krieg ist zu allen Zeiten schrecklich genug — für jeden einzelnen —, aber für uns Frauen und Mütter ist seine Furchtbarkeit nicht zu beschreiben. Obgleich ich für meinen Teil keineswegs vor den Franzosen zu Kreuze kriechen möchte, vertraue ich darauf, daß das Wetter vorüberziehen wird. Fritz war sehr beunruhigt, er schrieb an den König und Bismarck und versuchte alles, was ihm möglich war, in Berlin zu tun, aber leider ist jetzt kaum jemand da — alles ist verreist, da keiner an irgendwelche Komplikationen dachte —."

Zur gleichen Zeit, Tag und Stunde, am 13. Juli in der Frühe, richtete Benedetti, um die dritte Unterredung zu ermöglichen, es so ein, daß der König ihm auf der Kurpromenade begegnen mußte. Der Monarch sprach ihn an und gab ihm Gelegenheit zu einer letzten Aussprache. Benedetti trug den Wunsch seiner Regierung vor, der König solle dem Verzicht des Prinzen ausdrücklich zustimmen und sich verpflichten, in Zukunft nie wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Der König wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man niemals ähnliche Engagements eingehen dürfe noch könne, und erklärte ferner, er habe den offiziellen Verzicht des Prinzen noch nicht erhalten. Benedetti sei über Paris und Madrid früher benachrichtigt als er selbst und müsse nun wohl einsehen, daß die preußische Regierung nicht beteiligt sei. Man wechselte noch einige gleichgültige Worte — die berühmte Audienz auf der Emser Promenade war zu Ende.

Im Verlaufe des Tages erhielt der König den Brief des Fürsten von Hohenzollern, in dem offiziell der Verzicht mitgeteilt wurde. Der König schickte sofort seinen Flügeladjutanten zu Benedetti und ließ ihm den Empfang des Briefes mitteilen: er sei einverstanden, und habe dem Botschafter weiter nichts zu sagen.

Bismarck erfuhr durch den Geheimrat Abeken von dieser Begegnung Benedettis mit dem König. Sofort drahtete er nach Ems: Wenn der König nochmals Benedetti empfange, nähme er seine Entlassung. Diese Drohung veranlaßte den König zu der so be-

rühmt gewordenen „Emser Depesche" an Bismarck, von der behauptet wird, Bismarck hätte sie so *gefälscht*, daß sie den Krieg mit Frankreich unvermeidlich machen mußte.

Bismarck hatte, wie schon am Vortage, den Kriegsminister von Roon und den Generalstabchef von Moltke, zum Diner zu Dritt eingeladen, um über — Krieg oder Frieden zu beraten und zu beschließen. Die Darstellung Bismarcks dürfte glaubhaft sein:[1])

„Während der Unterhaltung wurde mir gemeldet, daß ein Ziffertelegramm, wenn ich mich recht erinnere, von ungefähr 200 Gruppen, aus Ems, von dem Geheimrat Abeken unterzeichnet, in der Übersetzung begriffen sei. Nachdem mir die Entzifferung überbracht war, welche ergab, daß Abeken das Telegramm auf Befehl Sr. Majestät redigiert und unterzeichnet hatte, las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten. Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der einen Auftrag involvierenden Ermächtigung Sr. Majestät, die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten, als auch in der Presse mitzuteilen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in Bezug auf das Maß seines Vertrauens auf den Stand unserer Rüstung.
Er antwortete, daß er, wenn Krieg werden sollte, von einem Aufschub des Ausbruchs keinen Vorteil für uns erwarte . . . er halte den schnellen Ausbruch im Ganzen für uns vorteilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns, nach meiner Ansicht, das nationale Ehrgefühl zum Kriege, und wenn wir den Forderungen des Gefühls nicht gerecht wurden, so verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung.
In dieser Überzeugung machte ich von der mir durch Abeken übermittelten königlichen Ermächtigung Gebrauch, den Inhalt des Telegramms zu veröffentlichen und reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern.
Nachdem ich meinen beiden Gästen die konzentrierte Redaktion vorgelesen hatte, bemerkte Moltke: „So hat das einen anderen Klang. Vorher klang es wie Chamade, jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung." Ich erläuterte: „Wenn ich diesen Text, welcher keine Änderungen und keinen Zusatz des Telegramms enthält, in Ausführung des Allerhöchsten Auftrages sofort nicht nur an die Zeitungen, sondern auch telegraphisch an alle unsere Gesandschaften mitteile, so wird er vor Mitternacht

---

[1]) Gedanken und Erinnerungen II S. 87/91.

in Paris bekannt sein und dort nicht nur wegen des Inhaltes, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen. *Schlagen müssen wir.*"
Diese meine Auseinandersetzung erzeugte bei den beiden Generalen einen Umschlag zu freudiger Stimmung, dessen Lebhaftigkeit mich überraschte. Sie hatten plötzlich die Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune. Roon sagte: „Der alte Gott lebt noch und wird uns nicht in Schande verkommen lassen." Moltke trat so weit aus seiner gleichmütigen Passivität heraus, daß er sich, mit freudigem Blick gegen die Zimmerdecke und mit dem Verzicht auf seine sonstige Gemessenheit in Worten, mit der Hand vor die Brust schlug und sagte: „Wenn ich das noch erlebe, in solchem Krieg unsere Heere zu führen, so mag gleich nachher die alte Carcasse der Teufel holen." — — —

„Homer und der Dichter des Nibelungenliedes haben den Wechselreden der beiden Recken nichts an die Seite zu stellen. Wie würde die künstlerische Empfänglichkeit der Franzosen sich an dem frommen Waffensegen Roons und dem derben Soldatenfluche Moltkes erbauen, wenn es nicht just die Gegner wären, die ihnen die schwersten Wunden geschlagen haben. Der Historiker aber hat noch zu fragen, wie es kam, daß die vor sieben Uhr entworfene Emser Depesche an die deutschen Gesandtschaften im Auslande gar erst mitten in der Nacht, 13 Minuten nach zwei Uhr, abgegangen ist und er findet die Antwort nicht im Schmausen und Trinken des Drachentöters und seiner Helfer, sondern in angestrengter diplomatischer Arbeit."[1])
Es ist vollständig müßig und abwegig, ob man von einer Fälschung oder von einer politisch zulässigen Redaktion der „Emser Depesche" sprechen will. Entscheidend ist die Wirkung auf die beiden Kriegshelden aus 1864 und 1866 sowie der Zweck, den Bismarck mit der verstümmelten Fassung verfolgte: die ursprüngliche (Abeken'sche) Fassung sollte die Fortsetzung der Verhandlungen in Berlin ermöglichen, die Bismarcksche Fassung sollte Krieg bedeuten und sie hatte ihn zur Folge.
Die Depesche wurde in der neuen Fassung ohne Zustimmung des Königs als Extrablatt in Berlin herausgegeben.
„Am Abend des 14. Juli war die Lage in Paris ganz unklar. Über Nacht trieb dann die Kriegspartei den Kaiser zum Entschluß. Gramont benahm sich, wie Bismarck vorausgesehen hatte: kein Stier konnte wütender auf das rote Tuch losstürzen, Gambetta donnerte gegen die Hohenzollern, die Kammer raste vor Entzücken über Gramonts Schreiereien. — Niemand scheint gemerkt zu haben, daß Bismarck alle an der Nase geführt hatte — Napoleon, in

[1]) Fester „Genesis . . ." S. 188.

völliger Verzweiflung, beteuerte immer nur, er habe es nicht gewollt."[1])

„Bei der Abreise aus Ems", schrieb der obenerwähnte Louis Schneider, des Königs Vorleser und Vertrauter, „glaubte der König noch nicht an den ganzen Ernst der Lage, hatte er doch beim Abschied auf dem Bahnhofe dem Botschafter Benedetti ganz freundlich die Hand gegeben, also keineswegs in der Aufdringlichkeit desselben eine Verletzung seiner Würde erkannt, wie ganz Deutschland, im Zorn aufflammend, sie empfunden."

Im Herbst 1891 hatte Bismarck mit der Niederschrift an den „Gedanken und Erinnerungen" begonnen. Bucher wurde nach Friedrichsruh gerufen und mußte helfen. Später suchte Busch, den Bismarck aus Mißtrauen abgeschüttelt hatte, einmal Bucher auf, der in Klagen über die schwierige Arbeit ausbrach: „Nicht nur, daß sein (Bismarck) Gedächtnis mangelhaft und sein Interesse für das, was wir erreicht haben, gering ist — — — er fängt auch an, absichtlich zu entstellen, und zwar selbst bei klaren, ausgemachten Tatsachen und Vorgängen. Bei nichts, was mißlungen ist, will er beteiligt gewesen sein, und niemand läßt er neben sich gelten — als etwa den alten Kaiser — und den General Alvensleben — (ich weiß nicht warum), der (1863) den Vertrag mit Rußland abgeschlossen hat und bei Vionville kommandierte. Auch Falk wird jetzt gelobt, wahrscheinlich weil er fürchtet, er würde ihm darauf sonst mit Enthüllungen antworten. Am Kulturkampf will er keine Schuld haben: auch hat er nichts gegen die Unfehlbarkeitsabsichten Pio Nonos, obwohl jedermann das Gegenteil weiß. . . . Selbst da, wo seine Politik glänzend geglückt ist, will er nichts davon wissen, z. B. von der Falle, die er Napoleon stellte, in der spanischen Sache. . . ."

Deutschland war nach 1870/71 ein Fort geworden, umgeben von eifersüchtigen, mißtrauischen Nachbarn. England gefiel sich in guten Ratschlägen und in belehrenden Zeitungsartikeln. Bismarck wollte, mit Deutschland als Zentrum, die monarchisch regierten Staatengruppen und er mußte mit der ewigen Feindschaft Frankreichs, bis Elsaß-Lothringen wieder in seinem Besitz war, mit Rußlands Drang an das Mittelmeer und mit der Sorge um Österreichs Balkanpolitik rechnen.

„Er saß wie eine Spinne in seinem System von Verträgen, das nach allen Seiten ausstrahlte. Aber er konnte sich nicht rühren. Alle hatte er gegeneinander ausgespielt und sich selbst eingekreist."[2])

---

[1]) Kurt Kersten a. a. O. S. 291.
[2]) Karl Friedrich Nowak „Das dritte deutsche Kaiserreich" Bd. 1 (1929), S. 102.

DIE FÄLSCHUNG DER EMSER DEPESCHE

„Mit den Bajonetten kann man alles machen,
nur nicht darauf sitzen." Talleyrand.

„Nach einem Besuch bei Bismarck fragte der deutsche Historiker Sybel Karl Schurz, was der große Kanzler ihm über den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges gesagt habe. Als Schurz ihm die Worte des großen Kanzlers wiederholte, bemerkte Sybel lächelnd: ‚Na ja, Bismarck hat die Geschichte so oft erzählt, daß er sie schließlich selber glaubt.'"[1])

DER HISTORISCHE 13. JULI

Die persönlich-diplomatische Lage am 13. Juli war, kurz zusammengefaßt, folgende gewesen: der Fürst von Hohenzollern hatte den Thronverzicht seines Sohnes dem König, der französischen und der spanischen Regierung mitgeteilt und damit den Streit an sich erledigt. Gramont war damit aber nicht zufrieden, er beauftragte Benedetti, vom König ein bindendes Versprechen, eine Garantie für die Zukunft zu wünschen. Benedetti bat deshalb den Adjutanten, Prinzen Radziwill, um die Vermittlung einer abermaligen Audienz beim König. Dieser ließ Benedetti mitteilen, daß er den Entschluß Leopolds gutheiße, daß er jedoch in der Sache nichts weiter tun könne und daß eine nochmalige Unterredung sich jetzt erübrige. Aber, ließ der König dem französischen Diplomaten mitteilen, daß er, der König, am nächsten Tag nach Koblenz reise und daß Benedetti Gelegenheit habe, sich am Bahnhof vom König zu verabschieden. Radziwill erklärte später, daß Benedetti über diese Antwort des Königs sich befriedigend geäußert hätte.

Tatsächlich verließ der König am 15. Juli Ems, gleichzeitig reiste auch Benedetti ab, und beide wechselten, als sie sich auf dem Bahnhof trafen, einen Händedruck, wobei der König sagte: „Auf Wiedersehen, Herr Gesandter. Sie reisen nach Berlin, ich werde in einigen Tagen dort sein, und die Angelegenheit wird dann

---

[1]) Karl Schurz Bd. 3 S. 403/4.

nicht mehr zwischen uns, sondern zwischen unseren Regierungen erörtert werden." Das waren sehr freundschaftliche und ermutigende Worte, und Benedetti konnte später sagen, daß es in Ems „weder einen Beleidiger noch einen Beleidigten gab".

Telegramm

Ems 13. Juli Nachm

Abeken an Bismarck

„Se. Majestät der König schreibt mir: „Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn aturisieren, sofort zu telegrafieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei."

Se. Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten Karl Anton bekommen. Da Se. Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen, daß Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon erhalten, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Se. Majestät stellt Ew. Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis, unsere Zurückweisung sogleich, sowohl unserem Gesandten als der Presse mitgeteilt werden soll."

Redaktion
durch Bismarck

Ems 13. Juli

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der Ks. französischen Regierung von der K. spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an S. Maj. den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegrafiere, daß Se. Maj. der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten.

Se. Maj. hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Maj. dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

Das von Bismarck „redigierte" Telegramm wurde noch in den Nachtstunden zum 14. Juli an die preußischen Gesandten in Dres-

den, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Hamburg, London, Petersburg, Florenz, Brüssel, Haag, Wien, Bern und Konstantinopel geschickt sowie in der deutschen Presse veröffentlicht. Der preußische Gesandte in Paris wurde nicht benachrichtigt.

Der Wortlaut dieses Telegramms war nicht glücklich, aber verständlich abgefaßt, denn der Tatbestand wird zunächst mit den Worten des Königs, dann wieder mit denen Abekens wiedergegeben, ohne die Einladung Benedettis, sich am Bahnhof vom König zu verabschieden. Daß der Sinn des Telegramms verständlich gewesen ist, bezeugt Bismarck selbst, denn ihm sowie Moltke und Roon hatte er den Appetit verschlagen und der kam wieder, nachdem Bismarck das Telegramm redigiert und aus der „Chamade" eine „Fanfare" gemacht hatte, geeignet oder bestimmt, „ganz Deutschland in Zorn aufflammend", zu versetzen.

Daß die Emser Atmosphäre von Frieden und Verständigung erfüllt war, beweist der Bericht des Prinzen Radziwill vom 13. Juli über seine „Botengänge" zwischen dem König und Benedetti (Auszug): „. . . Hierauf ließ S. M. dem Grafen Benedetti durch mich zum dritten Male nach Tisch, etwa um 5½ Uhr, erwidern, S. M. müsse es entschieden ablehnen, in betreff dieses letzten Punktes (bindende Versicherungen für die Zukunft), sich in weitere Diskussionen einzulassen. Was er heute morgen gesagt, wäre Allerhöchst sein letztes Wort in dieser Sache, und er könne sich lediglich darauf berufen.

Auf die Versicherung, daß auf die Ankunft des Grafen Bismarck in Ems auch für den nächsten Tag bestimmt nicht zu rechnen sei, erklärte Graf Benedetti, sich seinerseits bei dieser Erklärung S. M. des Königs beruhigen zu wollen."

Nach diesem Bericht des Augen- und Ohrenzeugen Radziwill ist der französische Diplomat nicht brüskiert worden, dieser hat sich seinerseits bei dieser Erklärung (des Königs) beruhigen wollen und als Bismarcks Depesche schon die Kriegsfackel entzündet hatte, verabschiedeten sich in Ems der König und der Diplomat. Für beide war der Zwischenfall erledigt.

Die von Bismarck verbreitete „redigierte" Depesche war aus Ems datiert, aber in Berlin entstanden. Die deutsche Öffentlichkeit mußte oder sollte glauben, daß der König die Fassung gekannt und gebilligt hatte. Aus der Depesche Abekens ging hervor, daß der König selbst bereit gewesen ist, Benedetti zu empfangen, aber dann auf den Vortrag der Bismarck-Vertreter, Eulenburg und Abeken, davon Abstand genommen hat. Diesen beiden Diplomaten ist deshalb auch zur Last zu legen, daß die Erklärung Benedettis, „daß er sich seinerseits beruhigen wolle", nicht in die Original-Depesche aus Ems aufgenommen worden ist.

Die unveränderte Depesche aus Ems sollte die friedliche Beilegung des Streites durch Verhandlungen zwischen den beiden beteiligten Ministern anbahnen, wenn solche überhaupt noch übrig geblieben waren.

Die „redigierte" Depesche dagegen *sollte* Krieg bedeuten, denn Bismarck änderte sie erst ab, nachdem Moltke ihm die deutsche Kriegsbereitschaft zugesichert hatte.

Die französische Regierung kannte die echte Emser Depesche nicht, sie mußte die von Bismarck verbreitete Fassung als die vom König gebilligte halten. „Das ist ein Backenstreich auf Frankreichs Angesicht", erklärte der Außenminister Gramont nach Empfang der Fälschung.

Als der König am 15. Juli nach Berlin zurückkehrte, war er auf der Reise über den Jubel der Bevölkerung erstaunt, und er glaubte noch nicht an den Krieg, der hinter seinem Rücken eingefädelt worden war.

Auf dem Bahnhof in Berlin war er ganz verdutzt über die Nachricht von den Vorgängen in der französischen Kammer. „Das sieht ja sehr kriegerisch aus, da werden wir wohl drei Armeekorps mobil machen müssen." . . . Bismarck glaubte, daß der König die Lage noch immer nicht begriffen hat und las ihm noch einmal den Bericht über die Kammersitzung vor. Jetzt sieht der König klar und bricht in die Worte aus: „Aber das ist ja die Kriegserklärung. Also wirklich, noch einmal ein solcher Krieg. . . . Nun denn, so sei es, in Gottes Namen."

„In Paris folgten die Ereignisse so rasch aufeinander, und die ganze Lage wurde durch die „Emser Depesche" derartig verwickelt, daß weder die Kaiserin noch irgendein anderer imstande gewesen wäre, das, was geschah, zu verhindern. Mit einem Wort, Preußen hatte ein Mittel gefunden, Frankreich zu insultieren und die französische Nation zu zwingen, sich in den Kampf zu stürzen."

„Der Kaiser machte in seiner Verzweiflung eine Äußerung, die später Silvella auf Spanien angewandt hat: „Frankreich ist leicht zu regieren, aber nicht mit Franzosen." Der Krieg brach aus, aber nicht durch seine Schuld. „Jedenfalls meine Hände sind rein", erklärte der Kaiser sehr mit Recht."[1])

Am 19. Juli 1870 erklärten sich der Gesetzgebende Körper mit 247 gegen 10 Stimmen für den Krieg.

Besser als mit Österreich 1866 war es Bismarck 1870 gelungen, Frankreich zum Angreiferstaat erklären zu lassen. Er bekannte

---

[1]) Graf Fleury a. a. O. II. 240 flgd.

einige Jahre später vor Freunden, daß nicht die Hohenzollernkandidatur für sich allein und nicht einmal die letzten Forderungen Benedettis den „Umschwung zu Gunsten des Krieges" geschaffen hätten — „in allem war doch schon nachgegeben worden, und vielleicht wäre noch mehr eingeräumt worden!" —, sondern daß gerade die von ihm gefälschte „Emser Depesche" dieses Wunder bewirkt habe. Und bescheiden fügte er hinzu: „Welch ein Glück, daß die Franzosen damals so weit gegangen sind: wie schwer wäre es gewesen, wieder eine so günstige Gelegenheit zu finden!"[2])

„Der Fürst warf, bald nach dem Kriege, Bismarck vor, daß er die Thronkandidatur nur in der Absicht und Voraussicht aufgebracht, respektive ausgenutzt habe, um daraus den Kriegsfall gegen Frankreich zu gewinnen. Er selbst, der alte Fürst Vater, und sein Sohn, der Erbprinz, hätten dadurch eine falsche und törichte Rolle gespielt, sie seien mißbraucht worden für einen politischen Zweck, der nimmermehr hätte der ihrige sein können. Er lehnte deshalb für sich und den Erbprinzen vor der Mit- und Nachwelt die Verantwortung darauf ab."

Für den König war bei allen seinen Entschlüssen der Ehrenstandpunkt entscheidend, bei Bismarck war es das Ziel. Die Königin unterstützte den König in seinen Bemühungen, einen Krieg zu vermeiden; sie sah, im Gegensatz zu Bismarck, in der Thronkandidatur eine machtpolitische Angelegenheit, für die Bismarck den König verantwortlich machen wollte: sie war in Deutschland nicht populär.

Die französischen Geschichtsschreiber stimmen darin überein, daß Bismarck durch die Redaktion der Emser Depesche und durch die Versendung der Fälschung an die fremden Höfe einschließlich Veröffentlichung in der Presse den Krieg 1870/71 herausgefordert hat.

Dieser Krieg hat zwei große Kulturvölker im Herzen Europas bis zur gegenseitigen Vernichtung verfeindet. Der Haß, den Bismarck gegen Gortschakow hegte, hat die jahrhundertalte Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland erkalten lassen.

Am 21. März 1871 wurde Bismarck der Fürstentitel verliehen.

---

[2]) F. A. Rotstein „Zwei Preußische Kriege" Berlin 1952 S. 126/27.

1875

„IST KRIEG IN SICHT?"

„Mit allen Augenblickserfolgen war Bismarck doch nur ein kurzsichtiger Mensch, der nicht die Zukunft aufbaute, sondern nur Sieg auf Sieg gewann, im Kleinkram der Gegenwart — ein Schauspieler, der alle Spiele gewann, darüber aber die Zukunft verlor."

Björnsterne Björnson

„Sie schreiben: Jungdeutschland! Ganz umgekehrt ist es. Sie sind eine Nation, die ihre Kräfte erschöpft hat, denn sie bekennt sich zur Schwert-, Blut- und Gewaltidee. Sie hat nicht die geringste Ahnung, was ein spiritueller (ein geistiger) Sieg ist, und sie lacht darüber mit einer soldatischen Brutalität."

Dostojewski am 5. Februar 1871

Anmerkung: Unter der Überschrift „Ist Krieg in Sicht?" erschien am 8. April 1875 in der Berliner Zeitung „Post" ein Zeitungsartikel. der als Brandfackel nahe dem Pulverfaß wirkte, gedacht, einen zweiten deutsch-französischen Krieg zu entzünden. Der Artikel wurde von Bismarck gutgeheißen, von Kaiser Wilhelm I. jedoch scharf gerügt. Der Verfasser des Artikels war nicht genannt worden, aber es war der in amtlicher Stellung tätige Professor Constantin Rößler, Leiter des „Staatsanzeigers", später „Direktor des literarischen Bureaus" (Zeitungsausschnitte für den Kaiser, für Bismarck, für die Ministerien usw.), zuletzt Legationsrat im Auswärtigen Amt und 1894 mit dem Charakter als Geheimer Legationsrat pensioniert. „Noch heute streitet man darüber, wieweit die Gefahr eines französisch-italienisch-österreichisch-päpstlichen Bündnisses, die der „Krieg in Sicht"-Artikel der „Post" zerstören sollte, überhaupt vorhanden gewesen ist. Man schieße doch nicht mit den Kanonen auf Spatzen, soll Graf Andrassy darüber gesagt haben. Dem Fürsten hat das sicherlich nichts gemacht; er ärgerte sich in diesem Fall, daß Gortschakow den Spieß umzudrehen suchte und damit einigen Erfolg hatte, aber sein Grundsatz war und blieb, wie er es 1888 einem süddeutschen Staatsmanne gegenüber ausgedrückt hat, er liebe es, sein Vorterrain stets unter Feuer zu halten. Kein Journalist konnte ihm das besser besorgen als Rößler, dessen lebendige Phantasie immer Gewitterwolken am Himmel sah und mit ihnen kämpfte."

(Hans Delbrück „Erinnerungen, Aufsätze und Reden" Berlin 1902 S. 455/56)

DAS VORTERRAIN PARIS

Die Erfolge der äußeren Politik seit 1870/71 wurden je länger je mehr durch die Zersetzungserscheinungen verdunkelt, die den sittlichen Boden im Staatsleben angegriffen hatten. Die „Gründerära" und die Lasker'schen Enthüllungen im Preußischen Abgeordnetenhaus (Februar 1872) offenbarten eine moralische Fäulnis, die bis in die unmittelbare Umgebung Bismarcks reichte. Er war verpflichtet, auf seine Freunde und besonders auf seinen engsten Mitarbeiter, den Geheimrat Hermann Wagener, weitgehende Rücksichten zu nehmen.

Bismarck wollte Frankreich nicht bündnisfähig und vom übrigen Europa isoliert halten. Der unsichere Faktor in dieser Kalkulation blieb aber Rußland: der Zar Alexander II. war preußen-, der russische Kanzler Gortschakow dagegen franzosenfreundlich. Daran änderte auch die Drei-Kaiser-Zusammenkunft vom 5. bis 11. September 1872 nichts, nichts die langen vertraulichen Besprechungen der letzten drei Kaiser, nichts die Beratungen Bismarcks mit seinen Kollegen, dem Fürsten Gortschakow und mit dem Grafen Andrassy. Die Bedeutung dieser Zusammenkunft faßte der Reichskanzler in seiner Anrede an die Deputation der Stadt Berlin, welche ihm am 9. September das Ehrenbürgerdiplom überreichte, in den Worten zusammen:

„Die freundschaftliche Begegnung der Kaiser wird bei unseren Freunden die Zuversicht in der Erhaltung des Friedens bestärken und unsern Gegnern die Schwierigkeit, ihn zu stören, klar machen!"

Das deutsche Reich wurde in Paris seit März 1872 durch den Botschafter Grafen Harry von Arnim vertreten, der bis dahin Gesandter beim „Heiligen Stuhl" in Rom gewesen war und hier zwischen Vatikan und Bismarck ausgleichend gewirkt hatte. In Paris arbeitete er für die monarchistische Bewegung und gegen den damaligen Ministerpräsidenten Thiers, dessen Sturz er herbeiführte. Das war nicht Politik im Sinne Bismarcks. Trotzdem der Botschafter beim Kaiser und besonders bei der Kaiserin in hoher Gunst stand, war das Ende vorauszusehen. Wenige Monate nach der Drei-Kaiser-Zusammenkunft und ein Jahr seit seiner Tätigkeit als Botschafter, am 2. Februar 1873, bekam von Armin eine Rüge

von Bismarck:[1]) „Wenn es richtig ist, daß Ihre Majestät die Kaiserin (Augusta) den Rat des Herrn Guizot erbeten hat, wie der Haß der Franzosen gegen uns zu mildern sei, so würden solche Schritte ein für weibliche Empfindungsweise natürliches Gefühl zugrunde liegen. Die Besänftigung des ungerechten Zornes unserer Nachbarn liegt aber nicht in den Aufgaben Ew. pp., solange jedes Streben nach dieser Richtung hin ebenso erfolglos, als mit unserer nationalen Würde unverträglich sein würde. Wir haben den Krieg nicht gewollt, sind aber stets bereit, ihn nochmals zu führen, sobald neue Überhebungen Frankreichs uns dazu nötigen werden. Oderint dum metuant."[2])

Am 23. Januar 1874 richtete Bismarck einen gleichlautenden Erlaß an die deutschen Botschafter in Wien, Rom, Paris und London in dem er „streng vertraulich" „die für uns unerwünschte Rachestimmung in Frankreich für den Streit und für einen unvermeidlichen Krieg verantwortlich machte, wenn die weltliche Regierung Frankreichs der politischen Leitung jenes herrschsüchtigen Priestertums anheimfiele, welches wir als den geborenen Feind des Friedens und der staatlichen Ordnung kennen." Bismarck fuhr erläuternd fort:[3])

„Wenn die französische Politik sich den uns feindlichen Bestrebungen der römischen Kurie dienstbar macht, so werden wir uns für bedroht erachten und auf die Abwehr Bedacht nehmen müssen. Auf anderen Gebieten liegt für uns kein Grund vor, eine Störung des Friedens zu besorgen, und wir haben weder Absicht noch Bedürfnis, in die ruhige Entwicklung unserer künftigen Beziehungen zu dem mächtigen Nachbarstaate gewaltsam einzugreifen. Es ist unser lebhaftester Wunsch, mit demselben in Frieden zu leben, und wir werden kein Mittel unversucht lassen, um die französische Regierung für die gleiche Anschauung zu gewinnen."

---

[1]) AA I, 163.

[2]) „Mögen sie hassen, wenn sie nur fürchten."

[3]) Nach Schultness, „Europäischer Geschichtskalender", Jahrgang 1874, soll der Inhalt einer Mitte Januar an die Missionen bei den Höfen ergangenen Zirkulardepesche besagen: „Wenn jedoch außer allen Zweifel gestellt werde, daß ein Zusammenstoß unvermeidlich sei, dann würde die deutsche Regierung es nicht vor ihrem Gewissen und der Nation verantworten können, den Zeitpunkt abzuwarten, der für Frankreich der passendste wäre. Der wirkliche Inhalt des Erlasses an den Botschafter, Prinzen Reuß, in Wien, bleibt dahinter erheblich zurück."

Die Belegstellen sind, wo nicht anders angegeben, im Aktenwerk „Große Politik des Auswärtigen Amtes", Band 1, Abschnitt VII, zu finden.

„Am 4. März 1874 war ich infolge schriftlicher Einladung bei dem Feldmarschall Grafen Moltke. Wir hatten ein etwa zweistündiges Gespräch über die Situation des Landes. Graf Moltke hob die großen Gefahren, welche auf dem Mammonsgeiste und auf dem Gründerwesen beruhten, hervor. Er war vollkommen einverstanden mit mir darin, daß diese Geldmacht bekämpft werden müsse, da sie dem Sozialismus in die Hände arbeite. Er bedauerte gleich mir die intimen Beziehungen des Fürsten Bismarck zu Bleichröder und den Umstand, daß er durch Generalvollmacht sein Vermögen durch diesen Juden verwalten lasse. Es müsse der Versuch gemacht werden, diesen Einfluß zu brechen und Bismarck von Bleichröder zu trennen . . . aber er bat, Bismarck persönlich zu schonen."[1])

Die Tage von Arnims in Paris waren im Frühjahr 1874 gezählt, denn am 2. Mai 1874 erfuhr sein Nachfolger, Fürst Chlodwig von Hohenlohe, daß er am 29. April zum Botschafter in Paris bestellt worden sei. Bismarck erklärte ihm dazu über Frankreich, „daß wir vor allem dabei interessiert seien, daß Frankreich nicht so mächtig im Innern und so angesehen nach außen werde, um Verbündete zu gewinnen. Eine Republik und innere Wirren seien eine Garantie des Friedens. Eine starke Republik sei allerdings, das gebe er zu, für das monarchische Europa ein schlimmes Beispiel. Dennoch schien ihm, wie ich glaube verstanden zu haben, die Republik weniger gefährlich als die Monarchie, die im Ausland allerhand Unfug begünstige."[2])

Graf Arnim war von seinem Pariser Posten abberufen worden, er sollte nach Konstantinopel gehen; das lehnte er ab. Zwischen Bismarck und ihm hatte einstmals ein vertrauliches Verhältnis bestanden. Bei einem Frühstück hatte der Graf, schnell berauscht, dem Fürsten erklärt: „In jedem Vordermann in der Karriere sehe ich einen persönlichen Feind und behandle ihn dementsprechend. Nur darf er es nicht merken, solange er mein Vorgesetzter ist." Graf Arnim sah in Bismarck seinen Vordermann, dieser in jenem seinen Nachfolger. Das Verhältnis endete in einem Strafverfahren, das Bismarck gegen den ehemaligen Botschafter wegen unbefugter Mitnahme von diplomatischen Akten aus der Pariser Botschaft einleiten ließ. Der Fall beschäftigte viele Jahre die Gerichte, er schloß mit der Verurteilung in Abwesenheit (v. A. lebte in der Schweiz) wegen Landesverrats zu 5 Jahren Zuchthaus. Im Jahre 1880 gewährte ihm das Reichsgericht freies Geleit, um die Wieder-

[1]) von Diest-Daber „Bismarck und Bleichröder", München 1897, S. 4.
[2]) Hohenlohe a. a. O. II, 118.

aufnahme des Verfahrens zu betreiben — der Tod kam ihm zuvor.[1])
Die innerpolitische Entwicklung in Frankreich verlief anders, als Bismarck sie vorausgesagt hatte, es kam zu keinem offenen Machtkampf zwischen Monarchisten und Republikanern, zu keiner Revolution, die Europa hätte bedrohen können, der Kulturkampf bedrohte ebenfalls die Sicherheit Deutschlands nicht, aber — die französischen Pferdeankäufe in Deutschland. Diese Pferdeankäufe führten zu einem Depeschenwechsel zwischen Bismarck und dem Botschafter Fürsten Hohenlohe.[2])

DER PAPIERKRIEG

Der Reichskanzler an den deutschen Botschafter in Paris:

Berlin, den 26. Februar 1875.

„Bei Abgang des Kuriers erfahre ich, daß deutsche Pferdehändler den Auftrag haben, 10 000 Militär-Reitpferde ohne Preisbeschränkung mit 50 frs. Provision pro Stück ohne Verzug für Frankreich aufzukaufen. Wenn die Maßregel auch nur natürliches Ergebnis der beschlossenen Reorganisation sein mag, so haben wir doch keinen Anlaß, eine Reorganisation, die den Charakter einer Kriegsrüstung trägt, einer notorisch gegen uns gemeinten Rüstung, mit deutschen Pferden beschleunigen zu helfen. Es scheint geboten, Gegenmaßregeln zu treffen. . . .
Ich glaube nicht an Kriegsabsichten im nächsten Jahre, aber 10 000 Reitpferde wäre ein Aderlaß, den wir noch empfinden würden, wenn wir in etwa 3 Jahren mobil zu machen hätten."

Bismarck verlangt von dem Militärattaché, Major von Bülow, einen „schleunigen Bericht über die Tragweite der Maßregel nach dortigen Gesichtspunkten".

Paris, den 1. März 1875: . . . „Die Zahl von Pferden, deren Beschaffung zur Erreichung des beabsichtigten höheren Friedensstandes nötig wird, kann man auf etwa 20 000 veranschlagen. . . .

[1]) „Heute erhielt ich", schrieb Fürst Chlodwig am 15. November 1892 in sein Tagebuch, „eine Einladung zum Frühstück nach Potsdam. Ich fuhr nach Station Wildpark, wo mich ein Wagen erwartete. Der Kaiser kam spät, sah etwas angegriffen aus, war aber munter. Wir gingen gleich zu Tisch. Nachher sprach er längere Zeit mit mir. Als auf Bismarck die Rede kam, meinte er: Wenn man vergleiche, was Bismarck tut, mit dem, wofür der arme Arnim hatte leiden müssen! . . . Er werde nichts gegen Bismarck tun, aber die Folgen von all dem seien sehr schwer. Waldersee und Bismarck könnten sich eigentlich nicht leiden. Sie hätten sich aber verbündet im gemeinsamen Haß gegen Caprivi, den Bismarck stürzen wolle. Was nachher komme, sei ihnen gleichgültig."
(Bismarck hatte nach seiner Entlassung Staatsakten nach Friedrichsruh schaffen lassen und die Politik Caprivis bekämpft.)

[2]) Fürst Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst „Denkwürdigkeiten" II, 118.

Ankäufe lassen sich bis zu dieser Höhe, an sich betrachtet, als ein Ergebnis der beschlossenen Heeres-Reorganisation erklären. ... Statt aus Deutschland, würde man die Pferde aus den Ländern des östlichen Europas holen. Man würde dieselben, der weiten Umwege halber, höchstens etwas teurer bezahlen."

Fürst Hohenlohe begleitete den Bericht Bülows mit beruhigenden Betrachtungen: „Was mich betrifft, so ist es mir, trotz steter aufmerksamer Beobachtung nicht gelungen, Anzeichen zu finden, aus welchen auf die Absicht der französischen Regierung geschlossen werden könnte, in nächster Zeit Krieg zu beginnen. Ich bin vollkommen der Ansicht Eurer Durchlaucht, daß ein Krieg mit Frankreich im nächsten Jahr nicht zu erwarten ist. Ebenso bestimmt glaube ich aber, daß die französische Nation den Gedanken noch keineswegs aufgegeben hat, die verlorenen Provinzen wieder zu erobern und den geminderten Kriegsruhm glänzend wieder herzustellen. In dieser Hoffnung vereinigen sich die Franzosen aller Parteien ohne Ausnahme."
Fürst Bismarck hielt es damals für angemessen, zugleich mit Belgien und Italien anzubinden. Bei der ersteren Regierung beklagte er sich über gewisse Hirtenbriefe belgischer Bischöfe und sonstige seiner Politik feindliche Veröffentlichungen wie z. B. die Adresse einer klerikalen Gesellschaft in Brüssel an den Bischof von Paderborn, und machte den Anschlag des belgischen Kesselflickers Duchesne oder vielmehr das von diesem dem Erzbischof von Paris gemachte Anerbieten, ihn, den Reichskanzler, zu ermorden, zum Gegenstande einer sehr gereizten diplomatischen Korrespondenz. Beim Quirinal verlangte er wiederum eine Revision des Garantiegesetzes, auf Grund deren die italienische Regierung dem Papste Pius IX. verbieten sollte, noch weiter in Wort oder Schrift gegen Deutschland zu agitieren. Während beide Kabinette sich dieser bedrohlichen Schritte nach Kräften zu erwehren suchten, eröffnete die gesamte, den Eingebungen des Berliner Kabinetts zugängliche deutsche Presse, das soeben von der Nationalversammlung beschlossene Rahmen-Gesetz zum Vorwand nehmend, einen heftigen Federkrieg gegen Frankreich.

Auf diplomatischen Wege bekam Bismarck keine Unterlagen, die ihm die Gründe für die geplanten Anträge liefern konnten, auch der in Anspruch genommene Große Generalstab stellte vergeblich Berechnungen an, um die französische Heeres-Reorganisation als Vorbereitung für eine Mobilmachung nachzuweisen. Jetzt wurde die „Presse-Flottille" eingesetzt.
Am 5. April erschien in der „Kölnischen Zeitung", die aus der erbittertsten Gegnerin des Kanzlers seine ergebenste Dienerin geworden und namentlich für auswärtige Fragen von ihm benutzt

wurde, als Leitartikel einen Brief aus Wien: „Neue Allianzen", in dem gesagt wurde, Frankreich sinne auf Krieg; wie die überhastete Vermehrung seiner Armee zeige, habe es die Hoffnung auf Rußland aufgegeben und beabsichtige, mit Österreich und Italien eine katholische Liga gegen das protestantische Deutschland zu bilden, weshalb eifrig an dem Sturz des Grafen Andrassy gearbeitet werde.

Am 8. April brachte die „Post" den vielberufenen Artikel „Ist Krieg in Sicht?", der seine eigene Frage dahin beantwortete, daß einflußreiche Personen in Frankreich Krieg wünschten und deshalb auf eine österreichisch-italienische Allianz hofften. Am 11. April besprach die „Nordd. Allg. Ztg." diesen Artikel, fand, daß dessen Betrachtungen manches Wahre enthalten, wenn auch die Auffassung der Zukunft zu melancholisch sei, und bemerkte selbst: „Was Frankreich betrifft, so tragen freilich die dort in bezug auf die Reorganisation der Armee teils bereits ausgeführten, teils beschlossenen Maßregeln einen beunruhigenden Charakter an sich. Es leuchtet ein, daß dieselben nicht auf eine solide Herstellung der französischen Wehrkraft berechnet sind, da auch das reichste Volk die dadurch auf das Land gewälzte Überlast nur kurze Zeit ertragen könnte, daß vielmehr damit Rüstungen ad hoc mit Konsequenz betrieben werden, deren Zweck keinem Sehenden verborgen bleibt. Wenn die „Post" demnach ihre an die Spitze gestellte Frage: „Ist Krieg in Sicht?" beantworten wolle, so müsse sie sagen: „Der Krieg ist allerdings in Sicht, was aber nicht ausschließt, daß die Wolke sich zerstreut."

Die Reichsregierung erließ am 3. März 1875 ein Pferdeausfuhrverbot.

„In landwirtschaftlichen Kreisen dauert die Agitation gegen das Pferdeausfuhrverbot noch ungeschwächt fort. Nach den Ostpreußen rühren sich die Hannoveraner. So hat der Stader Kreistag eine Vorstellung beim Landwirtschaftsminister beschlossen, in der ausgeführt wird (Auszug): „Frankreich könne seinen Pferdebedarf aus anderen Ländern beziehen — nach Mitteilung des Statistischen Amts in Berlin sind am 3. Dezember 1873 allein in Preußen 2 278 734 Pferde gezählt worden, von denen etwa $^{1}/_{20}$ für das deutsche Heer erforderlich ist."

(„Vossische Zeitung" vom 8. April 1875 S. 61.)

Paris, den 10. April. Hohenlohe an das Auswärtige Amt:

„Die Leitartikel der „Kölnischen Zeitung" vom 5. und der „Post" vom 8. d. Mts. haben hier sehr große Beunruhigung hervorgerufen. Ich bitte Euere Exzellenz um Weisung, ob ich die Beunruhi-

gung ihrem natürlichen Verlauf überlassen oder ihr bedingungsweise beruhigend entgegentreten soll, und würde überhaupt für jede vertrauliche Mitteilung über den wirklichen Zusammenhang dankbar sein."

Merkwürdigerweise hatte Kaiser Wilhelm, während die Presse vom Waffengeräusch widerhallte, durch das die Leipziger Messe vollkommen verdorben worden war, von alledem nichts erfahren, da ihm die Äußerungen der Zeitungen nur in den vom Pressebureau zugerichteten Auszügen zu Gesichte kamen. Erst bei Gelegenheit eines kurzen Aufenthaltes in Wiesbaden wurde seine Aufmerksamkeit auf die allgemein verbreiteten Kriegsbesorgnisse gerichtet, und sehr betroffen entschloß er sich, sofort nach Berlin zurückzukehren, um der Beunruhigung ein Ende zu machen.

Berlin, den 11. April. Der Kaiser an den Staatssekretär im AA von Bülow:

„Ich bin über die Artikel der „Kölner Zeitung" und der „Post" geradezu erschreckt gewesen, da sie so viel Ähnlichkeit mit dem Depeschenaustausch der letzten Wochen haben, daß ich an eine Indiskretion glaube und daher Aufschluß haben will, da die heutige „Nord. Deutsche Allgemeine Zeitung" einen Gegenartikel bringt, der beweist, daß man von Amtswegen jene Artikel mißbilligt, obgleich der 2. Absatz über Frankreich nichts weniger als beruhigend klingt."

Bismarck am 11. April zum Staatsminister Lucius von Ballhausen:

„Es ist mir lieb, daß der Artikel in einem unabhängigen Blatt — nicht offiziösen — steht, und daß ich ihn nicht zu verantworten habe. Es ist ganz nützlich, wenn gelegentlich einmal ein recht helles Schlaglicht auf die verwirrte Situation geworfen wird. Von Krieg ist gar keine Rede."

Bülow am 12. April, nach Vortrag bei Bismarck und in dessen Auftrag an den Kaiser: (Auszug):

„Die Art und Weise, wie die französischen Rüstungen besprochen und zum Ausgangspunkt journalistischer Kombinationen gemacht werden, dürfte aus dem allgemeinen und großen Aufsehen, welches die neuesten Nachrichten von dem Abschlusse der Beratungen in der französischen Nationalversammlung über das Cadres Gesetz gemacht hat, zur Genüge erklärlich sein. Ob übrigens die Artikel in der „Kölnischen Zeitung" außerdem auch noch mit Börsen- und Finanzmanövers in Zusammenhang gestanden haben, was für sich nicht unmöglich ist, kann zur Zeit von hier aus schwer beurteilt werden. Nach Privatmitteilungen des Botschafters Fürst

Hohenlohe scheint allerdings das Haus Rothschild in Paris in der letzten Zeit starke Operationen im Interesse der Baisse gemacht zu haben, welche mit der mutmaßlichen Wirkung solcher Artikel in Verbindung gebracht werden könnten."
Der alte Kaiser gab in Randbemerkungen seine eigenen Ansichten bekannt und diese wichen, ohne aber Schlüsse zu ziehen, von denen ab, die Bismarck-Bülow ihm beizubringen versuchten.

Paris, den 12. April. Hohenlohe an Bismarck:
„Der Artikel der „Post" hat den leitenden Kreisen einen heilsamen Schreck bereitet. Er hat hier tiefen Eindruck gemacht, alle Blätter haben ihn gebracht, und er hat auf der Börse eine so große Bestürzung hervorgerufen, daß noch am Abend ein Bote von der Boulevardbörse nach dem deutschen Botschaftshotel geschickt wurde, um sich zu überzeugen, ob das angesagte Diner, dem der Marschall Mac Mahon beiwohnte, wirklich stattfinde, oder ob dasselbe aufgegeben sei und der Krieg bevorstehe. . . . Ganz besonders ungerecht, meinte der Marschall, sei der gegen ihn in der „Post" erhobene Vorwurf, daß er den Wunsch hege, den Revanchekrieg zu erleben und zu leiten. Ich gestehe, daß er mir auch nicht den Eindruck macht, als wenn ihm sehr daran gelegen sei, wieder gegen Deutschland Krieg zu führen."
Der ausführliche Bericht des deutschen Botschafters sucht nachzuweisen, daß weder der Staatspräsident Marschall Mac Mahon noch die Regierung „in Paris einen Krieg gegen Deutschland planen. Sein Ideal sei", hätte der französische Außenminister, Herzog Decazes, erklärt, „Frankreich so weit zu konsolidieren, daß es nicht auf die Trennung der bestehenden guten Beziehungen der Großmächte zu spekulieren brauche, sondern ihnen entgegenkommen könne mit dem berechtigten Anspruch, es in ihr Bündnis aufzunehmen. Eine solche Forderung könne Frankreich jetzt, wo seine inneren Zustände noch nicht konsolidiert seien, nicht stellen."

London, den 13. April. Der Botschafter Graf Münster an Bismarck:
„Lord Derby ist am Freitag von seinem Landsitz zurückgekehrt, ich suchte ihn auf seinen Wunsch gleich nachmittags auf. An demselben Morgen war der beunruhigende Leitartikel der „Post" hier bekannt geworden, und so fand ich den sonst sehr ruhigen Minister in etwas erregter Stimmung.
Lord Derby meinte, es scheine fast, als ob die Befürchtungen in Paris vor einem deutschen Angriffe nicht ganz unbegründet seien. . . .
Der englische Außenminister vertrat den Standpunkt Frankreichs, es wolle sein Heer so reorganisieren, daß es die Möglichkeit habe,

eine Achtung gebietende Stellung in Europa wieder zu gewinnen. . . .
Die Franzosen müßten mehr als leichtsinnig sein, wenn sie ihr Land den Gefahren eines neuen Krieges aussetzen wollten. In den nächsten 10 Jahren sei ein Angriff von Frankreich nur dann möglich, wenn Deutschland in einen Krieg mit einer anderen Macht verwickelt werde."
Anschließend berichtet der Botschafter über seinen Besuch bei dem englischen Thronfolger, dem Prinzen von Wales, der seit dem deutsch-dänischen Krieg Bismarcks Politik schroff ablehnte: „Der Prinz sagte, man sei in Paris sehr besorgt, und es scheine doch, als ob wir wirklich feindliche Absichten hätten. Der Marschall Mac Mahon habe viel mit dem Prinzen gesprochen und sich namentlich über das Pferdeausfuhrverbot sehr beklagt. Der Marschall hätte es geleugnet, daß irgendein größerer Pferdeankauf in Deutschland beabsichtigt sei, voriges Jahr seien im ganzen nur 600 Pferde aus Deutschland bezogen worden."

Berlin, den 14. April. Der Staatssekretär von Bülow notiert: „Der gestern zurückgekehrte französische Botschafter sprach mit mir über die Aufregung der letzten Tage genau in dem von Fürst Hohenlohe berichteten Ton. Wer am Sonnabend den Eindruck des Artikels der „Post" in Paris erlebte, werde nicht zweifeln, daß seine Landsleute den Krieg nicht wünschten, sondern fürchteten. Frankreich wolle Frieden: wenn dem nicht so wäre, achte er sich selbst zu hoch, um das Gegenteil zu versichern. Daß man die Armee reorganisiere — was alle Mächte des Kontinents täten —, sei doch natürlich. . . .
Die Kaiserliche Armee sei von Deutschland besiegt: wie könne man annehmen, daß Frankreich töricht genug sein werde, mit der jetzigen ungeübten Masse auf Abenteuer auszugehen."

Paris, den 25. April. Hohenlohe an Bismarck.

„Der Herzog Decazes ist seit vorgestern wieder hier. Bei meinem heutigen Besuch zeigte er sich sehr beunruhigt über kriegerische Gerüchte aus Berlin und erzählte mir, daß ihm ein Privatmann von dort, „un homme serieux, schreibe, man hege in den Berliner politischen Kreisen ernste Befürchtungen. Er begreife nicht, was dem zugrunde liegen könne. In Frankreich sei niemand für den Krieg. Wir wollen keinen Krieg — sagte er — und können ihn auch gar nicht führen."
„Er wiederholte die bereits früher gemeldeten friedlichen Versicherungen und bat mich, in diesem Sinne zu berichten. Seine Ansicht sei dieselbe, die er mir schon früher ausgesprochen habe. Er würde sich freuen, eine gemeinsame Tätigkeit mit Deutschland und damit die Grundlage zu dauernder Verständigung zu

finden, aber das könne man von ihm nicht erwarten, daß er sich an dem Kampfe mit dem Papste beteilige. Er könne das nicht, auch wenn er wolle. Selbst Gambetta würde, wenn er an der Regierung sei, es nicht wagen, sich mit der klerikalen Partei zu überwerfen. „Ce serait la guerre civile." Doch kam er mehrmals auf den erwähnten Gedanken gemeinsamer Aktion zurück und sagte, „wenn ich nur wüßte, was wir zusammen tun könnten."

Ich versprach dem Herzog beim Abschied, die von ihm dargelegten friedlichen Gesinnungen zur Kenntnis Eurer Durchlaucht zu bringen."

Die am 20. März von Bismarck auf höchster diplomatischer Ebene eingeleitete und bis zu Kriegsdrohungen getriebene Pferdeaufkauf-Geschichte enthält alle Elemente für einen Schelmenroman. Nachdem die Reichsregierung die Ausfuhr von Pferden nach Frankreich verboten hatte, um die französische Kriegsrüstung einzudämmen, nahmen ungarische Pferdehändler sich der Sache an. Darüber berichtete Hohenlohe an Bismarck am 29. April: „Wie sich im allgemeinen die öffentliche Meinung in Frankreich bezüglich bevorstehender kriegerischer Verwicklungen beruhigt hat, so fand ich auch den Herzog Decazes bei meinem heutigen Besuche in ruhiger Stimmung. . . .
Auf meine Bemerkung, mir ist eben die Nachricht zugegangen, daß Frankreich 10 000 Pferde in Ungarn und Galizien kaufe, bestritt der Minister diese Nachricht auf das entschiedenste. Der Frühjahrsbedarf sei vollständg gedeckt, und vor dem August würden keine weiteren Pferde gekauft. Was die 10 000 Pferde aus Ungarn betreffe, so lägen diesen und ähnlichen Nachrichten Schwindelgeschäfte und Betrügereien zugrunde. Noch vor wenigen Tagen habe er einen Bericht von dem Marquis d'Harcourt aus Wien erhalten, der ihm mitteilte, ein Mitglied der österreichischen Aristokratie sei auf die französische Botschaft gekommen und habe dort erzählt, er sei in Verbindung mit Pferdehändlern, die 10 000 Pferde nach Frankreich zu liefern hätten. Wenn diese Zahl auf 15 000 erhöht würde, so sei dies für ihn von größtem Vorteil und werde seinen zerrütteten Finanzen zugute kommen. Der Botschafter möchte darauf hinwirken, daß diese Erhöhung der Zahl der bestellten Pferde von der französischen Regierung genehmigt werde. Nach Empfang dieser Nachricht ging der Herzog Decazes zu dem Kriegsminister und verlangte Auskunft. Dieser, so versichert der Herzog, gab sein Ehrenwort, daß an der Nachricht der Pferdebestellung in Ungarn kein wahres Wort sei. Die ganze Geschichte sei nichts als eine Schwindelspekulation Wiener Juden, die jenen Herrn in Wien durch die falsche Angabe einer Pferdebestellung getäuscht hätten, um für sich eine Bestellung auf 5000

Pferde herauszuschlagen. Ich gebe diese Erzählung, ohne mir ein Urteil zu erlauben.

Nur darüber bin ich nicht im Zweifel, daß die Friedensliebe bei dem Herzog Decazes und beim Marschall Mac Mahon eine ungeheuchelte ist, und daß beide überzeugt sind, daß Frankreich so bald keinen Krieg führen kann."

Damit verschwinden die 10 000 Pferde aus den Akten des Auswärtigen Amtes und damit als Kriegsgefahr für Bismarck?

Berlin, den 21. April. Der Gesandte von Radowitz erklärte dem französischen Botschafter Gontaut-Biron, angeblich im Auftrage Bismarck, die Grundlagen seines Handelns: „Vom politisch-philosophischen, ja selbst vom christlichen Standpunkte aus, ist es gerechtfertigt, daß Deutschland einem revanchelustigen Frankreich gegenüber nicht geduldig wartet, bis dieses sich vollkommen gestärkt und die zu einem Angriff nötigen Allianzen geschlossen hat."

Der Biograph des französischen Diplomaten erklärt dazu:[1]) „Aus all dem folgerte der Herzog Decazes, daß die deutsche Regierung sich mit der Idee trage, Frankreich wirklich zu überfallen. Er hielt es daher für angezeigt, an Europa zu appellieren und allen Kabinetten die Gefahren vor Augen zu führen, mit welchen die Theorie des Herrn Radowitz den Kontinent bedrohe. Sollte sie, meinte er, zur Geltung gelangen, würde sich kein Staat mehr des Gefühls der Ruhe und des Friedens erfreuen dürfen. „In der Tat", schreibt der Herzog Decazes, „existiert keine Regierung, selbst unter denjenigen nicht, die heute die freundschaftlichsten Beziehungen mit dem Berliner Kabinett pflegen, die auf diese Weise nicht in die Lage kommen könnte, eines schönen Tages Deutschland Anlaß zur Beunruhigung zu geben oder den Plänen seiner Staatsmänner im Wege zu stehen."

Peterburg, den 24. April. Der deutsche Militärbevollmächtigte, General von Werder, an Kaiser Wilhelm:

„. . . Der Zar erzählte mir, daß der General Le Flô ihm in einer Audienz nach seiner, vor einigen Tagen erfolgten Rückkehr aus Paris, gesagt hätte, er könne ihm sein Ehrenwort geben, daß ein Krieg für Frankreich eine reine Unmöglichkeit wäre; als Soldat und Patriot hätte er sich zu seinem tiefsten Schmerze überzeugt, daß sie sehr weit zurück in der Neuorganisation wären, daß alles nur auf dem Papier stände, der trostlose Zustand, in welchem sie nur der Krieg versetzt hätte, wäre nicht so rasch zu verbessern. Der Zar hat darauf dem Botschafter erwidert, er könne ihm auch

---

[1]) Dreux „L'ambassade de Gontaut-Biron" S. 123.

sein Ehrenwort geben, daß Eure Majestät nicht an Krieg dächten, sondern nichts sehnlicher als die Erhaltung des Friedens wünschten. . . ."

Berlin, den 6. Mai. Die „Kölnische Zeitung" veröffentlichte einen Artikel des offiziösen französischen „Moniteur", der unter scharfen Ausfällen gegen den Kriegslärm in der deutschen Presse sich gegen die in den „Preußischen Jahrbüchern" vertretene Theorie des Präventivkrieges gewandt hatte. In dem Artikel des „Moniteur" war auch erwähnt worden, daß Kaiser Wilhelm I. zu dem französischen Botschafter Gontaut-Biron und dem Militärattaché Prinzen de Polignac geäußert haben soll: „Man wollte uns entzweien."

Berlin, den 7. Mai. „Eigenhändige Bemerkung Kaiser Wilhelms."

„Diesem Artikel gebe ich meine volle Zustimmung und spricht er dasselbe aus, was ich über die „Cölnische" und „Post" Alarmierung sofort dem Minister von Bülow schrieb. Unrichtig ist nur, daß ich Gontaut jene Worte gesagt hätte, die ich nur dem Prinzen Polignac sagte, da Ersterer damals gar nicht hier war, es ist aber der Zusatz vergessen, denn ich sagte: und das ist erzeugt durch den nonsens zweier Zeitungsartikel. Da weder „Cölnische" noch „Post"-Zeitung, soviel ich weiß, officiöse oder inspirirte gouvernementale Artikel aufnimmt, man also keinen officiellen Einfluß auf dieselben äußern könne, so scheint es mir doch durchaus geraten und geboten, beide Redaktionen aufmerksam zu machen, wohin dergleichen unsinnige, gänzlich aus der Luft gegriffene Raisonnements führen können, die ganz Europa in Alarm versetzt haben und das nach und nach erwachende Vertrauen auf Friedensdauer dermaßen erschüttert haben, daß es in allen Klassen der Bevölkerung, auf Handel und Industrie pp., den allernachteiligsten Einfluß geäußert hatte, wovon ich mich auf meiner Reise nach und in Wiesbaden vielfach überzeugt habe. Man muß jenen Redakteuren also das Gewissen schärfen und zeigen, was sie für Unheil angestiftet haben! Ich wünsche zu wissen, was darin geschehen kann." 7. 5. 75, Wilhelm

Alles, was der alte Kaiser gesprochen und geschrieben hat, war auf der Goldwage gewogen. In welchem Maße er von Bismarck und dessen Beamten getäuscht worden war, das hat Bernhard von Bülow, der spätere Reichskanzler und Neffe des hier oft erwähnten Staatssekretärs von Bülow, fünfzig Jahre später enthüllt. Weil er die Atmosphäre, in der Bismarck große Politik gemacht hat, enthüllt, möge er zeugen:[1])

---

[1]) Bülow a. a. O. IV, 347.

„Am 8. April 1875 war in der „Kölnischen Zeitung" der Artikel „Neue Allianzen" erschienen, am 8. April in der „Post" der berüchtigte Artikel „Ist Krieg in Sicht?" gefolgt. Beide Aufsätze stellten den französischen Revanchekrieg als unmittelbar drohend hin, sie riefen in Frankreich große Beunruhigung hervor. Als der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, um Instruktionen bat, antwortete ihm Bismarck: „Die Artikel waren mir selbst überraschend." Ebenso ließ Bismarck dem Kaiser, der über die Artikel „geradezu erschreckt" war, durch Staatssekretär Bülow mitteilen, daß die Publikationen in keiner Weise mit amtlichen Stellen zusammenhingen. Ja, er trieb die Verstellungskunst so weit, daß er unter Hinweis auf finanzielle Operationen des Hauses Rothschild die Andeutung wagte, der Artikel der „Kölnischen Zeitung" sei ein Börsen- und Finanzmanöver. Tatsächlich hatte Bismarck diesen Artikel diktiert. Sein Pressedezernent, Professor Aegidi, hatte das Manuskript, das in der „Kölnischen Zeitung" am 8. April als „Wiener Brief" erschien, dem Redakteur der Zeitung, Heinrich Kruse, am 4. April mit folgenden Worten übersandt: „Ich bitte Sie, diesen Wiener Brief (nur so) womöglich an die Spitze einer Nummer der „K. Z." zu stellen, doch — wenn ich dringend dies vorstellen darf — ohne jeden Kommentar, nur mit der Einleitung: „Aus Wien vom 31. v. M. wird uns geschrieben:" Wenn Sie irgendein Bedenken haben oder eine Änderung wünschen, so wollen Sie mich dazu heranziehen. Es ist jedes Wort abgewogen wie in einer Staatsschrift. Übrigens kann die „K. Z." den Brief, wie er ist, akzeptieren. Wie immer, doch hier zwiefach, baue ich auf Ihre und der verehrl. Redaktion unbedingte Diskretion . . ." (Wentzcke in der „Kölnischen Zeitung" vom 28. 10. 1922, Nr. 754.) Hiernach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß auch der von Konstantin Rößler verfaßte Artikel „Krieg in Sicht", die Fortsetzung der von Bismarck eingeleiteten Kampagne, von ihm inspiriert ist. Daß Bismarck wie Rößler dies abstritten, daß auch der Gesandte von Radowitz dem französischen Botschafter erklärte, das Auswärtige Amt habe von den Artikeln „nicht die geringste Kenntnis gehabt", ist natürlich ebensowenig ein Gegenbeweis wie die völlige Unkenntnis, in der der Kanzler seinen Kaiser und König hielt."

Von Radowitz, später Botschafter in der Türkei, hat auch „Aufzeichnungen und Erinnerungen", hinterlassen, in ihnen zeichnete er seinen damaligen Chef, den Staatssekretär von Bülow:

„Als politischer Charakter konnte Herr von Bülow nicht gelten, er hatte viele Wandlungen schon durchgemacht und sich nie mit einer unabänderlichen Überzeugung beschwert, stets nach oben hin eine schmiegsame Praxis ausgeübt und keinen inkorrekten Gedanken gegenüber höchsten Herrschaften in sich aufkommen lassen.

Man behauptet von ihm, er gäbe auch in Selbstgesprächen allen gekrönten Häuptern die schuldigen Respektsprädikate, und er würde sich nie erlauben, anders zu reden, als von den Irrtümern Seiner Majestät des Kaisers Nero und den bedauernswerten Maßregeln Seiner Majestät des Königs Herodes. Aber so, wie er war, war Herr von Bülow für den Fürsten Bismarck das brauchbarste und beste Werkzeug, das er jetzt hätte finden können."

Der französischen Regierung war es gelungen, den Korrespondenten der „Times" in Paris, Herrn von Blowitz, für die Abwehr der Anschläge Bismarcks, und damit einen großen Verbündeten, zu gewinnen. Getragen vom Ansehen des englischen Weltblattes „Times" hate Blowitz Zutritt zu allen französischen Staatsmännern und zu dem in Paris beglaubigten fremden Diplomaten. Er war mehrere Jahre zuvor aus Böhmen eingewandert, hieß bis dahin Oppert und nannte sich in Frankreich nach seinem Geburtsort Blowitz — von Blowitz. In Marseille, wo er zuerst gelandet war, wurde er Hauslehrer bei einem reichen Kaufmann. Bülow kannte seine Vergangenheit:[1]) „Es gelang ihm, das Herz der Mutter seines Zöglings zu erobern, was mich bei seinem wenig vorteilhaften Äußern immer gewundert hat. Die Frauen sind nun einmal unberechenbar. Bei einer im Hafen von Marseille unternommenen Bootsfahrt sollen Oppert und seine Angebetete den schlafenden Gatten über Bord geworfen und ruhig haben ertrinken lassen. Er kam nach Paris und wurde „ein Journalist im großen Stil und jedenfalls einer der findigsten und gewandtesten, die mir vorgekommen sind . . .
Wie jeder, der im öffentlichen Leben steht, hatte Blowitz gegen Intrigen anzukämpfen und Schwierigkeiten zu überwinden. Einmal war er bei Mr. Walter, dem Besitzer der „Times", wie er behauptete, durch Holstein, den er für den größten Intriganten unter der Sonne hielt, so sehr angeschwärzt worden, daß Mr. Walter beschloß, nach Paris zu fahren und dort selbst nach dem Rechten zu sehen. Plötzlich bat ihn Blowitz zum nächsten Tag zu Tisch, a la fortune du pot, wie er ausdrücklich betonte. Als Walter in der eleganten Wohnung von Blowitz erschien, fand er dort alle in Paris akkreditierten Botschafter und den päpstlichen Nuntius versammelt. In ungezwungenem Ton sagte Blowitz zu letzterem: „Mon cher ami, faites la maitresse de la maison et prenenz place en face de moi." Dann ging man zu Tisch. Mr. Walter saß zwischen dem englischen und dem deutschen Botschafter, Lord Lyons und Fürst Chlodwig Hohenlohe. Als er sich empfahl, bat er Blowitz, ihm zu erlauben, sein Gehalt erheblich zu erhöhen. Ein Mann in

---

[1]) Bülow „Denkwürdigkeiten" IV, S. 444 flgd.

solcher gesellschaftlichen Stellung sei wert, in Gold gefaßt zu werden."

Dieser „von Blowitz" machte Bismarck mehr zu schaffen, als es je ein Diplomat hätte tun können, denn hinter der „Times" stand die englische Regierung. — Am 6. Mai erschien in der „Times" ein Artikel aus Paris, nach dem „die mächtige deutsche Militärpartei . . . den gegenwärtigen Zeitpunkt für besonders günstig ansehe, um durch einen Präventivkrieg Deutschland eine lange Periode des Friedens und des Gedeihens zu sichern . . . Deutschland kann jetzt tun, was ihm beliebt. Keine Macht wird ihm in den Arm fallen. Nur eine bereitet Schwierigkeiten, und auf diese muß Deutschland Rücksicht nehmen — das ist Rußland. Diese Macht muß von der Notwendigkeit überzeugt werden, für lange Zeit, wenn nicht für immer, den Störungen, die stets von neuem die Welt beunruhigen, ein Ende zu machen."[1])

Dieser aus Paris über London nach Petersburg gerichtete Appell fiel hier auf einen empfänglichen Boden. Andrassy kennzeichnete die Lage mit folgenden Worten: „Es handelt sich für Frankreich darum, Kaiser Alexander in erster Linie die Rolle des Schützers und Erhalters des europäischen Friedens zuzuwenden. Durch eine möglichst demonstrative Inszenierung der russischen Friedensvermittlung soll das Verhältnis zwischen Rußland und Deuschland zu trüben versucht werden. „Und dem liegt", fügt er hinzu, „unverkennbar die bisher noch unerschüttert gebliebene Illusion zugrunde, Rußland denn doch von Deutschland abzuziehen und für Frankreich zu gewinnen."[2])

Der französische Botschafter, General Le Flô, erhielt vom Zaren die Zusicherung: „Wie es auch sei, ich wiederhole Ihnen, man kann Ihnen keinen Krieg machen, wenn Sie keine ernstliche Veranlassung dazu geben, und die geben Sie nicht. Wenn es sich anders verhielte d. h. wenn Deutschland ohne Grund und unter nichtssagenden Vorwänden den Krieg begänne, dann stünde es Europa in derselben Situation gegenüber, wie Napoleon im Jahre 1870 . . ."

Bereits am 9. Mai erschien der englische Botschafter, Lord Odo Russel, im Auswärtigen Amt und erklärte: „Die Regierung Ihrer Majestät hat mit großem Bedauern wahrgenommen, daß eine dumpfe Unruhe wachsend durch Europa geht . . . Die britische Regierung glaubt ihrerseits nicht, daß die französische Regierung Kriegsgedanken hat oder daß sie sich zur Wiedereroberung ver-

---

[1]) Hohenlohe, a. a. O., Bd. II S. 157, Henri Stephan de Blowitz „My Memoires".

[2]) Andrassy an Karoly, Wien, 8. Mai 1875.

lorener Provinzen rüstet . . . Die englische Regierung will die Vermittlerrolle übernehmen, sie stellt ihren Botschafter dafür zur Verfügung der Kaiserlichen Regierung."

Am 10. Mai kamen der Zar und Gortschakow nach Berlin. Die deutsche Presse lenkte in friedliche Bahnen ein.

Graf Andrassy sagte dem französischen Botschafter Marquis von Harcourt:[1]) „Alles, was Deutschland der russischen Regierung, sei es in Petersburg oder bei der bevorstehenden Zusammenkunft der beiden Souveräne, vorschlagen kann, dessen Spitze gegen Frankreich gerichtet wäre, wird zurückgewiesen werden, darauf können Sie sich verlassen."
„Haben Sie uns selbst", fragte nun Herr von Harcourt, „deswegen (wegen der Rüstungen) eine Vorstellung zu machen?" — „Oh, der Gegenstand ist zu heikel", erwiderte der Minister, und nachdem er nachdenklich geschwiegen, fuhr er fort: „Herr von Bismarck sucht den Krieg mit Frankreich. Jeder Vorwand wird ihm dafür recht sein; wenn Sie ihm aber keinen solchen bieten, wird Rußland den Krieg zu verhindern wissen . . ."

Am Tage nach dem Eintreffen des Zaren erschien der englische Botschafter Odo Russel erneut bei Bismarck, um seine Dienste zur Erhaltung des europäischen Friedens anzubieten.

„Noch ehe die Unterredung des englischen mit dem deutschen Staatsmann zu Ende war, wurde der Besuch Gortschakows angemeldet. Russel, der sich hierauf entfernte, begegnete dem russischen Staatskanzler im Vorsaal. Gortschakow hielt ihn zurück und rief dem gleichfalls im selben Raume weilenden Bismarck zu, daß ihm gerade die Anwesenheit des englischen Botschafters sehr erwünscht sei. In freundschaftlich scherzendem Tone sagte dann der russische Kanzler zu seinem deutschen Kollegen: „Sie vereinen zwei Bismarcks in sich, einen, der Sie wirklich sind und den ich liebe, während der andere ein nervöser, ungestümer Bismarck ist . . ." Als nach diesen einleitenden Worten Gortschakow seiner Hoffnung auf Erhaltung des Friedens gedachte, benützte Russel die Gelegenheit, den zweiten Teil seiner Mission auszuführen, der in der Unterstützung der russischen Friedensvermittlung bestand. Erst nachdem dies geschehen, blieben die beiden Kanzler miteinander allein. Den nun folgenden Vorwürfen Gortschakows setzte Bismarck die friedlichsten Versicherungen entgegen, unmöglich jedoch, so fügte er hinzu, könnte er eine schriftliche Zusicherung geben, den Frieden erhalten zu wollen, da dies doch das Geständnis in sich schlösse, als hätte Deutschland bis jetzt nicht eine derartige Politik verfolgt oder gar den Krieg gewünscht. „Ich

---

[1]) Robolski a. a. O., S. 144/145.

verlange nichts Schriftliches", entgegnete hierauf der russische Kanzler: „Ich vertraue Ihrem Wort!"[1])
Als Bismarck und Gortschakow sich in Berlin gegenübersaßen, am gleichen Tage, vielleicht zur gleichen Stunde, hielt Graf Andrassy seinem Kaiser Franz Josef über die internationale Lage Vortrag:
„. . . Die ganze diplomatische Welt ist von einer Panik erfaßt. Daß unter den obwaltenden Umständen Deutschland doch losschlagen und der 78jährige Kaiser Wilhelm sich entschließen soll, das Pferd zu besteigen, kann ich nicht glauben. Sollte aber es dennoch geschehen, dann hat trotz unserer unfertigen Zustände Deutschland den Ausgang einer solchen Komplikation mehr zu fürchten als wir. Ich spreche dies aus als meine Überzeugung, auf die Gefahr hin, vielleicht auch in den Augen Eurer Majestät als Optimist dazustehen . . .
Die einzige Gefahr heißt eine Allianz von Rußland mit Bismarck. Eine solche Gefahr ist jedoch heute jedenfalls entfernter als je. Ich glaube, daß nichts die Möglichkeit einer Verständigung, an die ich nicht glaube, besser verhindern kann, als wenn wir das Verdienst, den von Deutschland aus bedrohten Frieden gerettet zu haben, dem Kaiser Alexander überlassen."

Der k. u. k. Außenminister rechnete mit einem Zerwürfnis zwischen Deutschland und Rußland, „wobei man auf der Hut sein werde, sich dergleichen merken zu lassen."

Im Falle eines Krieges im Frühjahr 1875 wäre Deutschland von drei Seiten bedroht gewesen.

Mit altpreußischer Gewissenhaftigkeit erstattete der alte Kaiser dem Staatssekretär von Bülow Bericht über seine Aussprache mit dem Zaren, seinem Neffen:
„Die Unterredung mit dem Kaiser hat eine Übereinstimmung unserer Ansichten, wie ich sie Ihnen heute früh schrieb, festgestellt, wie ich solche nur je hätte wünschen können. Er wird von Neuem, wie er es schon in den letzten 4 Wochen, ohne mich von Neuem gehört oder gesehen zu haben, unsere Friedensliebe nach allen Seiten hin proclamiren und so hoffentlich dem ewigen Zeitungsgeschwätz ein Ende machen, da unsere Zeitungen unverbesserlich sind.
Wilhelm."

Ehe der Zar Berlin verließ, empfing er die dort anwesenden fremden Botschafter und erklärte ihnen: „Der Friede ist gesichert."

---

[1]) v. Wertheimer a. a. O. II, 236 gibt als Quelle den Bericht des k. u. k. Botschafters in Berlin vom 15. Mai an. Gortschakow hat Russel und dieser Karolyi den Verlauf der Aussprache mit Bismarck erzählt. v. W. bestreitet die Richtigkeit der Darstellung, die Bismarck in „Gedanken und Erinnerungen" Bd. II S. 174/5 gibt.

Gortschakow selbst richtete eine Zirkulardepesche an die russischen Botschafter und Gesandten bei den großen Höfen, worin er ihnen notifizierte, daß der Friede durch russische Intervention aufs neue gesichert sei, „Maintenant la preservation de la paix est assuree." Fürst Bismarck war von dieser Demütigung, die ihm ein fremder Diplomat in einem Stile zufügte, wie er sonst nur nach Eroberung einer feindlichen Hauptstadt angenommen zu werden pflegt, so empört, daß er sich zu M. Judet, dem Vertreter des Pariser „Petit Journal", folgendermaßen Luft machte: „Man hat geglaubt, daß der Ausbruch des Krieges drohte. Ich meinerseits hatte alles aufgeboten, um es nicht dazu kommen zu lassen. Herr von Gontaut-Biron, der französische Botschafter in Berlin, hat sich damals unnütz beunruhigt und Fürst Gortschakow hat dies benutzt, um die Welt glauben zu machen, Rußland habe Frankreich durch seine Vermittlung aus der Verlegenheit geholfen. Ich habe Fürst Gortschakow damals gesagt, er möge nun nach Paris gehen und sich dort eine Statue mit Flügeln auf den Rücken und konstanter bengalischer Beleuchtung errichten lassen. Von da an datiert mein Bruch nicht mit Rußland, sondern mit Fürst Gortschakow."

„Österreich-Ungarn hatte allen Grund, dem russischen Kanzler für seine Vermittlerrolle dankbar zu sein. Aus der ganzen Episode des Kriegslärmes von 1875 erntete unsere Monarchie den größten Vorteil. Bismarck war jedoch nicht die Natur, um Gortschakow den mit Geschick in Szene gesetzten Anschlag zu vergessen und zu verzeihen, daß er vor Europa das Bild eines von Deutschland bedrohten, dagegen von Rußland beschützten Frankreichs entrollt hatte — — —. In demselben Maße Bismarck sich von Rußland entfernte, näherte er sich Österreich-Ungarn. Lange schon wartete Andrassy auf den Eintritt dieses folgenschweren Momentes."[1])

„Rascher, als er zu hoffen gewagt, hatte Gortschakow selbst den Ausbruch des Zwiespalts gefördert. Als der Hofrat im Ministerium des Äußern, Ludwig Doczi, dem Grafen Andrassy ein offiziöses Zeitungstelegramm aus Petersburg vorwies, wonach Gortschakow dem französischen Botschafter gesagt habe: Rußland werde Deutschland zu hindern wissen, daß es Frankreich angreife, wollte der Minister anfangs an die Meldung gar nicht glauben. Hatte er schon früher aus Anlaß des Blowitz'schen Alarmartikels ungläubig den Kopf geschüttelt und einmal um das andere dazwischen gerufen: „Unsinn, zu dumm, Blowitz'sches Gewäsch", so fuhr er jetzt fast in rauhem Tone seinen Sektionschef an: „Lassen Sie mich doch mit solchem Unsinn in Ruhe. Das ist nicht wahr! Das ist eine blöde Erfindung". Nach der Erwiderung Doczis jedoch, die

---

[1]) Nach von Wertheimer a. a. O. Bd. II S. 242/4.

Depesche sei amtlich vom Petersburger Korrespondenzbüro versendet worden, überließ sich Andrassy einem grenzenlosen Ausbruch von Entzücken. Er sprang von seinem Stuhle auf, schwang sich auf den Schreibtisch und warf dreimal hintereinander, wie es übermütige Kinder in ihrer Freude zu tun pflegen, die Beine in die Luft und rief frohlockend: „Das wird ihm Bismarck nie verzeihen." Die Prophezeihung sollte sich bewahrheiten. Ebenso berechtigt war die Überzeugung, daß der deutsche Kanzler nunmehr von Rußland sich abwenden und mit der Zeit eine volle Schwenkung zu Österreich-Ungarn hinüber machen werde."

Mit dem Eingreifen des Zaren und Gortschakows in Berlin zu Gunsten Frankreichs — eine diplomatische Niederlage Bismarcks — war die Furcht vor einem neuen Krieg nicht gebannt, denn am 8. Juni noch schrieb die englische Königin an ihre Tochter nach Berlin:

„Niemand wünscht mehr, wie Du weißt, als ich, daß England und Deutschland gut miteinander stehen; aber Bismarck ist so anmaßend, heftig, herrschsüchtig und grundsatzlos, daß niemand das ertragen kann; alle waren sich darin einig, daß er dem ersten Napoleon ähnlich wird, zu dessen Niederwerfung sich ganz Europa vereinigen mußte. Das war unsere Ansicht und wir waren entschlossen, einen neuen Krieg zu vereiteln. Gleichzeitig mußte nach meiner Ansicht Frankreich bedeutet werden, daß es Deutschland keinen Grund zum Ärger oder Verdacht und keine Ursache geben solle, um es anzugreifen. Frankreich wird viele Jahre hindurch nicht in der Lage sein, einen Krieg zu führen und fürchtet auch den Gedanken an einen solchen. Ich weiß, daß dies eine Tatsache ist. Der Herzog Decazes ist ein vernünftiger und kluger Mann, der sich dessen vollkommen bewußt ist; er bemüht sich, nur nach dieser Erkenntnis zu handeln.

Ich schrieb damals einen privaten Brief an den Kaiser Alexander und bat ihn, mit all seinen Kräften im Sinne des Friedens auf Berlin einzuwirken, da ich weiß, wie sehr er darauf bedacht war, den Krieg zu vermeiden, und wie sehr er seinen Onkel und dieser ihn liebte."

Gortschakow hatte die Partie gegen Bismarck auf dem europäischen Schachbrett gewonnen, als er diesen am 10. Mai 1875 zwang, Frankreich nicht zu überfallen.

Bevor Bimarck Ende Februar die Pferdeankäufe in Deutschland zum Vorwand nahm, um für den „Krieg-in-Sicht"-Artikel die Voraussetzungen zu schaffen, hatte er seinen vertrautesten Mitarbeiter, den Gesandten von Radowitz nach Petersburg geschickt, um vor aller Welt das innigste Einvernehmen der beiden befreundeten Höfe in allen politischen Fragen zu bekunden."

Radowitz beschreibt auf 20 Seiten seines Buches seine „außerordentliche Mission" nach Petersburg, aber er erwähnt nicht den Auftrag, mit dem ihn Bismarck nach Rußland geschickt hatte. Er war am 6. Februar eingetroffen, am 7. von Gortschakow und am 8. vom Zaren empfangen worden, während seiner Reisen und Jagden in Rußland war der Botschafter Prinz Reuß auf seinen Posten zurückgekehrt (11. März) und Radowitz' Mission war erledigt; er traf am 25. März wieder in Berlin ein und erstattete Bismarck Bericht. — Dieser Bericht muß optimistisch gewesen sein, denn hätte er der Wahrheit entsprochen, dann wäre Bismarck von der Seite gewarnt worden, von der er allein hinreichende Unterstützung erwartet hatte.

Der Sonderauftrag war, „dem Fürsten Gortschakow vertraulich zu eröffnen, daß nach Ansicht des deutschen Kanzlers Frankreich einen Angriff auf Deutschland plane, so daß dieses in die Notlage versetzt werden könnte, dem Angriff zuvorzukommen; in diesem Falle hoffe er, daß Rußland neutral bleiben und dieselbe wohlwollende Haltung beobachten werde wie 1870, zumal es damit in der Lage sein werde, seine großen Projekte im Osten auszuführen."

Der russische Staatskanzler empfing den deutschen Sondergesandten sehr kühl, bestritt Frankreichs Kriegsabsichten gegen Deutschland, sowie russische große Projekte im Orient und lehnte es ab, Deutschland freie Hand im Westen Europas zu gewähren. Ganz ähnlich empfing der Zar den Vertrauensmann Bismarcks. Er ließ diesem mitteilen: „Gottseidank entsprechen die jetzigen Beziehungen zwischen den drei Kaiserhöfen durchaus dem, was ich wünsche und was ich auch erhalten will. Mir scheint der Statusquo zwar als kein idealer Zustand, doch möchte ich mich nicht von ihm entfernen, da dessen Trübung die schwersten Folgen nach sich ziehen müßte . . ." bestritt „panslawistische Träumereien" zu huldigen oder den gegen Deutschland gerichteten ultramontanen „Polonismus" zu begünstigen. Es sei von Übel, daß es in Europa so viel Leute gebe, die so gerne in dem unscheinbarsten Anlaß sofort den Beginn eines Zerwürfnisses zwischen Rußland und Deutschland erblicken möchten. „Bemühen wir uns einmütig", schloß der Zar die Unterredung, „diesen Menschen nicht den kleinsten Riß zwischen uns sehen zu lassen." In diese Worte wollte der Zar alles, was er bisher vorgebracht, zusammenfassen.

Am Tage nach der Abreise des Zaren und seines Kanzlers (13. Mai) aus Berlin, setzte hier die Suche nach dem Schuldigen ein. „Wenn die öffentliche Meinung in Europa in Unruhe ist", schreibt Bismarck an den Botschafter, Grafen Münster, in London, „so scheint uns, daß nur die politische Tagespresse die Schuld

daran trägt, und zwar in erster Linie die in ganz Frankreich, in Paris wie in den Provinzen, und ebenso in anderen Ländern, in Österreich-Polen, Rußland, Belgien, leider auch in England wirksame Preßliga, welche ersichtlich zwischen allen dem Deutschen Reiche feindlichen Elementen besteht und unter Vermittlung des internationalen Einflusses der katholischen Priester sich mehr und mehr konsolidiert. Diese Liga verfolgt einstweilen den Zweck, Kriegsbefürchtungen zu erfinden und Kriegsgefahren als nahe bevorstehend zu bezeichnen und die Schuld davon Deutschland, insbesondere der Reichsregierung zuzuschieben. Dazu mag in erheblichen Maße neuerdings die Spekulation großer Bankhäuser und einflußreicher Politiker auf Baisse der Börsenfonds, des gleichen Themas sich bemächtigt haben."

Zwei Tage später beschuldigte Bismarck den französischen Botschafter Gontaut-Biron „der Verbreitung falscher und erfundener Nachrichten", wobei „in absichtlicher Weise der erste Militärattaché, Prinz Polignac, beitrage. „Dieser ist", schreibt Bismarck an den Londoner Botschafter weiter, „mit einer Prinzessin Croy vermählt, die, nebst den Töchtern des Botschafters Gontaut, in besonderer Intimität am Hofe Ihrer Majestät der Kaiserin verkehrt, und durch deren Vermittlung Gerüchte und Verdächtigungen mancherlei Art hin und her ihren Weg gefunden haben mögen. Es ist mir auch angedeutet worden, und ich halte es nicht für unwahrscheinlich, daß durch die Privatkorrespondenz Ihrer Majestät der Kaiserin mit der Königin Viktoria eine Beeinflussung der Stimmung und der Ansichten von Lord Derby hervorgerufen sei, da man schwerlich nach englischer Anschauung in irgendeinem andern Lande an so hoher Stelle eine Parteinahme gegen die Politik des Monarchen und seiner Regierung für möglich halten wird, wie sie hier in so bedauerlicher Weise die Stellung der verantwortlichen Minister erschwert."

Bismarck schließt mit dem Hinweis, daß es ihn „beruhigen" würde, zu wissen, daß Lord Derby „Mitteilungen aus solcher Quelle nicht als glaubwürdig betrachtet hat."

Diese Beruhigung hat der englische Außenminister dem Fürsten Bismarck nicht nur nicht gegeben, sondern vielmehr am 31. Mai im Oberhaus die Beschuldigungen auf kriegswillige Generale u. a. auf Generalfeldmarschall von Moltke, ausgedehnt.

Der Ring um Deutschland war hermetisch geschlossen. Dem k. u. k. Botschafter in Berlin erschien es wirklich unglaublich, daß Preußen, wie sehr es auch sonst zu dessen Traditionen gehöre, mit rücksichtsloser Energie vorzugehen, tatsächlich die Absicht haben solle, jetzt Frankreich nur deshalb niederzuringen, weil ein Krieg mit dieser Macht in einer möglich nahen Zukunft liegen könnte. „Eine solche Politik", meinte Graf Karolyi, „würde ja die Rolle

Napoleons I auf Deutschland übertragen und dessen Diktatur in Europa besiegeln."

Über Bismarcks Pläne gegenüber Frankreich schrieb Salisbury am 2. März 1877 an Lord Lytton, den Vicekönig von Indien: „Vor allem gilt es, Preußen, wenn möglich, aus einem Krieg herauszuhalten für den Augenblick. Wenn man das für ein weiteres Jahr könnte, wäre Frankreich genügend gerüstet, um einen Handstreich von Berlin unmöglich zu machen. Bis dahin besteht ernste Gefahr. Nur das russische Gegengewicht hat 1875 einen Krieg verhindert. Wird es beseitigt, dann könnte es wieder unmöglich werden, Bismarcks Schreckenspolitik zu kontrollieren."

Kaiser Wilhelm kommt das Verdienst zu, den Frieden erhalten zu haben. In demselben Sinne hat er später stets die Politik seines Kanzlers überwacht, als derselbe nach der erwähnten Rede Lord Derby's vom 31. Mai einen über dessen Äußerungen sich heftig beschwerenden Erlaß an den Grafen Münster richten wollte, strich der Kaiser alle scharfen Ausdrücke und sandte das Aktenstück an den Staatssekretär von Bülow zurück mit dem Befehl, es in dieser korrigierten Form zu befördern.

Salisbury, der froh war, daß aus einem engeren Bündnis mit Deutschland nichts geworden war, war der festen Überzeugung, „daß Berlin das Zentrum des großen europäischen Ränkespiels sei, die türkische Affaire aber nur ein Zufall, ein Funke, der einen leicht brennbaren Haufen in Brand stecken könne, aber nicht an sich von großer Bedeutung."

Am 18. April 1877 fiel der Funke in den leicht brennbaren Haufen.

13 JAHRE DANACH

Am 6. Februar 1888 stand Bismarck vor dem Reichstag und gab über seine Politik im Jahre 1875 Rechenschaft:

„Die ersten Jahre nach dem französischen Kriege vergingen noch in bestem Einverständnis; im Jahre 1875 trat zuerst eine Neigung meines russischen Kollegen, des Fürsten Gortschakow, zu Tage, sich mehr um Popularität in Frankreich, als bei uns zu bemühen und gewisse künstlich herbeigeführte Konstellationen dazu zu benutzen, um der Welt durch ein hinzugefügtes Telegramm glauben zu machen, als hätten wir 1875 irgend einen entfernten Gedanken daran gehabt, Frankreich zu überfallen, und als wäre es das Verdienst des Fürsten Gortschakow, Frankreich aus dieser Gefahr errettet zu haben. Das war das erste Befremden, welches zwischen uns auftrat, und welches mich zu einer lebhaften Aussprache mit meinem früheren Freunde und späteren Kollegen veranlaßte."

„DAS ORIENTALISCHE GESCHWÜR"

„Es würde ein Triumpf unserer Staatskunst sein, wenn es uns gelänge, das orientalische Geschwür offen zu halten, und dadurch die Einigkeit der anderen Großmächte zu vereiteln und unseren eigenen Frieden zu sichern."

Bismarck an den Kronprinzen Friedrich Wilhelm am 2. November 1878

SAN STEFANO

Am 6. Mai 1876 flog der erste Funke in das „Pulverfaß Balkan". An diesem Tage sollte eine auserwählt schöne junge Bulgarin gegen ihren und den Willen der Eltern in den Harem eines türkischen Oberbeamten gebracht werden. Als sie mit der Eisenbahn in Saloniki eintraf, wurde sie jedoch von christlichen Griechen und Bulgaren, die dies nicht zulassen wollten, entführt, zuerst in das Haus des amerikanischen und dann in jenes des deutschen Honorarkonsuls gebracht, die beide griechischer Konfession waren, Ulemas hielten aufrühresiche Reden und fanatisierte Mohammedaner bedrohten den amerikanischen Konsul. Als das Mädchen den Türken ausgeliefert wurde, suchten die miteinander verschwägerten Konsuln von Frankreich und Deutschland (Moutin und Abbort) den Gouverneur auf, um ihn zu bewegen, der fanatisierten Menge Ruhe zu gebieten. Sie wurden jedoch in einen Moscheehof abgedrängt und in der dortigen Theologieschule (Medresse) erschlagen.

Diese blutige Tat lenkte die Aufmerksamkeit erneut auf die inneren Zustände im Osmanenreich. Eine Folge war das Berliner Momerandum vom 12. Mai 1876, durch das in erster Linie allen ähnlichen Vorfällen vorgebeugt werden sollte. Die Hauptsache jedoch, die angestrebt wurde, war die Beruhigung Bosniens und der Herzegowina, um auf diese Weise den Ausgangsherd aller Unruhen auf dem Balkan zu ersticken.

Wenige Monate vor dem blutigen Ereignis in Saloniki hatte Bismarck dem russischen Botschafter in Berlin, d'Oubril, mitgeteilt:

„Ich habe meine Wahl zwischen Rußland und Österreich getroffen und Rußland den Vorzug gegeben.“

Die Garantiemächte mußten jetzt Farbe bekennen, und so begann jene Periode der orientalischen Politik, welche alle Mächte Europas zwang, zu der Lage auf dem Balkan, aber auch zueinander, Stellung zu nehmen. Die äußere Politik der Großmächte im Orient wurde zu einem Handelsgeschäft, das unter der Maske der Kultur und Zivilisation geführt wurde, dessen Großunternehmer die Monarchen, dessen Prokuristen deren Minister des Äußeren waren, während die Ware, die es zu gewinnen galt, die unter türkischer Herrschaft lebenden Völker und Provinzen darstellten.

Die kaum aus türkischer Herrschaft befreiten Staaten wurden zu „Interessensphären“ der Befreier. Wollte eine Macht die andere bei dem Geschäft allzusehr übervorteilen, so drohten sich die Konkurrenten mit der gepanzerten Faust.

Nach dem blutigen Zwischenfall in Saloniki wiederholte Bismarck, jetzt gegenüber dem russischen Botschafter in London, Graf Peter Schulwalow, die Zusicherung, daß der Zar unbedingt auf ihn rechnen könne und daß Kaiser Wilhelm an den Zaren geschrieben hätte, die Erinnerung an die Haltung Rußlands in den Jahren 1864/71 werde seine Politik immer auf die Seite Rußlands führen, was auch kommen sollte.

Rußland und Österreich-Ungarn betrachteten sich als Anrainer an der in Auflösung begriffenen Türkei, als gleichberechtigte Erben. Um das „Erbe“ im besten Einvernehmen aufzuteilen, trafen sich am 8. Juli 1876 Zar Alexander II. und Kaiser Franz Josef I. mit ihren Außenministern Gortschakow und Andrassy im böhmischen Schloß Reichstadt und leiteten damit eine neue Etappe in der Entwicklung der orientalischen Frage ein. „Diese Begegnung hat wohl nicht“, schreibt Andrassy[1]) „den Krieg zwischen Rußland und der Türkei, aber den zwischen uns und dem Zarenreiche verhindert. Von höchster Wichtigkeit war es, daß in Reichstadt der Grund gelegt wurde, auf dem unsere Monarchie zum hervorragendsten Faktor im Osten Europas emporwuchs. So oft Rußland seitdem den Versuch unternahm, die ausschließliche Herrschaft im Orient an sich zu reißen, zerschellte er an unserer dort gewonnenen Machtstellung. . . .

Doch nicht nur das im böhmischen Schloß zustande gekommene „Résumé“ blieb Gortschakow als Erinnerung an Reichstadt, auch die wertvollen Gobelins, die er während des Diners im Speisesaal bewundert hatte, und von denen er noch später schwärmte. Nachdem Gortschakow dem Grafen Mülinen seine Begeisterung für

---

[1]) von Wertheimer a. a. O. II, 330.

diese Kostbarkeiten sehr nachdrücklichst verdolmetscht hatte, fand man es in Wien angezeigt, dem genügend deutlich ausgesprochenen Verlangen des Staatskanzlers zu entsprechen und ihm anstatt eines Ordens die prachtvollen Gobelins als Angebinde an die Entrevue zu senden."

So sind beide Teile zufrieden gewesen: Rußland verzichtete zu Gunsten Österreichs auf sein „Erstgeburtsrecht" auf dem Balkan und Gortschakow bekam die begehrten Gobelins als wertvolles „Linsengericht".

Die Türkei stand seit dem Pariser Frieden 1856 bei den Großmächten Europas als Spitze gegen Rußland in hoher Gunst, dafür mußte sie dulden, daß ihr im Laufe der folgenden Jahre ein Glied nach dem anderen amputiert wurde: die beiden Donau-Fürstentümer (Moldau und Walachei) hatten sich zu einer Union Rumänien vereinigt, und den Prinzen Karl von Hohenzollern zu ihrem Fürsten, der am 22. Mai 1866 in Bukarest den Thron bestieg, gewählt. Im nächsten Jahre machte der serbische Fürst Michael Obrenowitsch, Serbien vom Sultan unabhängig.

Gegen Ende des Jahres 1876 hatten sich die Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei so verschärft, daß der Krieg zwischen beiden Staaaten unvermeidlich geworden war.

Bismarck vertrat am 5. Dezember 1876 im Reichstag die Orientpolitik der Reichsregierung; er erklärte: „Wir haben in der Türkei selbst ja die Interessen der allgemeinen Sympathien mit unseren Mitchristen, und wenn der Herr Vorredner (Abg. Eugen Richter) vorher ein von ihm selbst als apokryph behandeltes Gerücht anführte, daß ich gesagt haben soll, im ganzen Orient steckt kein Interesse, was so viel wert wäre, als der Ertrag eines pommerschen Rittergutes, so ist das irrtümlich. Es ist in allen solchen Legenden ein Stückchen Wahrheit, und a bisserl Falschheit ist allweil dabei. (Große Heiterkeit.)Ich habe gesagt: ich werde zu irgend welcher aktiven Beteiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht raten, so lange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur — entschuldigen Sie die Derbheit des Ausdrucks — die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre. Ich habe ausdrücken wollen, daß wir mit dem Blute unserer Landsleute und unserer Soldaten sparsamer sein müßten, als es für eine willkürliche Politik einzusetzen, zu der kein Interesse zwingt."

Über die politische Lage auf dem Balkan gab es in der christlichen Welt nur eine Meinung: Vertreibung der Türken aus Europa!

„Die Russen sind bisher die einzige Macht, welche sich nicht mit akademischen Ermahnungen und platonischer Menschenfreundlich-

keit zufrieden gibt, sondern ihr Gut und Blut daran setzten, die Türkenherrschaft zu brechen. Gegenüber dieser sehr massiven Tat helfen alle Erörterungen über die Gründe zu solchem Vorgehen und alle Klagen über Eroberungs- und Herrschsucht der Russen nichts. Die türkischen Slaven wollen vor allen Dingen frei werden von der Türkenherrschaft, und auch die türkischen Hellenen haben ein ähnliches Verlangen. Die einen und die andern sind zu schwach, um sich selbst zu befreien. Die bedürfen einer anderen Macht, welche ihnen Hilfe bringt. Kann man sich denn darüber verwundern, wenn, voraus die Slaven in der Türkei, dann aber selbst die Hellenen, ihre hoffenden Blicke und ihre Sympathien den Russen zuwenden, welche den Türken ernstlich zu Leibe gehen? Was nachher werden soll, erscheint ihnen doch nur als eine sekundäre Frage. Die erste Frage, die Befreiung von der Türkenherschaft, verbindet ihre Interessen und ihre Wünsche mit der russischen Macht."[1])

Bismarck war am 14. April mit unbefristetem Urlaub nach Friedrichsruh gereist, um in dessen Wäldern die zerrütteten Nerven gesunden zu lassen.

Von diesem Zeitpunkt an war er für die Öffentlichkeit unsichtbar geworden, er erschien nur noch bei ganz außerordentlichen Gelegenheiten in der Öffentlichkeit, blieb allein in der Familie oder für einige ausgewählte, sehr intime Freunde zu sehen, selbst Botschafter empfing er nicht, er verwies sie an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, in den seltensten Fällen empfing er sie persönlich.

Über die innere Lage in Rußland im Frühjahr 1877 erhielt Graf Andrassy laufend Nachrichten, aus denen er schließen konnte, daß die Kriegsstimmung schwankte:[2])

„Es ist unglaublich" — heißt es in einem Brief aus Petersburg an Andrassy, „in welchem Umfange der Nihilismus in jeder Schicht der Gesellschaft verbreitet ist. Keiner glaubt, hofft und liebt hier, jeder fürchtet, haßt oder ist vielmehr neidisch auf den anderen. Selbst das nationale Gefühl ist nur negativ stark im Moskoviten — Vaterlandsliebe, Pflichtgefühl, Aufopferungsbereitwillikeit eifern niemand an. Der weitestgehende Sozialismus findet hier reiche Nahrung in dem großen Heere der bürokratischen und plutokratischen Parvenüs, die jeden Fehler der Aristrokraten übertreiben, ohne auch nur eine einzige Tugend derselben zu besitzen oder eine ihrer Pflichten zu erfüllen."

„Der Reichskanzler wollte gar nicht den Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und der Türkei verhindern. Er befürchtete viel-

---

[1]) Professor Dr. Blunschli „Deutsche Revue" Berlin 1877 S. 290 flgd.
[2]) von Wertheimer a. a. O. II S. 403 flgd.

mehr immer, daß das „eiternde nationale Gift", wie er sich ausdrückte, wenn es keinen Abfluß nach der Türkei hin fände, auf Österreich-Ungarn d. h. auf Deutschland übertragen werden könnte. Bismarcks innerem Gefühle widerstrebte es daher, zur Verhütung des Krieges mitzuhelfen. Er sollte zwischen Rußland und der Türkei lokalisiert werden, um den Russen jede Gelegenheit zu nehmen, späterhin ihre Waffen gegen Deutschland zu kehren. Ein orientalischer Krieg, kalkulierte Bismarck, müßte notwendigerweise Rußland für lange Zeit von einer französischen Allianz ablenken. All das, meinte er, lasse sich nicht öffentlich aussprechen."[1])

Am 24. April 1877 erklärte Rußland der Türkei den Krieg; russische Truppen überschritten an diesem Tage den Pruth. Der englische Außenminister Lord Derby bezeichnete das Vorgehen Rußlands als eine Verletzung der Verträge von 1856 und 1871. Der Zar versprach in einem Manifest, daß Rußland, indem es den Krieg beginne, in demselben nur ein Exekutionsmittel sehe, um die Türkei zur Befolgung der Ratschläge zu zwingen, welche sie von Europa gütlich nicht annehmen wolle.

„Wir werden die Türken mit unseren Mützen totschlagen", hatte Gortschakow geprahlt.

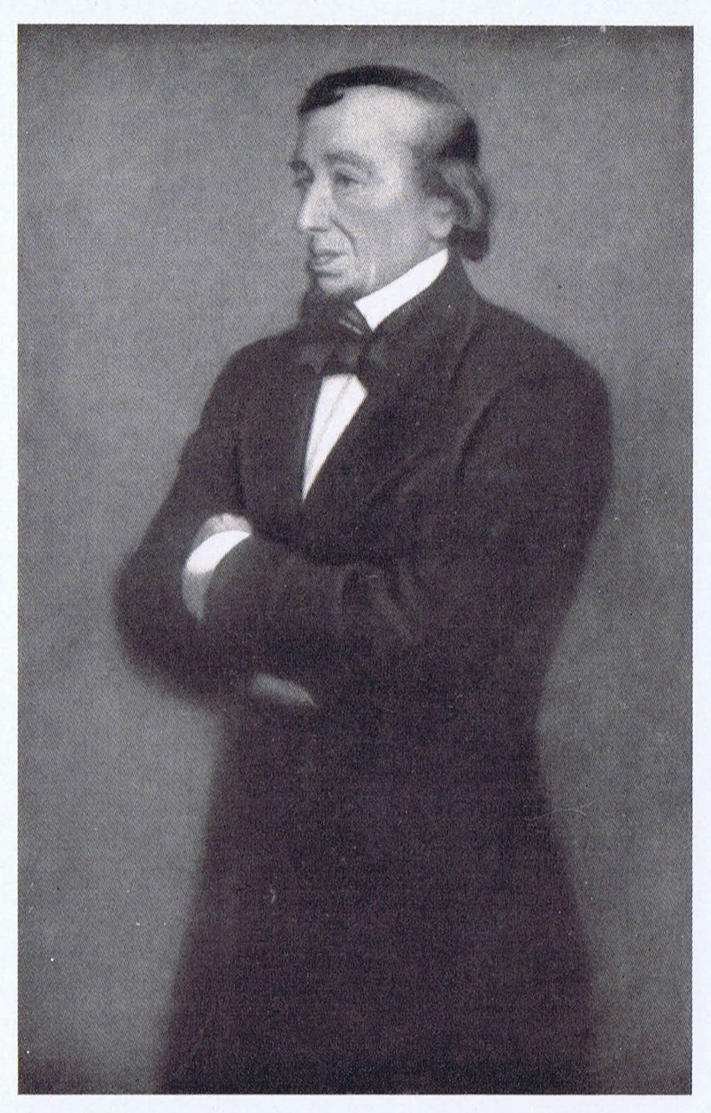
Die russischen Kriegsvorbereitungen waren mangelhaft, der Vormarsch stockte schon in seinen Anfängen, der Nachschub versagte und die Türken zeigten sich als gute Soldaten.

Im Sommer 1877, als der russisch-türkische Krieg sich seinem Höhepunkt in den Kämpfen um den Balkan-Übergang näherte, wollte der englische Premier Disraeli den Krieg beendet haben. Ihn leitete die Überzeugung, daß Fürst Bismarck aus gleichem Grunde den Krieg gegen Frankreich wünsche, aus dem die französische Regierung ihn so sehr fürchtete und alles aufbot, ihn zu verhüten. Der englische Premier war davon überzeugt, daß der deutsche Reichskanzler Rußland zum Losschlagen ermutigt hat, um von neuem gegen Frankreich vorgehen zu können.

„Am 15. August 1877 ließ Lord Beaconsfield (Disraeli) seinen temperamentvollen Ausfall gegen den deutschen Kanzler den freiesten Lauf. Es war, als würde man den in ihm kochenden Zorn förmlich aus seinen Worten emporlodern sehen. Anfangs sprach er noch ruhig: „Ich habe Oberst Wellesley (englischer Militärattaché im russischen Hauptquartier) beauftragt, dem Kaiser Alexander folgendes zu sagen: „Se. Majestät beklagt sich über Lord Beaconsfield. Wer von beiden war aber der bessere Freund des Kaisers, der, welcher sich alle Mühe gab, ja, der so manche von ihm bereute Opfer brachte, um den Krieg zu verhindern oder der,

---

[1]) von Wertheimer a. a. O. Bd. II, 404.



Benjamin Disraeli 1804—1881



welcher ihn in den Krieg hineingehetzt hat?" Plötzlich entledigte sich der Lord jeder Zurückhaltung; hastig aufbrausend fuhr es wie giftige Galle aus seinem Munde heraus: „Nein, das muß einmal ein Ende haben. Ich finde ihn überall auf meinem Weg. Was bedeutet diese eingebildete Omnipotenz (Allmacht), dieses geheimnisvolle und unheimliche Wesen? Der Mann ist eine europäische Plage, ich habe es viel weniger mit Rußland, als mit Bismarck zu tun und ich bin entschlossen, ihm entgegenzutreten."[1])

Zu den von Bismarck persönlich empfangenen Botschaftern durfte sich Graf Peter Schuwalow rechnen. Dieser hat in späteren Jahren über zwei Unterhaltungen berichtet, die er mit dem Kanzler gehabt haben will. Jedesmal hätte Bismarck von seinem, Rußland zu Beginn der orientalischen Krise gemachten Angebot, auf das Gortschakow niemals geantwortet habe, gesprochen:[2]) „Wie Bismarck erzählte, hat er uns moralische und materielle Unterstützung gegen die Türkei vorgeschlagen, indem er uns, gegen die von Rußland garantierte Integrität des deutschen Gebietes (Elsaß-Lothringen) bis zu 100 000 Mann zur Verfügung stellen wollte." Diese 100 000 Mann wären Ihnen in der Plewnazeit sehr nützlich gewesen, sagte der Fürst, wobei er jedesmal hinzufügte, er sei zur Zeit sehr zufrieden, daß sein Vorschlag ihm sehr schwer gefallen wäre, vom deutschen Reichstag die Genehmigung zur Entsendung dieser 100 000 Mann zu erhalten. Ich erlaubte mir eine diesbezügliche Anfrage beim Zaren, der aber von diesem Vorschlag nicht das Geringste wußte."

Es war Bismarck gelungen, den im russischen Volk seit Jahren aufgespeicherten Groll über die Demütigung in Paris (1856) von Österreich abzulenken und auf die Türkei abzuwälzen. In diesem Sinne schrieb er am 11. August 1877 an Kaiser Wilhelm aus Gastein: „Der Drei-Kaiser-Bund wird unter Eurer Majestät Führung mit Gottes Hilfe auch ferner imstande sein, dem Kaiser Alexander freie Bahn und dem übrigen Europa den Frieden zu erhalten."

Die Garantiemächte erklärten ihre Neutralität, England jedoch nur so lange, als Konstantinopel nicht in andere Hände übergehen und der Suez-Kanal nicht gefährdet werde. Disraeli wollte die Türkei für England unversehrt erhalten, nicht etwa, weil er die Türken schätzte, er hätte sie vielmehr am liebsten auf dem Grund des Schwarzen Meeres gewußt, sondern weil die Russen nicht an das „warme Meer" kommen durften, durch das der Seeweg nach Indien geht.

---

[1]) Beust am 15. August 1877 an den Grafen Andrassy (von Wertheimer Bd. III S. 48/50).

[2]) Berliner Monatshefte Juli/August 1938 S. 626.

„Auf der Rückreise von Gastein nach Berlin kam der Reichskanzler am 18. September in Salzburg mit dem Grafen Andrassy zusammen. Die beiden Minister hatten an diesem und den zwei folgenden Tagen mehrere Konferenzen miteinander, in welchen das volle Einverständnis über die leitenden Gesichtspunkte der gemeinsamen Politik in Bezug auf die wichtigen schwebenden Fragen von neuem bestätigt und befestigt wurde."[1])

Bei dieser Gelegenheit hat Bismarck seinem Kollegen den Wink gegeben, die militärisch gefährliche Lage der Russen in Bulgarien auszunutzen und ihnen den Krieg zu erklären.[2])

Andrassy sah seine Zeit noch nicht gekommen.[3])

Der Krieg wurde von beiden Seiten mit erbarmungsloser Grausamkeit geführt. So berichtet ein Zeitgenosse: „Als die Russen den Balkan überschritten hatten, floh vor ihnen fast die ganze mohammedanische Bevölkerung des heutigen Ost-Rumeliens, Türken, Pomaken und Tscherkessen nach Adrianopel und weiter nach Konstantinopel, auf welchem Wege einerseits von den Baschibosuks (Irregulären) und von den Tscherkessen an den Bulgaren, und andererseits von den Bulgaren an den Türken, viele Grausamkeiten begangen wurden und unzählige mohammedanische Weiber, Kinder und Greise aus Not und Mangel zu Grunde gingen.
Es war ein behäbiges und wohlhabendes Volk, das seit einem Jahrtausend südlich der Donau sowie zwischen dem Schwarzen und Aegäischen Meer, meist unter türkischer Herrschaft, gelebt hatte. Ihm war weder Knechtung noch Unterdrückung anzusehen. Diese Entdeckung machten auch die russischen Offiziere und Soldaten, sie hatten ihren Kreuzzug — denn es war ein Kreuzzug — ein Zug des Christentums gegen den Islam — unternommen, um die in ihrer Religion bedrückten, an Leib und Gut grausam geschädigten Stammesgenossen und Glaubensbrüder gegen die Türken zu verteidigen. Sie hatten sich für sie in eine Art von religiöser und nationaler Begeisterung hineingeredet und nun? Jetzt hörte man die Befreier sprechen: „Aber die Bulgaren befinden sich ja in weit besserer Lage als wir, und unsere Bauern

---

[1]) Robolski a. a. O. S. 174.

[2]) Im Vertrag von Reichsstadt (8. Juli 1876) hatten Österreich-Ungarn und Rußland Neutralität im Falle eines russisch-türkischen Krieges beschlossen.

[3]) Zu Ährental hat der Kanzler in späteren Jahren geäußert, er habe Andrassy bei dem Treffen in Salzburg (18. bis 20. September 1877) den Rat erteilt, entweder mit den Russen in die Türkei einzumarschieren oder die günstige Gelegenheit zu benutzen und im Bunde mit England und der Türkei gegen Rußland loszuschlagen. Eine ganz ähnliche Angabe machte Holstein im Jahre 1886 einem Mitglied der Berliner österreichischen Botschaft.

würden froh sein, wenn sie mit ihnen tauschen könnten!" Und in der Tat wäre dieser Tausch für die russischen Bauern kein schlechtes Geschäft gewesen.

Die das Land kannten, berichteten, daß das Volk in allen Bezirken wohlhabend, in manchen reich, sehr reich war, wenn dieser Reichtum auch nicht in prunkhafter Ausstellung zu Tage trat, sondern oft geflissentlich verborgen wurde. „Nirgends, ich wiederhole es, nirgends habe ich wirkliches Elend getroffen, und wenn es sich nur um materielle Güter handelte, so hätten die Russen ihre Befreiung ruhig unterlassen können. Ebensowenig ist mir in glaubhafter Weise nachgewiesen worden, daß die Türken die christliche Religion in Bulgarien verfolgt hätten, nirgends fand ich zerstörte christliche Kirchen, und die bulgarischen Popen waren nicht minder wohlgenährt, als die anderer Länder.

Mit Recht kann man sagen, daß der Niedergang der Türkei durch ihre religiöse Duldsamkeit verschuldet worden ist und daß diese edelste und beste Eigenschaft einen traurigen Lohn gefunden hat, wie denn überhaupt in der Weltgeschichte die Moral der Kinderfabel von der Belohnung des Guten und Bestrafung des Bösen, so selten zutrifft."[1])

„Morgen greifen die Moskows an. Ich befehle, daß jeder seinen Platz behauptet."

Das war der lakonische Tagesbefehl am 10. September 1877 Osman Paschas, des türkischen Oberbefehlshabers.

Am nächsten Tage griffen die Russen wirklich an, sie wurden jedoch mit blutigen Köpfen abgewiesen und das wiederholte sich Wochen und Monate. Der Winter setzte der russischen Armee mehr zu als der in der Festung eingeschlossenen türkischen Besatzung. Bevor der russische Befehl zum Abzug gegeben wurde, war die tapfere Besatzung am Ende ihrer Widerstandskraft. Am 10. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, hißten die türkischen Verteidiger von Plewna die weiße Fahne. Das Feuer schwieg auf beiden Seiten und ein vieltausendstimmiges Hurra der Russen und Rumänen bewies, daß auch der Sieger das Ende des furchtbaren Ringens sehnlichst herbeigewünscht hatte.

Fürst Karl von Rumänien ritt mit seinem Gefolge nach Plewna und traf auf der von Fuhrwerken wimmelnden Straße auf einen Wagen, in dem sich ein höherer türkischer Offizier befand. Es war Osman Pascha selbst, der sich, am Fuße verwundet, nach der Stadt, die er so lange tapfer verteidigt hatte, zurückbegab. Mit Würde, aber auch gerührt, dankte er dem Fürsten Karl für das ihm ausgesprochene Beileid.

---

[1]) von Huhn, „Der Kampf um Bulgarien" S. 4.

Am anderen Tage fand in Gegenwart des Zaren und sämtlicher Offiziere des Hauptquartieres in Plewna ein Tedeum statt, an das sich in einem Bürgerhause ein Frühstück anschloß, bei dem auf Wunsch des Zaren auch Osman Pascha — auf seinen Arzt gestützt — erschien. Unter Worten huldvollster Anerkennung für seine heldenmütige Ausdauer gab ihm Zar Alexander eigenhändig seinen Degen zurück. —

So tapfer die türkischen Soldaten sich geschlagen hatten, so schlaff und zerfahren gebärdeten sich die Ratgeber des Padischahs. Am 10. Januar 1878 berichtete der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Prinz Reuß, an das Auswärtige Amt:[1])

„. . . Es wird immer schwerer, ein Bild der Lage zu geben. Die Kopflosigkeit ist groß. Man will sich zum Waffenstillstand entschließen, schreckt aber vor den etwaigen Bedingungen zurück. Von England fühlt man sich verraten, ohne sich aus der Umarmung losmachen zu können: ein Tag nach dem anderen geht dahin, und die Russen rücken näher. Layard erregt jetzt Hoffnungen auf das Parlament, das Kriegspläne machen werde . . ."

Zwischen Moskau und London laufen Verhandlungen! Die Russen wollen bis Gallipoli vordringen, Disraeli läßt am 27. Januar die englische Flotte in die Dardanellen einlaufen.

Den Krieg mit England konnte Rußland noch wagen, aber das wäre für Österreich-Ungarn der Wink gewesen, dem Rat Bismarcks zu folgen und das russische Heer im Rücken anzugreifen. Der versöhnlich auftretende englische Außenminister Lord Derby trennte sich von Disraeli und schied aus dessen Kabinett aus, ihn ersetzte Lord Salisbury. Das war für die russische Regierung ein großer Verlust, denn Lady Derby war mit dem Grafen Peter Schuwalow befreundet, sie informierte diesen von Anfang der Krise über alles, was im Kabinett über die Pläne der englischen Regierung verhandelt wurde.

Disraeli hatte das Spiel am Bosporus überwacht und inzwischen mit der geängstigten Türkei geheime Verhandlungen geführt, er wollte die große Insel Zypern, die den Dardanellen vorgelagert ist, für England erwerben, zunächst pacht- und leihweise. Der Sultan verhandelte lieber mit den Engländern, als sich von den Russen etwas wegnehmen zu lassen, und so konnte Disraeli am 5. Mai 1878 triumphierend an seine Königin schreiben: „Zypern ist der Schlüssel zum westlichen Asien." Diesen Schlüssel überreichte er der Herrscherin, die mit ihm das ‚Viktorianische Zeitalter' begründet hatte und es repräsentierte.

Zypern war der Gewinn, den England aus dem russisch-türkischen Krieg, an dem es sich nicht beteiligt hatte, davon tragen konnte.

---

[1]) von Radowitz a. a. O. II S. 1.

Diese große Insel fehlte bisher in dem britischen Weltreich als Schutzstellung für den Suez-Kanal, als östlicher Pfeiler für die Seeverbindung durch das Mittelmeer nach Indien.

Zypern deckte als Flottenbasis nach Süden die Einfahrt in den Suez-Kanal und riegelte nach Norden die Ausfahrt russischer Schiffe aus dem Bosporus ab — das Gibraltar des Ostens; dazwischen lag in der Mitte die Inselfestung Malta.

Die große Vergangenheit Zyperns wird die Phantasie des Schriftstellers in dem geistreichen englischen Staatsmann beschäftigt haben, denn auf dieser Insel wurde Aphrodite, die Göttin der Liebe, sie galt als deren Heimat, geboren. Alexander der Große hatte seinen Fuß auf den durch die Antike geheiligten Boden gesetzt und der Römer Antonius sie ein Jahrhundert vor Christi Geburt der schönen Kleopatra, Ägyptens Königin, als Hochzeitsgeschenk dargebracht.

Der König Richard Löwenherz eroberte die Insel am Ende des 12. Jahrhunderts für die französische Dynastie der Lusignace, am längsten beherrschten die Türken die Insel bis sie im Jahre 1878 von den Engländern abgelöst wurden.

Rußland hatte sich der Pachtung widersetzt, da platzte wie eine Bombe die Nachricht, daß die in aller Stille aus Indien herbeigeschafften Truppen zu landen beginnen. Das war für Gortschakow der Gnadenstoß — Rußland willigte ein.

Konstantinopel wurde nicht von der siegreichen russischen Armee besetzt, der slawische Vorstoß nach dem „warmen Meer" abermals abgestoppt und der europäische Brandherd, das Pulverfaß Balkan, geschaffen.

„Wir kauften dem Khedive die Kanal-Aktien ab", sagte Disraeli in seiner späteren Parlamentsdebatte, „aus hochpolitischen Erwägungen, und ohne solche Erwägungen würden wir niemals in jene Verhandlungen eingetreten sein."

1878

DER BERLINER KONGRESS

(15. Juni bis 13. Juli 1878)

„Preußen wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu verdanken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat. Möge Gott Sie dafür segnen."

Kaiser Wilhelm I.
an den Zaren Alexander II.
am 27. Februar 1871

„Jetzt fahre ich Europa vierelang vom Bock."[1])

Bismarck

Seit dem Pariser Frieden (1856) gilt der Grundsatz, daß kein Staat sich in fremde Angelegenheiten einzumischen hat, als ein unanfechtbares Dogma in der Theorie und auch in der Praxis des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen. Dieses „Prinzip der Nichtintervention" findet nach heute herrschender Lehre seine Anwendung auch in jenen Fällen, in denen es sich um Streitigkeiten zwischen zwei Staaten handelt: dritten Staaten sind diese Streitigkeiten, sie mögen friedlich oder blutig zur Erledigung gebracht werden, „fremde Angelegenheiten". So wurde der Krieg zwischen Preußen und Österreich 1866, so auch der deutsch-französische Kriege 1871 durch Friedenschlüsse beendigt, die unter den Beteiligten abgeschlossen wurden.

Bismarck hat weder die Einmischung Napoleons III. im Jahre 1866 noch die Englands im Jahre 1871 zugelassen. Nun wollten England, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Deutschland unter Vorsitz Bismarcks zu Gericht sitzen. Angeklagt war der Friedensvertrag zwischen Rußland und der Türkei von San Stefano am 3. März 1878.

So lange Bismarck Angriffspläne gegen Frankreich hegte, begegnete er auf diesem Wege England, das Deutschland Bismarcks war

---

[1]) Kaiser Wilhelm II. a. a. O. S. 10

für England nicht bündnisfähig. Jede deutsche Handlung aber gegen Rußland wurde von England unterstützt, Bismarck wußte, daß jeder von Rußland geführte Krieg den Zarenthron gefährdet. In den zwei Sommermonaten Juni und Juli des Jahres 1878 wurde das Schicksal der beiden großen Völker, die von Natur aufeinander angewiesen waren, auf dem Altar des Hasses geopfert, des Hasses, den Bismarck seit den Maitagen 1875 gegen Gortschakow hegte und pflegte. Und er hatte am 27. Juli 1874 aus Kissingen nach dem Kullman-Attentat doch an seinen alten Kaiser geschrieben: „Möchte es mir auch gelingen, persönliche Beleidigungen, wie die vom 13. (Attentat Kullmann) mit dem Gleichmut hinzunehmen, den Eure Majestät in ähnlichen Fällen bewahrten, denn der Zorn und der Haß sind schlechte Ratgeber in der Politik, und ich bitte Gott um Demut und Versöhnlichkeit."

Kaiser Wilhelm II. hat rückschauend, nach Jahrzehnten, nach dem ersten Zusammenbruch der Bismarck'schen Gründung, mitgeteilt:[1]) „Der Fürst sagte mir einmal, sein Hauptaugenmerk sei, Rußland und England nicht zu einem Einverständnis kommen zu lassen. Darauf erlaubte ich mir zu antworten: Der Moment, dieses in weite Ferne zu rücken, wäre ja beinahe gegeben gewesen, wenn man 1877/78 die Russen nach Stambul gelassen hätte, dann wäre die englische Flotte ohne weiteres zur Verteidigung Stambuls eingefahren und der Konflikt wäre dagewesen. Statt dessen habe man den Russen den Vertrag von San Stefano aufgenötigt, sie vor den Toren der Stadt, die sie nach furchtbaren Kämpfen und Mühen erreicht hatten und vor sich sahen, zur Umkehr gezwungen. Das habe in der russischen Armee einen unauslöschlischen Haß gegen uns entfesselt (Mitteilung preußischer Offiziere im russischen Heer, welche den Feldzug mitgemacht hatten, insbesondere des Grafen Pfeil). Obendrein habe man dann den Vertrag umgestoßen und durch den „Berliner Kongreß" ersetzt, der uns in den Augen der Russen noch mehr als Feinde ihrer „berechtigten Interessen im Orient" belastet habe. Auf diese Weise sei der vom Fürsten erhoffte Konflikt zwischen Rußland und England in weite Fernen gerückt.

Der Fürst teilte diese Beurteilung „seines" Kongresses, auf dessen Ergebnis er als „ehrlicher Makler" so stolz war, nicht, und bemerkte ernst, er habe einer allgemeinen Konflagration vorbeugen und seine guten Dienste zur Vermittlung anbieten müssen. Als ich später einem Herrn des Auswärtigen Amts diese Unterredung mitteilte, erwiderte dieser, er sei damals dabeigewesen, als der Fürst nach Unterzeichnung des Berliner Vertrages in das Auswärtige Amt gekommen und von den dort versammelten Beamten

---

[1]) Kaiser Wilhelm II. a. a. O. S. 9 flgd.

die Glückwünsche entgegengenommen habe. Darauf habe der Fürst sich emporgereckt und geantwortet: „Jetzt fahre ich Europa vierelang vom Bock!" Der Herr bemerkte dazu: da habe der Fürst sich geirrt, denn damals drohte schon an Stelle der russo-preußischen Freundschaft, die russo-französische zu entstehen, also zwei Pferde waren aus dem Viererzug schon heraus. Disraelis Staatskunst hatte aus Bismarcks ehrlichem Maklertum in den Augen Rußlands die Vermittlung eines anglo-österreichischen Sieges über Rußland gemacht. . . ."

„Im Herbst 1886 wurde ich", schreibt der ehemalige Kaiser weiter, „von Bismarck im Auftrage meines Großvaters nach Brest-Litowsk geschickt, wo der Zar Alexander III. Truppenübungen beiwohnte. „Der Fürst gab mir seine Instruktionen, die vom Kaiser Wilhelm sanktioniert waren. Sie betrafen besonders den Wunsch Rußlands, nach Stambul zu gehen, dem der Fürst keine Schwierigkeiten bereiten werde; ich erhielt im Gegenteil den direkten Auftrag, Konstantinopel und die Dardanellen anzubieten. (San Stefano, Berliner Kongreß also fallen gelassen!) Es war beabsichtigt, die Türkei freundschaftlich davon zu überzeugen, daß eine Verständigung mit Rußland auch für sie wünschenswert sei.

Ich fand freundliche Aufnahme beim Zaren in Brest-Litowsk und nahm an den dortigen Truppenschauen, Armierungs- und Verteidigungsübungen usw. teil, die schon unzweifelhaft ein antideutsches Gesicht trugen.

Als Ergebnis der Gespräche mit dem Zaren ist die Bemerkung des letzteren von Bedeutung: „Wenn er Stambul haben wolle, werde er es sich nehmen, wann es ihm passe; der Erlaubnis oder Zustimmung des Fürsten Bismarck bedürfe er dazu nicht." Nach dieser schroffen Ablehnung des Bismarckschen Angebotes von Stambul sah ich meine Mission als gescheitert an."

„Bei meinem ersten Besuch in Petersburg, als noch eine kleine Zahl alter Generäle, zumal bei Hofe, welche noch aus Alexanders II. Zeit stammten und mit Kaiser Wilhelm dem Großen bekannt und ihm zugetan waren, trugen ihre Ehrfurcht für ihn und ihre Deutschfreundlichkeit zur Schau. Bei einem Gespräch mit einem von ihnen über die Beziehungen der beiden Höfe, Armeen und Länder zu einander, die ich als in Änderung gegen früher begriffen fand, sagte der alte General: „Daran ist dieser abscheuliche „Berliner Kongreß" schuld! Der war ein schwerer Fehler des Kanzlers. Er hat die alte Freundschaft zwischen uns gestört, Mißtrauen in die Herzen des Hofes und der Regierung gepflanzt und die Überzeugung ausgelöst, daß man der russischen Armee nach dem blutigen Feldzug von 1877 ein schweres Unrecht zugefügt hat, für das sie nun Vergeltung will. Und nun halten wir mit die-

ser verwünschten französischen Republik zusammen, die voller Haß gegen Deutschland ist und erfüllt von Uumsturzideen, die uns im Falle eines Krieges mit Ihnen unsere Dynastie kosten werden."

„Eine prophetische Voraussage des Unterganges des russischen Herrscherhauses!" setzte der Kaiser hinzu.

„Der Berliner Kongreß hatte, zumal in den russischen Militärkreisen, die Reste der bei uns noch gepflegten Waffenbrüderschaft beseitigt und einen durch den Verkehr mit dem französischen Offizierkorps geschürten Haß gegen alles Preußisch-Deutsche erzeugt, der von den Franzosen zu dem Wunsche nach Rache durch die Waffen gesteigert wurde. Das war der Boden, auf dem später der Weltkriegsgedanke unserer Gegner Nahrung finden konnte: „Revanche pour Sedan" vereint mit „Revanche pour San Stefano". Die Worte des alten Generals in Brest sind mir unvergeßlich geblieben und haben mich zu den vielen Zusammenkünften mit Alexander III. und Nikolaus II. veranlaßt, bei denen die von meinem Großvater auf dem Sterbebette mir ans Herz gelegte Pflege der Beziehungen zu Rußland stets als Leitmotiv vor Augen stand."

Soweit der letzte deutsche Kaiser im Jahre 1922. Etwa dreißig Jahre früher liegt eine Äußerung Bismarcks, die er im engsten Kreise seiner Vertrauten, zu denen auch der Assistenzarzt Professor Schwennigers, Dr. Chrysander gehörte, gemacht hat. Dieser wurde gleichzeitig als Bismarcks Privatsekretär beschäftigt. Dr. Chrysander behauptete im Februar 1904, daß Bismarck den „Berliner Kongreß" als die größte Torheit seines Lebens" mit der Begründung bezeichnet hätte:
„Ich hätte Rußland und England sich raufen und gegenseitig sich auffressen lassen sollen, wie die zwei Löwen im Walde, von denen nur die Wedel übrig blieben. Dann hätten wir jetzt mehr Einfluß, Ruhe und weniger Gefahr. Aber ich habe damals Politik gemacht wie ein Stadtverordneter."

Die englischen und die österreichisch-ungarischen Staatsmänner, Disraeli und Graf Andrassy, hatten ihn überspielt und schon ein Jahr danach, im Sommer 1879, erteilte ihm Zar Alexander II. die russische „Briefohrfeige". Die zwölf Jahre obsoluter Herrschaft über Deutschland, die Bismarck seit 1878 noch ausübte, sind ausgefüllt von seinen Versuchen, Rußland die Folgen des „Berliner Kongresses" vergessen zu machen.

*

Bismarck war am 14. Februar aus Friedrichsruh nach Berlin gekommen, um im Reichstag eine Erklärung über seine Orientpolitik abzugeben. Er übernahm die Rolle eines Friedensstifters mit folgenden Worten: „Die Vermittlung des Friedens denke ich mir

nicht so, daß wir nun bei divergierenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein, und dahinter steht die Macht des Deutschen Reiches, sondern ich denke sie mir bescheidener, ja — ohne Vergleich, im Übrigen stehe ich nicht an, Ihnen etwas aus dem gemeinen Leben zu zitieren — mehr die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zu Stande bringen will. . . ." Der alte Bleichröder, finanzieller Berater Bismarcks soll, als er davon hörte, den Kopf geschüttelt und gemeint haben: „Der Kanzler hätte lieber einen anderen Vergleich wählen sollen, denn einen wirklich ehrlichen Makler gibt es nicht."

Bismarck kehrte in seine Wälder nach Friedrichsruh zurück.

Am 30 Mai 1878 traf Graf Peter Schuwalow im Sonderauftrag des Zaren in Friedrichsruh ein, um Deutschland ein Schutz- und Trutzbündnis anzubieten:[1])

„Sehr erfreut, Sie zu sehen, bin aber ernstlich krank."

„Der Zar wünscht, daß Sie einen Kongreß nach Berlin berufen und ihn leiten."

„Meine Gesundheit ist zu schlecht, um Geschäfte zu besorgen und ich habe große Schmerzen."

„Der Kaiser Alexander ersucht Sie um diesen Dienst als einen Beweis Ihrer Anhänglichkeit an ihn."

„Vous avez le cauchemar des coaltions necessairement."

„Das sicherste Mittel dagegen ist ein festes, unerschütterliches Bündnis mit Rußland, denn nach seinem Ausschluß aus dem Kreis der Koalitionsgegner Deutschlands, ist keine für Deutschland lebensgefährliche Kombination mehr möglich."

„Zugegeben, aber die Verträglichkeit Rußlands mit Mächten, die nicht auch ohne sein Wohlwollen bestehen können, haben ihre Grenzen, namentlich bei einer Politik, wie die des Fürsten Gortschakow; sie erinnert mitunter an asiatische Auffassungen. Er hat oft jeden politischen Einwand einfach mit dem Argument nieder-

---

[1]) Nach Richtigstellung eines Bismarck vorgelegten Berichts im „New York Herald" über seine Unterhandlungen mit Schuwalow. Rußland war ursprünglich ein Gegner des Kongresses und gab nach, als es keinen Ausweg mehr erkannte: eine unsichtbare Mauer hielt das russische Heer von Konstantinopel fern.
„Nicht um den Kongreß zu ermöglichen, streckte Rußland dem englischen Gegner die Hand entgegen. Dem Petersburger Kabinette lag sehr wenig am Kongresse. Vielmehr wären es zu großen Opfern bereit gewesen, hätte es der Notwendigkeit entgehen können, den Frieden von San Stefano einer Versammlung der ersten Staatsmänner Europas zur Überprüfung vorlegen zu müssen. Aber sowohl Andrassy als England forderten dies" (von Wertheimer a. a. O. III S. 101).

geschlagen: l'empereur est fort irrite", worauf ich ironisch zu antworten pflegte: Eh, le mien donc!"
„Gortschakow est un animal", was in dem Petersburger Jargon nicht so grob gemeint ist, wie es klingt, „il n'a aucune influence", er verdankt es überhaupt nur der Achtung des Kaisers vor dem Alter und dem früheren Verdienste, daß er formell noch die Geschäfte führt. Worüber können Rußland und Preußen ernsthaft jemals in Streit geraten? Es gibt gar keine Fragen zwischen ihnen, die wichtig genug dazu sind!"

„Ich erinnere an Olmütz und an den siebenjährigen Krieg, man gerät auch aus unwichtigen Ursachen in Händel, sogar aus Formfragen, es wird manchen Russen auch ohne Gortschakow schwer, einen Freund als gleichberechtigt zu betrachten und zu behandeln; ich bin in dem Punkte der Form persönlich nicht empfindlich, aber das jetzige Rußland hat bis auf weiteres nicht bloß die Formen, sondern auch die Ansprüche Gortschakows."

Graf Peter Schuwalow versuchte deshalb auf Anregung Bismarcks, Gortschakow von dem Kongreß fernzuhalten.[1])
„Bismarck war nun der von mir zu verteidigenden Sache sehr günstig gestimmt. Beim Abschied bat ich um seine Unterstützung. Mit welchen Ausdrücken er mir diese zusagte, kann ich mich nicht genau erinnern, doch lief seine Äußerung ungefähr auf folgendes hinaus:

„Er sei sehr zufrieden mit der auf mich gefallenen Wahl, ich sei die einzige Persönlichkeit in Rußland, der er in allem und jedem vertraue und mit der er gern geschäftliche Verhandlungen führe. Ich könne auf ihn zählen und er werde während des Kongresses die Aufrichtigkeit seiner Gefühle mir gegenüber beweisen. Er hatte seine Worte noch nicht beendet, als ihm ein entziffertes Telegramm des (Botschafters) General Schweinitz gebracht wurde. Das Telegramm berichtete, daß der Zar den Fürsten Gortschakow besucht habe, um ihm zu verstehen zu geben, daß für ihn, seines Gesundheitszustandes wegen, die Reise zum Kongreß nicht in Frage käme, Seine Majestät, dem Verlangen des Kanzlers nachgebend, sich letzten Endes doch damit einverstanden erklärt habe, ihn statt meiner zum ersten Bevollmächtigten zu ernennen. Bei dieser Neuigkeit, die Fürst Bismarck laut vorlas, änderte sich der Ausdruck seines Gesichtes schnell und vielsagend: „Die Verhältnisse haben sich vollkommen geändert" — sagte er zu mir — „persönlich werden wir beide während des Kongresses Freunde bleiben, ich kann es aber nicht zugeben, daß Fürst Gortschakow noch einmal meine Schultern als Piedestal benutzt."

---

[1]) Band 59 der russisch-historischen Zeitschrift „Krasny Archiv".

Diese Tatsache beweist wieder einmal, wie sehr bei uns alles den persönlichen Interessen zum Opfer gebracht wird. Die wichtigsten außen- und innenpolitischen Interessen sind von solchen Erwägungen abhängig. Der Zar wußte, daß Fürst Gortschakow eine absolute Null ist, ihm waren die feindseligen Gefühle bekannt, die Fürst Bismarck zu dem russischen Kanzler hegte. Gortschakows Anwesenheit in Berlin konnte unserer Sache nur schaden. Das alles lag klar zutage und doch wurde es dem Fürsten Gortschakow gestattet, nach Berlin zu fahren."

Bismarck lehnte ein Bündnis mit Rußland aus Rücksicht auf England und Österreich-Ungarn ab.

Je näher der Kongreß kam, desto schärfer wurden die Angriffe der russischen Presse gegen England und dieses als der ärgste Feind Rußlands bezeichnet; die Bezeichnung „Polyp", der seine langen Fangarme über den ganzen Erdball auswirft, wurde gebräuchlich.

Die Gegner, die allein unversöhnlich auf dem kommenden Kongreß sich gegenüberstanden, waren nicht Disraeli (Lord Beaconsfield) und der Fürst Gortschakow, sondern Bismarck und Gortschakow.

Der ältere Cato soll jede Senatsrede mit den Worten geschlossen haben: „Übrigens bin ich der Meinung, daß Karthago zerstört werden muß." Wenn Bismarck auf die russische Politik der 70er Jahre zu sprechen kam, so stimmte er mit dem alten Römer überein, nur meinte er nicht Karthago, sondern Gortschakow.

Der Kulturkampf warf wie seit Jahren seine Schatten auf das politische Leben in Deutschland. Der unbeugsame Gegner Bismarcks, Papst Pius IX., war wohl am 7. Februar gestorben, aber der Kardinal Pecci, der als Leo XIII. Pontifex geworden war, schien nicht versöhnlicher zu sein. Dazu kam die neue Beunruhigung in den niederen Volksmassen durch die Absicht der Regierung, ein Ausnahmegesetz gegen politisch unbequeme Parteien zu erlassen.

Am 2. Juni fuhr der Kaiser, allein im Wagen sitzend, in der Straße „Unter den Linden" dem Brandenburger Tore zu. Es war gegen drei Uhr, von einem Fenster des zweiten Stockwerkes eines Hauses fielen rasch nacheinander zwei Schüsse. Der Kaiser wurde durch mehrere Schrotkörner und Rehposten im Gesicht, in den Armen und anderen Körperteilen verletzt, der Wagen wandte um und fuhr langsam nach dem Palast zurück. „Ich begreife nicht, warum immer auf mich geschossen wird", äußerte der Kaiser, als er ins Palais zurückgekehrt war.

Als die Telegramme aus Berlin in Friedrichsruh eintrafen, war Bismarck auf einem weit ausgedehnten Spaziergang und der Chef

der Reichskanzlei, Christoph von Tiedemann, wurde ausgeschickt, die Hiobsbotschaften dem Fürsten zu überbringen:[1]) „Wie ich auf dem Wege nach der Aumühle aus dem Friedrichsruher Park hinaustrat, gewahrte ich den Fürsten, der, von seinen Hunden begleitet, langsamen Schrittes im Sonnenschein über das Feld daherkam. Ich trat auf ihn zu und schloß mich ihm nach kurzer Begrüßung an. Er war in heiterster Laune und erzählte von seinen Wanderungen an diesem Tage und von der wohltuenden Wirkung, die die lange Bewegung in der Waldluft auf seine Nerven gehabt habe. Nach einer kleinen Pause sagte ich: „Es sind einige wichtige Telegramme eingelaufen." Er antwortete im scherzenden Ton: „Sind sie so eilig, daß wir sie hier auf freiem Felde erledigen müssen?" Ich erwiderte: „Leider! Sie enthalten eine empörende Nachricht, es ist wieder auf den Kaiser geschossen worden und dieses Mal haben die Schüsse getroffen, der Kaiser ist schwer verwundet."
Mit einem Ruck blieb der Fürst stehen. Er stieß in heftiger Bewegung seinen Eichenstock vor sich in die Erde und sagte tiefaufatmend, wie wenn ein Geistesblitz ihn durchzuckte: „Dann lösen wir den Reichstag auf." Rasch schritt er nun durch den Park dem Hause zu, indem er sich im Gehen nach den Einzelheiten der verbrecherischen Tat lebhaft erkundigte. Beim Eintritt ins Haus befahl er den Dienern, alles zur Abreise nach Berlin vorzubereiten. Morgen in aller Frühe soll aufgebrochen werden.

Veranlaßt durch alarmierende Nachrichten, die Bismarck auf der Reise nach Berlin zugetragen wurden (Attentate auf den Kronprinzen und den Prinzen Friedrich Karl, Minen unter dem königlichen Schloß), wollte der Fürst wissen, was militärischerseits geschehen sei. Ich mußte mich nach unserer Ankunft in Berlin zum Kriegsminister General v. Kameke begeben und diesen befragen, ob und welche militärischen Anordnungen, namentlich zur Verstärkung der Berliner Garnison für den Fall eines ausbrechenden Straßenkampfes getroffen seien.

Dann erst erkundigt sich Bismarck nach dem Befinden seines Kaisers.

In Berlin angelangt, fuhr ich vom Bahnhof direkt nach dem Kriegsministerium. Der General von Kameke empfing mich sofort und sagte, nachdem ich mein Anliegen vorgetragen, in seiner jovialen Weise berlinisch gesprochen: „I wo! Für allens ist gesorgt. Das ist wie beim Telegrafen. Wenn ich auf diesen Knopp drücke, setzt sich die Spandauer Garnison in Bewegung, so und so viel Bataillone, drück' ich jenen Knopp, so kommen die Brandenburger Bataillone, dann die Frankfurter mit so und so viel Batterien und

---

[1]) v. Tiedemann „Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei" 1910 S. 207 flgd.

endlich die Stettiner und mit den Stettinern kommt Caprivi, und der ist so viel wert wie zehn Bataillone."

„Noch wußte Bismarck nicht das Geringste über den Attentäter, seine Motive, seine Ziele, seine politische Richtung. Aber schon ist er entschlossen, die Sozialdemokratie für das Attentat verantwortlich zu machen und die Gesetzgebung gegen sie in Bewegung zu setzen. Nichts empfindet er von der Verpflichtung des Staatsmannes, erst einmal den wirklichen Tatbestand festzustellen, ehe er den Staat in Aktion treten läßt. Der wirkliche Tatbestand war ihm eben vollkommen gleichgültig. Ihm kam es nur darauf an, wie er sich darstellen ließ, um die öffentliche Meinung aufzupeitschen und jene Erregung zu erzielen, die jede ruhige Überlegung ausschließt. Er wollte ja nicht an Überlegung und Vernunft appellieren, sondern an die blinden Leidenschaften, wie es alle Demagogen seit dem Gerber Kleon getan haben."[1])

Am 3. Juni wurde die folgende Einladung den beteiligten Regierungen übersandt: „In Übereinstimmung mit der Initiative Österreichs, lädt die Deutsche Regierung die Signalmächte von 1856 und 1871 zu einem Kongreß nach Berlin ein . . ."

„Bismarck[2]) sah den Kaiser am 4. abends auf seinem Schmerzenslager und legte ihm die Order wegen der Stellvertretung durch den Kronprinzen vor, die der alte Herr ohne weiteres genehmigte, aber nur mündlich vor Zeugen (den beiden Chefs des Militär- und Zivilkabinetts) bestätigen konnte. Dann ging Bismarck zum heimgekehrten Kronprinzen, um das weitere mit ihm abzumachen. Er ließ mich rufen, als er davon zurückkam, und erzählte nun, im Zimmer auf und ab gehend, seine Eindrücke. Von der Begegnung mit dem Kaiser war er noch so bewegt, daß er, als er davon sprach, dicke Tränen im Auge hatte. Er konnte nicht genug rühmen, mit welcher Seelenruhe und Einfachheit der Kaiser seine Lage aufgefaßt und wie er ihm das vollste Vertrauen geäußert habe für alles, was er zur Führung der Regierungsgeschäfte notwendig finde. Dagegen nahm seine erste Begegnung mit dem Kronprinzen, nach Bismarcks Andeutungen, keineswegs einen so glatten Verlauf. Er sagte, er habe den Prinzen zunächst sehr ‚von oben herab' gefunden und wenig geneigt, auf seine Vorschläge — jedenfalls wegen der Reichstagsauflösung — ohne weiteres einzugehen. Dann sei er, Bismarck, sehr deutlich geworden, und schließlich hätten sie sich in Übereinstimmung getrennt. Bismarck knüpfte daran Bemerkungen über die Persönlichkeit des Kaisers und des Sohnes, die mich an das erinnerten, was ich einst in Biarritz

---

[1]) Dr. Erich Eyck, „Bismarck" Bd. II S. 227.

[2]) von Radowitz a. a. O. II S. 16.

aus seinem Munde, in der Unterredung mit Graf Goltz, zu hören bekommen hatte."
In der Zwischenzeit hatten die in Berlin beglaubigten Botschafter an ihre Regierungen nicht immer freundlich über den gefürchteten deutschen Kanzler berichtet. Lord Odo Russell, sonst ein Verehrer Bismarcks, hatte ihm das Streben nach europäischer Hegemonie für Deutschland nachgesagt und ihm vorgeworfen, den Frieden aus seiner Politik zu verbannen und nicht nur Frankreich zu demütigen, sondern auch die deutschen Kleinstaaten fortfegen zu wollen. Graf Granville, der englische Außenminister, hatte Bismarck „als eine größere Gefahr für den europäischen Frieden, als die Zustände in Frankreich und die Gewalttätigkeit der klerikalen Partei, bezeichnet." Im gleichen Sinne waren die Berichte des Grafen Karolyi, k. u. k. Botschafter in Berlin, an den Grafen Andrassy abgefaßt: „Frankreich zu demütigen, ist doch eigentlich eines der Lebensziele des deutschen Reichskanzlers, und wenn er zur Durchführung seiner Pläne eines neuen Krieges bedürfe, er würde ihn nicht scheuen, aber nur dann aufnehmen, wenn er den Zeitpunkt für geeignet hielte."

Im Gegensatz zu dem Urteil, das Odo Russel über Bismarcks Politik fällte und diese sachlich prüfend, steht das Charakterbild, das Radowitz von Russel entwirft.[1]) „Er hatte bei uns eine besonders gute Stellung und wurde von Bismarck persönlich hochgeschätzt. Odo Russel ist für den Verkehr mit der auswärtigen Welt einer der angenehmsten Engländer gewesen, die es in unserer Zeit gegeben hat: ich kann ihm nur noch Lord Dufferin darin zur Seite stellen. Bismarck, der ihn schon von der Zeit in Versailles her genau kannte, sagte von ihm: „Ich suche immer noch bei Russel ein verstecktes Laster; einen so vollkommen liebenswürdigen und verständigen Engländer kann es gar nicht geben, auch redet er alle Sprachen zu unwahrscheinlich gut, was sonst immer bei dem Engländer Mißtrauen einflößen muß. Er hat, solange seine Beziehungen zu dem leider schon 1884 auf dem Posten in Berlin verstorbenen Botschafter gereicht haben, nie die üble Seite bei ihm ausfindig gemacht, so wenig wie das andere vermochten. Odo Russel war sicherlich kein schöpferischer politischer Kopf, aber das Ideal des guten und brauchbaren Agenten für auswärtige Politik. Bei dem Kongresse hat er sich hinter den beiden anderen diskret zurückzustellen gewußt, diesen jedoch durch seine unerschütterliche Ruhe, seine guten und vertraulichen Beziehungen mit den fremden Kollegen die wertvollsten Dienste geleistet."

Schuwalow deutet in seinen Aufzeichnungen an, daß Deutschland Gortschakows Sympathien für Frankreich hat bezahlen müssen,

---

[1]) von Radowitz a. a. O. II S. 26/27.

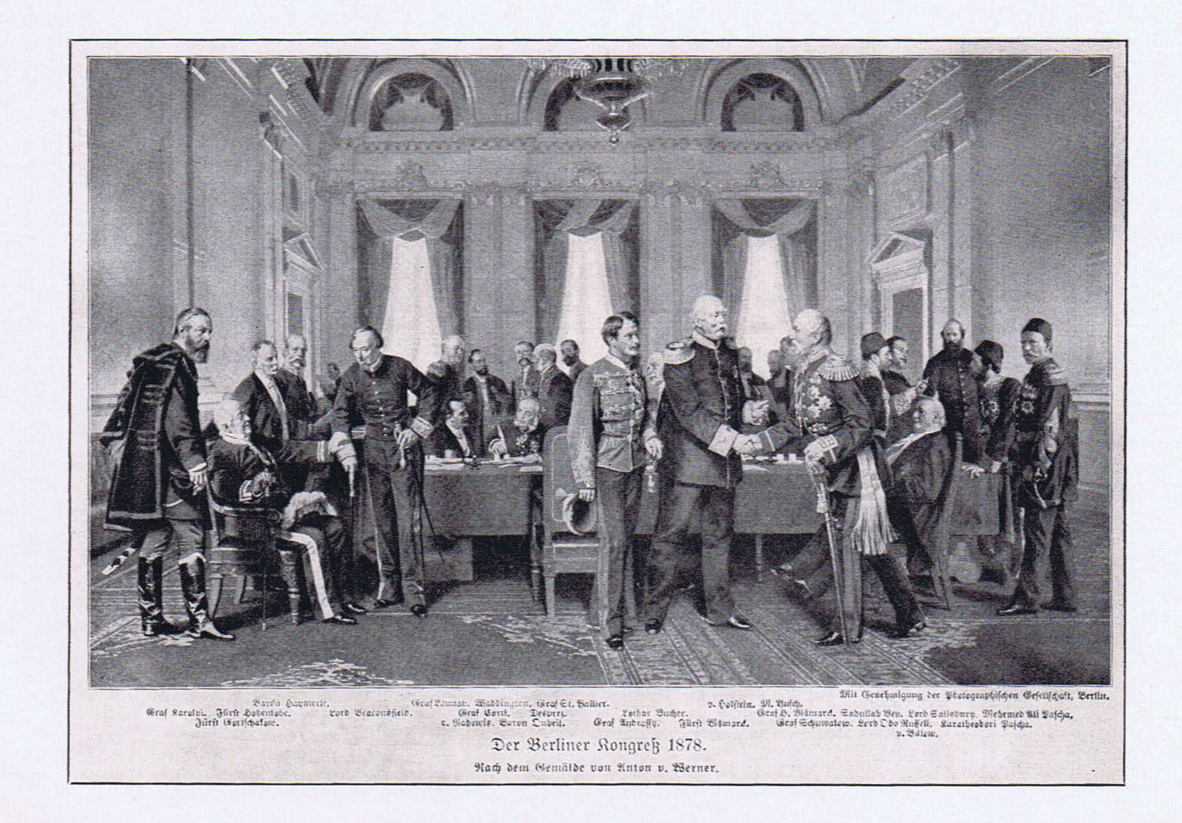
so schreibt er, daß „wir aus unseren guten Beziehungen zu Deutschland mehr Vorteile hätten erzielen können, wenn dem Fürsten Gortschakow, ob mit Recht oder Unrecht, nicht seine Anbandelung mit Frankreich nachgesagt worden wäre, die den Fürsten Bismarck behindern sollte."

Bismarck hatte auf dem Kongreß nur Gegner seiner Persönlichkeit und seiner Politik und einen sehr fragwürdigen Freund, den Vertreter der k. u. k. Monarchie, die im Kalkül der Großmächte keine bedeutende Rolle mehr spielte: es herrschte in Wien allgemeiner Pessimismus. Vor einem Krieg mit Rußland scheuten Regierung, Parlament und die Öffentlichkeit — der hohen Kosten wegen. Man war am Ballhausplatz bereit, alles über sich ergehen zu lassen. . . .

„Andrassy war überzeugt, daß er von Deutschland keine Hilfe erwarten darf, wenn Bismarck merkt, daß in Österreich eine pessimistische Stimmung herrsche und daß man sich auf Gnade und Ungnade Rußlands ergeben müsse. Mehr als natürlich sei es, daß Fürst Bismarck sich in einem solchen Falle hüten werde, für uns einzutreten. Vielmehr könnte mit Bestimmtheit angenommen werden, daß er sich dann mit jener Macht abfinden werde, der unter solchen Umständen früher oder später die Herrschaft im Orient zufallen müsse. Andrassy warnte davor, durch ganz unbegründete Mutlosigkeit sich um die Hilfe Deutschlands zu bringen . . .

„Er wollte auf dem Kongreß in Berlin erscheinen, nicht als ein Baum, der ohne Wurzel, sondern als Vertreter eines Großstaates, der entschlossen sei, für eine unseren Interessen entsprechende Lösung mit voller Entschiedenheit einzutreten. Bei solcher Haltung werde es kein Russe wagen, sich gegen uns in Bewegung zu setzen, um so weniger, als man in St. Petersburg sehr wohl wisse, daß England mit uns sei. Andrassy verwahrte sich dagegen, als wolle er den Krieg um jeden Preis. Vielmehr verfolge seine Politik den Zweck, zu verhindern, daß es zum Kriege komme. Doch vor der Existenzfrage, um die es sich jetzt handle, müssen alle anderen Rücksichten in den Hintergrund treten. Aus diesem Grunde dürfe auch vor der eventuellen Mobilisierung nicht zurückgeschreckt werden."

Dafür brauchte Andrassy Geld. Als er im Ministerrat Zustimmung verlangte, predigte er tauben Ohren. Ehe er sich an die Vertreter aller Parteien wandte, versammelte er die verfassungstreuen Delegierten zu einer vertraulichen Konferenz in seinem Ministerpalais. Als Andrassy ihnen seine Pläne auseinandersetzte, bemerkte der in sein Thema ganz vertiefte Hausherr plötzlich, daß seine Zuhörerschaft nur mehr aus den wenigen Delegierten bestand, die ihm zunächst saßen, und aus einigen Mitgliedern der



Der Berliner Kongreß 1878.

Nach dem Gemälde von Anton v. Werner.

Herrenhausdelegation. Die Verfassungstreuen, unter ihnen in erster Reihe Herbst, Giskra, Kuranda, hatten sich sans adieu in aller Stille fortgeschlichen, um nicht Ja oder Nein sagen zu müssen.
„Der Führer der Verfassungstreuen begriff nicht, daß Andrassy des 60 Millionen-Kredits nur bedurfte, um ohne Krieg zu siegen, um zu drohen, ohne auch nur ein Wort der Drohung auszusprechen.
Am 28. Mai 1878, also etwa zwei Wochen vor Beginn des Berliner Kongresses, bewilligten die beiden Parlamente einen Kredit in Höhe von 60 Millionen Gulden.

„Das hieß noch immer nicht den Krieg wollen. Der Gegner sollte nur wissen, daß wir für alle Fälle Bereitschaft halten. Aus einer Denkschrift Erzherzogs Albrechts wußte Andrassy nur zu gut, daß ein im Spätherbst gegen Rußland unternommener Feldzug für uns wenig aussichtsreich sei. Noch einige Tage vor Eröffnung des Kongresses sagte ihm der Erzherzog, daß, wenn schon der Krieg unvermeidlich wäre, es Aufgabe der österreichisch-ungarischen Diplomatie sei, den Beginn der Feindseligkeiten jedenfalls bis zum nächsten Frühjahr hinauszuschieben, erst zu dieser Zeit könnte ein Feldzug für uns mit Erfolg geführt werden."[1])

Mit diesem „Schwert" in der Hand erschien Graf Andrassy in Berlin.

Am Vorabend des Kongresses traf Lord Beaconsfield mit seinem Gefolge ein, er wurde auf der britischen Botschaft mit den größten Ehren empfangen.

Im Laufe des Abends kam einer seiner Privatsekretäre zu Lord Russel und eröffnete ihm: Lord Odo, wir sind in einer höchst unangenehmen Situation, und es bleibt uns nichts anderes übrig, als zu Ihnen zu kommen mit der Bitte, uns aus derselben herauszuhelfen. Unser alter Chef besteht darauf, seine Rede in französischer Sprache zu halten. Er hat eine furchtbar lange Rede niedergeschrieben, sie auswendig gelernt und gedenkt morgen beim Kongreß damit loszuschießen. Wir werden der Gegenstand des Gelächters für Europa sein. Er spricht „epicier" aus, als ob es sich auf „overseer" reimte, und seine übrige Aussprache steht ungefähr auf derselben Höhe. Wir können ihm das nicht sagen. Vielleicht können Sie uns helfen.

Lord Odo hörte mit gutem Humor diese Klage an und sagte: In der Tat ist es eine delikate Mission, welche Sie mir zu unternehmen zutrauen, aber ich bin ein Freund solcher delikaten Sachen. Ich will sehen, was sich machen läßt. So begab er sich

---

[1]) von Wertheimer III, S. 106/7.

in das Staatsschlafgemach, wo unser ehrwürdiger Bevollmächtigter gerade im Begriff war, die ihm eigenen, sehr umständlichen Toilettenvorbereitungen für die Nacht zu beginnen.
„Mein lieber Lord — begann Lord Odo —, ein schreckliches Gerücht ist uns zu Ohren gekommen." „Wirklich? Bitte, was ist es?" „Wir haben gehört, daß Sie beabsichtigen, Ihre Rede in französischer Sprache zu halten." „Nun, Lord Odo, was wollen Sie damit sagen?" „Nun, wir alle wissen, daß niemand in Europa kompetenter dafür wäre als Sie. Aber alles in allem werden Sie zugeben, daß es doch etwas Gewöhnliches ist, eine französische Rede zu halten. Es sind hier doch mindestens ein halbes Dutzend Kongreßmitglieder, die es, wenn auch nicht ganz so gut, doch fast ebenso gut, wie Sie selbst es machen könnten. Aber andererseits, wer kann eine englische Rede halten wie Sie, das können nur Sie. Alle diese Bevollmächtigten sind von den verschiedenen Höfen Europas hierhergekommen in der Erwartung des größten geistigen Genusses ihres Lebens, den größten lebenden Meister englisch sprechen zu hören. Die Frage für Sie, mein lieber Lord, ist: wollen Sie diese enttäuschen?

Lord Beaconsfield nahm sein Glas ins Auge, fixierte Lord Odo mit seinem Blick und sagte dann: „Da ist viel Wahrheit in dem was Sie sagen; ich werde mir die Sache überlegen." Und am nächsten Tag redete er englisch."

Bald nach der Eröffnung des Kongresses gab Bismarck einen offiziellen Empfang, um dem Vertreter Englands auch persönlich näher zu kommen. Disraeli schrieb am 17. Juni über seine Begegnung mit ihm an die Königin Viktoria: „Ich lauschte seinem im Stil von Rabelais gehaltenen Monolog, endlosen Enthüllungen von Dingen, über die jeder andere den Mund gehalten hätte. Er warnte mich eindringlich, jemals einem Fürsten oder einem Höfling zu trauen. Ich sollte mir nicht einreden lassen, daß seine Krankheit eine Folge des französischen Krieges sei, ihre Ursache sei das schauderhafte Verhalten seines Königs. In seinem Familienarchiv bewahre er die Urkunden auf, die Briefe des Königs, die ihn, nach allen seinen Diensten, des Verrats beschuldigten. In diesem Ton fuhr er fort, bis ich mich genötigt sah, ihm zu sagen: „Von der ‚Doppelzüngigkeit', die nach seiner Behauptung allen Monarchen eigentümlich sei, hätte ich bei der Monarchin, der ich diene, nichts gemerkt, sie sei offen und gerecht, und alle ihre Minister liebten sie."

Am gleichen Tage berichtete er an Lady Bradford über seinen Eindruck, den er von Bismarck hatte: „Er, Bismarck überragt alles. Er

---

[1]) von Radowitz a. a. O. II, S. 20.

ist — glaube ich — sechs Fuß 4, verhältnismäßig stark, mit einer feinen und sanften Stimme und einer besonders sorgfältigen Aussprache, die eigenartig und seltsam mit den furchtbaren Dingen kontrastierten, die er sagte, die einen förmlich erbleichen machten durch ihren Freimut und ihre Kühnheit. Er ist hier vollkommen der Alleinherrscher, alle Preußen — hoch und niedrig — und alle ständig in Berlin anwesenden fremden Diplomaten zittern vor seinem Zorn und reißen sich um sein Lächeln. Er überhäuft mich mit Freundlichkeiten und gestern mußte ich ihm versprechen, vor meiner Abreise noch einmal ganz allein mit ihm zu speisen, obwohl er oft in Gedanken beschäftigt ist, mit einer plötzlichen Parlamentsauflösung in der Tasche oder einem Krieg mit den Sozialisten, von denen er täglich Hunderte gegen alles Gesetz ins Gefängnis wirft."

In den Auseinandersetzungen zwischen England und Rußland auf dem Kongreß, wußte Disraeli Bismarck hinter sich. Als Sieger im Streit um die Herrschaft im östlichen Mittelmeer telegrafierte er am 23. Juni nach London: „Rußland unterwirft sich und nimmt den englischen Plan für die europäische Grenze des Reiches und seine militärische und politische Beherrschung durch den Sultan an." Was das wirkliche Hauptziel des englischen Premierministers auf dem Berliner Kongreß war, hat er erst später nach seinem Rücktritt zugegeben: „Nächstdem, daß wir eine erträgliche Regelung für die Pforte erreichen wollten, war unser großes Ziel, den Bund der drei Kaiserreiche zu sprengen und für immer unmöglich zu machen, und ich behaupte, daß niemals ein umfassendes diplomatisches Ergebnis vollständiger erzielt worden ist. Natürlich, das steht nicht in den Protokollen . . ."

Genau vier Jahre nach dem Kongreß, am 12. Juni 1882, erinnerte Bismarck im Reichstag das deutsche Volk an seine Mannestreue: „Ich hatte 1877 das Gefühl, ich wäre berechtigt zu gehen. Es ist mir damals die Erlaubnis dazu versagt worden, und es kam darüber das Jahr 1878. Nachdem ich dort meinen Herrn und König nach dem Attentat in seinem Blute habe liegen sehen, da habe ich den Eindruck gehabt, daß ich dem Herrn, der seinerseits seiner Stellung und Pflicht vor Gott und den Menschen Leib und Leben dargebracht und geopfert hat, gegen seinen Willen nicht aus dem Dienste gehen kann. (Bravo rechts.) Das habe ich mir stillschweigend gelobt, und das ist der alleinige Grund, warum Sie mich überhaupt hier noch sehen, das einzige Fleisch und Blut meines alten Herrn, dem ich geschworen habe, dem ich anhänge und den ich liebe."

Fürst Bismarck hat keinen Zeitungsvertreter zugelassen, geschweige denn selbst empfangen; eine vielbesprochene einzige Ausnahme machte er mit dem „Times"-Vertreter. Ein Augenzeuge berichtet über diese politisch einflußreiche Persönlichkeit:[1]) „In der Kongreßzeit machte sich in Berlin eine sonderliche Figur bemerkbar: klein, dick, mit kurzen Beinen, glattrasiertem Unterkinn, rundem Gesicht, schwarzen, flatternden Backen- und Knebelbart. Wer war er? Des Mannes früheres Leben wurde mit einer romantischen Hülle umkleidet und man teilte nur mit, daß er aus Blowitz in Böhmen gebürtig sei, Oppert heiße und sich von Blowitz nenne. Noch in jugendlichem Alter stehend, sei er nach Frankreich gezogen und in der Blütezeit des zweiten Kaiserreichs Professor fremder Sprachen und der Literatur am Marsailler Lyceum geworden. Nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges ließ von Blowitz sich naturalisieren und gehörte Anfangs zu den „moblots" des Departements Drone."

Er wurde nach Überwindung mancherlei Abenteuer zuerst Hilfs- und 1876 Haupt-Korrespondent der „Times" in Paris. Das englische Weltblatt schickte ihn als seinen Vertreter zum Kongreß nach Berlin. Hier war er ungemein rührig, gewann Zutritt zu den hervorragendsten Staatsmännern, die der Kongreß dort zusammengeführt hatte . . . Es war die Erinnerung an einen von Herrn Oppert herrührenden Alarmruf aus dem Jahre 1875, daß Fürst Bismarck ihn aufsuchte oder sich von ihm aufsuchen ließ.

Oppert-Blowitz leitete seine Mitteilungen über seine Unterredungen mit dem Fürsten Bismarck durch eine Charakteristik ein, die er mit der Kritik zusammenstellte, welcher der von ihm interviewte Professor Dr. Virchow über Fürst Bismarck fällte. Die Tatsache, daß Fürst Bismarck das Auftreten des Fürsten Gortschakow im Jahre 1875 mit solcher Bitterkeit aufgenommen hatte, wurde von dem „Times"-Korrespondenten in folgender Weise motiviert.[2])

„Fürst Bismarck verachtet nicht, wie man wohl gesagt hat, die Menschen im Allgemeinen, aber er glaubt nicht an große Menschen. Er ist der Ansicht, daß berühmte Politiker, welche sich über die Köpfe der gewöhnlichen Sterblichen erheben, ihren Ruf dem Zufall und unvorhergesehenen Umständen verdanken, und er lächelt skeptisch, sobald einer dieser Namen vor ihm genannt

---

[1]) Die Darstellung ist im Jahre 1887, als Bismarck noch im Amt war, erschienen, sie stammt von einem Zeitgenossen, der sich „ein Offiziöser" nannte, und da der Kanzler sie, die Darstellung, nicht beanstandet hat, dürfte sie der Wahrheit entsprechen oder ihr doch nahe kommen.

[2]) „Aus der Wilhelmstraße, Erinnerungen eines Offiziösen", Berlin 1887, S. 297 flgd.

wird. Mit einer tiefen Achtung vor der Geschichte fühlt er, daß er die vorherrschende Gestalt des Zeitalters ist, und er glaubt nicht, daß die Geschichte ihm jene Handlungen zum Vorwurf machen kann, die das Andenken eines Mannes verdunkeln.
Es kümmert ihn wenig, daß man ihn beschuldigt, hart und unversöhnlich zu sein, seine Gegner unbarmherzig vernichtet, die Größe seines Vaterlandes durch das Opfer Tausender von Menschenleben beeinträchtigt, die Entwicklung der Freiheiten seines Landes verzögert zu haben, skeptisch im Herzen, reaktionär im Handeln zu sein, den unverständigen Stolz zu besitzen, daß er allein berufen sei, das Schicksal einer Nation zu lenken, sich in jeden Konflikt zu stürzen, ohne vor Gewalttätigkeiten zurückzuschrecken.
Er vergibt denen nicht, welche versuchen, ihn in den Augen der Geschichte zu verkleinern. Er hat es dem Fürsten Gortschakow auch nicht vergeben, daß dieser ihn im Jahre 1875 für fähig hielt, die von den preußischen Militär-Autoritäten gegen Frankreich ausgesonnenen Pläne zu unterstützen.
Als ich am Ende meiner Unterredung mit ihm bemerkte, daß Europa auf den Frieden rechnete, sobald es wußte, daß e r ihn wünsche, griff er die Phrase begierig auf, um auf den Schreckschuß (1875) hinzuweisen und jede Mitschuld an demselben entschieden abzulehnen. Mit dem Fürsten Gortschakow wollte er nicht abrechnen und Deutschland sprach er von dem unverantwortlichen Plan, der Europa schreckte, frei. Er sagte:
„Ich würde nicht den Frieden gewünscht haben, wenn ich der Bösewicht gewesen wäre, zu welchem Gortschakow mich 1875 machte. Die ganze Geschichte, welche damals Europa erschreckte und welcher ein Brief in der „Times" ein so lautes Echo gab, war nichts als ein von Gortschakow und dem damaligen französischen Botschafter in Berlin ausgedachtes Komplott. Es war ein Komplott zwischen Gontaut-Biron und Gortschakow, welcher begierig war, von den französischen Blättern Lob zu ernten und der „Retter Frankreichs" genannt zu werden. Ich erklärte dem russischen Kanzler: „Sie werden sicher nicht viel Grund zur Beglückwünschung haben, für das, was Sie getan haben, indem Sie unsere Freundschaft für eine leere Genugtuung riskierten. Ich habe Ihnen jedoch gesagt, daß ich ein guter Freund mit Freunden und ein guter Feind mit Feinden bin. Und Gortschakow hat dies, während er in den letzten Jahren in der orientalischen Affaire engagiert war, herausgefunden. Wäre die Affaire von 1875 nicht gewesen, so würde er nicht dort sein, wo er ist und er würde nicht die politische Niederlage erlitten haben, welche er soeben erfahren."

Bernhard von Bülow, der spätere Reichskanzler, damals jüngster Attaché, erinnert sich des Herrn Blowitz noch über vier Jahr-

zehnte so gut, daß er dessen Photographie in seine „Erinnerungen" (4. Band) aufgenommen hat. Bülow schreibt über ihn:
„Als er während des Berliner Kongresses bald die persönliche Spannung zwischen Bismarck und Gortschakow erkannt hatte, rieb er publizistischen Pfeffer in die ihm erfreuliche Wundstelle und legte bei der Wiedergabe seiner einmaligen Unterredung mit Bismarck, die er nach und nach zu einem wahren Bandwurm von Korrespondenzen in der „Times" verarbeitete, dem deutschen Reichskanzler unfreundliche, ja boshafte Äußerungen über Gortschakow in den Mund.

Persönliche Empfindungen politisch einflußreicher Personen mögen sie nun Staatsoberhäupter oder Minister, Deputierte oder Publizisten sein, ihre Sympathien oder Antipathien, vor allem ihre Rankünen waren immer von erheblichem Einfluß auf die Beziehungen der Völker zueinander und damit auf die Gestaltung ihrer Zukunft. Sie werden es auch bleiben, denn der Mensch ist im Grunde immer der gleiche, mag er sich auf dem Parkett der Höfe bewegen oder es vorziehen, abends auf seiner Stammkneipe bei einer kühlen Blonden mit einer Strippe, einen Skat zu dreschen."

Daran hat Bismarck nicht geglaubt und deshalb Gortschakow seine Überlegenheit fühlen lassen. Der erste Vertreter der Türkei, Caratheodory, berichtet über mehrere Fälle: Abgesehen von persönlichen Höflichkeitsbezeugungen durch Bismarck, könne er sich keiner Gelegenheit erinnern, daß der deutsche Kanzler irgendeine spezielle politische Bevorzugung des russischen Kanzlers gezeigt habe. Jener dagegen in seiner Eigenschaft als Senior der großen europäischen Zusammenkunft von Diplomaten, hätte gern ein wenig Weihrauch von seiten Bismarcks in Gegenwart der anderen Teilnehmer bekommen. Letzterer habe dies wohl gewußt, habe aber Gortschakow jede Einbildung in dieser Beziehung vertreiben wollen. So habe z. B. einmal, als ein Türke reden wollte, der russische Kanzler auch ums Wort gebeten. Bismarck habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß der Türke zuerst komme. Gortschakow habe aber darauf bestanden, vor jenem zu reden; trotzdem der Türke einverstanden gewesen sei, habe es Bismarck nicht zugelassen. Der Russe habe mit solchem Ärger seine Papiere und seine Brille auf den Tisch geworfen, daß sie auf der anderen Seite hinuntergefallen seien.

Gleich in der ersten Sitzung und außerhalb, vor der Tagesordnung, verlangte Disraeli als erste Bedingung für jede weitere Verhandlung die Zurückziehung der russischen Truppen aus den besetzten türkischen Gebieten. Gortschakow protestierte, aber der

englische Premierminister blieb halsstarrig. Die „bulgarische Frage", die einige Tage später beraten werden sollte, steigerte die Gegensätze bis zur Kriegsgefahr, denn Disraeli erklärte sich entschlossen, von Berlin abzureisen, wenn die Russen in Bezug auf Bulgarien nicht vollständig nachgeben würden; sein Privatsekretär Corry (der spätere Lord Rowton) war beauftragt, den Extrazug aus Köln auf Sonntag, den 23. Juni früh, zu bestellen. Disreali habe als Grund angegeben:[1])

„Am Sonntag abend möchte ich in London ankommen, am Montag zur Königin gehen, und danach wird die Kriegserklärung an Rußland erfolgen."

„Bismarck suchte seinen englischen Kollegen auf und wurde davon überzeugt, daß es diesem mit dem Kriege gegen Rußland ernst sei, wenn seine Forderungen nicht unbedingt angenommen würden. Zu dieser Überzeugung habe wesentlich beigetragen, daß Bismarck von der Bestellung des Extrazuges Kenntnis erhalten habe. Nach der darauf folgenden Kongreßsitzung (also der vom 22. Juni) habe Beaconsfield ihm gesagt: „Ich habe erlebt, was ich nie zu erleben glaubte: Rußland hat in allen Punkten nachgegeben . . . Dies wurde dem Eingreifen von Bismarck zugeschrieben, der übrigens genau gewußt habe, daß die Russen unter Umständen es auf den Krieg mit England ankommen lassen wollten."

Graf Andrassy berichtet über diesen Teil der Verhandlungen:[2])
„Die Russen erlitten, ungeachtet ihres Einspruches, in der Frage der Ausdehnung und Begrenzung eine Niederlage. Der Kongreß beschnitt das Bulgarien des Friedens von San Stefano fast um ein Drittel. Selbst dieses verkürzte Bulgarien wurde noch vom Ägäischen Meere abgedrängt und ihm am Schwarzen Meere Varna als einziger verwendbarer Hafen zugesprochen. Der dem Kongreß vorgetragene persönliche Wunsch des Zaren, Rumelien von türkischen Truppen frei zu wissen, wurde nicht erfüllt."

Radowitz rühmt die „unglaubliche Mühe", die Bismarck aufwendet, „um eine Verständigung zu erzielen." „Aber", fährt er fort, „sehen wir auch schon jetzt, daß er von russischer Seite wenig Anerkennung dafür ernten wird. Bereits fangen die spitzen Redensarten von der Erniedrigung Rußlands durch den Kongreß an, herumgetragen zu werden. Und daran sollen wir schuld sein, da wir selbtsredend den ganzen Frieden von St. Stefano, womöglich noch mehr, gegen Europa für Rußland hätten durchsetzen müssen. Gortschakow ist eifrig dabei, das Odium der hiesigen

---

[1]) von Radowitz a. a. O. II, S. 45.
[2]) von Wertheimer a. a. O. III, S. 115.

Zugeständnisse auf Schuwalow abzuladen, respektive auf Bismarck . . ."

Bülow schreibt, rückblickend in einem anderen Zusammenhang über Bismarcks Haltung gegenüber dem Kongreßmitgliedern und — deren Auswirkung:[1])

„Es ist schmerzlich zu denken, daß trotz solcher Meisterschaft der Leitung der Berliner Kongreß alles in allem unsere Gesamtlage verschlechtert und unsere Zukunft nicht vorteilhaft beeinflußt hat. Das war vor allem auf die senile Empfindlichkeit und Eitelkeit von Gortschakow, aber auch auf dessen schlechte Behandlung durch Bismarck zurückzuführen. Besonders ungünstig wirkte in dieser Beziehung ein Interview, das Bismarck auf Betreiben des seit jeher russophoben Holstein dem für die Dauer des Kongresses nach Berlin entsandten „Times"-Korrespondenten in Paris, Herrn Blowitz, bewilligte."

Schuwalow berichtete über Bismarcks Verhandlungstaktik: „Der Fürst führte die Verhandlung mit der bekannten militärischen Knappheit. Meine Sache wurde durch diese Methode, sie hatte den Zweck, seine Kräfte zu schonen, wesentlich verschlechtert. Er wollte die ihn langweilenden, ins Einzelne gehenden Erörterungen der bulgarischen, montenegrinischen und anderer Fragen, „Kram dieser Leute", wie er es nannte . . ., nicht hören.

Es liegt kein Beweis dafür vor, daß Bismarck die Rolle des „ehrlichen Maklers" durchgeführt hat. Ein Makler ist ein Vermittler, der den beteiligten, hier Staaten, seine „guten Dienste" anbietet, er tut nicht mehr als zur Einleitung von Verhandlungen zwischen den Streitbeteiligten oder zur Wiederaufnahme von Verhandlungen erforderlich ist. Die Leitung des Kongresses trat aber diktatorisch auf und nicht nur das.

Bismarck zeigte für die noch halb barbarischen Völker des Balkan eine viel zu große Verachtung, als daß er den Serben, Bulgaren, Mazedoniern und Griechen dasselbe Recht auf freie Entfaltung und einheitliche nationale Zusammenfassung hätte zubilligen können, das er für die Deutschen erkämpft, den Italienern zugestanden, den Polen aber verweigert hatte."

Gortschakow meldete am 2. Juli 1878 aus Berlin nach Petersburg, daß die Haltung Bismarcks weit entfernt von der sei, die Rußland im Jahre 1870 eingenommen habe. Der allgemeine Eindruck, den er vom Kongreß mitnehmen werde, sei der, daß es eine Illusion wäre, noch länger auf das Dreikaiserbündnis zu rechnen. Dazu schrieb der Zar an den Rand: „Das ist auch meine Meinung."

---

[1]) Bülow IV, 444.

Ähnlich äußerte sich der russische Botschafter in Konstantinopel, einer der Hauptmacher des Friedens von San Stefano, den Schuwalow während des Kongresses zum Berichterstatten und Einholen der Wünsche des Zaren hatte hinordnen lassen:[1]) Man hat gesehen, wie sehr, besonders Bismarck, der „ehrliche Makler", unter der Maske des Interesses für die Sache Rußlands im Grunde doch nur die Österreicher und die Engländer, mit denen sich zu verbünden er sich bereits überlegt hatte, unterstützte. Er hat sie für stärker und eine Verbindung mit ihnen deshalb für nützlicher angesehen als mit den Russen. — —

Radowitz behauptet von diesem Diplomaten: „Er war ein gescheiter Kopf und der bekannte Redakteur des russischen auswärtigen Ministeriums, für das er schon seit Jahrzehnten seine Feder führte, so daß ihn Gortschakow nicht mehr entbehren konnte. Als orientalischer Spezialist und Helfershelfer in San Stefano machte er ein trauriges Gesicht zu allen Beschneidungen, die das Werk, an dem er in der ersten Auflage mitgearbeitet hatte, sich jetzt gefallen lassen mußte."

Neben Radowitz und Bucher gehörte der junge französische Botschaftssekretär Graf de Mouy dem Sekretariat des Kongresses an. In seinen „Erinerungen" schildert er die Behandlung der Fragen, an deren wohlüberlegter Behandlung Millionen Menschen interessiert waren, einmal so:

„Der Kongreß gab oder verweigerte Serben und Türken dies oder jenes Gebiet mit derselben erhabenen Gleichgültigkeit für die Bitten oder Beschwerden des Einen wie des Andern. Er behandelte die Bevölkerung des Balkans lediglich als Objekt seiner Tätigkeit. Er wollte ihr natürlich nicht bewußt Unrecht zufügen, aber ihr Wohlergehen war nicht Selbstzweck, sondern stets dem Interesse der Großmächte untergeordnet."

„Der Kongreß näherte sich seinem Ende. Fürst Bismarck, der nach Kissingen zur Kur fahren wollte, wünschte baldigen Abschluß und fragte mich täglich, ob hinsichtlich der asiatischen Grenze eine Einigung zwischen England und Rußland erzielt sei. Ich verständigte ihn davon, daß Fürst Gortschakow diese Verhandlungen in seine Hände genommen; dasselbe sagte ich dem Marquis Salisbury, der mich ebenfalls zur Eile mahnte. Letzterer antwortete mir voller Entsetzen: „Aber mein teurer Graf, Lord Beaconsfield kann diese Verhandlungen gar nicht führen, er hat noch nie eine Karte von Kleinasien gesehen." Bei mir dachte ich, daß unser Bevollmächtigter genau in der gleichen Lage sei. Schließlich erklärte Fürst Bismarck uns, daß er, wenn wir in

[1]) Botschafter in Berlin d'Oubrit (von Radowitz a. a. O. II, S. 25).

24 Stunden nicht fertig seien, den Vorsitz einem anderen übergeben und nach Kissingen abfahren werde. Wenige Stunden später erfuhren wir zu unserer Freude, daß Lord Beaconsfield und Fürst Gortschakow sich geeinigt hatten.

Diese letzte, der asiatischen Frage gewidmete Sitzung, hatte feierlichen Charakter, hing doch von ihrem Ausgang Krieg oder Frieden in Europa ab. Bismarck forderte die beiden Bevollmächtigten auf, nebeneinander Platz zu nehmen und den Inhalt ihres Abkommens darzulegen. Beide setzten sich und jeder entrollte vor sich eine für diesen Fall speziell gezeichnete Karte. Wir standen in einer Gruppe hinter ihnen. Der Fürst trat heran und ich begriff sofort, welches Mißverständnis jetzt erfolgen werde. Auf der Karte des Fürsten Gortschakow war nur eine Grenzzeichnung, nämlich die von San Stefano und der Fürst erklärte wichtig, daß „Mylord sie schon angenommen habe." Letzterer beantwortete jedes Wort des Fürsten lakonisch mit „no, no . . ." und zeigte auf seiner Karte die Linie, mit der er sich einverstanden erklärt hätte. Und zu meinem größten Erstaunen war diese Linie mit allen ihren Ausbuchtungen gerade die, mit der wir uns im äußersten Fall einverstanden erklären durften.

Jeder der beiden Bevollmächtigten bestritt die Behauptungen des anderen. Der Streit begann sich zuzuspitzen. Ohne auf den anderen zu hören, bestand jeder auf seiner Karte. Plötzlich stand Fürst Gortschakow auf und mit aller Kraft meine Hand pressend, sagte er mir: „Hier ist Verrat im Spiel, die Engländer haben die Karte unseres Generalstabes."

So war es auch: der russische Generalstab hatte Gortschakow zwei Karten mitgegeben, auf der einen Karte waren die Maximal-, auf der anderen die Minimalgrenzen eingezeichnet. Die zweite Karte war russisches Staatsgeheimnis.

Nach der Sitzung erfuhr ich, daß Fürst Gortschakow am Abend vorher eine Karte von Kleinasien verlangt hatte. Ihm wurde die Geheimkarte mit den zwei Grenzzeichnungen zugeschickt. Er zeigte sie Lord Beaconfield und überließ sie ihm auf einige Stunden, damit auch Marquis Salisbury Einblick nehmen konnte. Als die Engländer die im Vergleich zu der Grenze von San Stefano zurückgesetzte Linie erblickten, machten sie sich diese zu eigen und übertrugen sie auf ihre Karte.

Graf Schuwalow hat nach dem Kongreß sein Urteil über Bismarck zwar sehr vorsichtig abgewogen, aber doch so deutlich geändert, daß es schon hier stehen soll:

„In Rußland ist viel Häßliches geredet worden über die Rolle, die Fürst Bismarck auf dem Kongreß gespielt hat, man zieh ihn der Undankbarkeit im Hinblick auf die Unterstützung, die Preußen

1870 von Rußland erfahren habe. Gewiß, Fürst Bismarck wollte sich unseretwegen mit niemand verfeinden und er war schon in den Abschnitt seiner Politik eingetreten, wo er Österreichs Freundschaft höher einschätzte als unsere. Man muß indessen in Betracht ziehen, daß der nach Berlin entsandte Hauptbevollmächtigte (Gortschakow) sich dem Fürsten gegenüber gewissermaßen schuldig gemacht hatte (was bei dem Charakter des deutschen Kanzlers von ungeheurer Bedeutung war). So ist es ungerecht, ihm, wie das in Petersburg geschah, eine feindselige Haltung Rußland gegenüber zuzuschreiben. Denn tatsächlich, vom Beginn der orientalischen Krise an, bemühten wir uns, ihn zum Verteidiger unserer Interessen zu machen, wobei wir ihn allzuoft an die ihm geleisteten Dienste erinnerten. Psychologisch war das ein Fehler. Denn jedesmal, wenn Österreich sich anschickte, das Bündnis zu verlassen und uns im Verein mit England Schwierigkeiten zu machen, wandten wir uns an ihn mit der Bitte, Österreich zurückzuhalten. Er war es, der sich bei den ersten feindseligen Schritten gewissermaßen zum Verteidiger des von allen übrigen Mächten verurteilten Krieges machte: seine damalige Haltung ließ uns voraussetzen, daß er uns absichtlich in diesen Krieg getrieben habe. Unter seinem Protektorat wurde der Versuch mit dem Berliner Memorandum gemacht; schließlich war es auch seine Initiative, der wir die Einberufung des Kongresses verdankten usw. Mit einem Wort, wir wandten uns zu häufig an ihn. Auch glaube ich, daß wir aus unseren guten Beziehungen zu Deutschland mehr Vorteile hätten ziehen können, wenn dem Fürsten Gortschakow, ob zu Recht oder Unrecht, nicht eine Anbandelung mit Frankreich nachgesagt worden wäre, die den Fürsten Bismarck behindern sollte."[1])

Die Russen, die den Krieg gegen die Türken zur Befreiung christlicher Völker aus der Türkenherrschaft geführt und in diesem Krieg gesiegt hatten, verließen den Kongreß als — Besiegte. „Am meisten", schreibt Radowitz, „wird in Rußland räsoniert werden, nachdem man in Sicherheit ist und keinen neuen Krieg zu fürchten braucht. Schon jetzt hören wir es hier von den Reise-Russen, daß Schuwalow ein Verräter ist und wir als Feinde mehr wie als Freunde gehandelt haben. Einige Zeit kann es noch dauern, ehe man dort zur Einsicht kommen wird, daß jetzt keine Ursache mehr zum Krieg a outrance, la derniere goutte de sang pour la sainte cause und so weiter war und man zweckmäßiger Geld und Blut aufspart. . . . Fünf Jahre mindestens, glaube ich, wird die jetzt geschaffene Lage vorhalten können. Vielleicht machen dann die Griechen eine neue Konferenz notwendig. Jetzt aber haben wir

---

[1]) „Berliner Monatshefte" Juli/August 1938.

Europa vom Krieg bewahrt und den Weg gezeigt, auf dem man auch in Zukunft ohne Kampf sich einigen könnte. Das ist der Gewinn des Kongresses: zum ersten Male hat ein solches europäisches Werk einem großen Kriege vorbeugen können. Die anderen Kongresse kamen erst zustande, nachdem sich die Mächte schwer geschädigt hatten, oder es sind die europäischen Kämpfe aus ihnen hervorgegangen. . . ."

Es war anders und ist anders gekommen.

Am 13. Juli war Abschieds-Galadiner im Königlichen Schloß. „Diesmal war der Toast für den Kronprinzen schon zeitig von uns (mir und Busch) aufgesetzt: „Die Tätigkeit der versammelten Staatsmänner", hieß es in der Ansprache, „ist eine neue Bürgschaft für den Frieden und für das allgemeine Wohl. Der Beistand Deutschlands ist im voraus allem gesichert, was darauf abzielt, diese großen Wohltaten zu sichern und zu erhalten. Im Namen Seiner Majestät trinke ich auf das Wohlsein der Souveräne und Regierungen, deren Vertreter an dem denkwürdigen Datum dieses Tages unterzeichnet haben: den Vertrag von Berlin."

„Ich saß neben Herbert Bismarck. In gehobener Stimmung und mit stolzem Ausdruck sagte er zu mir: „Das ist heute ein großer Tag. Heute vor vier Jahren schoß der elende Böttchergeselle Kullmann aus einem Terzerol auf meinen Vater und verwundete ihn am rechten Handgelenk. Heute hat mein Vater den Berliner Vertrag unterzeichnet.
1814 fand der Europäische Kongreß in Wien statt. 1856 wurde der Pariser Friede unterzeichnet. Jetzt erlebten wir den Berliner Kongreß und heute den Berliner Frieden. Prost, mein alter Bülow!"[1])

Der Berliner Kongreß (England und Österreich-Ungarn unterstützt von Bismarck) hatte das Drängen des russischen Imperialismus unter Alexander II. nach Konstantinopel (Mittelmeer) aufgehalten und damit zunächst einen „Waffenstillstand" in den englisch-russischen Beziehungen zugunsten Englands im östlichen Mittelmeer erzwungen.

Beaconsfield und Gortschakow verließen Berlin am 14. Juli.

Gortschakow war sofort nach Petersburg gefahren, um Schuwalow beim Zaren zuvor zu kommen. „Der lebensfrohe Graf verzögerte seine Abreise von Berlin, weil er, wie so manche Russen", erzählt Bülow weiter „mehr als gut der Aphrodite pandenos huldigte. Bei seinen abendlichen Spaziergängen auf der Friedrichstraße, die er so ungeniert unternahm, daß er von der Berliner Polizei in diskreter Weise überwacht wurde, damit ihm keine Unannehmlichkeiten zustießen, hatte er die Bekanntschaft einer gefälligen Schö-

[1]) Bülow IV, 450.

nen gemacht, aus deren Armen sich loszureißen ihm schwer wurde. So kam es, daß Gortschakow vor ihm in Petersburg beim Zar Alexander II. eintraf. Wie im alten plattdeutschen Märchen war der Swinegel schneller zur Stelle als der Hase. Mein Freund, der russische Flügeladjutant, Baron von Ungern-Sternberg, hat mir mehrere Jahre später das Wiedersehen zwischen Peter Schuwalow und dem Zaren geschildert. „Ich hatte an diesem Tage Dienst. Peter Schuwalow trat in glänzender Stimmung, mit erhobenem Haupt, ein freudiges Lächeln auf den Lippen, in das Adjutantenzimmer und bat, ihn bei Seiner Majestät anzumelden. „J—ai remporte un beau sucees", sagte er zu mir. „Le Traite de Berlin est conforme aux vrais interets de la Russie. J'ai sauve la paix qui est assuree pour long temps sur la base d'excellents rapports avec l'Allemagne, l'Angleterre, la France, l'Autriche, avec toutes les puissances. Notre auguste Maitre sera content de moi."

Graf Schuwalow wurde vorgelassen, die Audienz dauerte nur zehn Minuten, aber sie hatten den alten Diplomaten völlig verändert. Bülow läßt seinen russischen Freund weiter erzählen: „Wenn die Szene nicht so tragisch gewesen wäre und, wie ich überzeugt bin, ein Unglück für mein russisches Vaterland und für die Welt, so würde ich den Grafen Peter Schuwalow mit einem begossenen Pudel vergleichen. Er war ganz außer Fassung, totenbleich. Mit bebender Stimme und allen Zeichen tiefster Entrüstung flüsterte er mir zu: „Jai ete calomie d'une maniere infame aupres de Sa Majeste. C'est le vieux Gortschakow, ce vieillard pourri et mechant, qui m'a joue ce sale tour."

Ich werde nie den Ausdruck ehrlichen Zorns und tiefer Empörung vergessen, der aus den Worten, dem Mienenspiel des Grafen Peter Schuwalow sprach. Das Ganze war eine Szene, die auf der Bühne und von guten Schauspielern aufgeführt, eines Bombenerfolges sicher gewesen wäre. Das ist die Schilderung, die mir Baron Ungern-Sternberg von dieser Szene gab", schließt Bülow.

In Petersburg zogen sich Gewitter zusammen. Die Tinte unter dem Vertrag von Berlin war noch nicht trocken, da hielten bereits die russischen „Slawenkomitees" im ganzen Reich Versammlungen ab, um gegen die Niederlage in Berlin zu protestieren. In Moskau erklärte der alte Zeitungsherausgeber Absakow, der die öffentliche Meinung in Rußland machte: „Der Kongreß ist eine freche Beschimpfung dessen, was Rußland gewollt hat, man hat Rußland eine Narrenkappe mit Schellen aufgesetzt. Der Kongreß ist eine offenbare Schmähung Rußlands, ein krankhaftes Betrügen und Irreführen des eigenen Gewissens, eine Verschwörung gegen das Russenvolk unter Beteiligung seiner eigenen Vertreter, eine Ohrfeige für Rußland. Rußlands Diplomatie ist gefährlicher als der

Nihilismus, der seit dem Attentat der Wjera Sassulitsch auf General Trepow am 5. März in Rußland Orgien feiert."

Die „Times" schürte das russische Feuer, um den sehr empfindlichen Zaren gegen Bismarck einzunehmen: „Der Vertrag ist in gewissen Beziehungen, wie Bismarck sagt, sein eigener Vertrag und der Kanzler hat ein natürliches Interesse daran bewahrt, seine volle Ausführung zu sichern. Es ist beachtenswert, daß, so eng auch seit einem halben Jahrhundert die Beziehungen zwischen Rußland und Preußen gewesen sind, doch, so oft während dieser Verhandlungen ein bestimmter Gegensatz zwischen den Ansprüchen der westlichen Mächte und Rußland im Orient hervorgetreten ist, Deutschland unter dem Einfluß des Fürsten Bismarck schließlich den Ausschlag zu Gunsten des Westens gegeben hat."

Die russischen Diplomaten besaßen, als sie nach Berlin kamen, einen starken Trumpf, nämlich die versteckte Gegnerschaft der Kabinette in London und Wien über die Regelung der Einflußsphären auf dem Balkan. Bismarck versöhnte die beiden Rivalen und schlug damit den Russen diesen Trumpf aus der Hand.

„Der Ausgang des Berliner Kongresses hatte dem erwachten nationalen Bewußtsein Rußlands einen Schlag versetzt, den es viele, viele Jahre nicht verwinden konnte. Die ganze Empörung, alle Pfeile der Petersburger und Moskauer Presse richteten sich gegen das Bismarcksche Deutschland und je energischer der deutsche Botschafter General von Schweinitz bei dem den Fürsten Gortschakow vertretenden Herrn von Giers vorstellig wurde, daß die russische Presse „an die Kandare genommen werde", desto leidenschaftlicher wurde der Gedanke verfochten, daß nur der Haß Bismarcks gegen Gortschakow Rußland der Früchte seines Sieges beraubt habe."[1])

„Die schwierigste Aufgabe fiel Andrassy zu", schreibt sein Biograph,[2]) „als er die Zustimmung des Kongresses zur Besetzung der beiden türkischen Provinzen durchzusetzen hatte. Gerade vom deutschen Kanzler durfte er ausgiebige Unterstützung erwarten, da ja gerade dieser uns stets zur Erwerbung der beiden türkischen Provinzen ermuntert hatte. Andrassy verlangte dann auch von Bismarck, daß er das britische Kabinett zu einer Aktion bei der Pforte zugunsten des österreichisch-ungarischen Projektes veranlassen solle . . . Bismarck zögerte wirklich nicht, die Betätigung seines Einflusses in London zur Befriedigung unserer Wünsche in Aussicht zu stellen. Er hatte noch wenige Tage vor der Eröffnung des Kongresses dem k. u. k. Botschafter in einer vertraulichen

---

[1]) S. M. v. Propper, Chefredakteur der „Birschewyja Wedomosti" in „Was nicht in die Zeitung kam" (1929), S. 67.

[2]) von Wertheimer III, S. 123 flgd.

Unterredung erklärt, daß er an der Zustimmung des Kongresses an Österreich-Ungarn zur Besetzung der beiden Provinzen nicht zweifle.
Der englische Vertreter, Lord Salisbury, stellte den Antrag, der Kongreß werde beschließen, daß Bosnien und die Herzegovina durch Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet würden."

Graf Schuwalow zu dem auf dem Kongreß anwesenden serbischen Ministerpräsidenten, späteren Regenten, Ristitsch:[1])

„Der eigentliche Urheber der Okkupation ist Bismarck gewesen, denn er hat den Grafen Andrassy bei der Zusammenkunft in Salzburg bewogen, seinen Widerstand gegen die Okkupation aufzugeben und sich dem Wunsche seines Herrschers und der militärischen Kreise zu fügen, wofür zweifellose Beweise vorhanden sind."
Graf Andrassy (Sohn) schrieb (in den „Erinnerungen" seines Vaters an Bismarck), über die k. u. k. Politik auf dem „Berliner Kongreß":
„Zum Vorteile der Monarchie gereichte damals der Umstand, daß durch das Vorgehen Andrassys ein erheblicher Teil des Odiums für die Vorgänge auf dem Kongreß auf Bismarck fiel. So wird also die Konzeption Bismarcks, ein sich auf die russische Freundschaft stützender Dreibund, zum großen Glück der Monarchie nicht bloß deshalb unhaltbar, weil das Verhältnis zwischen Wien und St. Petersburg sich verschlechterte, sondern auch deshalb, weil die russisch-deutsche Freundschaft erschüttert wurde. Ja, Rußland macht für sein Berliner Fiasco in erster Linie Bismarck verantwortlich. Bismarck, den berühmtesten, den einflußreichsten Staatsmann, den Vorsitzenden des Kongresses, den Hausherrn. Und verschärft wird der Groll der Russen noch dadurch, daß Bismarck ihnen ihrer Ansicht zufolge verbunden ist, daß sie also in seiner Haltung Undankbarkeit erblicken."

Es gab aber nur einen wirklichen Sieger in Berlin, und das war der englische Premier Lord Beaconsfield, er kehrte als Triumphator nach London zurück:
Der Bahnhof von Charing Cross war mit Fahnen in den Farben aller am Kongreß beteiligt gewesenen Nationen dekoriert; Palmen, Berge von Geranien, schmückten die Perrons und die Zugänge; Rosengirlanden schlangen sich um alle Pfeiler. Eine ungeheure Menge stand wartend bereit. Als der Premierminister aus dem Wagen stieg, wurde er von den Herzögen von Northumberland, von Sutherland, von Abercorn, von Bedford, vom Lordmajor und den Sheriffs von London begrüßt. Auch John Manners war da und Sir Robert Peel, der Sohn des großen Mannes. An

[1]) Ristitsch „Diplomatische Geschichten Serbiens (1875—1878)" Bd. II S. 251/52 (serbischer Ministerpräsident).

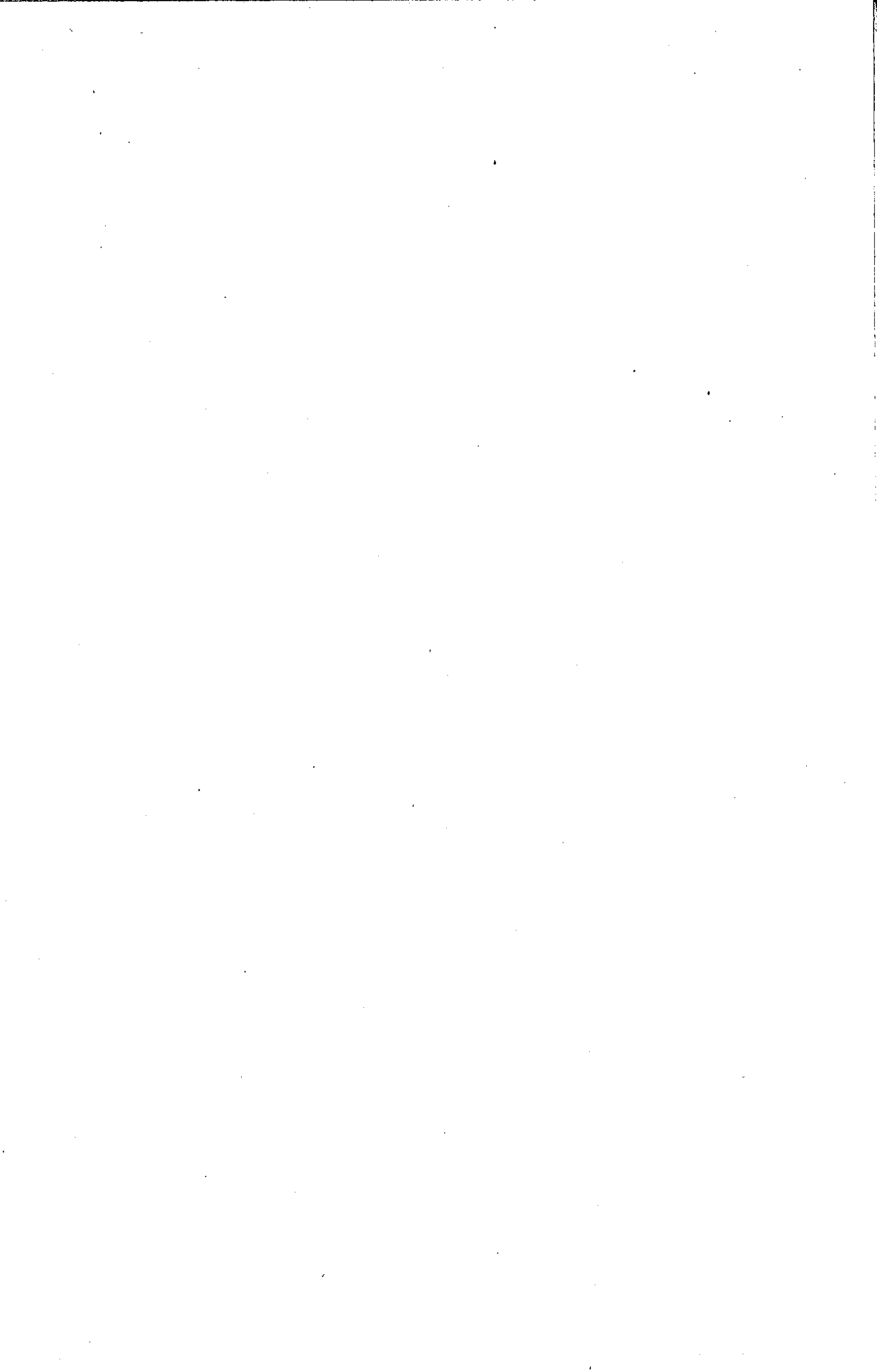
Lord Salisburys Arm durchschritt der Greis mühsam ein doppeltes Spalier von Peers, Peresses und Parlamentsmitgliedern.
Am Bahnhofsausgang empfing ihn ein ungeheurer Jubel. Trafalgar Square war ein Meer von Köpfen. Man schwenkte Hüte und Taschentücher. Die Frauen warfen Blumen in den Wagen. In Downing Street, die ganz in Rot drapiert war, fand Lord Beaconsfield ein riesiges Blumengewinde vor, das die Königin geschickt hatte. Da die Beifallskundgebungen kein Ende nahmen, mußte er mit Salisbury auf dem Balkon erscheinen. Er sagte zu der Menge: „Wir haben euch, wie ich glaube, den Frieden im Verein mit der Ehre gebracht."
Einige Tage später empfing er in Osborne, vor der Königin knieend, das blaue Band des Hosenbandordens. „Das ganze Land, groß und klein", hatte sie ihm geschrieben, „ist begeistert, außer Mr. Gladstone, der wie ein Verrückter tobt."
Am 17. Juli schrieb sie in ihr Tagebuch: „. . . Lord Beaconsfield ist gerade angekommen. Er sah gut aus, war in bester Stimmung und hatte viel zu erzählen. Zuerst seien die Schwierigkeiten sehr groß gewesen. Bismarck sei zwar sehr preußisch, aber ein ungewöhnlicher Mensch, mehr originell und eigenartig, rede frei und unbekümmert über alles, freue sich darüber, daß wir Zypern genommen, weil wir da wirklich Wertvolles gewonnen hätten Gortschakow sehr alt (80), verhutzelt und passee, Andrassy habe Angst vor Bismarck gehabt, sei aber ehrlich mit uns gegangen. Die Russen seien über Zypern sehr verärgert, wenigstens alle außer Schuwalow. Einmal mußte Lord Beaconsfield drohen, den Kongreß zu sprengen, und sogar bekanntgeben, sein Sonderzug sei bestellt, damit setzte er den Punkt durch, dem sich die Russen widersetzen wollten."
Beaconsfield hatte „place with honour" gebracht. König Leopold[1]) von Belgien gratulierte zu diesem großen Triumph der englischen Politik. „Ich sehe", sagte Beaconsfield in seiner Oberhausrede, „daß alle Mächte durch den Vertrag befriedigt sind und keine durch ihn gedemütigt wird. Nehmen Sie die beiden Kriegführenden, zuerst Rußland, so ist kein Zweifel, daß die Entscheidungen des Kongresses in Berlin Rußland gezwungen haben, die wichtigsten Eroberungen, die es in Europa gemacht hatte, fahren zu lassen. Doch wurde zu gleicher Zeit gebührende Rücksicht auf die militärische Ehre dieser großen Macht genommen, und es wurde das in den Händen Rußlands gelassen, was man einem Sieger, dessen Armee sogar bis an den Pforten der Hauptstadt des Gegners standen, nicht verweigern kann. Der geschlossene Friede ist eine

[1]) Deutscher Prinz, russischer Offizier, verheiratet mit einer Engländerin, König von Belgien und Berater der Queen.



Fürst Alexander Michaelowitsch Gortschakow
1798—1883

1865—82 russischer Außenminister, 1870—82 Reichskanzler



mächtige Schranke für die Ruhelosigkeit militärischen Ehrgeizes in Rußland."

Gortschakow hat die diplomatische Niederlage, die ihm Bismarck auf dem Berliner Kongreß bereitet hatte, so lange er noch lebte, nie verwunden. Das dunkelste Blatt in seiner dienstlichen Laufbahn hat er im Jahre 1883 den „Berliner Vertrag" genannt. Darauf wurden in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" offiziös Dichtung und Wahrheit veröffentlicht:

„Wenn Fürst Gortschakow diese Äußerung wirklich getan hat, dann muß er danach die Verantwortung für dieses sogenannte „dunkelste Blatt seiner dienstlichen Laufbahn" tragen, da die Berufung des Kongresses lediglich auf das Verlangen Rußlands geschah. Der Reichskanzler Fürst Bismarck war damals eben in der Genesung von einer sehr schweren Krankheit, die ihn Ostern 1878 befallen hatte, und erklärte sich außerstande, zu der Verwirklichung dieses russischen Wunsches die Hand zu bieten, weil ihm die Beteiligung an den Geschäften körperlich unmöglich sei. Das wiederholte, bestimmte Verlangen Rußlands, unterstützt durch Bezugnahme auf die persönlichen Wünsche des Kaisers Alexander II., welchem der Reichskanzler jederzeit dankbare Anhänglichkeit bewahrt hatte, vermochte den Fürsten Bismarck, sich im Widerspruch mit ärztlichem Rat Gewalt anzutun und auf jede Gefahr hin den ihm gegenüber geltend gemachten russischen Interessen und dem Frieden seine Dienste zu widmen, soweit das seine Gesundheit gestattete.

Fürst Gortschakow war damals leitender Minister des Kaisers Alexander, und es ist kaum möglich, daß dies dringende Verlangen nach Berufung des Kongresses ohne seine Zustimmung und Mitwirkung zum Ausdruck hätte gelangen können. Das russische Kabinett selbst übernahm es, direkt die Zustimmung Englands zu dem Kongreß zu gewinnen, während die deutsche Diplomatie versprach, ihren Einfluß bei den übrigen Mächten für Annahme des Kongresses geltend zu machen, sobald die Zustimmung Englands sichergestellt wäre. Letzteres geschah mit Erfolg durch den russischen Botschafter in London im Auftrage des damals russischen Reichskanzlers Fürsten Gortschakow, worauf dann die Einladung zum Kongreß vom deutschen Kabinett an sämtliche beteiligten Mächte erging. Dies ist der historische Tatbestand. Es ist nützlich, denselben von Zeit zu Zeit wieder herzustellen — angesichts der Bestrebungen eines gewissen Teils der russischen Presse, den Berliner Kongreß als ein für Rußland beklagenswertes Ergebnis deutscher Politik zu bezeichnen, während derselbe russischen Wünschen entsprang und ausschließlich die Folge russischer Bemühungen gewesen ist."

Es handelt sich nicht um die Einberufung des Kongresses, die außerdem auf Andrassys Wunsch hin erfolgt ist, sondern um die Leitung, um seine Tätigkeit als „ehrlicher Makler" ausschließlich und allein. Das machte die „Nowoje Wremja" geltend und sie fand ihre Behauptung bestätigt, daß Bismarck aus persönlicher Feindschaft gegenüber Gortschakow die traditionelle russisch-deutsche Freundschaft zerstört habe.
Disraeli stürzte im Jahre 1880, zwei Jahre nach seinem großen Erfolg in Berlin. „Der Kongreß war ein Sieg Disraelis, ein anglo-österreichischer Sieg über Rußland, der die russische Wut gegen Deutschland lenkte."[1])
Als die Königin ihm in der Abschiedsaudienz die Herzogwürde anbot, lehnte er ab, weil ihm die Nation ihr Vertrauen entzogen habe. Nur um einen Gnadenbeweis bat er: um die Peerswürde für Montague Corry. Also wurde Corry Lord Rowton, eine Ehrung, wie sie einem Privatsekretär noch nie zuteil geworden war. „Ähnliches hat man nicht mehr erlebt", sagten eifersüchtige Stimmen, „seit Kaiser Caligula sein Pferd zum Konsul machte."

Gegen Ende März 1881 erkältete er sich, das Bett wurde diesmal zum Sterbelager. Vor seinem Hause wartete die Menge auf Nachricht über sein Befinden. Die Königin verfolgte ängstlich die Krankheit ihres treuesten Ratgebers und telegrafierte täglich.
Am 19. April gegen 2 Uhr morgens, stellte der Arzt das nahende Ende fest.
Die Königin ließ ihm in der Kirche seines Wohnsitzes auf ihre Kosten ein Denkmal setzen mit der Inschrift: „Dem teueren und ehrenvollen Andenken an Benjamin Grafen von Beaconsfield ist dieses Denkmal gewidmet von seiner dankbaren Souveränin und Freundin Viktoria R. J."

Fürst Gortschakow war ein Jahr später, 84 Jahre alt, aus dem Amt geschieden und bald darauf in Baden-Baden gestorben. Bülow widmete ihm einen realistischen Nachruf:[2]) „Er war bis zuletzt ein lasterhafter Greis, eine unter allen Verhältnissen unerfreuliche Erscheinung. Er hatte schon während des russisch-türkischen Krieges in Bukarest dadurch Anstoß erregt, daß er jeden Abend in einem „Café chandant" den Obszönitäten französischer Chansonetten applaudierte. Gortschakow wurde in Baden-Baden vom Tode im Bett einer Dienerin der Venus vulgivaga ereilt. Das erschrockene Mädchen stürzte zur Polizei, die begreiflicherweise Aufsehen und Skandal vermeiden wollte. Es wurde verfügt, daß die Leiche des russischen Altkanzlers unauffällig in den von ihm bewohnten Gasthof überführt werden sollte. Man legte also den

---

[1]) Kaiser Wilhelm II., „Ereignisse und Gestalten" S. 278.
[2]) Bülow a. a. O. IV S. 363.

Leichnam in einen großen Korb und deckte ihn mit schmutziger Wäsche zu. So traf die sterbliche Hülle im Hotel ein, und der Pope der orthodoxen Kapelle konnte nun seines Amtes walten."

Die Ehrung des englischen Premiers durch Königin, Volk und Parlament mußte Bismarck überzeugen, daß der russische Gegenspieler Gortschakow sich hereingelegt fühlte. Die Annektion von Elsaß-Lothringen sicherte Bismarck seit 1871 den nie ruhenden Revanchegedanken Frankreichs, wenige Jahre später wurde gewiß, daß Rußland einstmals der gegebene Verbündete Frankreichs werden mußte.

Der alte Bleichröder hatte die Wahrheit gesagt: „einen wirklich ehrlichen Makler gibt es nicht."

Graf Andrassy mußte es wissen: „Bismarck schwamm im österreichischen Fahrwasser."

Die Anhäufung fremder und so vieler Nationalitäten ist dem Habsburgerstaat später zum Verhängnis geworden, denn sie leitete eine Orientpolitik ein, die die Ehre engagierte, ohne die Macht zu haben, sie aufrecht zu erhalten.
Die Bestimmungen des Berliner Vertrages riefen in Bulgarien die größte Aufregung hervor. Man hatte damit gerechnet, daß der Einheitstraum endlich in Erfüllung gehen werde. Niemand hatte gedacht, daß es jemand wagen würde, gegen den Willen Rußlands die bulgarischen Angelegenheiten ohne Rücksicht auf die geschichtliche Vergangenheit des Volkes und unter Nichtachtung der ethnografischen, Religions- und Kulturverhältnisse willkürlich zu ordnen. Nicht weniger empört als die Bulgaren waren die zahlreichen russischen Offiziere und Beamten, welche in Bulgarien zunächst noch zurückblieben. Man hielt die in der Zerstückelung Bulgariens liegende Vergewaltigung Rußlands für das Werk Englands, das sich der Hilfe Bismarcks dabei bedient hatte.

„Die Folgen der allgemeinen Aufregung waren überall ausbrechende Unruhen, die sich gegen die vom Berliner Kongreß auf der Landkarte als Grenzen gezogenen bunten Striche richteten.
Große Schuld trugen daran die damals vorhandenen mangelhaften Karten, nach denen die Grenzen bestimmt worden waren, weil die darin bezeichneten Orte, Wasserscheiden usw. in Wirklichkeit zum Teil anders lagen und anders verliefen, als die Karte angab — aber auch das willkürliche Zerschneiden der altgewohnten Verwaltungsbezirke.
In San Stefano war ein Groß-Bulgarien mit 4½ Millionen Einwohnern auf 164 000 qkm gebildet und daraus in Berlin ein Klein-Bulgarien (1 850 000 Einwohner auf 64 300 qkm) gemacht worden, und das noch „unter der Oberherrlichkeit Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans."

Der Berliner Vertrag teilte, was volkstümlich zusammengehörte, in zwei Teile, aber er vereinigte (Artikel 43 bis 47) die beiden Donau-Fürstentümer Moldau und Walachei zu einem selbständigen Fürstentum Rumänien, dessen Fürst Karol (Prinz von Hohenzollern) als anerkannter Gegner Rußlands gestärkt werden sollte.
So glaubte man das europäische Gleichgewicht hergestellt, jenes Gleichgewicht, das 36 Jahre später einige in Sarajewo abgefeuerte Pistolenschüsse erschütterten.

Rußland mußte auf Großbulgarien und damit auf eine Vorherrschaft auf der Balkanhalbinsel verzichten, die Meerengen blieben verschlossen.

NACHSPIEL

Auf eine Anfrage des deutschen Kronprinzen vom 29. Oktober 1878, ob nicht gegen das slawische Komitee als Urheberin der Deutschenhetze einzuschreiten wäre, läßt Bismarck am 2. November auf Friedrichsruh durch das Auswärtige Amt antworten:
„Es würde ein Triumph unserer Staatskunst sein, wenn es uns gelänge, das orientalische Geschwür offen zu halten und dadurch die Einigkeit der anderen Großmächte zu vereiteln und unseren eigenen Frieden zu sichern."
Der badische Staatsminister Franz von Roggenbach schrieb in seinem Sylvesterbrief 1879 an den General und Minister von Stosch, beide erbitterte Gegner Bismarcks:
„Ich fürchte, die nächsten 12 Monate werden uns in der Lage des leichtsinnigen und übermütigen Schuldenmachers finden, dem die verfallenen Wechsel seiner eigenen Torheit präsentiert werden. Das ganze Kartenhaus unserer angeblich dominierenden europäischen Stellung, von dem wir auf dem „Berliner Kongreß" einen so kläglichen und unverständigen Gebrauch gemacht haben, bröckelt langsam ab und zeigt uns in einer sehr gefährlichen Lage. Der kühne Griff nach einem Strohhalm in der österreichischen Allianz hindert nicht, daß wir eben doch nur nach einem Strohhalm gegriffen haben, nicht nach einer festen Stütze . . .
Die Rekonstruktion des Dreikaiserbundes scheint mir bei dem Haß, der in Petersburg gegen Bismarck vorwaltet, sehr schwer, auch wenn der Kaiser wollte. Die Opfer, die gezahlt werden müßten, würden zu teuer sein. Jedenfalls müßte der viel gefeierte, sogar gemalte „Berliner Kongreß" dann ebenso feierlich an den Pranger gestellt werden, was doch hart für Bismarck sein würde. Frankreich bezahlt als Preis für die Russische Allianz die Zerstörung des Berliner Kongreßwerkes, dieses Prachtstückes politi-

---

[1]) Franz von Roggenbach „Im Ring der Gegner Bismarcks" 1943 S. 205 flgd.

scher Unfähigkeit, wie Bismarck bisher Rußland mit den Fetzen des Pariser Vertrages von 1856 gekauft hatte. Die Folge ist, daß wir uns den beiden Nachbarn in Ost und West gegenüber mit Österreich allein auf der Mensur befinden und wenig Hoffnung haben dürfen, mehr als eine notdürftige Passivität kleiner Nachbarn zu erzielen."

Nach weiteren zehn Jahren, Ende Juni 1889, faßte Roggenbach sein Urteil im Brief an Stosch noch schärfer dahin zusammen, daß „die Unaufrichtigkeiten und Täuschungen auf dem „Berliner Kongreß" letzten Endes uns zu einem allgemeinen Krieg führen können. Ich fand diese Politik immer schändlich und voller Gefahren für die Zukunft. Auch in einer Räuberbande muß Kommando und Disziplin sein."

„Es war klar", schrieb die Nation,[1]) „daß wir entweder einen schwersten Fehler begingen, indem wir Rußland unsere Karte auf dem Kongreß nicht zeigten — wie Fürst Bismarck in seiner Rede es nannte, — oder daß wir, da uns ein solcher Fehler nicht zuzutrauen ist, die Existenz der Türkei für wichtig genug gehalten haben, um sie trotz der Gefahr, ein französisch-russisches Bündnis heraufzuschwören, zu fördern.

In Wirklichkeit ist die ganze internationale Lage der Welt durch diese unserer auf und seit dem Kongreß zu Rußland und der Türkei eingenommene Haltung bestimmt worden. Wir haben uns durch die Nichtunterstützung Rußlands den russischen Haß in einem Grade zugezogen, daß wir, um seine glühenden Ergüsse zu stauen, zum Abschluß eines deutsch-österreichisch-italienischen Bündnisses genötigt gewesen sind. Wir haben die französische Revancheidee, die sich in den ersten acht Jahren nach dem Kriege verhältnismäßig schüchtern hervorwagte, in den zweiten acht Jahren, seit unserer Aufgabe der russischen Interessen auf dem Kongreß, zu einer düsteren Drohung heranwachsen sehen, der nur noch die richtigen Menschen zur Verwirklichung fehlen . . ."

Bismarcks unbedingt ergebener Chronist schrieb ein Jahrzehnt nach dem Kongreß und zu Lebzeiten seines Helden:[2]) „Die Pressefehde dauerte noch viele Jahre hindurch, aber es blieb so, wie es das russische Sprachrohr, die ‚Nowoje Wremja' festgestellt hatte: ‚Unsere Bevollmächtigten zum Kongreß kehrten nach Hause zurück mit einem auf immer vernichtetem Ansehen. Selbst ein so hoch im Ansehen stehender Mann wie Fürst Gortschakow verlor dabei seine Popularität. Rußland konnte nicht glauben, daß auf russische Mattherzigkeit alles zurückzuführen sei, man warf die Schuld auf Deutschland, und dieses verlor von diesem Augenblick

---

[1]) „Die Nation" am 4. September 1886.

[2]) Dr. Robolsky „Bismarck und Rußland" 1888 S. 207/8.

an alle Sympathien, die sich in das Gegenteil verkehrten. ‚Der ehrliche Makler hat uns betrogen', so hieß es in jeder Tonart."

Die Geschichte der Balkanvölker ist seit 1878 die Geschichte ihrer Befreiung vom „Berliner Vertrag". Von ihm bis zu den Schüssen in Sarajewo, bis zur Katastrophe von 1914/18, führt ein zwar verschlungener, aber ein Weg, der sicher nachgewiesen werden kann.

Bismarck hatte das Vertrauen Rußlands verspielt und das Englands nicht gewonnen. Diejenigen, die an eine Vorsehung glauben, werden sie anklagen, weil sie den Kaiser Friedrich III. 30 Jahre zu früh sterben und seine politisch hochbegabte Frau 30 Jahre zu früh von der politischen Weltbühne abtreten ließ.

Bismarck veränderte die auf dem Wiener Kongreß gezeichnete Karte Europas, er zerriß auch die im Vertrag von San Stefano festgelegten Grenzen und damit die Freundschaft Deutschlands mit Rußland.

Der Schwager des Zaren Alexanders II., Prinz Alexander von Hessen, war, während der Kongreß tagte, von Petersburg nach Darmstadt reisend, Ende Juni in Berlin eingetroffen. Er besuchte den noch kranken alten Kaiser, der mit verbundenem Kopf im weißen Schlafrock im Lehnstuhl sitzend, ihn sehr freundlich empfing. Der Prinz blieb nur wenige Minuten, ging dann zu Fürst Bismarck und fand, daß der Kanzler sich einen „Schmerbauch zugelegt hat und nur mühsam unter fortwährendem Schlucken spricht." Bismarck betont: die Erhaltung des „Dreikaiserbundes" sei die einzige Garantie der Zukunft, namentlich der Revolution gegenüber, und kommt dann auf die Anschläge zu sprechen, die sich in der letzten Zeit auch in Rußland ereignet hätten. Damals war gerade die russische Nihilistin Wjera Sassulitsch, die den Stadthauptmann von Petersburg, General Trepow, aus Rache für Mißhandlungen eines verhafteten Studenten ihrer Partei schwer verwundet hatte, trotz ihres Geständnisses von einem Geschworenengericht freigesprochen worden. Bismarck bedauert, daß Zar Alexander seinen Nihilisten gegenüber nicht energischer sei. Die Geschworenen hätten sofort nach Sibirien geschickt werden sollen und die zwölf Senatoren, die die Freisprechung billigten, ebenfalls fortgejagt werden müssen.

Der Prinz von Hessen hatte am 30. Juni mit den Grafen Andrassy und Schuwalow in einem Berliner Restaurant gespeist und Schuwalow die Rede auf den Sohn des Prinzen gebracht, dessen Anwartschaft auf den bulgarischen Thron er ganz plötzlich aufstellte. Tags darauf suchte der Prinz Andrassy auf, der ihm zusagte, deswegen bei Franz Joseph und England anzuklopfen: „Der Kaiser von Österreich wäre bereit, die Beziehungen zu Rußland wieder freundlich zu gestalten. Das klang wie Hohn inmitten eines

Kongresses, der auf dem besten Wege war, Rußland ernstlich zu schädigen, Schuwalow hätte es in Berlin wirklich schwer und Prinz Alexander berichtet darüber nach Petersburg: „Der Arme tat einem leid, wie er da zwischen dem unglaublichsten Imstichlassen durch England und dem schlechten Willen Österreichs-Ungarn stand, mittelmäßig unterstützt von Bismarck und gar nicht von Waddington und Corti. Neben ihm die illustre Ruine Gortschakow und der unfähige d'Oubril, überdies belagert durch die Kleinen mit dem großen Appetit!" Prinz Alexander verläßt Berlin noch vor dem Ende des Kongresses mit dem Gefühl, dort eine „Gesellschaft von waghalsigen Spielern am Roulettetisch gesehen zu haben."[1])

Bismarck war am 15. Juli 1878 nach Bad Kissingen abgereist, das Volk hatte ihm zugejubelt, dem erfolgreichen Staatsmann, der Deutschland in wenigen Jahren an die Spitze aller europäischen Staaten geführt hatte. In diesen Tagen war Graf Schuwalow in Petersburg; die Hofgesellschaft und besonders die russischen Generale machten ihm den Aufenthalt in der Heimat so schwer, daß er nach der überstürzten Regelung einiger Privatangelegenheiten sofort auf seinen Botschafterposten nach London zurückkehrte. Er unterbrach seine Reise in Berlin und suchte das Auswärtige Amt auf. Von Radowitz berichtete darüber am 8. August an Bismarck:[2]) „Graf Schuwalow hat sich auf der Durchreise zwei Tage hier aufgehalten. Über seine Eindrücke aus St. Petersburg hat er mir nachstehende Einzelheiten erzählt, mit der Bitte, dieselben als ganz vertrauliche Mitteilungen zu betrachten, nur zur persönlichen Kenntnisnahme Eurer Durchlaucht bestimmt:

„Graf Schuwalow fand bei seiner Ankunft in Petersburg den Kaiser niedergeschlagen, verbittert über die Ergebnisse des Kongresses. Nicht in Form von Berichten, aber durch Privatbriefe habe Fürst Gortschakow, unterstützt durch Oubril, fortgesetzt seine individuelle Kritik der Kongreßarbeiten zur Kenntnis des Kaisers gebracht und damit jene Verstimmung hervorgrufen, die ihm nunmehr bei Seiner Majestät entgegengetreten.

Der Kaiser habe im ganzen die Kongreßtätigkeit als die europäische Koalition gegen Rußland bezeichnet, unter Führung des Fürsten Bismarck. Er habe ferner gesagt: „Der Gewinn ist allein für Österreich", das war die Absicht der deutschen Politik, und er, Graf Schuwalow, sei von Anfang an die dupe des Fürsten Bismarck gewesen."

---

[1]) Corti „Fürst Alexander von Bulgarien" S. 299.

[2]) A. A. III, S. 3 flgd.

Graf Schuwalow war in keiner befriedigten Stimmung, er sah auch angegriffen aus und verlangt nach Erholung. Für Eure Durchlaucht trug er mir die wärmsten Empfehlungen auf."

Fürst Bismarck versah diesen Bericht mit der folgenden Randbemerkung: „Diese Fehler und die Verantwortlichkeit Gortschakows für dieselben, öffentlich zu beleuchten, wird die Aufgabe unserer Presse sein, wenn die russische sich derselben versagt. Die Verdunkelung jener Fehler ist uns schädlich, und muß deshalb verhütet werden. Gortschakow ist eine Calamität für Rußland und für dessen Freunde, deren bester Wille nicht hinreicht, um die Folgen seiner Thorheiten gut zu machen. Was man darüber schreibt, muß aber höflich und wohlwollend für Rußland, besonders den Kaiser sein. Letzteres war befähigt, Besseres zu erreichen, wenn seine auswärtige Politik seit 3 Jahren geschickter geführt wurde, die Fähigkeit Freunde mißtrauisch zu machen, Gegner zu reizen, ohne die Mittel zu deren Bekämpfung zu haben oder bei Freunden zu gewinnen, hat Gortschakow in hohem Grade bewiesen. Bei Frankreich hat er gebettelt, Österreich ungeschickt und uns mit Überhebung behandelt. Mit diesen Worten kann das natürlich nicht öffentlich gesagt werden, Sie geben nur das mit Grazie zu variirende Thema in kürzester Fassung."

Das war einen Monat nach dem „Berliner Kongreß". Genau ein Jahr nach diesem Bericht hatten sich in Petersburg die Beschwerden der russischen Vertreter in der Grenz-Kommission über ihre deutschen Kollegen gehäuft.

Bismarck war nicht geneigt, für den gestrauchelten, in Ungnade gefallenen russischen Diplomaten, Verbündeten im Kampf gegen Gortschakow, in Petersburg etwas zu versuchen. Bismarcks Hoffnung, Gortschakow zu stürzen und Peter Schuwakow an seiner Stelle zu sehen, hatte sich nicht erfüllt und deshalb wurde dieser fallen gelassen. Erst zwanzig Jahre zuvor, am 2. Mai 1857, hatte Bismarck an seinen Freund und Wegbereiter, an den General Leopold von Gerlach geschrieben: „Sympathien und Antipathien in Betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen . . . es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient." Und am 11. desselben Monats: „Ich habe auf die Frage, ob ich russisch oder westmächtlich sei, stets geantwortet, ich bin preußisch und mein Ideal für auswärtige Politiker ist die Vorurteilsfreiheit, die Unabhängigkeit der Entschließungen von den Eindrücken der Abneigung oder Vorliebe für fremde Staaten und deren Regenten."

Als nach dem Krieg von 1866 Kaiser Franz Josef den bisherigen sächsischen Ministerpräsidenten, Grafen von Beust, zu seinem

Außenminister gemacht hatte, blieb Bismarcks Haltung gegenüber Österreich äußerst kühl. Das Verhältnis änderte sich erst, als Beust Botschafter in London und Graf Andrassy sein Nachfolger wurde. „Wieder läßt sich als stärkster Impuls ein ganz persönlicher Umstand feststellen: die ehrliche Bewunderung Andrassys für Bismarck. Zu den ungarischen Emigranten, zu denen Graf Andrassy gehörte, hatte Bismarck bekanntlich schon als Gesandter in Paris Beziehungen angeknüpft, die er auch später pflegte.
Es ist sicher kein Zufall, daß mit dieser Annäherung Bismarcks an Österreich eine Abkühlung seines freundschaftlichen Verhältnisses zu Rußland zeitlich zusammenfällt — auch sie nach Bismarcks eigener Schilderung eine Folge persönlicher Momente, nämlich der Eifersucht Gortschakows, eines Staatsmannes mehr vom Schlage Beust's als vom Schlage Bismarcks."[1])

„Der ungebührliche Anteil persönlicher Stimmungen an den Beziehungen großer Reiche ist für ihn nichts Neues. Außer den schädlichen Folgen der Eifersucht Gortschakows erwähnt Bismarck selbst wiederholt die russenfeindliche Haltung des Wiener Kabinetts in den fünfziger Jahren, als das Ergebnis einer Kränkung der Eitelkeit des Grafen Buol durch Kaiser Nikolaus. An solchen documents humains ist die Geschichte aller Zeiten reich genug. Der unmerkliche Einfluß des Verhältnisses zwischen Gortschakow, Schuwalow und Bismarck auf den Verlauf des Berliners Kongresses gehört in dieses Kapitel."[2])

---

[1]) Arnold Senfft von Pilsach „Aus Bismarcks Werkstatt" Cotta 1808 S. 37.
[2]) Ebenda, Seite 51.

DIE GEBURT DER WELTKRIEGE

„Der Staatsmann kann nie selber etwas schaffen, er kann nur abwarten und lauschen, bis er den Schritt Gottes durch die Ereignisse hallen hört; dann vorzuspringen und den Zipfel seines Mantels zu fassen. Das ist alles."

Bismarck

Die russische Diplomatie hatte die Rolle Bismarcks auf dem Berliner Kongreß als „Ohrfeige" für ihr Land, mithin auch für den Zaren bezeichnet. Weniger als ein Jahr später erteilte der Zar dem deutschen Reichskanzler die Antwort, die deutsche Diplomatie nannte sie eine „Briefohrfeige".[1]) Sie war von Bismarck herausgefordert worden, also verdient und sie führte zum Bündnis Bismarcks mit Österreich-Ungarn und damit — zum ersten Weltkrieg. Wäre Bismarck auf dem Berliner Kongreß tatsächlich ein „ehrlicher Makler" gewesen, oder wenigstens geworden, dann hätte der Zar den Brief an seinen Onkel, an Kaiser Wilhelm, nicht zu schreiben und Bismarck nicht zu befürchten brauchen, daß der Zar ihn stürzen wolle, so daß er sich im Interesse seiner Machtstellung gezwungen fühlte, den Kampf um sie auch mit dem Zaren aufzunehmen. Weil Bismarck in dem Brief aber einen Angriff auf seine persönliche Vormachtstellung in Europa gesehen hat und als den Versuch, das Vertrauen seines alten Kaisers in die deutsche Außenpolitik zu erschüttern, schlug er mit Keulenschlägen zurück, rettete damit zwar seine Stellung, aber er zertrümmerte auf dem Wege über Wien — Deutschland.

Man steht vor einem Rätsel: seit Mitte des vorigen Jahrhunderts und unter den Stürmen der Revolution 1848 hatte sich auch, und besonders im Völkergemisch Österreichs, das „Nationalitätenprinzip" durchgesetzt. Diese Entwicklung mußte letzten Endes zur Auflösung des alten, sich selbst überlebten Nationalitätenstaates führen. Bismarck hatte schon als preußischer Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M., Österreich als militärischen und politischen Machtfaktor abgeschrieben, und er mußte 25 Jahre später diesem

---

[1]) AAIII, Staatssekretär von Bülow am 6. September 1879 an den Gesandten von Radowitz.

Staat nachlaufen, um — sich selbst zu behaupten. Denn wie hätte er sich behaupten wollen, wenn Graf Andrassy sich seinem Werben widersetzt hätte und außerdem bekannt geworden wäre, daß beide auf den Sturz Gortschakows hinarbeiteten?

„Im März 1867 erschien die von einem Deutsch-Österreicher verfaßte Schrift: ‚Der Zerfall Österreichs', in der die Katastrophe 1918 vorausgesagt wurde: der Kaiserstaat befinde sich in Auflösung, in einem Verwesungsprozeß, schon könne man aus dem Völkerchaos die Gruppen erkennen, die sich ruhig wie ein unabwendbarer Naturprozeß im gegebenen Augenblick den stamm- und interessengebundenen Staatenbildungen assimilieren werden. Der deutsche Einheitsstaat würde erst dann begründet sein, wenn in ihm auch die deutschen Provinzen Österreichs die gebührende Stellung gefunden hätten. Der Ausbau Deutschlands sei so lange unmöglich, so lange Österreich bestehe. Wörtlich heißt es: „Soll demnach dem Zustand des bewaffneten Friedens in Europa ein Ende gemacht werden, so müssen sich alle Großmächte gegen den Bestand Österreichs wenden. Der Zerfall Österreichs ist eine europäische Notwendigkeit."[1])

Das war zwölf Jahre vor 1879 und Bismarck bekannt.

Bismarck war ursprünglich, vor jetzt 100 Jahren (1851 bis 1859), ein überzeugter Verächter Österreichs gewesen. Am 15. Februar 1854 hatte er an das Auswärtige Amt in Berlin geschrieben: „Es würde mich ängstigen, wenn wir vor dem möglichen Sturm dadurch Schutz suchten, daß wir unsere schmucke und seefeste Fregatte an das wurmstichige alte Orlogschiff von Österreich koppelten. Wir sind der bessere Schwimmer von beiden, und jedem ein willkommener Bundesgenosse; sobald wir jedoch unsere Isolierung und strenge Neutralität aufgeben wollen, und wo wir später Bedingungen für unseren Beistand stellen können, würde es jetzt schwer fallen, den Schatten einer ängstlich von uns gesuchten Anlehnung zu vermeiden."

Und ein Jahr später, am 28. Februar 1855, heißt es in einem Privatschreiben: „Ich war gewiß kein prinzipieller Gegner Österreichs, als ich herkam vor vier Jahren, aber ich hätte jeden Tropfen preußischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich mir eine, auch nur mäßige Vorliebe für Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren wollen."

An seinen Vertrauensmann in der Kamarilla um den König Friedrich Wilhelm IV., an den General Leopold von Gerlach, richtete er am 8. April 1956 unter Anrufung Gottes den Wunsch: „Gebe

---

[1]) Viktor Bibl „Lügen der Geschichte" 1931 S. 165/166.

Gott, daß ich nicht die Schweinerei von Mißgunst, Mißtrauen und Mißlingen miterlebe, wenn eine Preußische und eine Österreichische Armee verbunden im Felde stehen. Jeder wird sich mehr über die Niederlage des Andern freuen, als über die eigene ärgern, und wer auf dem Vorderteil sitzt, es als Gewinn betrachten, wenn das Schiff hinten zuerst sinkt. Es ist traurig, aber wahr, und noch viel trauriger für uns wäre es, wenn wir gegen diese Wahrheit die Augen schließen wollten, und uns einbilden, daß unsere, und eine österreichische Militärmacht im Kriege ehrlich Rücken an Rücken kämpfen können."

Bismarck fand in Rußland, wohin er inzwischen als Gesandter versetzt worden war, eine Bestätigung seines Urteils über Österreich, denn so heißt es in seinem Brief aus Petersburg vom 4. April 1859 an seine Frau:

„Wie die Österreicher hier in Petersburg unten durch sind, davon hat man gar keine Idee, kein räudiger Hund nimmt ein Stück Fleisch von ihnen . . . Man wird es von hier doch dazu treiben oder kommen lassen, daß der Krieg ausbricht . . . Der Haß ist ohne Maßen und übersteigt alle meine Vermutungen. Erst seit ich hier bin, glaube ich an Krieg, die ganze russische Politik scheint keinen anderen Gedanken Raum zu geben, als den, wie man Österreich ans Leben kommt.

Selbst der ruhige, sanfte Kaiser gerät in Zorn und Feuer, wenn er davon spricht, auch die Kaiserin, die doch Darmstädter Prinzessin ist und die Kaiserin Mutter, hat etwas Ergreifendes, wenn sie von dem gebrochenen Herzen ihres Mannes spricht, und von Franz Joseph, den er als Sohn geliebt, ohne Zorn eigentlich, aber wie von einem der Rache Gottes Verfallenen."

Als Bismarck Gesandter in Petersburg war, leitete Graf Gortschakow, bis zum 4. April 1854 Gesandter in Wien, als Nachfolger des Grafen Nesselrode, die auswärtige Politik Rußlands. Er hatte sich in Wien so sehr mit glühendem Haß gegen Österreich und den Leiter seiner auswärtigen Politik erfüllt, daß er eher dem offenen Feind Frankreich verziehen hätte, als dem, wie er sagte, „hinterhältigen" Österreich. Der schon achtundfünfzigjährige Minister soll, als ihm sein nunmehriger österreichischer Kollege, Freiherr von Buol, beim Abschied von hoffentlich baldiger Versöhnung sprach, geantwortet haben: „Ein Abgrund trennt uns; wenn Sie wollen, daß eine Wiederannäherung möglich werde, dann müssen Sie sich wie Curtius in den Abgrund stürzen."

Die Abneigung Gortschakows führt in die Zeit des Krimkrieges, auch sie war Bismarck bekannt.

Das war die Habsburgmonarchie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, die innere Zersetzung hatte solche Fortschritte gemacht, daß die nationalpolitische Auflösung bei der ersten Belastung erwartet werden konnte. In Deutschland lief die Entwicklung umgekehrt: alle Macht vereinigte ein Mann in sich, aber Hand in Hand damit wurde dem Deutschen das Rückgrat gebrochen. Es gibt keine Seite in der Geschichte der Menschheit, in der eine Tragödie aufgezeichnet ist, wie sie sich in den Sommer- und Herbstmonaten des Jahres 1879 abgespielt hat.

Die Türkei hatte, untersützt von England und Frankreich, Rußland den Krieg erklärt, weil der Zar Nikolaus I. im Frühjahr 1853 seine Truppen in die damals noch türkischen Gebiete der Moldau und der Walachai schickte, um die russische Schirmherrschaft über die dort lebenden Christen zu übernehmen.

Die Alliierten landeten am 14. September 1854 auf der Krim, schlugen die Russen am folgenden Tag an der Alma, unterlagen am 25. Oktober bei Balaklawa und siegten am 5. November bei Inkerman, am 5. Oktober begann die Belagerung von Sewastopol zu Wasser und zu Lande, sie endete mit der Erstürmung der Festung am 8. September 1855.

Preußen widersetzte sich dem Drängen der englischen Königin zur Teilnahme an dem Krieg; König Friedrich Wilhelm IV. bewahrte dem Zaren die persönliche Treue.

Während um den Besitz der Schwarzen Meer-Festung Sewastopol noch gekämpft wird, liegt der russische Selbstherrscher auf dem Sterbebett; er kann die Enttäuschung über die Treulosigkeit des Österreichischen Kaisers Franz Josef nicht überwinden. Wenige Jahre zuvor (1849) hatten seine russischen Truppen den Aufstand in Ungarn unterdrückt und dem Kaiser Thron und Krone gerettet, jetzt kämpften österreichische Truppen auf der Krim gegen ihn.

Der Monarch liegt nach alter Tradition auf einem einfachen eisernen Feldbett, schwer atmend und stark geschwächt, unter zwei wollenen Decken und einem alten, grauen Militärmantel. Draußen heult ein eisiger Märzwind um das Eckfenster des Krankenzimmers und dicke Schneeflocken klatschen an die Scheiben. Das Gemàch ist durch ein einziges Wachslicht, das vor der unerbittlich tickenden Uhr flackert, schwach erleuchtet; der Leibarzt Dr. Mandt untersucht den Zaren und muß an den rasselnden Tönen der Lunge erkennen, daß eine Lähmung dieses Organes beginnt.

Vor Jahren einmal hatte Mandt ihm versprechen müssen, er werde ihm die volle Wahrheit sagen, wenn sein Tod herannahe. Nun erfüllt der Arzt sein Versprechen unerwünscht peinlich

genau, denn er fürchtet, man werde ihm, dem unter den russischen Ärzten verhaßten Ausländer, bei etwa nicht mehr rechtzeitig gereichten Sterbesakramenten einen Vorwurf machen.

„Sagen Sie mir, Mandt", fragt der Zar am 17. Februar, kurz nach der Untersuchung ängstlich erregt, „muß ich denn sterben?" Da ergreift der Arzt die linke Hand des Monarchen, die auf der Decke liegt, drückt sie, sagt hart und fest: „Ja, Euer Majestät."

„Was haben Sie gefunden?"

„Beginnende Lähmung der Lunge, Majestät."

„Wie können Sie den Mut haben, mir eine solche Meinung so bestimmt auszusprechen"? fragt der Zar den Arzt. Dann aber bestellt er sein Haus.

Eben ist ein Kurier aus der Krim mit Depeschen und Briefen angelangt. „Das geht mich nichts mehr an", sagte Nikolaus und läßt sie dem Großfürsten-Thronfolger übergeben. „Ich gehöre nunmehr ganz Gott."

Die Kaiserin nimmt, selbst schwer leidend, herzzerreißenden Abschied. Der Geistliche waltet seines Amtes, während ihm die Tränen über die Wangen laufen. Die Großfürstin Mary, der Thronfolger und Alexanders von Hessen Schwester Marie treten nacheinander in den Sterberaum. „Ich habe getan, was ich konnte", sagt der Zar seinem Sohne. „Ich bedaure, es nicht besser getroffen zu haben."

Dann nimmt Nikolaus I. von seiner ganzen Familie, aber auch vom Hofstaat und allen seinen Dienern mit immer schwächerer Stimme Abschied. Als ihn nur mehr eine Stunde von seinem letzten Seufzer trennt, fragt er noch seinen Arzt: „Wann, ach wann wird das enden?"

Bis zum letzten Augenblick bleibt der Monarch bei Bewußtsein, dann atmet seine Lunge kaum mehr, der graue Mantel hebt und senkt sich immer seltener und schwächer unter den ersterbenden Atemzügen und um Mittag steht ein neuer Zar an dem Totenbett seines Vaters: Alexander II.

Rußland war nach dem Fall von Sewastopol nicht mehr imstande, den Krieg fortzusetzen und so kam es zum Pariser Vertrag vom 30. März 1856. Der Pariser Frieden bestimmte, daß mit Ausnahme der Handelsschiffe die Dardanellen und der Bosporus allen fremden Kriegsschiffen im Friedensstand verschlossen blieben. Anerkannt wurde die Neutralität des Schwarzen Meeres, an dessen

Küsten weder Rußland noch die Türkei Kriegsarsenale anlegen durften. . . .
Indem Rußland einen Teil von Bessarabien an die unter türkischer Oberhoheit stehenden Moldau abtrat, wurde das Zarenreich gänzlich von der Donau abgedrängt.

DER 15. AUGUST 1879

Am 8. August[1]) berichtete der deutsche Botschafter in Petersburg, General von Schweinitz, über die seit dem „Berliner Kongreß" angewachsene deutschfeindliche Stimmung in Rußland, die bis in die Hofkreise wirke, den Franzosen Wasser auf ihre Mühlen liefere, die nicht ohne Nachwirkung auf die Gesamtanschauung des Zaren bleiben könne, denn sie hätten ihn abhängiger von der öffentlichen Meinung, besorgter um seine Popularität gemacht, deren durch den Krieg verursachte Abnahme ihm nicht verborgen bleiben könne, hieraus entstände Gereiztheit gegen das Ausland, welches seiner Ansicht nach Rußland um die Früchte seiner Siege und ihn um den Dank seines Landes gebracht hätte. Von Schweinitz fährt fort:
„Beim Hinausreiten zum Manöver sagte Seine Majestät zu mir: „Ich habe einen Brief von Lobanow bekommen; er beklagt sich, daß Ihre Delegierten jedesmal gegen die Unsrigen stimmen. Bei jeder Frage, welche aufgeworfen wird, sagt Ihre Regierung, daß sie kein Interesse an derselben habe, instruiert aber ihre Vertreter, mit Österreich zu votieren, auch wenn sie sachlich vorher unsere Ansicht als berechtigt anzuerkennen schienen, so war es in Ostrumelien, und so ist es jetzt wieder an der türkisch-montenegrinischen Grenze wegen Mrkowitz.
Die Österreicher haben ohne Opfer zwei Provinzen annektiert, und Rußland hat nichts als seinen alten bessarabischen Distrikt zurückbekommen, und Sie nehmen überall Partei Östereichs gegen uns, auch dann, wenn wir gar nichts für uns fordern. Wenn Sie wollen, daß die Freundschaft, welche 100 Jahre lang uns verbunden hat, fortdauert, dann sollten Sie dies ändern." Hier fing der Kaiser an französisch zu sprechen, wie immer, wenn er in politischen Dingen ernst wird: „Il est tout naturel que le contrecoup se produise ici; vous voyes le langage que tiennent les journaux; cela finira d'un maniere treé sérieuse. J'en ecriral à l'Empereur, quand je lui répondrai à la bonne lettre qu'll vient de m'envoyer."

---

[1]) Bismarck weilte in Bad Kissingen und vom 21. August bis zum 20. September 1879 in Bad Gastein. Der Bericht ist anscheinend dem Kaiser nicht vorgelegt worden.

Der Ton dieser Apostrophe (lebhafte Anrede) war mild, nichts weniger als drohend, und dies ist wesentlich für die Schätzung der Worte: „cela finira d'une maniére trés sérieuse."[1])

Heute besuchte mich der Staatssekretär von Giers, um mir im Auftrage Seiner Majestät Näheres über diejenigen Fälle mitzuteilen, welche der Kaiser im Auge hatte, als er sich beklagte, daß die deutschen Delegierten gegen die russischen stimmten.[1])

Der Bericht des Botschafters von Schweinitz vom 8. August über seine Unterredung mit dem Zaren, erreichte Bismarck in Bad Kissingen, er veranlaßte ihn, am 13. August an Prinz Reuss in Wien zu telegrafieren:[2]) „Er hege das Verlangen nach Aufklärungen über die befürchtete bedrohliche Gestaltung der Zukunft, deshalb wünsche er die persönliche Zusammenkunft mit Graf Andrassy, dem er die Wahl des Ortes und den Zeitpunkt der Begegnung überlasse. Fürst Reuss hätte überdies noch hinzuzufügen, daß sich Bismarck am 18. August nach Gastein begebe und es daher dem Belieben Andrassys anheimgestellt sei, ob er mit dem deutschen Kanzler am Schlusse von dessen Gasteiner Aufenthalt, also gegen Mitte September, zusammentreffen wolle."

Am gleichen Tage, an dem Bismarck den Gesandten von Radowitz vorbeugend instruierte, wie er im dienstlichen Vortrag den alten Kaiser über die deutsch-russischen Beziehungen täuschen sollte, schrieb der Zar an seinen Onkel jenen Brief, der als eine dem deutschen Reichskanzler erteilte „Briefohrfeige" in die Geschichte eingegangen ist.[3]) Der Brief begann mit der Anklage:

> „. . . Ermutigt durch die Freundschaft, die Sie nie aufgehört haben mir zu bezeugen, erlaube ich mir, ganz offen über eine delikate Angelegenheit mit Ihnen zu sprechen, die mich ständig beschäftigt. Sie betrifft die Handlungsweise der verschiedenen deutschen diplomatischen Vertreter in der Türkei; diese Handlungsweise äußert sich seit einiger Zeit leider feindlich gegen Rußland, was in vollem Gegensatz zu den Traditionen der freundschaftlichen Beziehungen steht, die seit mehr als einem Jahrhundert die Politik unserer beiden Regierungen geleitet hat. Die Welt urteilt nach Tatsachen. Wie also ist diese Handlungsweise der deutschen Diplomaten zu erklären, die uns gegenüber immer feindlicher wird und zwar im Orient, wo, wie sogar Fürst Bismarck selbst äußerte, Deutschland keine Interessen wahrzunehmen hat, während wir sogar sehr große besitzen. . . .

---

[1]) A. A. III S. 10.
[2]) Eduard v. Wertheimer a. a. O. III, S. 231.
[3]) Der Zar Alexander von Rußland am 15. Aug. 1879 an Kaiser Wilhelm I.

Wir haben einen ruhmreichen Krieg beendet, der keine Eroberungsziele verfolgte, sondern ausschließlich die Besserung des Loses der Christen in der Türkei. Wir haben dies bewiesen, indem wir die Provinzen räumten, die wir nach dem Kriege besetzt hatten, aber wir wollen auch, daß die um den Preis unseres Blutes und unseres Geldes erzielten Resultate nicht toter Buchstabe bleiben.

Verzeihen Sie mir, mein lieber Onkel, daß ich so offen spreche, auf die Tatsachen gestützt; aber ich halte es für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit auf die traurigen Folgen zu lenken, die hierdurch in den guten nachbarlichen Beziehungen unserer beiden Nationen eine Bitterkeit aufkommen lassen können, wie sich dies bereits in der Presse der beiden Länder bemerkbar macht. — Ich sehe darin die Arbeit unserer gemeinsamen Feinde, die die Allianz der drei Kaiser nicht verschmerzen können. . . .
Ich verstehe vollkommen, daß Ihnen daran gelegen ist, die guten Beziehungen mit Österreich aufrechtzuerhalten, aber ich verstehe nicht das Interesse Deutschlands, dafür die Interessen Rußlands zu opfern. . . .

Der Brief endete mit einer Frage und mit der Warnung:

„Ist es eines wirklichen Staatsmannes würdig, einen persönlichen Zwist in die Waagschale zu werfen, wenn es sich um das Interesse von zwei großen Staaten handelt, die dazu geschaffen sind, in gutem Einvernehmen zu leben und von denen die eine der anderen im Jahre 1870 einen Dienst erwiesen hat, den, nach Ihren eigenen Worten, Sie nie vergessen würden?
Ich hätte mir niemals erlaubt, Ihnen dies ins Gedächtnis zu rufen, aber die Umstände sind zu ernst, als daß ich Ihnen die Befürchtungen verbergen könnte, die meine Besorgnis erregen und deren Folgen für unsere beiden Länder katastrophal werden könnten.
Möge Gott uns davor verschonen und Sie erleuchten. . . ."

Der Zar schließt mit herzlich-persönlicher Erklärung als „Neffe und Freund Alexander."

Dieses Schreiben brachte die Lawine ins Rollen, die seit Jahresfrist, seit dem Berliner Kongreß, auf die Auslösung gewartet hatte.

Der Kaiser, der sich in Babelsberg aufhielt, schickte den Brief des Zaren an Bismarck nach Bad Kissingen mit der Bitte, in der „Antwort die Fälle zu berühren, wo meiner Ansicht nach unser Bevollmächtigter nicht anders konnte, als gegen den russischen zu votieren, sonst aber muß dem Zaren kein Zweifel an unserer alten Gesinnung gelassen werden."

Was darauf folgte, führte geradewegs nach Sarajewo, wo 35 Jahre später ein Pistolenschuß den ersten Weltkrieg auslöste: die Ermordung des österreichischen Thronfolgers, des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Frau!

„Der Chef des Militärkabinetts, General von Albedyll, fand Seine Majestät nach einem Vortrage Bismarcks sehr erregt, so daß er für die Gesundheit des alten Kaisers fürchtete. Er bemerkte daher, der Kaiser möge sich doch den weiteren Ärger ersparen; wenn der Fürst nicht wie Seine Majestät wolle, möge man ihn gehen lassen. Darauf erwiderte der Kaiser: Trotz seiner Bewunderung und Dankbarkeit für den großen Staatsmann habe auch er schon daran gedacht, da das selbstbewußte Wesen des Fürsten manchmal allzu drückend werde. Aber er und das Vaterland brauchten ihn zu nötig, da der Fürst der einzige Mann sei, der mit fünf Kugeln jonglieren könne, von denen mindestens zwei immer in der Luft seien; das könne er, der Kaiser, nicht."[1])

Bismarck erfüllte nicht die Bitte seines Kaisers. Er hatte bereits am 13. August, sofort nach Empfang des unmittelbaren Berichts des Botschafters von Schweinitz, den k.u.k. Außenminister Grafen Julius Andrassy um eine Zusammenkunft bitten lassen und, da dieser nicht antwortete, die Bitte zehn Tage später wiederholt. Andrassy ließ sich Zeit und Bismarck mußte auf ihn warten, bis er am 23. August die zweite Einladung nach Wien schickte, — zugleich mit einem Vertragsentwurf. Nach der Zusage aus Wien begann der Angriff Bismarcks auf den Zaren persönlich, auf dessen Berater und auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland überhaupt. Am 24. August berichtete er dem Kaiser (Auszug):

„... Wenn dieser Brief bekannt würde, so würde die ganze Welt sich auf den baldigen Bruch zwischen Deutschland und Rußland gefaßt machen, denn zwischen Monarchen, welche überhaupt in der Lage sind, über Krieg und Frieden zu bestimmen, ist eine solche Sprache der regelmäßige Vorläufer eines Bruchs, wenn letzterer nicht durch Verträge verhindert wird. Die zwischen Monarchen übliche Höflichkeit gestattet, auch wenn man den Krieg beabsichtigt, in der Regel zwischen geborenen Monarchen eine stärkere Sprache nicht. Wenn Eure Majestät in demselben Tone antworten wollen, so würden wir mit Wahrscheinlichkeit dem Kriege entgegengehen, Eure Majestät haben ein höheres Bewußtsein von Allerhöchst Ihrer Verantwortung vor Gott."

Im Gegensatz zu seinem Botschafter von Schweinitz, der den Zaren als politisch gänzlich unbeeinflußbar bezeichnet hatte, behaup-

---

[1]) Wilhelm II. a. a. O. S. 8.

tet Bismarck in seinem Bericht: „Der Zar bleibt in den Händen von Ratgebern, denen er, wie es scheint, verfallen ist, ohne im eigenen politischen Urteil ein Gegengewicht gegen diese verderblichen Einflüsse zu finden. Der Stil ist nicht der mir wohlbekannte Gortschakows, der in früheren Schreiben des Zaren unverkennbar war.[1]) Der Minister, welcher jetzt den entscheidenden Einfluß auf den Zaren übt, ist Miljutin. Dieser ist für den Haß bekannt, den er gegen die Deutschen im Herzen trägt, zunächst gegen die baltischen, aber auch gegen uns.

Der Kaiser glaubt augenscheinlich seine Stellung im Innern durch kriegerische Haltung nach außen zu befestigen, und merkt vielleicht gar nicht, daß seine Gegner im Innern auch den Krieg anstreben. Ich habe manche persönliche Freunde in Rußland, und die Konservativen unter ihnen sind alle der Meinung, daß Miljutin indirekt oder direkt an der Spitze aller Unzufriedenen in Rußland, namentlich der Nihilisten, steht. . . . Als gewiß darf man annehmen, daß die russische Umsturzpartei im Drei-Kaiser-Bündnis und insbesondere in dem Bündnis des Kaisers Alexander mit Eurer Majestät ein starkes Hindernis ihrer Pläne findet, und daß letztere bei einem Weltbrande bessere Aussichten als im Frieden haben würden. Ich darf meine ehrfurchtvolle Überzeugung dahin aussprechen, daß wir den Kaiser Alexander den Einflüssen seiner Umgebung wahrscheinlich nicht werden entziehen können. In dieser Umgebung findet sich kein einziger Staatsmann von europäischer Tragweite. Herr von Giers hat keinen ministeriellen Einfluß, und die Nerven des Kaisers sind durch die Lebensweise Seiner Majestät aufgerieben,[2]) während die Umgebung bemüht ist, die persönliche Sicherheit des Monarchen als bedroht im Frieden und als geschützt im Kriege darzustellen. . . .

Ich will den Wert der freundschaftlichen Sympathie in keiner Weise schmälern, welche der Kaiser Alexander persönlich für Eurer Majestät Erfolge in Frankreich bekundet hat. Aber unsere Dankbarkeit dafür kann so weit nicht reichen, daß die deutsche Politik für immer der russischen untergeordnet würde, und wir Rußland zuliebe die Zukunft unserer Beziehungen zu Österreich opfern.

Eurer Majestät wissen, daß ich bei den vielen Gelegenheiten, die uns nötigen, zwischen Rußland und Österreich zu optieren, überall, wo es angängig war, die größere Hinneigung zu Rußland

---

[1]) „Daß Fürst Gortschakow . . . an jenem Schreiben (vom 15. August 1879) mitgearbeitet hatte, sah ich dem letzteren an; durch zwei spätere Wahrnehmungen wurde meine Vermutung bestätigt" (G. u. E. II, 219). Was Bismarck anführt, waren also keine „Wahrnehmungen".

[2]) Die Andeutung Bismarcks über den Lebenswandel des Zaren bezieht sich auf dessen Liebesverhältnis mit der Prinzessin Dolgoruki.

befürwortet habe. Es geschah dies, weil ich die russische Anlehnung für die gesichertere von beiden hielt. Zweitens. Mit dem Staate Österreich haben wir mehr Momente der Gemeinsamkeit als mit Rußland. Die deutsche Stammesverwandtschaft, die geschichtlichen Erinnerungen, die deutsche Sprache, das Interesse der Ungarn für uns, tragen dazu bei, ein Österreichisches Bündnis in Deutschland populärer, vielleicht haltbarer zu machen, als ein russisches. Nur die dynastischen Beziehungen und namentlich die persönliche Freundschaft des Kaisers Alexander lagen günstiger in Rußland und gaben den Ausschlag. Sobald dieser Vorzug der russischen Allianz, wenn nicht schwindet, so doch unsicher wird, halte ich es für ein unabweisliches Gebot der Politik Eurer Majestät, unseren Beziehungen zu Österreich eine noch eifrigere Pflege angedeihen zu lassen als bisher. Ich werde darüber des weiteren berichten, nachdem ich Graf Andrassy gesprochen habe, und dann vielleicht Eurer Majestät um Erlaubnis bitten, meine Rückreise von hier über Wien antreten zu dürfen."[1])

So Bismarck in einem umfangreichen Bericht an seinen Kaiser, von dem, was dieser allein hat behandelt wissen wollen, von der Beseitigung der Mißverständnisse aus Anlaß des Berliner Kongresses, enthielt die Antwort an den Zaren kein Wort.

Bis in den März 1879 hinein war die russische Regierung mit der Tätigkeit der deutschen Kommissare zufrieden gewesen, da griff Bismarck die Stellung Gortschakow's an, um diesen für die Schwenkung in dem Verhalten der deutschen Kommissare allein verantwortlich zu machen[2]) . . .

Bereits am 26. März hatte der Staatssekretär Bülow dem deutschen Botschafter in Wien im Auftrage Bismarcks empfehlen müssen,[3]) dem k. u. k. Außenminister Andrassy mitzuteilen, wie er „die Aussichten des Grafen Schuwalow im Kampf gegen den Fürsten Gortschakow" stärken könne. „Über unsere eigene Stellung", heißt es in der Instruktion weiter, „wird man sich in Petersburg, insoweit man auf eine Revision der Kongreßbeschlüsse rechnen sollte,

---

[1]) Randbemerkung des Kaisers: „Auf keinen Fall, weil Rußland das sofort als eine Rupture mit sich ansehen muß und mein Brief daher an den Kaiser Alexander überflüssig wäre."
Der Betrachtung Bismarcks, daß die Anlehnung an Rußland nicht mehr wie früher gesichert wäre, setzte der Kaiser seine Ansicht entgegen: „Ich halte sie (die Alliance mit Rußland) auch jetzt noch für viel gesicherter, da Österreich ebensowenig wie Frankreich die Revanche-Gelüste aufgegeben hat."

[2]) Manfred Müller „Die Bedeutung des Berliner Kongresses für die deutsch-russischen Beziehungen", Dissertation Tübingen 1927. Das Auswärtige Amt hatte ihm bisher unveröffentlichte Akten zur Verwertung überlassen.

[3]) Müller a. a. O. S. 89 flgd.

gleichfalls keiner Täuschung hingeben. . . . Die Isolierung Rußlands bei den Verhandlungen über die Fragen, die sich an die Ausführung des Berliner Vertrages knüpfen, ist also sicher vorauszusehen . . ."

Die französischen Vertreter in den Kommissionen benutzten die Erkaltung in den Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg, sie suchten und fanden besondere Verbindungen zu ihrem russischen Kollegen. Der Staatssekretär sah sich veranlaßt, die deutsche Botschaft in Petersburg zu unterrichten: „Das Zusammenwirken russischer und französischer Bestrebungen war schon hierher gemeldet worden, wie aus dem an Herrn von Schweinitz gerichteten Erlaß vom 18. März zu ersehen ist. Doch können wir in diesen Wahrnehmungen nur eine erneute Mahnung zur Vorsicht gegenüber der derzeitigen Leitung der russischen Politik erblicken und der Herr Reichskanzler bittet in dortigen befreundeten Kreisen (zu denen wir den Fürsten Gortschakow n i c h t rechnen) gelegentlich auszusprechen, daß solche Vorgänge nicht dazu angetan seien, hier Vertrauen zu erwecken."

Russische und französische Kommissionsmitglieder bezeugten einander ihre Sympathien. Am 23. Juli veröffentlichte die „Nowoje Wremja" einen besonders harten Angriff auf den deutschen Reichskanzler (Auszug):

„. . . Dieser Mann, welcher mit Stolz ein Verräter Rußlands genannt wird, dieser kolossale Geist, welcher sein Spiel mit uns geschickt treibt, daß man ihn als Freund Rußlands zu betrachten fortfuhr, als er sich uns zum freiwilligen geheimen Ratgeber aufdrängte und Rußlands Staatsleitern empfahl, sucht seine offiziösen Dienstanwärter in der russischen Regierung zur Beseitigung der Presse, zur Verfolgung der Slavophilen und zur Einstellung der beabsichtigten und versprochenen Reformen zu bewegen. Ein schwaches Rußland wird ja stets in Abhängigkeit von Berlin sein müssen und wird an eine Annäherung mit Frankreich nicht einmal denken können. Wie aufmunternd die Politik des Fürsten Bismarck ist! ruft die ‚Times' aus in dem Augenblick, wo England, Frankreich und Österreich sich an die Teilung der Türkei machen. Es ist nicht zum Scherz, daß die Flotten sich in den türkischen Gewässern und die Truppen an den türkischen Grenzen versammeln."

Am 6. August bittet der russische Geschäftsträger von Arapow offiziell in Berlin um Unterstützung in den Kommissionen. Bismarck bemerkt dazu an den Rand der Mitteilung, Deutschland habe diese Rolle zu undankbar gefunden, es könne sie ausüben, aber warum solle es? Zu der Mitteilung des Russen, Deutschland würde dadurch beitragen, die friedliche Liquidation einer der

Schwierigkeiten zu sichern, die zu erledigen seien, um die Pazifizierung des Orients zu konsolidieren, macht Bismarck die lakonische Randbemerkung: „Was geht das uns an?"

Bismarck war über die überaus schlechte Laune des Zaren durch den deutschen Botschafter in St. Petersburg, von Schweinitz, seit mindestens Jahresfrist unterrichtet, aber er kümmerte sich nicht darum — im Gegenteil. Bismarck ließ die Gewitterwolken in Petersburg sich zusammenziehen; in Bad Kissingen empfing er am 8. August, unmittelbar vor dem Sturm, den Bericht des Auswärtigen Amtes über den „Erfolg" seiner antirussischen Politik auf dem Balkan:

„. . . Es hat den Anschein, als ob die russische Politik namentlich, seitdem die Räumung des türkischen Territoriums vollzogen ist, sich der Isolierung mehr bewußt wird, in der sie tatsächlich in den meisten zur Zeit noch schwebenden Fragen auf orientalischem Gebiete sich befindet. Nur Italien hatte bisher die Tendenz, den russischen Standpunkt im einzelnen zu unterstützen, sonst ist überall in Ostrumelien, in Serbien, Montenegro, der Dobrudscha (von Rumänien nicht zu reden), wo es sich um Detailausführungen des Vertrages handelte, die russische Anschauung fast immer in Widerspruch mit derjenigen der anderen Mächte gewesen. Die deutsche Meinung hat sich in den meisten Fällen der österreichisch-ungarischen angeschlossen. Die endgültigen Bestimmungen und Entscheidungen sind demnach auch meist gegen die russischen Wünsche ausgefallen."

Weitere Bemühungen des Herrn von Arapow, mit Deutschland auf dem Balkan zusammenzuarbeiten, scheitern an der deutschen Zurückhaltung. Bismarck gibt in einer Aufzeichnung folgende, historisch falsche Begründung:[1])

„Wir haben uns auf die ganze orientalische Frage nur aus Gefälligkeit für Rußland eingelassen, und namentlich auf den Kongreß nur auf Schuwalows russische Anregung. Da diese Hingebung für uns eine undankbare ist, so tritt unsere frühere Interessenlosigkeit für den Orient wieder ein. Drohungen des Kaisers sind das am wenigsten geeignete Mittel, darin etwas zu ändern. Einstweilen wird das dadurch zu bestätigen sein, daß unsere Kommissarien alles ad referendum nehmen, bis alle anderen votiert haben, und dann um Instruktion bitten. Wedell aber muß, nach der Sprache des Zaren zu Schweinitz, notwendig für Österreich stimmen. Die Politik Seiner Majestät verbleibt in der alten Richtung, wie der Kaiser sie stets sanktioniert hat. Nur russische Drohungen in der Presse, oder gar aus dem Munde des Zaren Alexander können uns nötigen, diese Unparteilichkeit zwischen

---

[1]) A. A. III S. 13 (ohne Datum).

beiden Nachbarn aufzugeben, aber gewiß nicht zu Gunsten der drohenden Seite . . ."

Das ist ein Ausschnitt aus der diplomatischen Kleinarbeit, für die Bismarck Zeit hatte. Es sei nur erwähnt, was Bismarck unter „Politik Seiner Majestät" verstanden hat: der Kaiser hatte auf Wunsch des Zaren in Alexandrowo, den deutschen Delegierten, Major von Wedell, angewiesen, in der Frage von Etappenstraßen in Bulgarien nicht für die Türkei, wie Bismarcks Anweisung gelautet hatte, sondern für Rußlands Plan zu stimmen. Bismarck hob den Befehl des Kaisers auf, er telegrafierte am 7. September aus Gastein an das Auswärtige Amt: „Jede Änderung unserer Instruktion ohne freiwillige Zustimmung Österreichs scheint mir nach den Vorgängen der letzten drei Wochen unmöglicher als früher und würde für mich unmittelbar zur Kabinettfrage werden. von Bismarck."

Der Kaiser zog am russischen, Bismarck dagegen am österreichischen Strang.

Die ausführliche Wiedergabe aus Akten des Auswärtigen Amtes, die noch nicht veröffentlicht worden sind, erlaubt Bismarcks Behauptungen über seine Hingebung an Rußland während und nach dem Kongreß als bewußte Unwahrheiten abzutun, die gewollte und — geglückte Täuschung seines Kaisers.

Dasselbe Verfahren, das Bismarck anwandte, um den Gegner ins Unrecht zu setzen, hat er als junger Bundestagsabgeordneter in den 50er Jahren an der österreichischen Diplomatie in Frankfurt a. M. so hart und unnachsichtig gebrandmarkt. Setzt man in seine Berichte an das Auswärtige Amt und in seine Briefe an den General von Gerlach statt Österreich und Preußen die Worte Deutschland und Rußland, dann stimmt die Gleichung bis auf einen Punkt: die österreichischen Diplomaten haben die Person ihres Monarchen erhaben über jede Kritik gehalten.

Bismarck sanktioniert die Politik Seiner Majestät nicht.

Der Kaiser hatte seinem Kanzler am 22. August mitgeteilt, daß er die Absicht habe, dem Generalfeldmarschall von Manteuffel zur Begrüßung des Zaren nach Warschau (Manövergelände) zu entsenden, und ihm das Antwortschreiben (auf den Brief vom 15. August) für den Zaren mitgeben wolle.

Während Bismarck in Gastein Rache für die „Brief-Ohrfeige" brütete, reiste Feldmarschall von Manteuffel nach Warschau, um den Zaren die Antwort des Onkels und dessen Wunsch nach einer mündlichen Aussprache zu überbringen. Mit Freude ging der Zar sofort hierauf ein; in einem Telegramm dankte er für die Offenheit der Sprache des Kaisers Wilhelm in seiner Antwort. Da kein

Schatten des Mißtrauens unter ihnen herrsche und zur Bannung eines solchen ihm überhaupt als das beste Mittel eine persönliche Begegnung erscheine, lud Alexander seinen kaiserlichen Onkel ein, mit ihm am 3. September in der Grenzstation Alexandrowo zusammenzutreffen. Ein Wiedersehen — hieß es in dem Telegramm — mit Kaiser Wilhelm würde ihn, Alexander, sehr glücklich machen; davon verspreche er sich das schöne Resultat der Erhaltung der alten Freundschaft und die Befestigung der guten Beziehungen zwischen ihren Ländern, wie sie sie von ihren Vätern ererbten. Der Zar könnte seine Ungeduld nicht meistern; so rasch als möglich wollte er wissen, wie sein kaiserlicher Onkel die Einladung aufgenommen. Wiederholt erkundigte er sich bei Manteuffel, ob denn noch keine bejahende Antwort eingetroffen sei.

„Als der Vertragsentwurf in den Händen des Kaisers war, begab sich Graf Andrassy am 26. August nach Gastein, woselbst er in später Abendstunde eintraf. Mit größter, seit dem Brief Alexanders (15. August) sich von Tag zu Tag steigender Ungeduld hatte der deutsche Kanzler seiner Ankunft entgegengesehen, um von ihm Aufklärungen darüber zu erhalten."

„Nach der ersten Begrüßung teilte Bismarck sofort dem Grafen Andrassy mit, daß Rußland ihn dränge, mit dessen Bevollmächtigten in allen noch schwebenden orientalischen Fragen gegen Österreich-Ungarn zu stimmen. Setze Deutschland, meinte der Kanzler, dieser Aufforderung Widerstand entgegen, so beschwöre es die Gefahr herauf, sich pour les beaux de l'Austriche mit Rußland zu überwerfen . . ."

Allein zu seiner eigenen Information als Privatmann frage er, ob Andrassy eine analoge Friedensliga zwischen den beiden mitteleuropäischen Mächten für eine nützliche Institution halte und ob er glaube, daß sein Monarch ähnlichen Gedanken zugänglich sein würde. Im Falle der Bejahung, fügte der Kanzler hinzu, würde er diese Frage in geheimer Form an Kaiser Wilhelm gelangen lassen[1]) . . ."

Der Inhalt dieser Unterredung zwischen den beiden Staatsmännern schließt wohl jeden Zweifel daran aus, daß der erste Schritt zur Anregung eines Bündnisses zwischen der Monarchie und Deutschland von Bismarck unternommen wurde. Andrassy war daher im Jahre 1886 vollkommen berechtigt, zu sagen: „Bismarck war veranlaßt, es — das Bündnis — anzubieten."

Während Bismarck über den Bericht des Botschafters von Schweinitz eine Aufzeichnung gemacht und in ihr erklärt hat, „Major von Wedell muß nach der Sprache des Zaren zu Schweinitz notwendig für Österreich stimmen . . . die Politik Seiner Majestät

[1]) von Wertheimer a. a. O. III, 237 flgd.

verbleibt in der alten Richtung, wie der Kaiser sie stets sanktioniert hat", stellte sein unentwegter Mitarbeiter von Radowitz fest: der Brief des Zaren vom 15. August an Kaiser Wilhelm I. ist „eines der wichtigsten und folgenschwersten Dokumente aus unserer neuen Geschichte, er veranlaßte sofortige Entschlüsse Bismarcks, aus denen die große Achs-Drehung unserer und der gesamten europäischen Politik hervorgegangen ist." Man kann heute rückschauend weiter gehen, behaupten und beweisen: Dieser Brief des Zaren löste durch die Art seiner Behandlung in den Händen Bismarcks die Lawine aus, die wenige Jahrzehnte später das alte Europa unter sich begraben sollte. In den Beratungen und in dem Briefwechsel zwischen den beiden Staatsmännern wird der Zaren-Brief nicht erwähnt, während er in allen Berichten Bismarcks an den Kaiser immer wieder und ausschließlich dominiert. Es muß angenommen werden, daß Bismarck seinen Verhandlungspartner Andrassy über den wahren Ursprung seiner Sorge nicht unterrichtet hat. Wie hätte Bismarck sich behaupten wollen, wenn Andrassy sich seinem Werben widersetzt hätte und ein Bündnis mit Österreich-Ungarn nicht als besserer Trumpf hätte ausgespielt werden können oder wenn Kaiser Wilhelm gewußt hätte, daß beide, Bismarck und Andrassy, seit März 1879 auf den Sturz Gortschakows hinarbeiteten — zwei große Spieler?

Inzwischen erfuhr die Öffentlichkeit durch die Zeitungen und auf diesem Wege auch der Kaiser von dem Zusammentreffen der beiden Staatsmänner in Gastein, er glaubte immer noch an Bismarcks Schutzbehauptung von der „Politik Seiner Majestät" und so beauftragte er (Babelsberg, 29. August 1879), den Staatssekretär von Bülow, an den Kanzler zu schreiben: „Zu meinem Erstaunen sehe ich, daß Andrassy gestern schon nach Gastein gereist, noch ehe er entlassen und Haymerle ernannt ist. Sie wollen daher folgendes an den Fürsten Bismarck in Gastein telegrafieren: ‚Mit Allem einverstanden und Manteuffel expediert. Nur eine Reise nach Wien für jetzt unmöglich, selbst wenn Warschau günstig abläuft.

zu zeichnen: Wilhelm'

Wenn auch diese Weisung zu spät kommt, um einer Mitteilung jenes Reiseprojekt an Andrassy vorzubeugen, so ist sie doch unumgänglich nötig. Wilhelm"

Bismarck war nicht gewillt, sich die Reise nach Wien, die er Andrassy bereits am 26. August in Aussicht gestellt hatte, verbieten zu lassen.[1]) Für den Fall, daß Kaiser Wilhelm doch auf seiner Weigerung beharren sollte, war der Kanzler schon in die-

---

[1]) Bismarck an Bülow, Gastein, 30. August 1879. Im „Anhange zu den Gedanken und Erinnerungen", II. Band, S. 521, ist nur ein Teil aus diesem Schreiben mitgeteilt.

ser Zeit entschlossen, um Enthebung von seinem Amt einzukommen. „Die Kur", telegrafierte er an den Staatssekretär von Bülow, „mache ihm an und für sich schon geistige Arbeit schwer und gefährlich. Vollends werde ihm der Mut dazu durch derartige Befehle, wie der eben erlassene, genommen; er könne im Dienste nicht so gesunden, wie er es für denselben benötige."[1])

Der Kaiser wünschte nicht Bismarcks Reise nach Wien, dieser verbot jenem dagegen die Reise nach Alexandrowo, Bismarck führte Geheimverhandlungen mit Andrassy, der Kaiser aber erbot sich, seinen Kanzler über die Gespräche zu unterrichten, die er mit dem Zaren führen würde, Andrassy hielt seinem Kaiser Vortrag, das tat Bismarck nicht.

Der Kaiser gab nach, so daß der Staatssekretär noch am gleichen Tage nach Gastein telegrafieren konnte:

„Vortrag heute Abend erstattet. Seine Majestät beauftragen mich, Eurer Durchlaucht zu sagen, daß er nach gegebenen Erläuterungen gern mit Gegenbesuch in Wien nach Beendigung der Kur in etwa 14 Tagen einverstanden. Über Anmeldung des Zar zum 3. lag nur das Eurer Durchlaucht übermittelte Telegramm vor. Kaiser sagte, er habe nicht ablehnen können, der Nähe wegen und da eben Kaiser Franz Joseph empfangen."

Der Kaiser mochte wohl damit rechnen, daß die Reise Bismarcks nach Wien nicht mehr nötig sein würde, wenn seine Zusammenkunft mit dem Zaren am 3. September auch Bismarck zufrieden stellen mußte. Er wußte nichts von der russenfeindlichen Tätigkeit deutscher Kommissare auf dem Balkan und erst recht nichts von der Vereinbarung, die Bismarck und Andrassy bereits am 26. August getroffen hatten.

Das wußte Bismarck, daß, solange der Zar Alexander II. herrschte, kein russisch-deutscher Krieg zu befürchten war, denn bevor er mit Österreich verhandelte, ja, bevor er überhaupt erstmals an den Grafen Andrassy schrieb (13. August 1879), um Österreich ein Bündnisangebot zu machen, erschien der russische General Saburow in Kissingen mit dem dringenden Wunsch des Zaren nach einem Bündnis mit Deutschland. Bismarck behandelte das russische Anerbieten dilatorisch, ein Wille, das Bündnis abzuschließen, war aber nicht vorhanden. Saburow kehrte aus Kissingen mit leeren Händen nach Petersburg zurück, erstattete dem Zaren Bericht und die Folge war dessen Brief vom 15. August an Kaiser Wilhelm I.

---

[1]) Bismarck an Bülow, Gastein, 30. August 1879. Dieser Passus an Bülow über seine Absicht, zurückzutreten, fehlt im „Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen".

Über die Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy am 26. und 28. August gibt es je eine Darstellung; jede gewährt einen Einblick in das Milieu, in dem die Saat gestreut wurde, die nach 3½ Jahrzehnten so blutig aufgehen mußte:[1])

„Am 26. August stand Bismarck vor Andrassy; in ihm, dem aufmerksamen Beobachter der russischen Vorgänge, hatte sich die unerschütterliche Überzeugung von der Notwendigkeit einer Defensivallianz mit Österreich-Ungarn zum förmlichen Dogma entwickelt. Dieser politische Glaubenssatz war in ihm besonders seit dem Briefe Alexanders II. vom 15. August 1879 so stark geworden. Nun zögerte er nicht, mit offenen Karten vor Andrassy hinzutreten und ihm mit Vermeidung aller kleinlichen Schachzüge ehrlich zu sagen, wessen er zur Sicherstellung Deutschlands benötige. Bismarcks Vertrauen zu Andrassy wurde von diesem auch durch verständnisvolles Eingehen auf des Kanzlers offenherzigen, von allen diplomatischen Ausflüchten befreiten Ton gelohnt."

Am 28. August:

„Von verschiedenen Seiten wird erzählt, daß der letzte Akt der Unterredung nicht gerade ruhig verlief, sondern in einen hochdramatischen Akkord ausklang. So soll Fürst Bismarck, nachdem er die Abschrift der letzten Redaktion des Allianzvertragsentwurfes in die Hand genommen, sich plötzlich von dem Diwan erhoben haben, und, das Papier fast zerknitternd, dem Grafen Andrassy so nahe getreten sein, daß dieser fast seinen Atem hören mußte. Der Graf schnellte jetzt gleichfalls von seinem Sitze empor, um den ‚Gegner' stehenden Fußes zu erwarten. Regungslos und mit scharfen Blick sah er dem Fürsten ins Auge, fest entschlossen, allem, es möge kommen, was da wolle, standzuhalten."

„So weit wären wir auf dem Papier", hätte hierauf Bismarck gesagt. „Ich kann Ihnen nun nichts mehr sagen als: Bedenken Sie, was Sie tun. Zum letztenmal rate ich Ihnen, lassen Sie Ihren Widerstand fallen. ‚Nehmen Sie', soll der Kanzler mit erhobener Stimme, mit drohender Miene gerufen haben, ‚meinen Vorschlag an. Ich rate Ihnen gut, denn sonst . . . sonst — muß ich den Ihrigen annehmen.'"

Diese letzten Worte soll Bismarck, der bisher eine drohende Haltung eingehalten hatte, wieder in gewohnter Weise gesprochen und lächelnd hinzugefügt haben: „Es wird aber verflucht viel Mühe kosten."[2])

Diesmal fanden die Rußland abgeneigte Kaiserin Augusta und Fürst Bismarck sich in dem Versuch vereint, vielleicht erstmals und niemals wieder, den Kaiser von der Reise nach Alexandrowo

---

[1]) von Wertheimer a. a. O. III, S. 242.

[2]) „Nord und Süd" 1890 Band 53 „Graf Andrassy, „Deutsche Revue" 1906 S. 269.

abzuhalten — vergeblich. Der Zar atmete auf, als endlich die Zustimmung Wilhelms I. eintraf. Sofort telegrafierte Alexander zurück, er sei sehr glücklich, daß der Kaiser komme, und er mache sich ein Fest daraus, ihn am Mittwoch, den 3. September, empfangen zu können.

Aber Bismarck telegrafierte am 31. August an das Auswärtige Amt:[1])

„Nach Alexandrowo, auf russisches Gebiet, kann Seine Majestät sich meines ehrfurchtsvollen Dafürhalten nach dem Brief des Kaisers Alexander nicht begeben, bevor Letzterer nicht in Preußen gewesen ist."

Der Kaiser sucht Bismarck zu beruhigen, er läßt ihm am 1. September durch das Auswärtige Amt mitteilen: „Seine Majestät lassen erwidern: Kaiser Alexander kann Rußland nicht verlassen, ohne umfangreiche, vorbereitete polizeiliche Sicherheitsmaßregeln, dafür ist es bei uns zu spät, Seine Majestät kann daher Verantwortung für Vorschlag einer Begegnung in Preußen nicht übernehmen. Auch bei heutigem Vortrag blieb Kaiser fest auf dieser Ansicht. Seine Majestät erklärte aber ausdrücklich, daß er kurzen, bei Vorüberreise abgestatteten Besuch nur als persönliche Angelegenheit auffasse, auch keine politische Äußerung, geschweige Zusagen, eingehen werde. Seine Majestät wolle nur so weit mit Kaiser Alexander von Politik reden, um klar zu stellen, wie derselbe zu dem unbegreiflichen Brief gekommen . . ."

Bismarck konnte die Reise seines Monarchen zwar nicht mehr verhindern, aber er hatte die letzten Tage benutzt, um den Kaiser in einem noch längeren Bericht, als den ersten, über die Gefahren einer russenfreundlichen Politik in Kenntnis zu setzen, b e v o r er mit dem Zaren und mit dessen gegenwärtig einflußreichsten Ratgeber Miljutin, den vermeintlichen Verfasser des bösen Briefes, am 3. September zusammentraf. Diese Denkschrift vom 31. August umfaßte 62 Bogenseiten Handschrift.[2])

Der Kaiser versah die Denkschrift mit dem Eingangsvermerk: „Den Minister von Bülow beauftragt, dem Fürsten Bismarck mitzuteilen, daß ich dieses Schreiben als non avenu betrachte, bis ich den Kaiser Alexander übermorgen in Alexandrowo gesprochen haben werde."

Bismarck glaubte Deutschland zu nützen und seine Stellung zu festigen, wenn er in seiner Denkschrift die ganze Vergangenheit

---

[1]) A. A. III, S. 247.

[2]) Im Aktenwerk des Auswärtigen Amtes sind es zehn Druckseiten in Lexikonformat (S. 26 bis 35). Die Auffassung Bismarcks, daß der Zar den schicksalschwer gewordenen Brief als Opfer einer Hof- und Militärkamarilla geschrieben hat, wird in den Akten des A. A. widerlegt. Bismarck hat diese Verdächtigung schon seinerzeit fallen gelassen.

seit dem Jahre 1875 auszulöschen, sich rein und Gortschakow schwarz zu machen versuchte. Es ist nicht wichtig, daß und wie Bismarck die Dinge auf den Kopf gestellt hat, wichtig ist, was im Sommer 1879 geschah.

Bismarck verlangt „einen glaubwürdigen Beweis für eine wenigstens augenblickliche Sinnesänderung des Kaisers, daß Seine Majestät öffentlich anerkennte und anzuerkennen beföhle, daß Deutschland sich während des Krieges und namentlich auf dem Kongresse die vollste Dankbarkeit des Kaisers und aller Russen erworben habe. Aber wenn dies auch geschähe, so würde ich doch das Vertrauen nicht festhalten, daß dem Kaiser die geistige Unabhängigkeit und Energie noch verblieben sei, welche erforderlich wäre, um auf die Dauer den sich gleichbleibenden Einflüssen unserer Feinde Widerstand zu leisten. . . .

„. . . In jüngster Zeit war es besonders die Eifersucht des Fürsten Gortschakow auf Deutschlands Erfolge, welche unsere Gegner zunächst diplomatisch zu einigen suchte. Mein russischer Kollege hat, soviel er konnte, seit bald nach dem Frieden, daran gearbeitet, mit unseren Gegnern Anlehnung zu gewinnen, und namentlich mit Frankreich. Er (Gortschakow) hält die Komödie von 1875, wo er Frankreichs Bedrohung durch Deutschland und seine Rettung durch Rußland, im Bunde mit dem damaligen französischen Botschafter Gontaut-Biron fingierte und diese Fiktion von langer Hand vorbereitete, noch heute in der französischen Presse aufrecht. In der Zeit vor dem türkischen Kriege war er bestrebt, einerseits das Vertrauen des Kaisers Alexander auf Preußen, andererseits unsere Beziehungen zu Österreich zu untergraben, um seiner Koalitionspolitik nach beiden Seiten hin die Wege zu ebnen.

Der Zustand meiner Gesundheit verbietet mir, die Konjekturen über die gegen uns möglichen oder wahrscheinlichen Koalitionen weiter auszuführen. Es bedarf auch keines Beweises, daß wir, in der Mitte Europas, uns keiner Isolierung aussetzen dürfen. Meiner Überzeugung nach sind wir derselben aber ausgesetzt, wenn wir ihr nicht durch eine Defensivalliance mit Österreich vorbeugen. . . .

„Die Sicherheit, welche wir in der Person des Kaisers Alexander früher zu finden glaubten, ist durch den letzten Brief Seiner Majestät und durch des Kaisers drohende Äußerungen gegen den Botschafter auch der Form nach zerstört; sie läßt sich in der Art, wie sie früher bestand, nicht wiederherstellen. So gut wie der Kaiser Alexander dazu gebracht werden kann, wegen bulgarischer Lappalien nicht nur dem amtlichen Botschafter gegenüber, sondern in eigenhändigem Schreiben Eurer Majestät mit Krieg zu drohen, so gut wird er auch, und noch viel leichter, unter Fort-

setzung der persönlichen Freundschaftsversicherungen diesen Krieg führen. . .
Ich muß nach Pflicht und Gewissen Eurer Majestät versichern, „daß ich als Eurer Majestät amtlich berufener Rat an die Zuverlässigkeit des Kaisers Alexander für Eure Majestät nicht mehr glaube und daß ich es als meine unabweisliche Pflicht ansehe, bei Eurer Majestät auf die Herstellung einer gesicherten Anlehnung mit Österreich ehrfurchtsvoll anzutragen. . . .

„Heute liegt die Tatsache vor, daß der Kaiser Alexander schon seit zwei Jahren, teils selbst, teils durch den Fürsten Gortschakow, Forderungen an Eure Majestät hat stellen lassen, die unabhängige Mächte sonst einander nicht zumuten, und in einer Tonart, wie sie zwischen solchen nicht üblich ist. Herr von Bülow wird Eurer Majestät aus unseren Archiven die Beweise dafür liefern können. Seit mehr als einem Jahre hat Seine Majestät sich en parti pris jeder wahren und gerechten Darlegung der Dienste verschlossen, welche Rußland vor und auf dem Kongreß durch Deutschland erwiesen sind. Vielmehr durfte seit dem Kongreß die offiziöse, ja sogar die amtliche russische Presse („Correspondance russe", Poggenpohl, ein kaiserlicher Beamter) unter den Augen Seiner Majestät des Kaisers die aufregenden Verleumdungen gegen Deutschland verbreiten, welche wie eine bewußte Anbahnung zum Friedensbruch aussahen . . .

„Nach russischen Einrichtungen kostet es ein einziges kaiserliches Wort, nur eine Unterschrift, ohne Motive, ohne Verantwortlichkeit, und der Krieg ist da, die Weichselarmee kann sofort bei uns einrücken. Den Glauben, daß der Kaiser Alexander niemals durch dieselben Einflüsse, welche seit Jahr und Tag seine Entschließungen beherrschen, bewogen werden könnte, jene eine Unterschrift zu geben, diesen Glauben kann ich nach dem jüngsten Verhalten Seiner Majestät nicht mehr aufrechterhalten, ohne mit meinem amtlichen Pflichtgefühl in Konflikt zu kommen.

„Meine amtliche Überzeugung geht dahin, daß wir das Bündnis nur zu schließen brauchen, um den Krieg zu verhindern. Rußland wird Frieden halten, wenn es die deutschen Mächte ohne aggressive Tendenz zur Abwehr geeinigt weiß: es wird aber in absehbarer Frist den Frieden brechen, wenn diese Einigung unterbleibt. Wenn Österreich also zu dieser Einigung, ohne daß Deutschland weitere Pflichten übernimmt, bereit ist, so würde ich es mit meinen amtlichen Pflichten und mit meinem Gewissen nicht in Übereinstimmung bringen können, wenn diese Gelegenheit, Deutschland und seinen Frieden zu decken, versäumt würde. . .

„Sind wir aber mit Österreich verbündet, so glaube ich, daß in erster Linie der russische Angriff überhaupt unterbleibt, und fände er dennoch statt, daß dann England uns mit Österreich zu-

sammen stark genug findet, um sich uns beiden anzuschließen. dann würde ein russischer Angriffskrieg vielleicht doch nicht auf Teilnahme Frankreichs rechnen können . . .

„Nachdem ich mir erlaubt habe, Eurer Majestät in Vorstehendem die Eindrücke ehrfuchtsvoll dazulegen, welche ich von der europäischen Situation, nicht seit dem Briefe des Kaisers von Rußland vom 15. August, sondern seit Jahren mit stets wachsender Mächtigkeit der Überzeugung erhalten habe, berichte ich alleruntertänigst über den Hergang meiner Besprechung mit Grafen Andrassy: . . .

„Die parlamentarischen Anstrengungen haben seine Nerven sichtlich angegriffen, und er ist gleich mir in der schwierigsten Lage gewesen, niemals wirklichen geschäftsfreien Urlaub gehabt zu haben, weil seine amtliche Tätigkeit auch auf dem Lande eine volle Unterbrechung nicht zuläßt . . .

„Die Frage, ob Krieg oder Frieden, immer auf zwei Augen, und die Ratgeber, welchen der Kaiser Alexander gegenwärtig zu folgen scheine, hielte auch ich für leidenschaftlich und beschränkt. Wenn wir auch keine Anstrengung scheuen würden, um einem für uns so gänzlich grundlosen und zwecklosen Kriege wie dem mit Rußland aus dem Wege zu gehen, so wäre es mir doch von Interesse, mich zu vergewissern, wie Österreich sich verhalten würde, wenn Rußland Händel mit uns vom Zaune bräche, bloß, weil wir uns nicht von ihm als Instrument gegen Österreich benutzen lassen.

„Graf Andrassy antwortete darauf wiederholt und mit Lebhaftigkeit, daß im Falle eines unprovozierten Angriffs von Rußland auf Deutschland Österreich-Ungarn unter begeistertem Beifall aller seiner Völkerschaften und mit Aufgebot der vollen Macht der Monarchie Deutschland beistehen werde."

Bismarck spinnt anschließend den Faden weiter und gemeinsam in der Wiedergabe seiner ersten Verhandlung mit dem Grafen Andrassy so wirr durcheinander, daß die Denkschrift voller Widersprüche und Entstellungen erscheint. Auf Grund solcher Betrachtungen legt Bismarck die letzte Entscheidung in die Hände des Kaisers, der mit einer abschließenden Warnung für den Fall, daß er die Hand, die Österreich uns reicht, zurückweisen sollte:

„Welches immer Eurer Majestät Befehle sein würden, so würde ich es für meine Pflicht halten, den Besuch, welchen er mir ungeachtet seiner Gesundheit mit einer anstrengenden Reise hier gemacht hätte, in Wien zu erwidern und ihn dort zu verständigen über die Aufnahme, die mein Bericht bei Eurer Majestät gefunden hätte. Er nahm diese Zusage mit Dank entgegen und bemerkte, daß meine Rückreise über Wien um so weniger auffallen könne, als der Unterschied der Reise von Salzburg nach Berlin über Mün-

chen oder Wien nur eine Stunde betrage, und ich schon dreimal die Reise nach Gastein gemacht hätte, ohne Wien zu berühren. Ich werde natürlich nichts zusagen, was nicht im Wortlaut Eurer Majestät vorher vorgelegen und Allerhöchstdero Genehmigung erhalten hat. Aber auch selbst wenn Eurer Majestät auf eine Verhandlung der Art nicht eingehen wollten, was mich mit tiefem Schmerze und großer Sorge für die Zukunft erfüllen würde, würde ich es immer für notwendig halten, daß ich in Wien mündlich dem Grafen Andrássy die Gründe darlege, welche Eure Majestät abhalten, die Hand anzunehmen, die Österreich, ohne jede aggressive Tendenz, rein im Interesse seines und unseres Friedens darzubieten scheint. Ich würde dann immer noch imstande sein, zu tun, was in meinen Kräften steht, um zu verhüten, daß die österreichische Politik nicht unter anderer Leitung als der des Grafen Andrássy mehr als bisher in das Fahrwasser Frankreichs hinübergleite.

Ich kann zum Schluß noch hinzufügen, daß uns beiden die vorläufige Geheimhaltung einer etwaigen Verabredung nützlich schien, daß aber eine solche, wenn sie zustande käme und später bekannt würde, in ganz Deutschland populär sein und Vertrauen in eine friedliche Zukunft erwecken würde."

Bismarck verdächtigte in seiner Denkschrift nicht nur den Zaren, sondern jeden russischen Staatsmann, Diplomaten und General, der ihm Schwierigkeiten bereitet, er malt den russischen Teufel an die Wand, um seinen alten Kaiser zu erschrecken und er weiß das zumindest, daß die russische Armee desorganisiert und geschwächt, daß die innere Verwaltung des Riesenreichs korrupt ist, sowie daß der Zar jeden Krieg schon deshalb grundsätzlich scheut, weil dieser die nihilistische Agitation begünstigt.

Bismarck will den Kaiser in dem Glauben versetzen, daß seine Unterhaltung mit Andrássy von diesem angeregt worden sei, während es umgekehrt der Fall war. Es mutet seltsam an, daß er, damals erst 64 Jahre alt, seine und Andrássys körperliche Angegriffenheit an drei Stellen der Denkschrift geltend gemacht hat: „er (Andrássy) ist gleich mir in der schwierigen Lage gewesen, niemals wirklichen, geschäftsfreien Urlaub gehabt zu haben . . . ungeachtet seiner Gesundheit hat er seine anstrengende Reise (von Wien) nach hier, Gastein, gemacht . . . bei meiner körperlichen Erschöpfung bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, noch weitere Ausführungen zu machen. . . ."

Die Darstellung der politischen Situation entsprach dem Zweck, den Bismarck verfolgte und auch das ist erstaunlich, daß er bei seinem kaiserlichen Herrn, den er über dreißig Jahre kannte, und über dessen Geisteshaltung er so oft boshafte Bemerkungen gemacht hatte, diesmal auf Granit beißen mußte.

„Nicht mit einem einzigen Worte deutet Bismarck an, daß zwischen ihm und Andrássy eine Verschiedenheit der Ansichten über die Natur des Bündnisses geherrscht habe. Und doch wird mit aller Bestimmtheit behauptet, daß Andrássy schon in Gastein von einem bloß allgemeinen Schutz- und Trutzbündnis, wie es Bismarck angstrebte, nichts wissen wollte, dagegen das Hauptgewicht auf eine mit der Spitze gegen Rußland gerichtete Allianz legte. Sollte Bismarck, der in seinem Bericht vom 31. August aufs eingehendste die Notwendigkeit des Bündnisses mit Österreich-Ungarn darlegte, absichtlich den zwischen ihm und Andrássy obwaltenden Gegensatz unerwähnt gelassen haben?
Zwei Zeugnisse stehen sich hier über diese Angelegenheit diamentral gegenüber. Auf der einen Seite das Schweigen Bismarcks, auf der anderen ausführliche Mitteilungen über das Verlangen Andrássys, kein allgemeines, sondern ein gegen Rußland gerichtetes Bündnis schließen zu wollen.
Beide Staatsmänner schieden in Gastein in voller Einigung darüber, daß sie in der Form einer Allianz ein starkes Bollwerk zum Schutz des von Rußland bedrohten Friedens errichtet hätten. Von einer generellen Allianz gegen jeden Angriff (Frankreich) mochte Andrássy nichts hören. Er kam vielmehr mit einem Gegenantrag, der sich auf ein gegen Rußland gerichtetes Bündnis bezog."[1])

Am 1. September, nach seinem Vortrag beim Kaiser Franz Josef, richtete Graf Andrássy ein Schreiben an Bismarck, in dem er mitteilt: „Daß sich mein Kaiser stets freut und sich jetzt besonders freuen wird, Sie hier zu sehen, ist selbstverständlich. Mittlerweile bin ich ermächtigt, sobald Sie das prinzipielle Einverständnis Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm konstatieren können, eine Textierung entgegenzunehmen. Er ist übrigens durch mich eingeweiht und vollkommen einverstanden.
Ich muß gestehen, solange ich die Fackel nicht ausgelöscht sehe, die Kaiser Alexander halb unbewußt auf dem europäischen Pulverfaß herumschwingt, solange ich den Frieden Europas in den Händen eines Miljutin, eines Jomini, nächstens wohl eines Ignatiew weiß, kann ich keine Beruhigung finden.
Ich hege keinen Zweifel in die persönlichen Absichten des Kaisers Alexander. Ich bin überzeugt, er will heute keinen Krieg. Aber als Minister eines Nachbarstaates kann ich nicht vergessen, daß er auch nicht den Krieg gewollt hat, der eben zu Ende ist, und daß er von Anfang bis zu Ende nicht versucht hat, der Richtung Herr zu werden, die seiner immediaten Umgebung entsprungen war."

---

[1]) von Wertheimer a. a. O. Bd. III S. 242: Niederschrift über die orientalische Frage 1886. Bismarcks „G. u. E." II, 238 geben eine andere Darstellung.

Dieser Brief Andrassys trägt, aus der Zeit und Umständen heraus erklärt, alle Zeichen einer von Bismarck bestellten Arbeit, bestimmt, dem deutschen Kaiser vorgelegt zu werden und dessen Widerstand zu brechen. . . .

Es ist schwer, wenn nicht gar überhaupt unmöglich, die tragische Bedeutung und den Kampf, das Ringen zwischen Kaiser und Kanzler um Seele und Zukunft des deutschen Volkes darzustellen. Hier versagt die Kraft der Sprache schlechthin und das Feld bleibt der dichterischen Phantasie überlassen. Es ist schon schwierig, allein den Ablauf der Tragödie selbst zu gestalten und so bleibt, was folgt, Stückwerk und an die Akten gebunden.

Die beiden in aufrichtiger Freundschaft einander vertrauenden Monarchen trafen sich am 3. September in Alexandrowo; was sie beide unter vier Augen gesprochen haben und was Kaiser Wilhelm zur Kenntnis Bismarcks hat bringen wollen, legte er in eigenhändigen Aufzeichnungen nieder.
„General Radetzki, der Verteidiger des Schipka-Passes, war dem Ehrendienst bei Kaiser Wilhelm zugeteilt. Die beiden Kaiser, die sich innig liebten, zeigten anfänglich eine fast verlegene Zurückhaltung, was auffiel, weil sie sich doch häufiger begegneten. Aber die Stimmung wurde immer wärmer und als nach herzlicher Verabschiedung der deutsche Kaiserzug der Heimat zu eilte, da umarmte der Zar den von ihm hochgeschätzten alten Schipkahelden und sprach mit bewegter Stimme die wenigen Worte: „Gott sei Dank! Der Krieg zwischen uns ist eine Unmöglichkeit."[1])
Im Anschluß an die zwei Tage dauernde Aussprache mit seinem Neffen, reiste der im 83. Lebensjahr stehende Kaiser zu den Manövern, zuerst nach Königsberg, dann nach Danzig und zuletzt nach Stettin; in jeder Stadt machte er für seinen zur Kur in Bad Gastein weilenden Kanzler Niederschriften über den Verlauf und das Ergebnis seiner Besprechungen mit dem Zaren, deren Ziel die Treue zu Rußland war.

Der Rat im kaiserlichen Gefolge, Otto von Bülow, berichtete an das Auswärtige Amt über den Allgemein-Eindruck, den der alte Kaiser auf ihn gemacht hat.[2])
„Ungeachtet der voraufgegangenen körperlichen Anstrengungen — auf dem Manöverfeld — waren Seine Majestät von einer Frische und Klarheit des Geistes, zugleich aber auch, neben großer Ruhe, von einer Entschiedenheit, wie solche mir in den letzten Jahren bei Allerhöchstdemselben kaum jemals entgegengetreten ist.

---

[1]) Richard Graf Pfeil: „Das Ende Kaiser Alexanders II." Berlin 1908, S. 48.
[2]) A. A. III. S. 47.

Soll ich meine Eindrücke vorweg kurz resümieren, so gehen dieselben leider dahin, daß die Begegnung in Alexandrowo insofern von ernster Bedeutung gewesen ist, als sie unseren allergnädigsten Herrn in seiner Freundschaft nicht für den Kaiser Alexander, sondern auch für Rußland auf das entschiedenste befestigt hat. Ich kann nicht umhin, der bestimmtesten Überzeugung pflichtmäßig Ausdruck zu geben, daß auf die Annahme der Vorschläge des Herrn Reichskanzlers in dem geheimen Berichte vom 31. v. Mts. absolut nicht zu rechnen ist, vielmehr der Kaiser seine ablehnende Entschließung innerlich bereits getroffen hat. Alle Gegenvorstellungen prallen — wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf — an Seiner Majestät Festigkeit vollständig ab."

Otto von Bülow leitete einige Tage später die folgende Niederschrift des Kaisers an das Auswärtige Amt weiter:[1])
„Am 4. früh kam der Kaiser nochmals zu mir, um nach dem Déjeuné Abschied von mir zu nehmen. Er hatte ein Telegramm der Kaiserin Marie aus Jugenheim erhalten, die mich grüßen ließe und sich sehr über unser Alexandrowoer Rendez Vous freue . . . Der Kaiser wiederholte dann en apercu unseren Ideenaustausch, freute sich mit Herzlichkeit, daß die Briefmißverständnisse aufgeklärt seien, und daß die alte Freundschaft zwischen beiden Staaten in Verbindung mit Österreich aufrechterhalten werden würde. Über letzteres fügte er nun erst hinzu: „Allerdings hätte ich Ursache, unzufrieden mit demselben zu sein, denn seine Haltung gegen mich während des Krieges, war louche, wie gewöhnlich. Ohne einen Schuß getan zu haben, besetzten sie zwei türkische Provinzen; natürlich um sie nie wieder herauszugeben, also wie die Engländer Zypern nie wieder herausgeben werden."
Am selben Morgen sprach ich nacheinander mit General Graf Adlerberg, Minister Giers und Kriegsminister Miljutin. Die beiden ersteren sprachen sich gleich warm für die alten Verhältnisse aus. Sie hatten Kenntnis von des Kaisers Brief und meiner Antwort, was ich ihnen als entree de conversation sagte und sie einstimmten in die Freude des Kaisers, daß die Mißverständnisse beseitigt seien, die sie für unmöglich gehalten hätten, genau die Auffassungen des Kaisers kennend, denen er in dem Briefe Ausdruck geben wolle. Ich habe keinen Grund, an der Aufrichtigkeit dieser Gesinnungen zu zweifeln."

Bismarck schickte Andrassys Brief vom 1. September mit einem langen Immediatbericht an den Kaiser und wieder malt er den russischen Teufel (Gortschakow, den Nihilismus usw.) an die Wand:[2])

---

[1]) A. A. III, S. 62.
[2]) A. A. III, S. 42.

„Bei der Abwesenheit aller zuverlässigen Bürgschaften für die Zukunft der russischen Politik, bei der Möglichkeit, daß die Politik des Kaisers Alexander auch in Zukunft wiederum von jener Überschätzung der russischen Macht, welche den Brief vom 15. August eingegeben hat, inspiriert werden könnte, oder daß der Kaiser Alexander dem Einfluß revolutionärer Ratgeber ohne eigenes Wissen unterliegt, bei dieser Möglichkeit ist das russische Bündnis für uns gefährlich, wenn wir nicht die Gewißheit haben, daß wir nicht mit Rußland allein darin bleiben. Letzteres wäre gleichbedeutend mit der Abhängigkeit unserer Sicherheit von Rußland, also von einem unberechenbaren Faktor. Österreich dagegen ist nicht im gleichen Maße unberechenbar. . . .

In Österreich-Ungarn haben die Völker und ihre Vertreter mitzureden, und diese Völker sind vor allem des Friedens bedürftig, zu einer kriegerischen Koalition wie die mit Rußland, die sie vor vierzehn Tagen noch befürchtete, kann der Kaiser Franz Josef nur gelangen im Bruche mit seinen Völkern und mit deren Verfassungen, in Rußland dagegen ist eine kriegerische Politik gegen Deutschland, ohne jeden Schaden für die innere Lage des Reiches, an jedem Tage in Szene zu setzen möglich. Österreich hat, bei einem Treubruch oder einem ruchlosen Angriff auf uns, die Rache Deutschlands, der Fürsten sowohl wie der gesamten Nation, zu fürchten. . . .

Erneute Freundschaftsversicherungen des Kaisers Alexander werden uns keine bessere Bürgschaft gewähren, als die bisherige, die frischesten, die in dem Briefe vom 15. August enthaltenen, mit eingerechnet, auf demselben Papier wie sie steht die Kriegsdrohung gegen Eure Majestät unter Hinweisung auf Frankreich.

Eine Fortsetzung der bisherigen Situation, ohne vertragsmäßig gesicherte Beziehungen zu Österreich, würde ich schon vor dem russischen Briefe vom 15. August für gefährlich gehalten haben, nachdem wir aber durch das jüngste Verhalten Rußlands gewarnt worden sind, würde es sich, meines alleruntertänigsten Dafürhaltens, schwer verantworten lassen, die gegenseitige Sicherung, die Österreich uns bietet, von der Hand zu weisen."

Diese beiden Briefe brachte der Kurier zuerst nach Berlin und sofort (7. September) nach Königsberg i. P. an den Gesandten im Kaiserlichen Gefolge Otto von Bülow, mit der Anweisung, „auf die Entschließung Seiner Majestät des Kaisers in betreff der von dem Reichskanzler erbetenen Ermächtigung zu Verhandlungen in Wien weiter einzuwirken. . . . Aus allen Andeutungen, die uns der heutige Kurier von Gastein gebracht hat, und aus Telegrammen des Reichskanzlers, welche seitdem eingetroffen sind, ergibt sich soviel mit Bestimmtheit, daß Fürst Bismarck die verantwortliche Leitung der Politik nicht mehr weiter führen wird, falls seine

Anträge, wie diese in den beiden Immediatberichten ausgesprochen sind, die Billigung Seiner Majestät finden sollten. . . .
Wir geben uns der bestimmten Hoffnung hin, daß nach Eingang der heutigen Expedition und nach nochmaliger huldreicher Erwägung der jetzt in Frage kommenden Verhältnisse, Seine Majestät Allerhöchst sich mehr geneigt zeigen werden, dem Antrage des Reichskanzlers Folge zu geben, als es laut Telegramm Nr. 4 von heute bisher der Fall gewesen ist. Bei der entgegengesetzten Eventualität würden dem allergnädigsten Herrn pflichtgemäß nicht verschweigen können, daß die Ablehnung der jetzt von dem Reichskanzler vorgeschlagenen Politik gleichbedeutend sei mit dem Verzicht auf die politischen Dienste des Fürsten Bismarck, welcher nach ernster Überlegung es mit seinem Gewissen nicht mehr vereinbar finde, auf einer anderen als der von ihm in seinem ehrfurchtvollen Immediatberichte angegebenen Basis, die Verantwortung für die fernere Regelung unserer auswärtigen Beziehungen zu übernehmen."

Am gleichen Tage (7. September) schickte Otto von Bülow die Befürchtung nach Berlin:[1]) „Ich kann nicht umhin, der bestimmtesten Überzeugung pflichtgemäß Ausdruck zu geben, daß auf die Annahme der Vorschläge des Herrn Reichskanzlers in dem geheimen Berichte vom 13. v. Mts. absolut nicht zu rechnen ist, vielmehr der Kaiser seine ablehnende Entschließung innerlich bereits getroffen hat. Alle Gegenvorstellungen prallen — wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf — an Seiner Majestät Festigkeit vollständig ab."

Hier ist entscheidend, ob nach Ansicht der beiden Monarchen der Haß, den Bismarck gegen Gortschakow hegte, die deutsch-russischen Beziehungen vergiftet hat. Bismarck sah in sich Deutschland, Gortschakow glaubte nicht Rußland zu sein. Nur das war ihnen gemeinsam: beide wurden von ihren Kaisern berufen und entlassen und unterschieden sich dann: Bismarck konnte von keiner Parlamentsmehrheit gestürzt werden und in Rußland gab es kein Parlament.
In seiner noch am 4. September in Alexandrowo gemachten Niederschrift gibt der Kaiser die Auffassung des Zaren mit folgenden Worten wieder:

„Der Fürst Bismarck, den er bisher immer als Freund der russisch-preußischen Verhältnisse nur kennen gelernt habe, scheine aber dem Fürsten Gortschakow seit seinem dummen Circular von 1875 aus Berlin — dies nicht vergessen zu können. Er habe dem Fürsten Gortschakow vor diesem Circular durchaus abgeraten und

[1]) A. A. III, S. 47.

ihm die nachteiligen Folgen seiner Eitelkeit en parenthése derselben vorgehalten, weil, wenn überhaupt, etwas zu schlichten gewesen wäre, dies nicht der Weg dazu sei. Fürst Gortschakow habe aber seinen Willen durchgesetzt. Auf dies Nachtragen Bismarcks und nicht Vergessenwollen, haben dessen irritierte Stimmung gegen Fürst Gortschakow angefangen, wie es ihm scheine, sich auf Rußland zu übertragen, und hierauf habe sich die Äußerung im Briefe an mich bezogen, daß er ein solches Verfahren nicht mit den Eigenschaften eines so eminenten Staatsmanns vereinbaren könne."

Am 7. September (in Königsberg) hielt Otto von Bülow dem Kaiser Vortrag im Sinne der Anweisungen Bismarcks. Die nochmalige Vorlesung des langen Immediatberichts vom 31. August wünschte der Kaiser nicht, „da er einen Vortrag Eurer Exzellenz vom 2. d. Mts. sehr aufmerksam zugehört und den Inhalt vollkommen im Kopf habe." Dann „erzählt der Kaiser mir nunmehr alles ausführlich, was er mit dem Kaiser Alexander besprochen hat (im Auszug):

„Die Zumutung zu Abmachungen irgendwelcher Art ist unserem allergnädigsten Herrn von seiten des Kaisers Alexander selbst nicht andeutungsweise entgegengetreten. Seine Majestät bemerkte: Er sei mit dem festen Vorsatz nach Alexandrowo gegangen, keinerlei Zusagen, sie mögen beschaffen sein wie sie wollten, zu machen. Er sei diesem Vorsatz ganz und voll treu geblieben und „habe dem Fürsten Reichskanzler das Terrain offen gehalten."

Kaiser Alexander ist schließlich auf den Passus in dem allerhöchsten Briefe wegen des „legs sacré de nos péres" und der „amitié séculaire" mit großer Wärme zurückgekommen und hat dem Wunsche lebhaften Ausdruck gegeben, daß nach Beseitigung der Mißverständnisse die alte Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland zum beiderseitigen Nutzen unverändert bleiben möge.
Die Herren von Giers und Graf Adlerberg haben ihrem Wunsche auf Fortdauer der gegenseitigen innigen Beziehungen lebhaftesten Ausdruck gegeben.

Bei weitem bedeutungsvoller ist offenbar die Unterredung Seiner Majestät mit dem Kriegsminister M i l j u t i n gewesen. Derselbe hat unter anderem geäußert: es bereite sich im Orient etwas gegen Rußland vor; der Berliner Vertrag möge eine Weile vorhalten, lange — nach seiner Überzeugung — nicht. England habe, außer auf Zypern, auch auf Kleinasien die Hand gelegt, wo z. B. unter der Maske von Konsuln englische Generäle und Beamte installiert wären, um das Terrain für die Zukunft vorzubereiten. Man wolle Rußland dort den Weg verlegen. Auf Ägypten hätten

England und Frankreich ihr Auge geworfen; wer von beiden die Palme davontrage, werde die Zukunft lehren. Österreich endlich habe durch die Okkupation zweier Provinzen auf der Balkanhalbinsel festen Fuß gefaßt. Er wisse, hat Miljutin weiter bemerkt, daß sich eine Tripelalliance zwischen England, Österreich und Frankreich gegen Rußland vorbereite; da sei es denn doch nur natürlich, daß Rußland rüste und sich für alle Eventualitäten vorbereite. Einschaltend bemerkte Seine Majestät gegen mich: Wenn dem so sei, so werde doch Rußland nicht selbstmörderisch sein, auch noch mit uns anbinden zu wollen, an letzteres könne er daher nicht glauben. Fast fürchte er, daß man in Rußland schon Wind" von dem Gegenstande der Gasteiner Besprechungen habe." „Ich habe die vollste Überzeugung gewonnen", fuhr der Kaiser fort, daß Rußland nach wie vor zu uns halten will und ein großes Interesse hat, dies zu tun. Mit dieser Überzeugung im Herzen bin ich Gewissenshalber außerstande, auf den Vorschlag des Reichskanzlers einzugehen: Meine Lage ist eine überaus schwierige und peinliche; ich befinde mich in einem schauderhaften Dilemma; aber lieber will ich vom Schauplatz abtreten und die Regierung meinem Sohne übergeben, als daß ich wider meiner besseren Überzeugung handle und eine Perfidie[1]) gegen Rußland begehe. (Der Kaiser sprach diese Worte sehr bestimmt und ruhig, ohne jeden Anflug von Animosität.) Ich habe, wie schon erwähnt, dem Fürsten das Terrain offen gelassen, will er mit dem Grafen Andrassy in eine Besprechung über gewisse Zukunftsmöglichkeiten eintreten, so mag es sein, aber eine Allianz — nein, da gehe ich nicht mit. Dieselbe würde doch immer ihre Spitze gegen Rußland kehren und wäre in ihren Folgen unberechenbar. Der Fürst hat sich früher selbst dagegen ausgesprochen, daß wir uns durch Allianzen die Hände binden, und dies ist noch jetzt meine volle Meinung, auch hat er selbst früher gelegentlich Österreich für unzuverlässig erklärt." So weit der Kaiser.

„Des Ernstes der politischen Situation", fügt Bülow hinzu, „ist der Kaiser sich offenbar vollkommen bewußt und fühlt, daß wir uns in einer bedeutungsvollen Krisis befinden. Wenn dessen ungeachtet Seine Majestät mit einer Festigkeit, wie sie bei ihm selten vorkommt, auf seiner Auffassung beharrt, so kann ich nicht

---

[1]) Bismarck hat die Aufzeichnungen des Kaisers mit 14 Randbemerkungen versehen, aber bei dem Wort „Perfidi" sich mit einem vieldeutigen „!" begnügt. Zu der hier nicht wiedergegebenen Stelle im Bericht über die Äußerung des Zaren: „der Brief (vom 15. August) ist ohne irgend jemandes Vorwissen oder Mitwirkung geschrieben worden", machte Bismarck die Randbemerkung: „der Brief war ja nur ein Symptom einer seit 2 Jahren in Rußland stattfindenden Entwicklung". Das ist richtig bis auf die Zeitangabe: 2 Jahre, denn seit Mai 1875 waren 4 Jahre verstrichen.

umhin, daraus die Folgerung zu ziehen, daß auch für die Zukunft auf eine Sinnesänderung Allerhöchstdesselben nicht zu rechnen ist. Dieser meiner Überzeugung ehrerbietigen Ausdruck zu geben, habe ich für meine Pflicht gehalten."

Es ist, immer rückschauend, niederschmetternd, festzustellen, daß in einer weltpolitisch entscheidend gewordenen Entwicklung, der erste Ratgeber des alten Kaisers in Bad Gastein zur Kur verblieb, statt den Weg nach Berlin oder gar nach Stettin zu finden, wenn ihm eine Reise nach Danzig oder Königsberg zu unbequem war.

Jeder Deutsche, der die Grauen von zwei Weltkriegen erlebt hat, wird wünschen, daß an Stelle des damals 64jährigen Kanzlers der 82jährige Kaiser die deutsche Außenpolitik geleitet hätte.

An dem gleichen Tage, an dem ein Kurier mit den Aufzeichnungen des Kaisers nach Gastein unterwegs war, am 7. September, diktierte Fürst Bismarck nach Empfang der ersten kaiserlichen Aufzeichnungen (vom 4. 9.) den folgenden Immediatbericht (Auszug):[1])

„Die von Seiner Majestät wiederholt ausgesprochene Meinung, als ob persönliche Abneigung gegen Gortschakow meine Politik beeinflussen könnte, ist, wie Eurer Majestät bekannt, eine falsche. Ich habe gar keine Abneigung gegen meinen russischen Kollegen und Eure Majestät wissen, daß ich bis zum Kongreß jeden Wunsch Rußlands bei Allerhöchstdenselben befürwortet habe. Der ganze Kongreß ist nur auf Rußlands Antrag und im Interesse Rußlands von uns berufen worden. Noch schwer krank, habe ich in Friedrichsruh den dringenden Bitten, die Graf Schuwalow mir im Namen des Kaisers überbrachte, nachgegeben und meiner Gesundheit die Gewalt angetan, den Kongreß zu leiten, der ohne mich an jedem Tage Schiffbruch gelitten hätte.

Haben Eure Majestät für diese, in der Geschichte sonst nicht vorgekommene Hingabe der gewaltigen deutschen Macht für die Interessen des Kaisers von Rußland von Seiner Majestät jemals ein Wort des Dankes oder der Anerkennung erhalten?

In den amtlichen Beziehungen ist mir der Art nichts bekannt geworden, nichts als gereizte Vorwürfe, barsche Forderungen neuer Leistungen, in einem Tone, der mehr für säumige Vasallen als für mächtige Freunde angebracht war. Ich berufe mich hierüber auf das Zeugnis des Ministers von Bülow und der auswärtigen Beamten.[1])

„Wie ist es bei dem früher so feinfühlenden Herzen des Kaisers Alexander erklärlich, daß derselbe Eurer Majestät niemals ein Wort des Dankes für den Kongreß und die Kriegszeit gegönnt hat,

---

[1]) A. A. III, S. 52 bis 59: Ich habe keine geschichtliche Untersuchung über die grobe Geschichtsfälschung, die B. hier begangen hat, gelesen. D. V.

während er den Dank Eurer Majestät für 1870/71 so bereitwillig in sein Schuldbuch schrieb und diplomatisch ausnutzte. Er erklärt sich dies dadurch, daß Seine Majestät schon seit der Zeit der ersten serbischen Wirren (Fadejew), unter abwechselnder Einwirkung männlicher und weiblicher Einflüsse, die russische Politik und die kaiserliche Macht der slawischen Revolution dienstbar gemacht hat, und im Sinne derselben die Diplomatie leitet. . . .

Ich weiß, daß Fürst Orlow, der Botschafter in Paris, bei seiner jüngsten Ankunft in Petersburg zu melden in der Lage war, daß Frankreich gegenwärtig überhaupt den Frieden brauche, und sich zum Angriff gegen Deutschland nicht stark genug fühle, wenn nicht außer Rußland noch eine dritte Macht mit Frankreich sich verbünde. . . .

Es ist mir nicht sicher, ob die Sendung eines Feldmarschalls und das Erscheinen Eurer Majestät in Alexandrowo hingereicht haben würden, um eine für uns befriedigende Wendung herbeizuführen. Jetzt ist Graf Andrassy noch Minister, und bleibt es so lange, bis er einen Defensiv-Vertrag mit uns entweder unterschrieben hat, oder die Hoffnung, daß er zustande kommt, aufgeben muß. Der letztere Fall wird eintreten, wenn ich ihm in Wien keine gesichertere Aussicht auf Eurer Majestät Bereitwilligkeit zum Abschluß geben kann als heute. . . .

Euere Majestät haben zwar die Gnade gehabt, mich zur Fortsetzung der Besprechung mit Graf Andrassy in Wien zu ermächtigen, ich befürchte aber, daß solche Besprechungen wenig Aussicht auf Erfolg haben, wenn ich nicht erklären kann, daß Euere Majestät, ebenso wie Kaiser Franz Joseph, im Prinzip das Defensiv-Bündnis wollen. Ich wüßte auch nicht, was ich weiter mit Graf Andrassy nach seinem Briefe vom 1. d. Mts. noch besprechen könnte, als höchstens die Formulierung des einfachen und kurzen Textes, der eine geschäftliche Bedeutung kaum haben würde, wenn Euere Majestät die Genehmigung des Prinzips inzwischen nicht zu erteilen geruht hätten.

Der Friede Europas ist seit dem Falle Napoleons von niemand als ausschließlich von dem slawophilen Rußland bedroht. Es ist, als ob Rußland, unter der Leitung der slawischen Propaganda, die Erbschaft des napoleonischen Cäsarismus und damit die Mission übernommen hätte, die schwarzen Punkte am Horizont des europäischen Friedens zu bilden.

Die Hoffnung, welche ich vor zwei Jahren hegte und aussprach, daß Siege und Beförderungen, Georgenkreuze, Tedeum, eroberte Roßschweife, das Tatenbedürfnis des russischen Heeres befriedigen würden, ist unerfüllt geblieben. Nur die anspruchsvolle Selbstüberschätzung der Russen hat sich gesteigert und zwingt Europa, gegen die Gefahren auf der Hut zu bleiben, die der Chauvinismus

des slawischen Cäsarentums für unseren Frieden heraufbeschwören kann. Diese Gefahren werden täglich größer durch die tägliche Steigerung der an sich schon ungeheuerlichen Ziffern des russischen Heeres, obschon Rußland von keiner Seite bedroht ist.
Schließlich gestatte ich mir, mit Bezugnahme auf die nationalen Empfindungen im gesamten Deutschen Reiche, noch auf die geschichtliche Tatsache ehrfurchtsvoll hinzuweisen, daß „das deutsche Vaterland" nach tausendjähriger Tradition sich auch an der Donau, in Steiermark und in Tirol noch wiederfindet, in Moskau und Petersburg aber nicht. Diese Tatsache bleibt für die Haltbarkeit und für die Popularität unserer auswärtigen Beziehungen im Parlamente und im Volke von wesentlicher Bedeutung.
Die Erschöpfung meiner Kräfte gestattet mir nicht, weitere Gründe dafür zu Papier zu bringen, daß die Eingehung nicht eines Trutz-, sondern eines Schutzbündnisses mit Österreich in der gegenwärtigen Situation eine unabweislich gebotene Forderung unserer Politik ist, ich kann deshalb im Gefühle meiner Mitverantwortlichkeit für diese Politik nur meinen alleruntertänigsten Antrag dahin ehrfurchtvoll wiederholen: daß Euerer Majestät mich bis zu meiner Ankunft in Wien huldreichst ermächtigen wollen, dem Grafen Andrassy Allerhöchstdero Zustimmung im Prinzip zu einer Verabredung mitzuteilen, vermöge deren beide Mächte sich gegenseitig versprechen, auch ferner für die Erhaltung des Friedens und namentlich für die Pflege ihrer friedlichen Beziehungen mit Rußland einzutreten, in dem Falle aber, daß demungeachtet eine von ihnen von Rußland allein oder im Bunde mit anderen angegriffen werden sollte, diesen Angriff gemeinsam abzuwehren."

Am 8. September läßt der Kaiser durch Otto von Bülow an das Auswärtige Amt telegrafieren:

„An Fürst Bismarck Gastein:

Notorischer Zeitmangel und Ermüdung hinderten mich noch an Vollendung meiner Ihnen vorliegenden Aufzeichnungen. Aber aus dieser und Freiherrn von Manteuffels Mitteilung ersehen Sie, daß die Prämissen Ihres zweiten Memoire noch nicht eingetreten, also auch die Schlußfolgerungen verfrüht sind; ebenso die Besprechungen in Gastein keiner Weiterführung bedürfen. Wollen Sie dennoch den Umweg auf Ihrer Rückreise machen, so kann Vorstehendes nur die Richtschnur der Besprechungen angeben. Wilhelm."

Am 9. September[1]) telegrafierte das Auswärtige Amt nach Gastein: „Bülow meldet, daß auch gestriger Vortrag trotz größter Bemühung und Verwendung allen Materials noch nicht Erteilung des Konsenses zu Abmachungen herbeigeführt hat, nur Genehmi-

---

[1]) Am 9. September 1914, 35 Jahre später, entschied die Schlacht an der Marne den ersten Weltkrieg.

gung zu Besprechungen mit Graf Andrassy. Kaiser erblicke in fester Abmachung mit Österreich Perfidie gegen Rußland. Auf Drängen von Bülow sei Kaiser heftig geworden, habe Absicht wiederholt, zu abdizieren, wenn Euere Durchlaucht Kabinettsfrage machten, Kronprinz hat privatim seine vollste Billigung der Ansichten und Vorschläge Ew. pp. ausgesprochen, und hat geraten, Allerhöchste Erlaubnis zu Besprechungen mit Graf Andrassy zu benutzen als Faden für Zukunft. Vielleicht sei wirklicher Abschluß einer Allianz noch nicht dringlich, und könnten die Besprechungen einstweilen zu einem Arrangement ohne Unterschrift führen.

Bülow fügt hinzu: „Wenn diese dilatorische Behandlung mit Graf Andrassy möglich ist, so würde späterer persönlicher Vortrag Ew. pp. bei Seiner Majestät das einzige Mittel sein, um Ziel zu erreichen. Kurier geht heute mittag nach Gastein ab."

In dieser für ihn scheinbar ausweglosen Situation wandte sich Bismarck an den Kronprinzen Friedrich Wilhelm, um dessen westliche Orientierung für seine Pläne zu gewinnen. Ihm schickte er durch das Auswärtige Amt seine Krankheitsgeschichte mit der Andeutung, daß er vielleicht zum Rücktritt gezwungen werde. „Meine Gesundheit nötigte mich schon im Frühjahr 1877, um meinen Abschied zu bitten. Ich habe seitdem die ganze Phase des Türkenkrieges in leidendem Zustand durchgemacht, den Kongreß bis Ende Juli 1878, das Sozialistengesetz im Herbst, und von da die aufreibenden Arbeiten der Finanz- und Wirtschaftsreform bis Ende Juli dieses Jahres.

Ich hatte vor vier Wochen in Kissingen die Hoffnung, gesund zu werden; die Geschäfte, die mir nachgeschickt wurden, der kaiserliche Briefwechsel und die Entwicklungen infolge desselben, haben diese Hoffnung zerstört. Ich wäre vielleicht imstande gewesen, dem Kaiser noch zu dienen, wenn ich das Glück hätte, daß in entscheidenden politischen Fragen meine Überzeugungen mit denen Seiner Majestät übereinstimmten. Sobald diese Voraussetzung fehlt, kann ich die dadurch entstehende Friktion in den Geschäften nur mit einer Anstrengung in der Arbeit, und, bei meinem persönlichen Verhältnis zu Seiner Majestät, mit einer Aufregung in den Nerven überwinden, der meine völlig erschöpften Kräfte nicht mehr gewachsen sind.

Ich habe die Folgen ähnlicher Friktionen, welche in Nikolsburg und Versailles stattfanden, noch heute in meiner Gesundheit nicht überwunden; heute aber sind meine Kräfte so geschwunden, daß ich an den Versuch, die Geschäfte unter ähnlichen Bedingungen weiterzuführen, gar nicht denken kann. Am 19. d. Mts. werden es

---

Bismarck war damals 64½ Jahre alt.

17 Jahre, daß ich ohne Unterbrechung in diesen und ähnlichen Kämpfen stehe. Ich glaube damit meine Dienstpflicht Seiner Majestät und dem Lande gegenüber erfüllt zu haben. Ultra posse nemo obligatur. (Über sein Können hinaus ist niemand verpflichtet.)
Ich bin zu verbraucht, um den Rat Seiner Kaiserlichen Hoheit, wenn ich es auch versuchen wollte, noch zur Ausführung zu bringen. Es werden sich ja wohl jüngere Kräfte dazu bereit finden lassen.
Mein amtliches Abschiedsgesuch, also im reichsgesetzlichen Sinne die Erklärung meines Rücktritts aus dem Amte, werde ich, wenn die Situation bis dahin unverändert bleibt, erst in acht bis zehn Tagen einzureichen haben."

Bismarck erholte sich in den folgenden Jahren so sehr, daß er über ein Jahrzehnt später, im März 1890, sich weigerte, den Abschied zu nehmen. Die Lamentationen des, vulgär gesprochen, noch nicht pensionsreifen Kanzlers und die klaren, wunderbar präzisen Darlegungen des ins Greisenalter gekommenen Kaisers, getragen vom schlichten Willen, seinen ersten Ratgeber zu überzeugen, müssen für Diplomaten und Psychiater gleich aufschlußreich sein. Die Menschen jedoch, die die Kosten für den privaten Haß Bismarcks gegen Gortschakow tragen müssen, müssen mit dem „Gott der Deutschen" hadern, der Bismarck zum Schicksal Deutschlands hat werden lassen.

Der Kaiser war von Königsberg nach Danzig gereist, am 10. September schrieb er an Bismarck nach Gastein:
„Hierbei sende ich Ihnen den Schluß der Aufzeichnungen meiner Unterredungen mit dem Kaiser Alexander. Mein Brief aus Berlin, der sich mit Ihrem ersten Memoire kreuzte, bewies Ihnen, daß Ihre Auffassungen, die Sie nun in zwei folgenden Memoires wiederholend ausführlicher vorlegten, im Widerspruch stand. Einmal im Prinzip, dann aber auch eine Beantwortung nicht eher erfolgen könne, als bis ich den Kaiser Alexander gesprochen haben würde. Denn Ihre Prémissen in den Memoiren mußten und konnten erst in Wahrheit sich umsetzen bei mir, wenn ich den Kaiser gesprochen haben würde, und wie ich Ihnen durch Minister von Bülow schreiben ließ, Klarheit in der Korrespondenz mit dem Kaiser erlangt wäre. Bis dahin betrachtete ich Ihre Memoiren comme non avenus. Meine Aufzeichnungen haben diese Klarheit für mich erreicht.
Wenn der Presse nicht ein Hemmschuh angelegt wird, eine Verstimmung zwischen unseren Ländern eintreten könnte, die wir, jeder von seiner Seite, nicht wollen, also Maßregeln in dieser Hinsicht getroffen werden müßten. Da dies so richtig wie irgend etwas in der Welt ist, so konnte ich ihm nur vollständig beistim-

men, um so mehr, als das Kaiserliche Gouvernement bereits dergleichen Maßregeln ergriffen hat, und ich Ähnliches bei meiner Abreise befohlen hatte. . . .
Der Kaiser sprach seine Überzeugung aus, daß nur unser Zusammenhalten á 3, wie es seit der Zusammenkunft 1872 in Berlin stattgefunden habe, Europa den Frieden erhalten könne. Da ich dieselbe Überzeugung bisher gleichfalls hatte, so konnte ich ihm nur beistimmen. — Da die drei Personen: Adlerberg, Giers und Miljutin, ganz in demselben Sinne sich aussprachen, so ist für mich Klarheit in die Gesinnung des Kaisers und seiner nächsten Vertrauenspersonen vorhanden, wie ich das bei diesem Begegnen in Alexandrowo verlangte. Keiner denkt daran, uns mit Krieg überziehen zu wollen. . . .
Wenn somit für mich, die Prémissen in Ihren Memoiren fortfallen, nämlich daß wir wegen drohender Gefahr von Rußland die bisherige Politik mit demselben aufgeben und eine gegen Rußland gerichtete europäische Koalition defensiver Natur nicht nur suchen, sondern abschließen sollten, — so kann ich zu diesem Projekt in dieser Ausdehnung die Hand nicht bieten.
Ich habe den Brief des Kaisers von Haus aus nicht als eine Drohung angesehen, sondern nur als einen Wunsch, durch Presseeinschränkung das bestehende gute Verhältnis unserer Staaten erhalten zu sehen.
Ich konnte mir daher Ihre, mit jedem Memoire sich steigernde feindliche Richtung gegen Rußland nicht erklären und jenen zitierten Worten die Auslegung geben zu sehen, daß sie nur eine Phrase sein sollten! Ebenso schwer berührten mich die Worte, daß wir in unserem Verfahren scheinbar eine freundschaftliche Sprache gegen Rußland führen wollten, während wir eine Koalition gegen dasselbe mit Österreich, England und vielleicht mit Frankreich abschlössen! Und ein solcher Abschluß schwebte Ihnen bereits so entschieden vor, daß sie dem Grafen Andrássy ihr ganzes Projekt nicht nur vortrugen, sondern auch gestatteten, seinem Kaiser von demselben zu sprechen, der auch sofort auf dasselbe eingeht. Demnach fordern Sie mich auf, bei Ihrer Durchreise durch Wien, Ihnen die Weisung zugehen zu lassen, daselbst ein Defensivbündnis mit Österreich gegen Rußland abzuschließen, woraus die größte Koalition folgen würde.
Setzen Sie sich einen Augenblick an meine Stelle. Ich stehe vor meinem persönlichen Freund, nächsten Verwandten, Bundesgenossen in guten und bösen Zeiten, um uns über übereilte und sogar mißverstandene Stellen eines Briefes aufzuklären, was zu einem erfreulichen Resultat führt — und nun soll ich gleichzeitig eine feindliche Koalition gegen diesen Souverän schließen, also hinter seinem Rücken anders handeln, als ich sprach?

Die Gefahren, welche Sie in Ihren Memoiren auseinandersetzten, will ich ihnen nicht unbedingt verneinen, daß sie dereinst eintreten könnten, namentlich bei einem Thronwechsel in Petersburg. Eine neue Gefahr kann ich aber durchaus nicht einsehen.
Wie oft haben Sie mich gewarnt vor Verträgen mit anderen Mächten, die die Hände binden, wenn kein bestimmtes Objekt zu denselben vorliegt, sondern nur Konjekturen einer unbestimmten Zukunft dazu benutzt würden. Der nach Olmütz abgeschlossene Vertrag auf drei Jahre mit Österreich brannte meinem Bruder und vor allem Minister Manteuffel in den Händen so, daß sie die drei Jahre mit Sehnsucht ablaufen sahen. Ganz ein ähnlicher Fall liegt jetzt vor. Einer möglichen Eventualität halber mir die Hände binden, ist gegen meine politische Überzeugung und mein Gewissen. Indessen will und darf ich Sie nicht in Ihren bereits getanen Schritten gegen Andrassy und seinem Herrn desavouieren, Sie mögen also in Wien, wohin zu gehen bereits alle Zeitungen erzählen, die Möglichkeiten einer sich bis zum möglichen Bruche mit Rußland steigernden Disharmonie und dann gefahrdrohend, vorstellen, und in Pourparlers über die dann gemeinschaftlich mit Österreich zu treffenden Maßnahmen eintreten. Aber zu irgendeinem Abschluß einer Konvention oder gar Alliance autorisiere ich Sie, meinem Gewissen nach, nicht.
„Somit, hoffe ich, begegnen sich unsere Ansichten wieder. Wenn dies, so Gott will, der Fall ist, so kann ich getrost in die Zukunft sehen, die sonst für mich sehr dunkel werden würde, und die freundlicher werdenden Verhältnisse zu Rußland in Wahrheit fortsetzen sehen.
Ich kann Ihnen nicht sagen, wie schmerzlich mir diese Episode gewesen ist, wo es schien, daß wir uns zum ersten Male seit 17 Jahren nicht verstanden. Ihrer Antwort auf obige bedingte Autorisation sehe ich mit Ungeduld entgegen und bin überzeugt, daß ein Verständnis zwischen uns eintreten wird! Das wolle Gott!

Ihr treu ergebener (gez.) Wilhelm."

Beendet in Stettin, den 12 September 1879.

So war die Wage: der Kaiser hielt treu zum Zaren, und dieser war nach den Worten Bismarcks — Rußland —.
Bismarck war gegen Rußland, er wollte das Bündnis Deutschland Österreich-Ungarn mit der Spitze gegen Rußland erzwingen.
In den Tagen des 6. bis 10. September 1879 sollte Deutschland, so wollte es Bismarck, das Kräfteverhältnis zwischen Kaiser und Kanzler erfahren: Abdankung des Kaisers oder Rücktritt Bismarcks.

Der in seinen Ost- und Nordprovinzen reisende Monarch im biblischen Alter schrieb zwischendurch eigenhändige Briefe an seinen

Kanzler, der im besten Mannesalter zur Kur in Gastein weilte — im Kampf um den Frieden der Welt, er schildert ihm, vornehm und ergreifend, wie er seine, Bismarcks Person und Politik, verteidigt, wie er, der Kaiser, sich vor seinen Kanzler gestellt habe, ohne zu behaupten, daß er seinen Zuhörer überzeugen werde.

Am gleichen Tage schrieb Bismarck in Gastein eine umfassende Instruktion an den deutschen Botschafter in Wien, Prinzen Reuß: Die Empörung über den „drohenden Brief vom 15. August" steht an erster, der Undank Rußlands an zweiter Stelle, „Undankbarkeit für die übergroßen Dienste, die wir Rußland im Kriege und auf dem Kongreß erwiesen haben." Das habe er „mit Besorgnis kommen sehen, wo wir zu einer Option zwischen beiden (Rußland oder Österreich) genötigt sein werden. . . .Wenn es mir nicht gelänge, zu der mit Österreich zu vereinbarenden Assekuranz die Allerhöchste Zustimmung zu gewinnen, so würde ich nicht in der Lage bleiben, die Verantwortung für eine Politik weiter zu übernehmen, die ich mit der Sicherheit des Reiches unverträglich halte. Meine Gesundheit würde auch nicht ausreichen, die Friktion in den Geschäften zu überwinden, die aus der prinzipiellen Abweichung meiner Überzeugung von den Allerhöchsten Intentionen hervorgehen müßte."

Der Staatssekretär von Bülow fühlte sich dem Kaiser verpflichtet. Am 14. September traf dessen Telegramm aus Stettin ein:

„Durch heutigen langen Vortrag sind Aussichten auf günstige Lösung entschieden vermehrt. . . . Große Schwierigkeiten bietet aber nach Auffassung Seiner Majestät wegen persönlicher Perfidie gegen Kaiser Alexander. Im Laufe des Gesprächs meinte Kaiser mit Bezug hierauf: Wenn die eventuelle Abrede mit Österreich so wenig antirussisch laute wie nach modifiziertem Schlußantrag, so würde wohl auch kein Bedenken sein, Abrede dem Kaiser Alexander loyal mitzuteilen, damit er sehe, daß wir nichts gegen ihn im Schilde führen, sogar seinen Beitritt wünschen. Hauptsächlich werde es auf Fassung ankommen, und würde Seine Majestät wünschen, vor Wiener Besprechungen den Entwurf, wie Reichskanzler sich solchen denkt, zu sehen. Später zog Kaiser wieder etwas zurück und zeigte namentlich große Abneigung gegen das Wort Allianz und gegen einen von ihm selbst zu vollziehenden Vertrag."

Bismarck drahtete am 15. September an das Auswärtige Amt zurück: „Seine Majestät einen Entwurf vorzulegen, wäre verlorene Arbeit, dazu bin ich zu erschöpft. Ich fürchte, daß der Kaiser bei der Fortdauer der Abneigung gegen die Sache selbst die unerschöpfliche Redaktionsfrage benutzen wird, um auszuweichen und Entschließung zu vertagen. Künftige Mitteilung an Kaiser von

Rußland habe ich keine Bedenken. Graf Stollbergs Vortrag ist um so dringlicher, weil demnächst durch Beratung des Staatsministeriums über die Sache erforderlich wird, um festzustellen, ob und aus welchen offiziell klargestellten Gründen ich vom Amt zurücktrete.
Meine Arbeitskraft ist in den letzten drei Wochen hier aufgebraucht. Ich leide an Neuralgie und die Arbeit mit Seiner Majestät wird nur durch jüngere und geschontere Kräfte geleistet werden können."

Am gleichen Tage schickte Bismarck eine fünf Seiten umfassende Denkschrift an den Kaiser; der Brief des Zaren vom 15. August läßt ihn nicht zur Ruhe kommen: „Für die Zukunft unseres Landes ist die Frage entscheidend, ob die bedrohlichen Stimmungen in Alexandrowo definitiv beschwichtigt worden sind, ob die Sinnesänderung, die danach seit dem 15. August in Kaiser Alexander vor sich gegangen sein muß, eine aufrichtige, eine dauernde und eine hinreichend kräftige ist, um für alle Zukunft den Einflüssen zu widerstehen, welche bis zum 15. August nicht nur die Äußerungen, sondern auch die Maßregeln des russischen Kabinetts bestimmt haben. . . .
Ich habe in einem meiner früheren ehrfurchtsvollen Berichte schon dargelegt, daß ich an ehrliche Umkehr der antideutschen russischen Politik, wie sie seit dem Berliner Kongreß vorliegt, nur dann würde glauben können, wenn der Kaiser Alexander amtlich anerkennte und öffentlich anerkennen ließe, daß Rußland Euerer Majestät für die außerordentlichen, vor und auf dem Kongreß erwiesenen Dienste zu rückhaltloser Dankbarkeit verpflichtet ist. Stattdessen wird nach wie vor der allerhöchsten Zusammenkunft das Schüren und Hetzen in der russischen Regierungspresse gegen die deutsche Politik fortgesetzt. Der „Golos", das Organ des Ministers Miljutin, die „Agence Russe", Eigentum des russischen auswärtigen Ministeriums, fahren unbeirrt fort, dem russischen Volke einzureden, daß Deutschland sein Feind sei.
Uns gegen solche politische Abenteuer sicherzustellen, bedürfen wir meines ehrfurchtvollen Dafürhaltens einer sicheren Beziehung zu wenigstens einer der genannten drei Großmächte, und da Frankreich wohl außer Rechnung bleiben muß, entweder mit Österreich oder mit Rußland. Weshalb ich der mit Österreich den Vorzug gebe, das habe ich in früheren alleruntertänigsten Berichten darzulegen gesucht. Ich erlaube mir nur noch hinzuzufügen, daß wir, abgesehen von der größeren Sicherheit eines österreichischen Bündnisses, uns bei Österreich mit einer notwendig friedliebenden, defensiven und konservativen Macht verbinden, bei Rußland aber mit der eroberungssüchtigen und kriegerischen slawischen Revolution.

Ich begreife Eurer Majestät Widerstreben gegen eine Entschließung von der Tragweite wie die, welche ich ehrfurchtsvoll unterbreitet habe, aber wie sorgfältig ich auch die Situation nunmehr seit Wochen, Tag und Nacht, erwägen mag, so kann ich doch, solange Euer Majestät mich meiner amtlichen Stellung nicht zu entheben geruht haben, nach Pflicht und Gewissen nichts anderes als von neuem die Genehmigung eines uns sichernden Abschlusses mit Österreich beantragen.

Euer Majestät Annahme, daß ein solcher Abschluß entbehrlich sei, daß wir auch ohne ihn vor Koalitionen sicher seien, hat zur Unterlage, sowiel ich weiß, nur die Eindrücke, welche Allerhöchstdieselben an dem Tage der Begegnung in Alexandrowo von den mündlichen Äußerungen des Kaisers Alexander und seiner Umgebung erhalten haben. Diesen mündlichen Versicherungen würde auch ich bei meiner, Euer Majestät bekannten, langjährigen Vorliebe für die russische Allianz gern Glauben schenken, wenn sie nicht durch Tatsachen ihrer Glaubwürdigkeit entkräftet würden. Diese Tatsachen sind die Rüstungen, die Truppenaufstellungen, die Aufregung des Volkes durch die Presse gegen uns, die großen Anleihen, welche gegenwärtig in Amerika vorbereitet werden, und die Bündnissondierungen in Frankreich. Von dem Brief vom 15. August sehe ich dabei einstweilen ab; er war nur ein Symtom der Stimmung."

Bismarck erhebt anschließend schwere Beschuldigungen gegen den Zaren, dieser sei entweder in Alexandrowo nicht offen gewesen oder er beherrsche die russische Politik nicht. „In beiden Fällen aber kann ich den mündlichen Freundschaftsversicherungen Seiner Majestät nicht dasjenige Gewicht beilegen, welches allein mir den Mut geben könnte, der preußischen Monarchie und dem Deutschen Reiche gegenüber als Minister für die Folgen verantwortlich zu sein, welche unser Vertrauen auf Worte eines fremden Monarchen für unser Vaterland haben kann, wenn es sich als unbegründet erweisen sollte. Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinigen, eine stärkere Bürgschaft unserer Zukunft abzuweisen, wenn sie angeboten wird. Ich kann aus der Haltung des Kaisers Alexander in Alexandrowo nur so viel entnehmen, daß Rußland jetzt und einstweilen mit uns befreundet bleiben will, bis es Frankreich gegen uns gewinnen oder Österreich uns entfremden kann. Hätte der Kaiser Alexander den Grafen Schuwalow zum Minister gemacht und damit den Berliner Kongreß gutgeheißen, so wäre ich beruhigter."

Der Kaiser war inzwischen von Stettin zu seiner Erholung von den Manöverstrapazen nach B.Baden gereist und Bismarck hatte den kaisertreuen Otto von Bülow, ohne den Kaiser zu befragen,

durch den ehrgeizigen Grafen Stollberg ersetzt. Als Bülow diesen zum Vortrag anmeldete, wurde der Kaiser ungehalten: „Ein Mitwisser mehr! Man scheint zu vergessen, daß auch ich nur ein Mensch bin und über wichtige Staatsangelegenheiten keinen Vortrag entgegennehmen kann, wenn ich erschöpft vom Manöverfelde heimkehre." Er gab seinen Entschluß kund, Stollberg erst am folgenden Tag — 17. September — in Berlin zu empfangen. Jeder weitere Versuch Otto von Bülows wurde in barscher Weise zurückgewiesen. Der Kaiser wollte nicht begreifen, wozu überhaupt noch ein weiterer Vortrag nötig sei. Er habe, betonte er sehr nachdrücklich, dem Fürsten Bismarck seine Ansicht zu erkennen gegeben, und dabei bleibe es. Handelt es sich doch vorläufig nur um Vorbesprechung und um eine demnächst von den beiden Ministern, aber nicht von ihm, dem Kaiser, zu unterfertigende Urkunde.

Graf zu Stollberg an Fürst Bismarck am 16. September:
„Ich werde morgen hier Vortrag bei Seiner Majestät haben, glaube auch, daß dies besser ist als in Stettin, wo der Kaiser durch Manöver in letzten Tagen besonders abgespannt war . . . Verlangen Seiner Majestät wegen vorheriger Vorlegung eines Entwurfs zum Wortlaut der Verabredung, werde ich als untunlich erklären."

Fürst Bismarck an den deutschen Botschafter in Wien am 17. September: „Seit dem 12. d. Mts. hat sich die Zahl der von mir erhaltenen und abgesendeten Schriftstücke über jene Angelegenheit erheblich vermehrt. Die Zugänglichkeit Seiner Majestät des Kaisers für Vorträge, welche politische Entschließungen herbeizuführen bestimmt sind, nimmt naturgemäß mit dem Alter ab, und der Mangel mündlichen Verkehrs, sowie die Langsamkeit des Schriftwechsels, erschweren das gegenseitige Verständnis. Das dadurch herbeigeführte Arbeitsmaß hat für den Augenblick meine Kräfte überstiegen und neuralgische Leiden nötigen mich, meine Abreise bis zum Sonnabend zu verschieben und Nachtfahrten zu vermeiden, so daß ich erst am Sonntagabend in Wien werde eintreffen können.

Seiner Majestät ist der Gedanke noch immer nicht eingänglich, daß eine rein defensive Verabredung nicht eine aggressive Spitze habe, und daß diese Spitze ausschließlich gegen Rußland gerichtet erscheint, so bleibt Seine Majestät bisher unter dem Eindruck, mit dem Abschluß einer derartigen „Koalition" gegen Rußland eine „Perfidie" gegen den Kaiser Alexander persönlich zu begehen. Nach Meinung Seiner Majestät müßte unser Abkommen so gefaßt sein, daß es dem Kaiser Alexander amtlich mitgeteilt werden könne, ohne Höchstdenselben zu verletzten oder herauszufordern;

das sei aber nicht möglich, solange Rußland als der einzige Gegner genannt werde, gegen den casus foederis eintrete. Herr von Bülow schreibt mir, daß Aussicht zur Erlangung der Genehmigung des Kaisers vorhanden scheine, wenn das Defensivbündnis generell geschlossen würde, ohne darin Rußland zu nennen. Ursprünglich war dies mein eigener Vorschlag, wie ich ihn dem Grafen Andrássy machte; letzterer fand aber Bedenken im Hinblick auf die Auslegung, daß Österreich-Ungarn uns das Elsaß garantiere, ein Gedanke, der weder populär im Inlande sei, noch Englands Billigung aus Rücksicht auf die französische Freundschaft haben werde. . . .
Käme gar nichts zustande, so würde es für mich nicht möglich sein, im Dienste zu bleiben; Graf Stollberg und Minister von Bülow würden in diesem Falle, wie sie schon erklärt haben, gleicherweise zurücktreten. Man kann also dann gar nicht wissen, wie sich die ministerielle Zukunft in Deutschland gestaltet. Eine natürliche konstitutionelle Entwicklung würde sein, daß Herr von Manteuffel, der durch Herbeiführung von Alexandrowo tatsächlich meinen Rücktritt veranlaßt hätte, mein Nachfolger würde. . . .
Seine Majestät hat vor einigen Tagen schon eine „Redaktion", in welcher Rußland nicht ausdrücklich erwähnt wäre, von mir verlangt, ich habe sie nicht geliefert, und werde es nicht, teils wegen Unwohlsein, teils wegen der voraussichtlichen Verschleppung durch Meinungsverschiedenheiten über Redaktionsfragen, dann aber auch, weil ich in einer weiteren Besprechung mit Graf Andrássy zu keinem Ergebnis kommen würde, wenn ich durch eine allerhöchst festgestellte Redaktion gebunden wäre. . . ."

Der Kaiser war zu den Manövern nach Metz gereist, dorthin schickte Bismarck am 24. September den Bericht über seine Verhandlungen in Wien, mit dem Bemerken: „daß ich aus Gründen der Kourtoisie und des persönlichen Gefühls in dem amtlichen Aktenstück nicht ausgesprochen habe, daß ich im Falle der Ablehnung der österreichischen Vorschläge durch Seine Majestät, die Verantwortung für unsere Politik nicht weiter würde tragen können. Ich bin mir darüber in diesen sorgenvollen Wochen vollständig klar geworden. Auch abgesehen von der Erschöpfung meiner Kräfte, die mich der Ruhe dringend bedürftig macht, bin ich aus Gewissensgründen fest entschlossen, mich von jeder Verantwortung für die durch Ablehnung des österreichischen Anerbietens bedingte Politik frei zu halten. Es leitet mich bei diesem Entschlusse nicht bloß die Überzeugung von der Unmöglichkeit, die Friktion zu überwinden, welche von der geschäftlichen Arbeit unzertrennlich ist, sobald ich mir die leitenden Grundgedanken der Politik Seiner Majestät nicht anzueignen vermag, ich habe mit meiner Gesundheit und mit meinen Kräften im Allerhöchsten

Dienst niemals gegeizt; es leitet mich vielmehr die Überzeugung, daß die Ablehnung des österreichischen Anerbietens ein so verhängnisvoller politischer Fehler sein würde, daß mir das Gefühl der politischen Mitverantwortlichkeit für denselben nicht erträglich sein würde.
Ich bitte von dieser Mitteilung nur dann Seiner Majestät gegenüber Gebrauch zu machen, wenn der Entschluß zur Ablehnung bei Allerhöchstdemselben feststeht. Ich würde dann meinen Rücktritt aus dem Amte nach Maßgabe des Reichsbeamtengesetzes offiziell erklären, und kann mir derselbe nach dem erwähnten Gesetze von Seiner Majestät auch nicht versagt werden. . . ."
Bismarck war am 21. September abends in Wien eingetroffen und am folgenden Tage vom Kaiser Franz Joseph empfangen und zur Tafel befohlen worden. Die Zwischenzeit füllten Besprechungen mit den beiden österreichischen Staatsmännern Andrassy und Baron Haymerle aus.

HIE KANZLER — HIE KAISER

Der sieben Seiten des amtlichen Druckwerkes umfassende Bericht Bismarcks vom 24. September stieß auf den heftigsten Widerstand des Kaisers; er versah den Bericht mit siebzehn Randbemerkungen, die ohne Ausnahme die ungetrübte Schärfe seines Verstandes und den richtigen Blick in die Zukunft beweisen. Wegen der großen und grundsätzlichen Bedeutung dieses persönlich-politischen Duells zwischen Kaiser und Kanzler wird versucht, die Darstellung Bismarcks und die Kritik des Kaisers unter texttreuer Wiedergabe des Wortlautes dem Leser nahe zu bringen.
Bismarck diktierte in Gastein — der Kaiser schrieb in Baden-Baden:[1])

Kanzler: „Ich halte die Argumente Se. M. des Kaisers und des Grafen Andrássy meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens für richtig: Der Friede Österreichs und namentlich der Friede Deutschlands ist von Rußland gefährdet oder kann von Rußland gefährdet werden."

Kaiser: „Nein, so lange der Kaiser Alexander lebt — zwei Augen eines dynastischen Kaisers sind zuverlässiger als die des jeden Augenblick stürzenden republikanischen Ministers."

Kanzler: „Nach der Überlieferung gilt nur Frankreich als mutmaßlicher Störer des Friedens, und Verabredungen auch rein defensiver Natur machten nach wie vor den Eindruck, in erster Linie antifranzösischen Charakter zu tragen."

---

[1]) A. A. III, 92 flgd.

Kaiser: „Darum soll plötzlich die Welt belehrt werden, daß nunmehr jene Spitze gegen Rußland zu kehren sei? Ein politisches Gebäude also auf chancelante zwei Augen!"

Kanzler: „Aus diesen Gründen sei das Wiener Kabinett bereit, gegen ein mit Rußland verbündetes Frankreich sich zum Beistande zu verpflichten, solange das jetzige friedliebende Kabinett (in Paris) aber bestehe, friedliebend bleibe und die russische Allianz ablehne."

Kaiser: „Das heißt neutralite blienveillante nach dem Wortlaut des Vertrages! Wenn Frankreich allein Deutschland angreift, leistet Österreich diesem keine Hilfe."

Kanzler: „Aus allen meinen Besprechungen hier habe ich die volle Überzeugung geschöpft, daß der Kaiser, daß die deutschen und die ungarischen Minister, von keinem dringenderem Wunsche beseelt sind, als von dem der Erhaltung des Friedens mit Rußland sowohl, wie nach allen anderen Seiten hin, daß nur ein Angriff oder die Furcht vor einem solchem Österreich zum Kriege nötigen würde."

Kaiser: „Das heißt also doch offensiv? Widersrpuch mit voriger Seite."

Kanzler: „Der österreichische Vorschlag weicht hinsichtlich der Zusicherungen, welche beide Reiche über den Beistand, den sie sich gegenüber feindlichen Angriffen leisten wollen, von Eurer Majestät mir erteilten Instruktionen in dem einen Punkt ab, daß der Fall eines russischen Angriffs darin ausdrücklich erwähnt wird."

Kaiser: „Das ist ja gerade das, was ich nicht wollte."

Kanzler: „Die Zwecke, die wir durch den Abschluß des Vertrages erreichen wollen, sind meines ehrfurchtvollens Dafürhaltens die nachstehenden:
Zu verhindern, daß Österreich entweder mit Rußland oder mit Frankreich ein Bündnis zum Nachteile Deutschlands eingehe."

Kaiser: „Also trotz der jetzigen Freundschafts-Relationen denkt man doch eine solche Koalition Östereichs für möglich?"

Kanzler: „Im Falle eines französischen Angriffs auf uns, ist mindestens die wohlwollende Neutralität Österreichs sicherzustellen."

Kaiser: „Warum sollen wir Österreich nur gegen Rußland mit unserer ganzen Macht unterstützen und uns gegen einen Angriff Frankreichs mit einer Neutralität öster-

reicherseits begnügen? Was wir für Österreich gegen Rußland tun, muß Österreich für uns gegen Frankreich tun."

Kanzler: „Bei Eintritt derjenigen Gefahr, welche gegenwärtig die drohendste ist, der Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses, uns der aktiven Hilfe Österreichs sofort bei Ausbruch des Krieges versichert zu wissen."

Kaiser: „Der projektierte Vertrag muß Rußland in die Arme Frankreichs treiben und dieses wird dem Revanchegelüste Genüge tun. Denn eine günstigere Chance kann Frankreich nicht finden als Österreich und Deutschland zwischen zwei Feuern zu nehmen."

Kanzler: „Wäre Deutschland durch ein generelles Bündnis zur Teilnahme am Kampfe genötigt, so tritt die Gefahr ein, daß der österreichisch-italienische Krieg aus einem lokalen zu einem europäischen würde."

Kaiser: „Darum kann Italien ohne Frankreich nie einen Krieg mit Österreich unternehmen, dann muß Deutschland aber Österreich ebenso untersützen wie gegen Rußland und vice versa! d. h. Frankreich gegen Deutschland."

Kanzler: „Um dem Kaiser Alexander einen Halt gegen die Einwirkungen der kriegerischen und revolutionären Panslavisten und namentlich des Ministers Miljutin und seiner Gesinnungsgenossen zu geben, gegenüber der österreichischen Forderung nach absoluter Geheimhaltung des Vertrages, habe ich darauf bestanden, daß aus Gründen der Loyalität festgelegt wird, daß dem Kaiser Alexander sobald kriegerische Dispositionen der russischen Politik erkennbar würden, gesagt werden müsse, daß gegen Angriff einer der beiden deutschen Mächte beide zusammenhalten würden."

Kaiser: „Wann ist dieser Zeitpunkt zu erkennen? Wenn der Vertrag dem Kaiser Alexander einen Halt geben soll, so kann dies ja schon nichts mehr helfen, wenn die kriegerischen Dispositionen erkennbar sind, denn dann haben die zu bannenden Elemente ihren Zweck bereits erreicht und die sogenante Loyalität kommt zu spät!"

Kanzler: „Meine wiederholten und sorgfältigen Erwägungen der europäischen Situation haben mich mehr und mehr in der Überzeugung gefestigt, daß nur durch feste und vertragsmäßige gegenseitige Anlehnung Deutschland und Österreichs wir uns gegen die Gefahren sichern können, welche der Schoß der Zukunft für uns birgt

und welchen ohne eine derartige Fürsorge entgegenzugehen meiner Überzeugung nach ein gewissenhafter auswärtiger Minister, der sich seiner Verantwortlichkeit der Krone und dem Lande gegenüber bewußt ist, schwerlich den Mut wird finden können."

Kaiser: „Nach dem projektierten Vertrag leistet Deutschland Österreich Beistand gegen Rußland, Österreich aber Deutschland gegen Frankreich nicht. Das ist partie inégale!" W."

Am 12. Februar 1878, kurz vor dem Vorfrieden von San Stefano und vor Beginn des „Berliner Kongresses" hatte Bismarck im Reichstag erklärt: „Das Drei-Kaiser-Bündnis, wenn man es so nennen will, was eigentlich ein Dreikaiserverhältnis ist, beruht nicht auf geschriebenen Verpflichtungen. Keiner der drei Kaiser ist verpflichtet, sich von den anderen zwei Kaisern überstimmen zu lassen. Es beruht auf der persönlichen Sympathie zwischen den drei Monarchen, auf dem persönlichen Vertrauen, welches diese hohen Herren zueinander haben, und auf dem auf langjährige persönliche Beziehungen basierten Verhältnissen der leitenden Minister in den drei Reichen."

Zwischen dem Bismarck vom Februar 1878 und dem vom September 1879 liegen — 1½ Jahre.

Das nun Zwei-Kaiser-Bündnis war gegen den dritten Kaiser gerichtet unter Beziehung auf die „bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander." Kaiser Wilhelm verlangte die Änderung des Vertragsentwurfs dahin, daß Rußland aufgefordert werden soll, dem Vertrag beizutreten: „Das Drei-Kaiser-Bündnis wird schriftlich vertragsmäßig zum Erstenmale festgestellt."

Bismarck lehnte ab und darum entstand der Streit zwischen Kaiser und Kanzler.

In den entscheidenden Stunden hat Bismarck es nicht gewagt, seinen Kaiser ins Auge zu sehen: Juli 1870, als er in Berlin blieb und den Grafen zu Stolberg nach Ems schickte, und jetzt im August 1879; er blieb in Bad Gastein und in Berlin und schickte den Grafen zu Stollberg nach Baden-Baden.

Otto von Bülow hatte am 26. September dem Kaiser Vortrag gehalten: er blieb „im wesentlichen resultatlos", schreibt er und fährt fort: „Abneigung Seiner Majestät gegen Nennung Rußlands in österreichischem Vertragsentwurf entschieden groß; ob unüberwindlich, entzieht sich noch der Beurteilung, da Kaiser schließlich den Bericht Eurer Durchlaucht aus Wien und die wichtigeren

früheren Berichte auf meinen Vorschlag zurückbehielt, um sie noch eingehender zu approfondieren. Aus letzterem Grund habe ich von der ultima ratio Eurer Durchlaucht vertraulichen Erlasses noch keinen Gebrauch gemacht. Meine Überzeugung geht pflichtgemäß auch heute wieder dahin, daß nur durch Eurer Durchlaucht persönlichen Vortrag günstiges Resultat erreichbar."

Bismarck wollte aber keinen „persönlichen Vortrag", er ließ Bülow mitteilen: „Ich bin nicht reisefähig und würde meinen schriftlichen Motiven auch mündlich nichts hinzufügen können. Meine Kräfte sind erschöpft. Ich sehe keinen Grund, die Benutzung des vertraulichen Erlasses zu verschieben; ich bedarf der Gewißheit, der Mangel derselben reibt mich auf."

Bismarck fühlt sich dem Kaiser überlegen, aber er muß, nicht gegenüber diesem, sondern vor der Öffentlichkeit die in der Verfassung vorgesehenen Schranken wahren. Wenn er eine Sitzung des Staatsministeriums einberuft und dessen Mitglieder sich gefügig macht, dann kann er den Willen des alten Kaisers brechen, und so ruft er alle Staatsminister zu einer Sitzung (28. September) unter seinen Vorsitz zusammen. In dem Sitzungsprotokoll steht, „daß sämtliche anwesenden Herren Staatsminister der von dem Fürsten Bismarck entwickelten Politik zustimmten und die Annahme der von demselben Allerhöchsten Ortes vorgelegten Anträge im Interesse des Landes und zur Aufrechterhaltung des Friedens für erforderlich hielten.
Es wurde vorgeschlagen, daß der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums sich zu Seiner Majestät dem Kaiser und Könige nach Baden begeben möge, um bei Allerhöchstdemselben die Vorschläge des Herrn Reichskanzlers namens des Staatsministeriums zu unterstützen. Im Falle Seine Majestät darauf noch nicht eingehen zu können glaubten, würde der Graf zu Stolberg den Antrag auf Abhaltung eines Ministerkonseils unter Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers und Königs zu stellen haben.
Der Vorschlag fand die Zustimmung sämtlicher anwesenden Herren Staatsminister, und erklärte sich der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums bereit, sofort sich zum Vortrag bei Seiner Majestät in Baden anmelden zu lassen."

So steht es in dem Sitzungsprotokoll.

Bisher hat kein Dramatiker sich des Stoffes bemächtigt, der, fast bühnenfertig, in den amtlichen Akten des Auswärtigen Amtes schlummert. Welcher Dichter ist imstande, die Tragödie zu gestalten, in die ein großes Volk gestoßen worden ist, gestoßen von den Männern, die ordensbesät in ihren kurulischen Sesseln saßen und wie die Hunde auf den Wink ihres Herren warteten?

Die Männer, die dem Thron am nächsten standen und ihrem König und Kaiser den Treueid geschworen hatten?

„Es schien, daß sie überhaupt keine Meinung hatten, wenn Bismarck sie nicht vorschrieb, und daß ihre Vorstellung von den Beziehungen zwischen Monarch und Minister weder von Verantwortlichkeit, noch von Verpflichtung beschwert war. Sie schienen mit Haut und Haaren nur dem Kanzler verschrieben und verfallen.
Dem Kaiser fiel wieder ein, wie Bismarck vor nicht allzulanger Zeit eines Tages zu ihm gekommen war und erklärt hatte, daß er einen Minister fortschicken wolle.
„Ja, was hat er denn gemacht?" hatte der den Fürsten gefragt.
„Er paßt mir nicht mehr", war damals die Antwort des Kanzlers.
Der Kaiser war recht verwundert gewesen. Es hatte ihm nicht eingeleuchtet, daß ein Minister ohne besonderen Grund sollte entlassen werden, ohne ein sichtbares Verschulden, nur deshalb, weil er dem Kanzler nicht mehr paßte. Der Kaiser hatte dem Fürsten seine Verwunderung auch ausgesprochen, aber Bismarck hatte verächtlich den Mund verzogen:
„Ah, er ist ein schlechter Charakter", war seine wegwerfende Antwort, „er hat Geld von mir genommen. Ich habe ihm dreißigtausend Mark gegeben."
Das Erstaunen des Kaisers war maßlos. Aber offenbar wollte der Reichskanzler gar kein Geheimnis aus seiner Technik machen. Selbst Fernstehende wußten, daß Fürst Bismarck auch die Schulden des Vizekanzlers fortgeräumt hatte.
Der Fürst verfügte über bedeutende Geldmittel frei. Ihm war der 1866 beschlagnahmte Welfenfond zur Verwaltung übertragen worden. Er konnte mit seinen Geldern nach Gutdünken walten und schalten. Ihm stand das ausdrückliche Recht zu, dies ohne jede Kontrolle und ohne jeden Rechenschaftsbericht tun zu dürfen. Politische Zwecke waren ein dehnbarer Begriff. Jedenfalls schuf der Kanzler Abhängigkeiten, die in Preußen neu waren."[1])
Nach der Begegnung in Alexandrowo hatte der Kaiser an Bismarck in Bad Gastein geschrieben: der Zar habe geäußert, die beiden Monarchen würden sich schon verständigen, wenn Bismarck, avec son temparament fougeux" nicht immer wieder Streit mit dem alten Gortschakow suche. Dazu schreibt Bülow:
„Mit seiner genialen Phantasie, seinem niemals schlafenden Argwohn, erblickte Bismarck in diesem kaiserlichen Brief den Beweis dafür, daß von russischer Seite auf seinen Sturz hingearbeitet würde, daß sein präsumtiver Nachfolger Manteuffel im Bunde mit den ‚Reichsfeinden', den Klerikalen und Demokraten, solche In-

[1]) Karl Friedrich Nowak „Das dritte deutsche Kaiserreich", Berlin 1929, S. 200/201.

trigen unterstütze, und daß der alte Kaiser so ins Schwanken geraten sei."[1])

Bülow kannte Bismarck aus langjähriger gemeinsamer Tätigkeit, er hat dessen Motive aus seinem Wesen erklärt: Bismarck hat in dem Brief des Zaren vom 15. August 1879 einen Angriff auf seine Stellung, den Versuch, ihn zu stürzen, gesehen.

Ist Bülows Deutung richtig und sie allein bietet den Schlüssel zum Verständnis für die Wut Bismarcks gegenüber Rußland und den Zaren, dann fallen damit alle Behauptungen in sich zusammen, die Bismarck seinem Kaiser vorgetragen hat und — dieser allein sah klar und wurde machtlos gemacht.

Bismarck hatte zu wählen: zwischen seinem freiwilligen Abgang und zwischen der Zukunft Deutschlands.

Bismarck entschied sich für seine Machtstellung.

„Ende September erschien der russische Gesandte von Saburow in besonderer Mission beim Reichskanzler Fürsten von Bismarck in Berlin, um ihm die Frage vorzulegen, ob dessen Gesinnungen für Rußland noch immer die gleichen seien wie 1877. Seinerseits versicherte Saburow, daß die russische Politik in „Zukunft nur eine defensive auf der Basis des „Berliner Kongresses" sein werde. Bismarck antwortete Saburow, daß er, falls er berufen bliebe, Kaiser Wilhelm Rat zu erteilen, dies jederzeit in demselben Sinne tun würde, wie vor dem Kongreß und während desselben, daß er aber außerstande sei, an einer Politik mitzuwirken, durch welche Österreich gefährdet würde. Dem Kaiser Wilhelm gegenüber, der sich telegrafisch erkundigte, äußerte sich der Kanzler in einem Telegramm vom gleichen Tage sehr skeptisch über Saburows Eröffnungen, in denen er nur einen Versuch sah, den Abschluß mit Österreich zu hintertreiben."[2])

Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Graf zu Stolberg, war als Stellvertreter Bismarcks nach Baden-Baden abgereist und hielt sich als dessen Werkzeug zur Verfügung.

DER ISOLIERTE KAISER

Am 2. Oktober appellierte der Kaiser Wilhelm, nachdem er das ganze Vertragswerk in schlaflosen Nächten durchdacht und an den Tagen geprüft hatte, an Ehre und Gewissen Bismarcks. Was er zusammenfassend und eigenhändig sowie als Bittender schrieb, war so klar und folgerichtig, daß es uns heute als Anklage gegen das Schicksal erscheint, das mit dem Namen Bismarck verbunden

---

[1]) Bülow IV S. 503.
[2]) A. A. III, 116.

werden kann:[1]) „Ich habe leider sehen müssen, daß meine Ansichten über das Vertragsprojekt von keiner Seite akzeptiert worden sind. Da ich diese Ansichten Ihnen in meinem Schreiben aus Danzig-Stettin vom 10. und 12. v. M. so klar, als es mir möglich war, darlegte, können Sie selbst sich sagen, worin dieselben von dem erlangten Resultate abweichen, so daß ich sie nicht zu wiederholen brauchte. Doch lege ich Ihr Schreiben vom 24. v. M. wieder bei, um sich aus meinen Randbemerkungen (leider nur in Bleistift) ein Bild zu machen, welchen Eindruck mir dasselbe machte!

Deutschland und Österreich wollen dasselbe Ziel erreichen: Sicherung gegen unmotivierte Angriffe äußerer Feinde; mit spezieller Nennung Rußlands als diesen Feind, weiche ich indessen von dem Vorschlage ab, so wie von der sofortigen Ratifizierung eines Vertrages.

Nachdem ich dem Kaiser Alexander nach Beseitigung von Mißverständnissen, von Neuem die Freundschaftshand gereicht habe, soll ich gegen ihn, wenn auch defensiv, eine Alliance schließen, in welcher er allein als der mutmaßliche Feind hingestellt wird, und von dieser Absicht soll ihm ein Geheimnis gemacht werden. Diese Illoyalität kann ich nicht begehen.

Es wird zur Milderung dieses Gedankens ausgesprochen, daß le cas echeant, Rußland Mitteilung von dieser Alliance gemacht werde, wenn Anzeichen zu einem Kriege desselben gegen uns wahrnehmbar werden. Dieser ganz unsichere Ausdruck ist so dehnbar, daß er endweder zu spät kommt oder nur noch stärker reizt.

Es wird ferner ausgeführt, bei der inneren Gärung, in welcher Rußland sich befindet, die Kenntnis von der in Rede stehenden Alliance demselben Haltung und Fassung geben werde, Herr jener Gärung zu werden. Dazu gehört aber doch, daß demselben Kenntnis offiziell von dieser edlen Absicht gebe . . .

Gegen eine sofortige Ratifizierung jenes Vertrags bin ich, weil der Gegenstand eines Angriffskrieges auf Deutschland und Österreich gar noch nicht vorhanden ist und allbekannt ist, daß bindende Verträge ohne dringende Veranlassung ein zweischneidiges Schwert sind.

Nun ist ein Umstand eingetreten, der einen Ausweg aus dem Dilemma zeigen kann, in welchem ich mich mit meinem Gewissen und meiner Ehrlichkeit gegen Rußland befinde, bei Aufstellung der Österreichischen Einwürfe gegen meine Aussichten.

Sie haben mir auf meine telegrafische Anfrage auf demselben Wege geantwortet, noch gestern, was Ihnen Baron Saburow im Auftrag des Kaisers ausgesprochen hat. Sie folgern aus diesen Mitteilungen, daß Rußland bereits Wind von unseren Wiener Ver-

[1]) A. A. III, 111 flgd.

handlungen bekommen hat (wie ganz natürlich) und wollen aus der defensiven Haltung, die Saburow versichert hat, welche Rußland hinfort hinnehmen will, schließen, daß diese Versicherung wohl eine Folgerung jenes Windes sei.
Da wäre die Möglichkeit gegeben, meinen Vorschlag zur Ausführung zu bringen, Rußland zum Beitritt aufzufordern.
Sie selbst haben von Saburow gesagt, daß Sie die Erhaltung des Drei-Kaiser-Bündnisses durchaus wünschen, in dem Memorandum, Protokoll und Vertrag kommt derselbe Gedanke vor — was ist also einfacher, als durch den Vertrag das Drei-Kaiser-Bündnis, was nur ein mündliches bisher war und höchstens durch die Petersburg-Wiener Abkommen von 1873 etwas Schriftliches aufzuweisen hatte — nunmehr in einem wirklichen schriftlichen Vertrag zu befestigen?

Sie selbst haben ferner von Saburow gesagt, daß Sie aber außer Stande sein würden, zu einer Politik mitzuwirken, durch welche Österreich gefährdet würde. Das ist eben so richtig als wichtig, daß Rußland dadurch die erste offizielle Mitteilung erhält, wovon es bereits Wind hat. Hierauf baue ich weiter, indem durch unsere Botschaft in Petersburg dem Minister Giers von Ihrer Unterredung mit Saburow Mitteilung gemacht wird, mit der Frage, ob dessen Versicherung, daß Rußland hierfür nur eine defensive Politik auf Basis des Berliner Vertrags treiben werde — eine authentische gewesen sei und darunter eine Defensive gegen Deutschland und Österreich gemeint sei. Wird hierauf eine befriedigende Antwort erteilt und diese sofort an Österreich mitgeteilt, so steht nichts mehr im Wege, daß wir und Österreich dem Kaiser Alexander Mitteilung des projektierten Vertrages machen und denselben zum Beitritt aufzufordern . . ."
Der Kaiser übt anschließend an dem Vertragsentwurf selbst eine scharfe Kritik, weist sachliche Widersprüche und militärisch falsche Berechnungen nach, wehrt sich dagegen, „daß wir zwar Österreich gegen Rußland mit unserer ganzen Macht unterstützen sollen (§ 1), Österreich sich aber dispensiert, ein Gleiches zu tun, wenn Frankreich uns angreift. Nun ist aber dieser letztere Fall doch unzweifelhaft viel möglicher, ja wahrscheinlicher, als bisher ein russischer Angriff, denn die Revanche schlummert nur, ist nie aufgegeben, und wird bei darbietender Gelegenheit sich sofort zeigen.
Aus diesem Grund darf Österreich nicht neutral in einem solchen Kriege bleiben, sondern ebenso uns mit seiner ganzen Macht traktatenmäßig unterstützen, wie es der Vertrag gegen Rußland verheißt."

Dieser Ruf des greisen Königs, seine Bitte an seinen „ersten Diener", die Gebote des politisch-diplomatischen Anstandes zu

respektieren und das persönliche Verhältnis zwischen den beiden Herrschern nicht zu gefährden, ist in den Akten des Auswärtigen Amtes ohne die üblichen Randbemerkungen Bismarcks. Vielleicht hat er den Appell des Kaisers gelesen, vielleicht — auch nicht.

Bismarck macht sich nicht die Mühe, die Bedenken seines „Herrn" zu zerstreuen, er denkt auch gar nicht daran, „die Politik Seiner Majestät" zu respektieren, geschweige auszuführen und zu vertreten, was er tut, das erscheint nach bürgerlicher Moral und, nach dem Strafgesetzbuch, als Erpressung: er droht mit dem Rücktritt des gesamten (von ihm abhängigen) Kabinetts, mit der Isolierung des Kaisers, wenn er nicht sofort nachgibt. Bismarck erteilt den nach Baden-Baden geschickten Grafen zu Stolberg am 3. Oktober folgende Instruktion, in der er die weltpolitische Lage allgemein, und die deutsche besonders, völlig verzerrt schildert, so, als sei der Kaiser nicht mehr fähig, politisch zu denken:[1])

„Ich halte nach den Wiener Nachrichten unsere Situation im höchsten Grade beunruhigend und die Gefährlichkeit derselben mit jedem Tage weiterer Zögerung steigend. Die Aufopferung der deutschen und preußischen Interessen zu Gunsten Rußlands wird notwendig öffentlich bekannt werden, und im Lande verhängnisvoller wirken als Olmütz, weil die Unterordnung unter Rußland nicht wie damals erzwungen, sondern freiwillig ist. In unserer auswärtigen Stellung aber setzt uns Seine Majestät ohne alle Not der Situation des siebenjährigen Krieges aus. Der Kaiser gefährdet die Zukunft des Landes in einer Weise, die der beste Wille später nicht wieder gut machen kann. Ich glaube nicht, daß von Argumenten noch eine Wirkung zu hoffen ist, vielleicht aber davon, daß dem Kaiser die bestimmte Alternative vorgelegt wird, heute zuzustimmen oder morgen keinen Minister mehr zu haben. Unsere hiesigen Kollegen sind mit mir darüber einig, daß jede Verschiebung die Situation verschlimmert. Ich beabsichtige in einer auf übermorgen anberaumten Sitzung, wenn bis dahin des Kaisers Entscheidung nicht sine clausula feststeht, meinen Rücktritt unter Darlegung der Motive definitiv zu machen. Unsere hiesigen Kollegen sind, soviel ich weiß, ohne Ausnahme bereit, sich dem anzuschließen."

Der Kaiser gefährdet die Zukunft des Landes", behauptet Bismarck, als er dabei war, Deutschland auf dem Altar seines Hasses gegen Gortschakow zu opfern.

Am 3. Oktober, nach Empfang seiner Instruktion, hielt Graf Stolberg Vortrag mit dem Erfolg, daß er am gleichen Tage an das Auswärtige Amt telegrafieren konnte: „Seine Majestät haben

---

[1]) A. A. III, 108 flgd.

soeben, abends elf Uhr, durch Randvermerk schriftlichen Abschluß des Vertrages . . . genehmigt . . ."

Graf Stolberg berichtet an Bismarck:

„Seit 8 Tagen schläft der Kaiser schlecht, in der Nacht nach der Vertragsvollziehung hat er kein Auge geschlossen, dabei leidet er unter wüsten Träumen und Nervenzuckungen, bald ist er in weinerlicher, bald in gereizter Stimmung. Der Leibarzt von Lauer versichert, daß er den Kaiser 1864, 1866 und 1870/71 nicht so von den geistigen Erregungen affiziert gesehen hat wie jetzt."

In seinem Ringen mit Bismarck hatte sich der Kaiser mehrmals zur Thronentsagung entschlossen, um sein Gewissen als Freund und Verbündeter des russischen Zaren nicht zu belasten.

Der Kaiser hat vor seinem Kanzler kapitulieren müssen.

Wie furchtbar schwer dem Kaiser der Entschluß zur Genehmigung des Vertrages angekommen ist, erhellt aus einem Schreiben, das er am 3. Oktober an den wegen Krankheit beurlaubten Staatsminister von Bülow richtete: „Seit vier Wochen kämpfe ich gegen eine Stipulierung in Wien, die meinem Ehrgefühl und meiner Pflicht widerstrebt, und welchen Kampf ich nur unter der Bedingung endlich nach Erschöpfung aller Gegenvorstellung gestern Nacht nachgegeben habe, daß Rußland die Motive zu dem Schritt im Memorandum mitgeteilt würden. Meine ganze moralische Kraft ist gebrochen! Ich weiß nicht, was aus mir werden soll! Denn der Kaiser Alexander muß mich für wortbrüchig halten, nachdem ich ihm schrieb und sagte auf Diktat des Fürsten Bismarck „de maintenir le leg centrenaire de nos péres."[1])

Die Würfel waren gefallen, gefallen am 3. Oktober zu Gunsten — Frankreichs. Bismarck setzt das 1875 („Ist Krieg in Sicht?") und 1878 („Berliner Kongreß") angefangene Werk fort, durch das der Zar Frankreich in die Arme getrieben werden mußte.

Auf einer niedrigen Lebensstufe würde man das Vorgehen Bismarcks gegenüber dem alten Kaiser und König als Meuterei bezeichnen und in diesem Zusammenhang ist die Frage berechtigt: Wie hätte Friedrich der Große in einem ähnlichen Falle gehandelt? Und auch folgende Frage ist berechtigt: Wie sähe die Welt heute aus, wenn zugegeben werden muß, daß Rußland wenig über ein Jahr nach dem Krieg mit der Türkei, tatsächlich an keinen Krieg gedacht hat?

Daß Rußland 1879 kriegssüchtig gewesen ist, ist ebensowenig zu beweisen wie widerlegt werden kann, daß das Riesenreich für mindest ein Jahrzehnt geschwächt gewesen ist.

---

[1]) A. A. III, 111 Fußnote.

Nach einer schlaflosen Nacht, ärztlich von dem Generalarzt der Armee, von Lauer, behandelt, beschwört der Kaiser am 4. Oktober wieder seinen Kanzler und bittet um Rat und Hilfe, um vor Gott und vor seinem Gewissen bestehen zu können:[1] „Ich habe den Vertrag von Wien zwar b e d i n g t anerkannt, aber der aus meinem Brief (vom 2. Oktober) einleuchtende Standpunkt ist nicht erschüttert. Ich stelle Ihnen nochmals eine Frage: was wollen wir antworten, wenn der Kaiser Alexander auf das mitzuteilende Memorandum fragt, ‚was habt Ihr denn beschlossen zu tun, doch wahrscheinlich ein Abkommen abgeschlossen; ehe ich das nicht kenne, vermag ich keinen Beschluß zu fassen, zeigt mir also dies Abkommen'? Da das Abkommen aber, so wie es lautet, nicht an Rußland gezeigt werden kann, so müssen wir die Mitteilung verweigern. Welch einen Eindruck muß dieser Refus auf den Kaiser Alexander machen? Gewiß den allernachteiligsten!

Der § 2 des Vertrags ist in seiner Fassung so unglaublich für mich, daß ich die Einlage nun noch durch den Antrag resumiren wollte, daß die Neutralität Österreichs, wenn wir von Frankreich angegriffen würden, gestrichen würde, und dieselbe Verpflichtung von Österreich verlangt wird, uns beizustehen mit seiner ganzen Macht, wie wir im § 1 — Österreich beim Angriff Rußlands, versprechen. Sonst ist keine Partie egale. Legen Sie dies Andrassy nochmals ans Herz! W."

Bismarck hat den Brief des Kaisers vom 2. Oktober nicht beantwortet, er beantwortet auch die neue Frage des Kaisers nicht; nachdem dieser „bedingt" unterschrieben hat, ist seine Rolle ausgespielt, er, Bismarck denkt nur an Rache für den Brief vom 15. August 1879, mit dem der Zar und sein Staatskanzler versucht hatten, ihn um Amt und Würden zu bringen. Bismarck antwortet, aber nicht, um den Kaiser zu beruhigen, sondern er droht nochmals und jetzt energischer mit seinem Rücktritt, eine Drohung, von der er aus vielen Wiederholungen weiß, daß sie immer wirkt. Bismarck ignoriert den Kaiser, er schreibt dafür am 5. Oktober an den Geheimen Legationsrat von Bülow mit der Anweisung, dem Kaiser Vortrag zu halten:[2]

„Ich hatte gestern eine Sitzung des Staatsministeriums berufen, um demselben die Niederlegung meines Amtes amtlich anzuzeigen, indem es in meiner Absicht lag, meinen Antrag auf Pensionierung gestern an Seine Majestät abgehen zu lassen. Nachdem ich durch Graf Stolberg amtlich benachrichtigt worden war, daß Seine Majestät den österreichischen Vertragsentwurf genehmigt habe, habe ich gestern anstatt meines Pensionsgesuches, eine Bitte

[1]) A. A. III, 115/116.
[2]) A. A. III, 116/117.

um Urlaub an Seine Majestät gerichtet und heute dem Staatsministerium mitgeteilt, daß die Gewissensbedenken, welche mich zur Niederlegung meines Amtes zwangen, gehoben seien. Nach Lesung des durch Graf Goltz überbrachten Allerhöchsten Schreibens bin ich hierüber wieder zweifelhaft geworden. Die Genehmigung und Vollziehung der Vollmacht für Prinz Reuß kann allein entscheiden, ob meine Zweifel begründet sind. Sollten sie es sein, so wäre ich leider gezwungen, meinen gestern zurückgehaltenen Pensionierungsantrag morgen abgehen zu lassen. Sämtliche Staatsminister haben heute beschlossen, im Fall meines Rücktrittes in corpore ihre Demission zu geben.
Erfolgt dagegen die telegrafische und schriftliche Bevollmächtigung des Prinzen Reuß ohne Anstand und Aufschub, so bitte ich, dieses Telegramm als nicht geschrieben anzusehen."

Bismarck hatte richtig kalkuliert, der Kaiser fügte sich ihm abermals. Am gleichen Tage schon konnte Bülow an das Auswärtige Amt telegrafieren:
„Vollmacht für Prinz Reuß soeben von Seiner Majestät vollzogen. Ich sende dieselbe heute abend nach Wien durch Kanzleidiener Lindemann, welcher morgen 10 Uhr abends daselbst eintrifft. Stelle anheim, von Vorstehendem Prinz Reuß telegrafisch zu benachrichtigen."

Bisher hatte Bismarck den Kaiser wiederholt mit seinem Rücktritt drohen lassen, jetzt ist der Kaiser daran, die eigene Abdankung zu erwägen, um nicht für die vorauszusehenden Folgen verantwortlich zu sein. Am 6. Oktober berichtet Bülow aus Baden-Baden an das Auswärtige Amt („Für Graf zu Stolberg):[1])
„Bei gestriger Vollziehung der Vollmacht, welche nicht ganz glatt zu erreichen war, äußerte Seine Majestät: Er habe vorgestern an Fürst Bismarck geschrieben und als Bedenken namentlich die Ungleichheit im Vertragsentwurf betont, wonach im Falle eines französischen Angriffs Österreich uns nicht beizustehen habe. Er hoffe, daß Reichskanzler noch einen bezüglichen Änderungsversuch in Wien machen werde und habe in dieser Hoffnung Vollmacht vollzogen. Nach Wortlaut desselben sei er zwar zur demnächstigen Ratifizierung verpflichtet, indessen würde die Sache für ihn doch zur Existenzfrage werden, d. h. zu seiner Abdikation führen, wenn die Bedenken, welche er gewissenshalber geäußert, unbeachtet verhallten.
Meines Erachtens dürfte eine beruhigende Antwort auf Brief des Kaisers an Reichskanzler respektive äußerliches Eingehen auf Allerhöchsten Wunsch noch die meiste Aussicht auf Lösung der Schwierigkeit bieten.

---

[1]) A. A. III, 118.

Aufregung Seiner Majestät, bedenklich an sich, noch immer eine hochgradige, Schlaf- und Allgemeinbefinden beeinträchtigende.

pp."

Bismarck „beruhigt" den Kaiser, wie Bülow es vorgeschlagen hat, nicht: Das ist seine Genugtuung darüber, daß die beiden Kaiser hinter seinem Rücken in Alexandrowo Politik gemacht haben. Er entwirft eigenhändig das Telegramm an Bülow:[1])

„Für des Kaisers Majestät."

„Außerstande, meinen Kräften nach, den Gesamtinhalt des Allerhöchsten durch Graf Goltz überbrachten Schreibens, welches die Gesamtheit meiner Berichte seit Ende August betrifft, schriftlich zu beantworten, beehre ich mich, auf den letzten vom 4. datierten Teil desselben telegrafisch zu berichten:

Das Bündnis, nach welchem Österreich uns gegen einen Angriff von Frankreich allein schon beizustehen hätte, ist von Österreich weder angeboten noch zu erlangen, sondern wiederholt abgelehnt worden.

Hieraus einen Grund zu entnehmen, das Anerbieten Österreichs abzulehnen, nach welchem es uns beistehen will, wenn Frankreich uns im Bunde mit Rußland angreift, wird sich aber vor dem Lande und dem Deutschen Reiche weder durch mich, noch durch einen anderen Minister verantworten lassen."

Am 7. Oktober meldet Prinz Reuß aus Wien: „Graf Andrassy hat heute morgen in Gegenwart Haymerlas den Vertrag unterschrieben."

Deutschlands Schicksal war damit für alle Zeiten, völker- und staatsrechtlich, an einen Staat gebunden, über den er dreiundzwanzig Jahre vorher (1856) folgendes Urteil gefällt hatte:

„Gebe Gott, daß ich nicht die Schweinerei von Mißgunst, Mißtrauen und Mißlingen miterlebe, wenn eine Preußische und eine Österreichische Armee verbunden im Felde stehen. Jeder wird sich mehr über die Niederlage des Andern freuen, als über die eigene ärgern, und wer auf dem Vorderteil sitzt, es als Gewinn betrachten, wenn das Schiff hinten zuerst sinkt. Es ist traurig, aber wahr, und noch viel trauriger für uns wäre es, wenn wir gegen diese Wahrheit die Augen schließen wollten, und uns einbilden, daß unsere, und eine Österreichische Militärmacht im Kriege ehrlich Rücken an Rücken kämpfen können."

Am 13. Juli 1878 hatte Bismarck nach Beendigung des „Berliner Kongresses" erklärt: „Jetzt fahre ich Europa vierelang vom Bock". Ein Jahr und wenige Monate seiner „Fahrt" genügten, um ihm einen Verbündeten genehm zu machen, der allgemein als nicht mehr bündnisfähig angesehen wurde.

[1]) A. A. III, 119.

Am 7. Oktober beauftragte er Bülow dem Kaiser vorzutragen:[1]) „Der Vertrag ist heute in Wien unterschrieben worden. Die Abänderungswünsche seiner Majestät sind hinfällig geworden . . . Es ist nicht wahrscheinlich und gegen alle völkerrechtlichen Gebräuche, daß der Kaiser Alexander, wenn wir ihm nach Abschluß des Vertrages das Wiener Memorandum mit dem von Seiner Majestät befohlenen Zusatz mitteilen, sich berechtigt glauben könnte. an uns die Frage zu richten, ob wir nicht sonst noch etwas abgeschlossen hätten. Erfolgte eine in den diplomatischen Annalen so beispielslose Frage dennoch, so würde sich über die zu erteilende Antwort erst urteilen lassen, wenn man den Text der Frage kennt.

Ich begebe mich übermorgen, den 9., nach Varzin und bitte Seine Majestät melden zu wollen ,daß ich in bezug auf den Wiener Vertrag von dem mir nach § 3 des Stellvertretungsgesetzes vom 17. August 1878 vorbehaltenen Rechte der amtlichen Zuständigkeit des Reichskanzlers Gebrauch mache und, solange Seine Majestät mich in dieser amtlichen Stellung beläßt, auf die Mitwirkung an der Beendigung der österreichischen Vertragsangelegenheit nicht verzichten kann.

Ew. wollen Seiner Majestät meinen ehrfurchtsvollen Dank für die gnädige Teilnahme an meinem Gesundheitszustande aussprechen, welche in dem Telegramm 43 vom 6. ihren Ausdruck findet: aber auch Gelegenheit nehmen, die wenigen politischen Sätze, die mein Urlaubsgesuch in seinem zweiten Teile enthält, und die Seiner Majestät wohl nicht bekannt geworden sind, vorzutragen."

Bülow telegrafierte am 8. Oktober zurück: „Die Anweisung des Reichskanzlers erhalten und den Inhalt bei Vortrag befehlsgemäß verwertet. Kaiser, welcher nach Kenntnisnahme von Telegramm Nr. 47 eine fast schlaflose Nacht gehabt, ist heute nervös und abgespannt."

Darauf antwortet Bismarck am gleichen Tage und schließt für Bülow „persönlich in herzlicher Teilnahme an der schlaflosen Nacht Seiner Majestät, daß der Minister von Bülow und ich schon seit Wochen keine andere als schlaflose Nächte kennen."[2])

Nachdem der Vertrag am 7. Oktober 1879 unterzeichnet worden war, wurde am 8. das Entlassungsgesuch Andrassys von Kaiser Franz Josef genehmigt. Der scheidende Außenminister war nach seinen eigenen Worten vom Pferd gestiegen, bevor dieses den Reiter hat abwerfen können. Die Autorität des freiwillig zurücktretenden Außenministers war nicht gebrochen. Mit ihm schied die glänzendste und interessanteste Persönlichkeit aus dem k. u. k.

---

[1]) A. A. III, 119/120.
[2]) A. A. III, 121.

Staatsdienst. 1848 wegen Hochverrats in Abwesenheit kriegsgerichtlich zum Tode verurteilt, war sein Name vom Henker an den Galgen genagelt worden. Als nach dem Ausgleich 1867 der Kaiser zum König von Ungarn gekrönt wurde, setzte ihm Andrassy die Stephanskrone auf, er, der erste Ministerpräsident von Ungarn.

Der Staatssekretär Bülow war im Amt verbraucht, er kränkelte und schüttete seinem Sohn das Herz aus, weil er „unsere auswärtige Politik an einem Wendepunkt angelangt sah, der für die Geschichte des Vaterlandes wie der Welt für lange Zeit entscheidend sein würde. Du weißt, daß die persönlichen Beziehungen zwischen Bismarck und Gortschakow seit 4 bis 5 Jahren leider keine guten sind. Die Hauptschuld trifft natürlich den alten Gortschakow mit seiner senilen Eitelkeit, seiner hämischen Bosheit. Aber auch unser großer Steuermann ist nicht ganz ohne Schuld. Er hat, wie Du ja miterlebt hast, Gortschakow auf dem Berliner Kongreß zu schlecht behandelt. Seine demonstrative Bevorzugung von Peter Schuwalow war ein taktischer Fehler. Heftig, wie er nun einmal ist, ärgern Bismarck seitdem in allen Balkanfragen die Russen, um so Gortschakow zu strafen.

Und das, nachdem er während fünfzehn, ja eigentlich seit 25 Jahren stets erklärt hat, Preußen dürfe im Orient keine aktive und vor allem keine antirussische Politik treiben. Der gute alte Kaiser bedauert und mißbilligt in seiner ruhigen, verständigen Art diese Ausbrüche des Temperaments seines großen Kanzlers. Aber je älter er wird, um so schwerer wird es ihm, sich seinem genialen und stürmischen Berater zu widersetzen. Der Kaiser steht nun im Begriff, sich zu den großen Manövern nach Königsberg zu begeben. Da sich Alexander II. gerade in Warschau befindet, so hat der Kaiser den Feldmarschall Manteuffel dorthin entsandt, um den Zaren zu begrüßen. Ich halte das für ganz vernünftig, zumal Manteuffel das Vertrauen beider Kaiser besitzt."

Bismarck hat im letzten Jahrzehnt seiner Regierungszeit, wenn er sein Werk betrachtet hat, feststellen können, daß es schlecht war.

In seinen „Gedanken und Erinnerungen" hat er, im Kampf freilich gegen den damals jungen Kaiser, selbst das geschichtliche Urteil über seine Regierungs- und Staatskunst gesprochen, er schreibt:[1])

„Die Art, wie die überlegene weltmännische Routine des Fürsten Schwarzenberg in Olmütz und in den Dresdner Conferenzen der damaligen preußischen Vertretung gegenüber von Österreich benutzt wurde, hat wesentlich zur Herstellung einer Situation beigetragen, welche sich schließlich im Wege freundlicher Bundesgenossenschaft nicht mehr lösen ließ.

Über die Fehler, welche in der auswärtigen Politik begangen wurden, wird sich die öffentliche Meinung in der Regel erst klar, wenn sie auf die Geschichte eines Menschenalters zurückzublicken im Stande ist, und die Achivi qui plectuntur[1]) sind nicht immer die unmittelbaren Zeitgenossen der fehlerhaften Handlungen. Die Aufgabe der Politik liegt in der möglichst richtigen Voraussicht dessen, was andre Leute unter gegebenen Umständen tun werden. Die Befähigung zu dieser Voraussicht wird selten in dem Maße angeboren sein, daß sie nicht, um wirksam zu werden, eines gewissen Maßes von geschäftlicher Erfahrung und Personalkenntnis bedürfe, und ich kann mich beunruhigender Eindrücke nicht erwehren, wenn ich bedenke, in welchem Umfange diese Eigenschaften in unseren leitenden Kreisen verloren gegangen sind. Jedenfalls sind sie augenblicklich in Wien reichlicher vorhanden als bei uns und ist deshalb die Befürchtung gerechtfertigt, daß die Interessen Österreichs bei Vertragsabschlüssen mit mehr Erfolg wahrgenommen werden als die unserigen."

Die Geschichte bietet rückblickend folgendes Bild: Bismarck hat den „Büßergang" nach Olmütz damals gutgeheißen, ja, er war sogar bereit, ihn gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten von Manteuffel zu gehen.

Österreich hat auf dem Berliner Kongreß (1878) die Unterstützung Bismarcks gefunden, die dieser Rußland verweigert hat.

Bismarck ist Österreich ein Jahr später (August 1879) nachgelaufen, um dieses, in Auflösung gefallene Staatswesen zu einem Bündnis mit Deutschland zu veranlassen.

Die Eigenschaften, die er bei der deutschen Staatsführung n a c h s e i n e r E n t l a s s u n g verloren glaubte, hatte er bei seinen Verhandlungen mit dem Grafen Andrassy nicht wirksam werden lassen.

Nachdem das letzte verfassungstreue Ministerium in Österreich unter Fürst Adolf Auersperg (1871—1877) gestürzt und am 12. August 1879 durch das Ministerium unter Graf Eduard Taaffe abgelöst worden war, begann der staatliche Auflösungsprozeß, es begann jene Staatskunst, deren Leitsatz mit dem Wort: „fortwursteln" bezeichnet wurde. Taaffe war anfänglich bemüht, den „vielseitigen Körper" durch Zugeständnisse an die Deutschen und Tschechen (Böhmen), an die Polen (Galizien), an die Slowenen, Ruthenen, Ultramontanen zusammenzuhalten. Bismarck empfahl durch den Botschafter, Prinzen Reuß, als einziges Heilmittel den Staatsstreich, aber er fand in Wien schroffe Ablehnung; denn nach dem „Ausgleich 1867" zwischen Österreich und Ungarn mußten in beiden Teilen der Monarchie ein verfassungsmäßiger Zustand

herrschen. „Der Ministerpräsident ist von Stufe zu Stufe auf der abschüssigen Bahn weiter gedrängt worden, gedrängt durch die Macht der nationalen Parteien, des Feudalismus und der Ultramontanen, die politische Kurzsichtigkeit und Uneinigkeit der Deutschen und nicht zuletzt durch den eigenen Wunsch, sich, es koste was es wolle, am Ruder zu erhalten."[1])
Bismarck suchte seinen Kollegen in Wien zu stürzen (Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den ungarischen Ministerpräsidenten Koloman von Tisza[2]), während Taaffe leer ausging, und erreichte das Gegenteil, denn Kaiser Franz Josef wollte den Vorstoß Bismarcks dadurch parieren, daß er Taaffe in den Fürstenstand erheben wollte, aber auf dessen Bitte unterließ. Bismarck hatte die Stellung seines Kollegen gefestigt.
In der Tat gelang es Graf Taaffe, noch einige Zeit „forzuwursteln" und während seiner Amtszeit die ihn gewiß in hohem Maße befriedigende Genugtuung zu erleben, Fürst Bismarck (1890) gestürzt zu sehen. Doch auch ihn selbst sollte bald sein Schicksal erreichen.
Am 10. Oktober 1893 stürzte Taaffe. Auch Bismarck erlebte das.

DER DANK VOM HAUSE HABSBURG

Der Vertrag wurde am 3. Februar veröffentlicht und am 6. Februar 1888 von Bismarck im Reichstag verteidigt.
Graf Andrassy starb am 18. Februar 1889. In seiner ungedruckten Denkschrift aus dem Jahre 1886 erwähnt Andrassy, daß sich Bismarck in den orientalischen Dingen „unserer Leitung willig überließ und jede Definition unserer Interessen im Oriente sich anzueignen geneigt war", was er gewiß nicht hätte sagen können, wenn ihm der Kanzler in einer so wichtigen Frage wie der Okkupation Schwierigkeiten in den Weg hätte legen wollen.

Vier Jahrzehnte später!

Die k. u. k. Front brach im Herbst 1918 zusammen. „Graf Andrassy,[3]) am 11. Oktober nach Bern geschickt, um mit den Vertretern der Alliierten an den Verhandlungstisch zu kommen, war inzwischen nach Ungarn zurückgekehrt und als Nachfolger des bündnistreuen Baron Burian zum Außenminister ernannt worden: zum Vollstrecker des Willens der Alliierten!

In der Nacht vom 24. zum 25. Oktober teilte der Markgraf Palavicini dem Grafen Karolyi, seinem Schwager, mit: „Der König hat soeben den gemeinsamen Schwiegervater Grafen Julius Andrassy zum k. u. k. Außenminister ernannt."

---

[1]) von Wertheimer „Bismarck im politischen Kampf", Berlin 1929, S. 510.
[2]) 1875—1890 ungarischer Ministerpräsident, † 23. März 1902.
[3]) Sohn.

An diesem Tage, 4 Uhr nachmittags, leistete Graf Julius Andrassy seinem König den Diensteid, beide hatten sich auf der Grundlage geeinigt: sofortige Trennung von Deutschland und Sonderfrieden um jeden Preis!

Die Wiener Presse empörte sich über den Schurkenstreich des letzten k. u. k. Außenministers Grafen Andrassy, der wußte aber den Kaiser und die Kaiserin hinter sich.

Graf Michael Karolyi, sein Schwiegersohn, hatte die Brandfackel nach Ungarn getragen, und Graf Julius Andrassy, der Schwiegervater, versetzte dem alten Habsburgreich noch im Zusammenbrechen den Todesstoß."[1])

General von Cramon, Vertreter des Deutschen Kaisers bei dem österreichisch-ungarischen Herrscher, schreibt:

„Die Kundgebung Andrassys wurde allgemein als offener Verrat am Bündnis betrachtet, der vermutlich in der Hoffnung begangen wurde, noch in letzter Stunde vor den Augen Wilsons Gnade zu finden. Man hat sich darin gewaltig verrechnet.

Das schmähliche, fast liebevolle Betonen eines Treubruchs hat Österreichs Untergang nicht um eine Stunde verzögert."

Nach Habsburg mußten die Hohenzollern fallen, und nach Österreich-Ungarn mußte Deutschland zusammenbrechen.

„Vom Kapitol bis zum Tarpejischen Felsen ist nur ein Schritt; das sollte auch Graf Julius Andrassy erfahren. Da die Wiener Presse geschlossen gegen ihn stand, bestellte er sich bei der Staatspolizei eine Demonstration. Diese brachte einige hundert Menschen auf dem Ballhausplatz zusammen. Der Leiter der Staatspolizeistelle Wien schreibt in sein Tagebuch:

„Andrassy trat angesichts der ihn rufenden Menge auf den Balkon und sagte: „Meine Herren! In meiner schweren und verantwortungsvollen Stunde kann und will ich keine längere Rede halten. Ich danke Ihnen, daß Sie erschienen sind. Ich verspreche Ihnen, alles Menschenmögliche aufzubieten, um Ihnen je nach den Umständen einen schnellen und guten Frieden zu verschaffen. Das Land und der Friedenskaiser . . ."

Da kam es zu stürmischen Unterbrechungen: „Pfui, Andrassy! Anschluß an Deutschland! Österreich ist eine Republik!"

Andrassy beeilte sich zu schließen mit den Worten: „Ich rechne auf die Wiener. Ich empfehle mich" und trat indigniert ab, begleitet von Pfuirufen.

---

[1]) Gottfried Zarnow „Gekrönt — Entehrt" (Europas Schicksal/Habsburgs Schuld), Berlin 1937, S. 55, 63, 49.

Am 31. Oktober endete der Ministertraum, der Ministerposten war das Linsengericht, das Kaiser Karl für den Verrat an Deutschland dem Träger eines berühmten Namens geboten hatte.

Die Grafen Andrassy und Karolyi sahen in sich die Retter von Österreich und Ungarn, und jeder bezeugt dem andern, daß er die ihm anvertraut gewesenen Reiche gemeuchelt habe.

Graf Andrassy mußte Wien in der Dunkelheit fluchtartig verlassen; er reiste verkleidet mit dem Schiff nach Preßburg und wurde von hier auf Befehl und im Schutz des inzwischen ungarischer Ministerpräsident gewordenen Schwiegersohnes im Auto nach Schloß Denesfa gebracht.

Michael Karolyi führte Ungarn nach 5 Monaten in die Rätediktatur Bela Khuns, am 21. März 1919 mußte er eine Proklamation unterschreiben und gegen seinen Willen abdanken; er floh mit seiner Familie ins Ausland!"

KLIO

Am 17. Mai 1914, wenige Monate vor dem ersten Weltkrieg, schrieb der deutsche Botschafter in Wien, von Tschirschky, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Jagow: „Ob es wirklich noch lohnt, uns so fest an dieses in allen Fugen krachende Staatsgebilde anzuschließen? . . .?"

Brandenburg: „Von Bismarck zum Weltkriege" S. 409.

Zwei Monate später, am 18. Juli, gab der Leiter der deutschen Außenpolitik, von Jagow, die Befürchtung aus Wien an den deutschen Botschafter in London, Fürsten Lichnowsky, weiter: „Auch darüber, ob wir bei dem Bündnis mit dem sich immer mehr zersetzenden Staatengebilde an der Donau ganz auf unsere Rechnung kommen, läßt sich diskutieren. . . . Österreich zählt schon jetzt kaum mehr als vollwertige Großmacht. . . . Daß es sich nicht ewig wird erhalten lassen, will ich zugeben."

Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Abschnitt I, S. 99 ff.

Der k. u. k. Kriegs-Außenminister, Graf Ottokar Czernin, resignierte — zu spät:
„Österreich-Ungarns Uhr war abgelaufen. . . . In welcher Form sich der Zerfall der Monarchie abgespielt hätte, wenn der Krieg vermieden worden wäre, läßt sich natürlich nicht sagen. Weniger schrecklich als durch diesen Krieg gewiß. Wir mußten sterben. Die Todesart konnten wir uns wählen, und wir haben uns die schrecklichste gewählt."

Czernin „Die Weltkriege" S. 4.

„Österreich-Ungarn und die Türkei waren Staatsgebilde, die aus einer vergangenen Entwicklungsepoche stammten, sie waren ohne jede Rücksicht auf die Nationalität und den Willen der in ihnen zusammengeschlossenen Menschen geschaffen worden und erhielten sich mühsam durch die Schwerkaft des einmal Bestehenden. . . . Wenn das Nationalitätsprinzip die Grundlage des europäischen

Staatslebens blieb, mußten die anachronistischen Staatsgebilde älterer Herkunft zersetzt und schließlich zerteilt werden. Kein Mensch konnte sie vor diesem Schicksal retten. Indem Deutschland unter Verkennung dieser Zusammenhänge sein Geschick gerade mit dem Österreich-Ungarns verband und für die Erhaltung und Stärkung der Türkei eintrat, beging es den — vom entwicklungsgeschichtlichen Standpunkt aus gesehen — schwersten und verhängnisvollsten Fehler. Es kettete seine strotzende und frische nationale Kraft an das Schicksal morscher, zum Untergang reifer Überbleibsel einer entschwundenen Zeit und wurde dadurch in ihre Katastrophe mit hineingerissen."

Brandenburg a. a. O. S. 447.

„Wir haben uns für ein zum Tode verurteiltes und lebensunfähiges Staatswesen im Weltkriege selber geopfert. Das ist das allgemeine Urteil über Österreich-Ungarn in Deutschland. Die Ansicht, daß die Habsburger Monarchie nicht mehr zu halten sei, ist nicht nur im Deutschen Reiche, sondern auch im übrigen Europa vor dem Kriege weit verbreitet gewesen. Ja, Rußland, vielleicht der gesamte Dreiverband und seine Anhänger, haben mit dem Zerfall des Donaureiches bestimmt gerechnet, und die Erwartung, daß die Stunde der Auflösung bald schlagen würde, hat die europäische Politik weitgehend bestimmt.

Dieses Urteil über die Todeskrankheit der Monarchie ist nach allgemeiner Ansicht durch den Ausgang des Weltkrieges bestätigt worden, das Reich der Habsburger ist völlig vernichtet, in seine nationalen Bestandteile zerfallen. Groß ist die Zahl von Staatsmännern, Politikern, Geschichtsschreibern, die alle mehr oder weniger darin übereinstimmen, daß die Monarchie nicht mehr zu retten war."

Wilhelm Schüßler
„Österreich und das deutsche Schicksal".

„Österreich war im innersten Mark krank."

General von Cramon
„Unser österreichisch-ungarischer Verbündeter im Kriege" (S. 205).

„Der Abschluß des Bündnisses mit Österreich-Ungarn im Jahre 1879 war die schicksalsvollste Entschließung, die Bismarck nach dem Jahre 1871 auf sich genommen hat. Ihre Folgen führten in den ersten Weltkrieg."

Hermann Oncken.

EPILOG[1])

Ich habe in meinem Buch, völlig unabhängig von jeder „Richtung", mit groben Strichen die Dämonie der Macht in Bismarcks Denken und Tun gezeichnet. Der größte deutsche Historiker der Gegenwart, der kürzlich verstorbene Professor Friedrich Meinecke, im Besitze aller geschichtlichen Weisheit, zeichnet diese Dämonie feiner und schärfer:[2])

„Es war in der unmittelbaren Leistung Bismarcks selbst etwas, das auf der Grenze zwischen Heilvollem und Unheilvollem lag und in seiner weiteren Entwicklung mehr zum Unheilvollen hinüberwachsen sollte. . . . Der erschütternde Verlauf des ersten und noch mehr des zweiten Weltkrieges läßt die Frage nicht mehr verstummen, ob nicht Keime des späteren Unheils in ihm von vornherein wesenhaft steckten. Es ist die Frage, die ein mutiges und aufgeschlossenes Geschichtsdenken auch an jede große und als heilvoll geltende Erscheinung in der Geschichte, in der später eine Entartung eintritt, richten muß. . . .

Es kommt auf das Jahr 1866 und die *Blut- und Eisenpolitik Bismarcks* jetzt an. Man hört heute mit tiefer Bewegung auf damalige Stimmen der Besorgnis vor kommendem, großen Unheil, die von so bedeutenden Männern wie Jakob Burckhardt und Constantin Frantz, — als Dritten könnte man den eigenbrötlerischen Schwaben Christian Planck nennen — hörbar wurden. *Bismarcks* Vorgehen, so tönt es aus ihnen, erschüttere gewisse Grundlagen der abendländischen Staatengemeinschaft und Kultur und sei eine ganz tief eingreifende Revolution, die den Ausblick auf immer weitere Revolutionen und auf eine Ära von Kriegen eröffne. Sie bedeute den Sieg des Machiavellismus über das sittliche und rechtliche Prinzip im Völkerverkehr und lasse die feinere und geistigere Kultur zugrunde gehen im Streben nach Macht und Genuß."

---

[1]) Friedrich Meinecke: „Die deutsche Katastrophe", Wiesbaden 1946, S. 26/27.

[2]) Nach der Drucklegung erst bekannt geworden.

QUELLENVERZEICHNIS

Napoleon und Bismarck sind die beiden Männer in der Geschichte der Menschheit, über die die meisten Bücher geschrieben worden sind.

Was er selbst, was seine Anhänger und was die berufsmäßigen Bismarck-Forscher seit 1867 geschrieben haben, sowie die Akten des Auswärtigen Amtes, das und einige andere sind die Unterlagen für das vorliegende Buch.

Die Memoiren der Staatsmänner, Diplomaten und Generale aus der Bismarckzeit haben einen nur bedingten Quellenwert. Als Moltke von seinem Neffen, und späteren Nachfolger als Chef des Großen Generalstabes, gebeten wurde, „aus dem reichen Schatz seiner Erinnerungen einige Aufzeichnungen zu machen", lehnte er das mit folgender Begründung ab: „Alles, was ich Sachliches geschrieben habe und was des Aufhebens wert ist, liegt im Archiv des Generalstabes. Meine persönlichen Erlebnisse sind besser mit mir begraben." Er hatte überhaupt einen ausgesprochenen Widerwillen gegen Memoiren, meinte, sie dienten dazu, die persönliche Eitelkeit des Verfassers zu befriedigen und trügen nur zu oft dazu bei, große geschichtliche Tatsachen aus der rein subjektiven Auffassung des Memoirenschreibers heraus und durch das Hineinmengen kleinlicher Gesichtspunkte zu verzerren."[1])

Ein Beispiel, mit welchem Forscherfleiß bestimmte Handlungen Bismarcks untersucht werden, bildet die „Emser Depesche". Dieses so folgenschwer gewordene Dokument hat die angehenden und die fertigen Historiker bis in die Gegenwart beschäftigt. Der Verfasser einer Dissertation (338 Schreibmaschinenseiten) hat als Literatur, als benutzte Unterlagen, aufgeführt:

- $2^3/_4$ Seiten „Quellen" (Bücher, Sammelwerke),
- 4 Seiten „Darstellungen" (Zeitungsaufsätze, Dissertationen),
- 37 Seiten „Anmerkungen" (genau gezählt: 1235),
- 49 Seiten Auszüge aus den Akten des Fürstl. Hohenzollernarchivs in Sigmaringen.

Die Frage aber, ob Bismarck die „Emser Depesche" gefälscht hat, denn darauf kommt es an, ist weder gestellt noch beantwortet worden.

---

[1]) Moltke „Gesammelte Werke . . ." Bd. 2 S. IX.

I.

1. Bismarck „Gedanken und Erinnerungen" Stuttgart 1898
2. Robert von Keudell „Fürst und Fürstin Bismarck" Berlin 1901
3. Busch „Tagebuchblätter" Leipzig 1902
4. Wilhelm II. „Ereignisse und Gestalten" Berlin 1922
5. Ponsonby „Briefe der Kaiserin Friedrich" Berlin 1929
6. Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst „Denkwürdigkeiten" Stuttgart 1907
7. von Tiedemann „Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei" Leipzig 1910
8. General Leopold von Gerlach „Briefe an Otto von Bismarck" Stuttgart 1902
9. Albrecht von Stosch „Denkwürdigkeiten" Stuttgart 1904
10. John Booth „Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck" Berlin 1899
11. von Radowitz „Aufzeichnungen und Erinnerungen" Stuttgart 1925
12. Bülow „Denkwürdigkeiten" Berlin 1930
13. Fester „Neue Beiträge zur Geschichte der Hohenzollern'schen Thronkandidatur in Spanien" Leipzig 1913
14. Fester „Briefe, Aktenstücke und Regesten" Leipzig 1913
15. Fester „Die Genesis der Emser Depesche" Leipzig 1913
16. Paul Lindenberg „König Karl von Rumänien" Berlin 1915
17. Hellmuth von Gerlach: „Aus der preußischen Verwaltung" Berlin o. J.
18. Hellmuth von Gerlach: „Erinnerungen eines Junkers" Berlin o. J.
19. Ed. v. Wertheimer „Graf Julius Andrassy" Stuttgart 1913
20. Ed. v. Wertheimer „Bismarck im politischen Kampf" Berlin 1930
21. Ed. v. Wertheimer „Friedenskongresse und Friedensschlüsse" Berlin 1917
22. Hesselbarth, „Drei psychologische Fragen zur spanischen Thronkandidatur Leopolds von Hohenzollern". Mit Geheimdepeschen Bismarcks, Prims usw. Berlin 1913
23. Karl Schurz: „Lebenserinnerungen" Berlin 1907
24. Senfft von Pilsach „Aus Bismarcks Werkstatt" Stuttgart 1908
25. Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen „Aus meinem Leben" Berlin 1915
26. Dr. Robolski „Bismarck und Rußland" Berlin 1887
27. von Diest-Daber „Bismarck und Bleichröder" München 1897
28. von Huhn (Korrespondent der „Kölnischen Zeitung") „Der Kampf um Bulgarien" Berlin 1886
29. „Crispi bei Bismarck" (Reisetagebuch) Berlin 1894
30. Max Lehmann „Bismarck, Ein Charakterbild" Berlin 1948
31. Kurt Kersten „Bismarck und seine Zeit" Berlin 1930
32. Graf Schuwalow „Berliner Kongreß" (Berliner Monatshefte Juli/August 1938) Leipzig
33. Graf Fleury: „Memoiren der Kaiserin Eugenie" Leipzig 1921
34. Theodor von Bernhardi „Tagebuchblätter" Leipzig 1917
35. „Festschrift der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften" Berlin 1921
36. Hans Delbrück „Erinnerungen, Aufsätze, Reden" Berlin 1902
37. Prof. Dr. Bluntschli „Deutsche Revue" Berlin 1877

38. Karl Oldenburg „Aus Bismarcks Bundesrat" Berlin 1929
39. S. M. von Popper „Was nicht in die Zeitung kam" Frankfurt a. M. 1929
40. Franz von Roggenbach „Im Ring der Gegner Bismarcks" Leipzig 1943
41. F. C. Corti „Fürst Alexander von Bulgarien" Wien 1920
42. F. A. Rotstein „Zwei preußische Kriege" Berlin 1952
43. Dr. Erich Eyck „Bismarck" Zürich 1951
44. Viktor Bibl „Lügen der Geschichte" Hellerau 1931
45. „Nord und Süd" (Monatsschrift) München 1890
46. Richard Graf Pfeil „Das Ende Kaiser Alexander II." Berlin 1908

II.

Dissertationen:

Manfred Müller „Die Bedeutung des Berliner Kongresses für die deutsch-russischen Beziehungen" Tübingen 1927

Carl Messerschmidt „Bismarcks russische Politik vom Berliner Kongreß bis zu seiner Entlassung" Hamburg 1936

Ruth Streblow „Die öffentliche Meinung Frankreichs zur diplomatischen Vorgeschichte des Berliner Kongresses" Berlin 1936

III.

„Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes" Band 3 Berlin 1922

ZARNOW

DIE GEBURT DER WELTKRIEGE

ZARNOW

DIE GEBURT DER WELTKRIEGE